

**Deutsche Reichsgesetzgebung.**

Text = Ausgaben mit Anmerkungen.

---

# **Strafprozeßordnung**

vom 1. Februar 1877

und

# **Gerichtsverfassungsgesetz**

vom 27. Januar 1877

mit den Einführungsgesetzen.

Text-Ausgabe mit Anmerkungen und vollständigem Sachregister

von

**E. Sahn,**

Rgl. Preuß. Obergerichtsrath.

**Berlin.**

Verlag von J. Guttentag (D. Collin).

1877.



# I n h a l t.

	Seite
I. Einleitung . . . . .	VII—XX
II. Einführungsgesetz zu dem Gerichtsverfassungsgesetz . . . . .	1—7
III. Gerichtsverfassungsgesetz . . . . .	8—71
Erster Titel: Richteramt . . . . §§. 1—11.	8—10
Zweiter " Gerichtsbarkeit . . . §§. 12—21.	10—14
Dritter " Amtsgerichte . . . §§. 22—24.	14—16
Vierter " Schöffengerichte . . . §§. 25—57.	16—27
Fünfter " Landgerichte . . . §§. 58—78.	27—36
Sechster " Schwurgerichte . . . §§. 79—99.	36—42
Siebenter " Kammern f. Handelsfachen. §§. 100—118.	42—48
Achter " Oberlandesgerichte . §§. 119—124.	48—49
Neunter " Reichsgericht . . . §§. 125—141.	50—54
Zehnter " Staatsanwaltschaft . §§. 142—153.	54—57
Elfter " Gerichtsschreiber . . §. 154.	58
Zwölfter " Zustellungs- u. Vollstreckungsbeamte. §§. 155. 156.	58—59
Dreizehnter " Rechtshülfe . . . §§. 157—169.	59—62
Vierzehnter " Deffentlichkeit und Sitzungspolizei. §§. 170—185.	62—66
Fünfzehnter " Gerichtssprache . . §§. 186—193.	66—67
Sechzehnter " Berathung und Abstimmung. §§. 194—200.	68—70
Siebzehnter " Gerichtsferien . . §§. 201—204.	70—71

	Seite
IV. Einföhrungsgesetz zur Strafprozeßordnung	1— 4
V. Strafprozeßordnung . . . . .	5—169

## Erstes Buch.

## Allgemeine Bestimmungen.

Erster Abschnitt.	Sachliche Zuständigkeit der Gerichte . . . . .	§§. 1— 6.	5— 6
Zweiter	" Gerichtsstand . . . . .	§§. 7—21.	6— 10
Dritter	" Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen . . . . .	§§. 22—32.	10— 14
Vierter	" Gerichtliche Entscheidungen u. deren Bekanntmachung . . . . .	§§. 33—41.	14— 17
Fünfter	" Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand §§. 42—47.		17— 18
Sechster	" Zeugen . . . . .	§§. 48—71.	18— 27
Siebenter	" Sachverständige und Augenschein. §§. 72—93.		27— 33
Achter	" Beschlagnahme und Durchsuchung. §§. 94—111.		33— 41
Neunter	" Verhaftung und vorläufige Festnahme . . . . .	§§. 112—132.	41— 49
Zehnter	" Vernehmung des Beschuldigten. §§. 133—136.		49— 50
Elfter	" Vertbeidigung . . . . .	§§. 137—150.	50— 55

## Zweites Buch.

## Verfahren in erster Instanz.

Erster Abschnitt. Öffentliche Klage §§. 151—155.	55— 56
Zweiter „ Vorbereitung der öffentlichen Klage. §§. 156—175.	56— 62
Dritter „ Gerichtliche Voruntersuchung. §§. 176—195.	62— 68



## Inhalt.

V

	Seite
<b>Vierter Abschnitt. Entscheidung über die Eröffnung des</b>	
Hauptverfahrens §§. 196—211.	68—74
<b>Fünfter „ Vorbereitung der Hauptverhand-</b>	
lung . . . . §§. 212—224.	74—77
<b>Sechster „ Hauptverhandlung §§. 225—275.</b>	78—95
<b>Siebenter „ Hauptverhandlung vor den Schwur-</b>	
gerichten . . . §§. 276—317.	96—106
<b>Achter „ Verfahren gegen Abwesende.</b>	
§§. 318—337.	107—112

## Drittes Buch.

### Rechtsmittel.

<b>Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.</b>	
§§. 338—345.	112—113
<b>Zweiter „ Beschwerde . . . §§. 346—353.</b>	114—116
<b>Dritter „ Berufung . . . §§. 354—373.</b>	116—121
<b>Vierter „ Revision . . . §§. 374—398.</b>	122—129

## Viertes Buch.

<b>Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil</b>	
<b>geschlossenen Verfahrens . §§. 399—413.</b>	130—136

## Fünftes Buch.

### Betheiligung des Verletzten bei dem Verfahren.

<b>Erster Abschnitt. Privatklage . . §§. 414—434.</b>	136—143
<b>Zweiter „ Nebenklage . . . §§. 435—446.</b>	143—146

## Sechstes Buch.

### Besondere Arten des Verfahrens.

<b>Erster Abschnitt. Verfahren bei amtsrichterlichen</b>	
Strafbefehlen . §§. 447—452.	146—148

		Seite
Zweiter Abschnitt.	Verfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung.	
	§§. 453—458.	148—151
Dritter	Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle. . . §§. 459—469.	151—154
Vierter	Verfahren gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben . . . §§. 470—476.	154—158
Fünfter	Verfahren bei Einziehungen und Vermögensbeschlagnahmen. §§. 477—480.	158—159

#### Sechstes Buch.

#### Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens.

Erster Abschnitt.	Strafvollstreckung §§. 481—495.	160—165
Zweiter	Kosten des Verfahrens. §§. 496—506.	165—169
VI. Sachregister	. . . . .	170—204

## Einleitung.

---

Im Art. 4. Nr. 13 der Reichsverfassung ist bestimmt, daß die gemeinsame Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren der Gesetzgebung des Reichs unterliege (S. Art. 4. Nr. 13 der Verfassung des Deutschen Reichs v. 16. April 1871 und das Gesetz vom 20. Dezember 1873 R. G. Bl. S. 379). Die ausdrückliche Ausdehnung der Kompetenz des Deutschen Reichs auf die Gesetzgebung über das gerichtliche Verfahren „einschließlich der Gerichtsorganisation“ fand im Reichstage Widerspruch, jedoch nur aus dem Grunde, weil die ausdrückliche Hervorhebung dieser Worte für unnöthig gehalten wurde, insofern es sich um solche Anordnungen über die Gerichtsorganisation handele, welche sich aus der Einrichtung des Verfahrens selbst als die naturgemäße und nothwendige Voraussetzung oder Ergänzung desselben ergeben (Stenogr. Ber. 1869 S. 440 ff. 651 ff., 1871 S. 206 ff., 1872 S. 596. 601).

Gleichzeitig mit der Ausarbeitung der Prozeßgesetze Entwürfe hat daher der Bundesrath die Regelung der Verfassung der deutschen Gerichte vorbereitet.

In der Sitzung des Bundesraths vom 21. Februar 1870 wurde beschlossen:

den Bundeskanzler zu ersuchen, den Entwurf eines Bundesgesetzes, betreffend die Gerichtsverfassung und die gerichtlichen Institutionen, ausarbeiten zu lassen und diesen Entwurf sodann dem Bundesrathe zur Beschlußfassung über das für die Prüfung und Feststellung des Entwurfs einzuhaltenbe weitere Verfahren vorzulegen.

Ueber die Entstehung der in Folge dieses Beschlusses verfaßten, schließlich dem Reichstage vorgelegten Entwürfe sind nur spärliche Nachrichten in die Oeffentlichkeit gekommen. Nach der Mittheilung des Preussischen Justizministers Dr. Leonhardt in der Sitzung des Reichstags vom 25. November 1876 (Stenogr. Ber. S. 358. 359) wurde dieser „gleichsam für seine Person“ schon Ende 1869 von dem Bundeskanzler ersucht, zu veranlassen, daß ein Gesetz ausgearbeitet werde, welches die Gerichtsverfassung betreffende Vorschriften enthalte, die nach Maßgabe der kommissarisch festgestellten Civilprozeßordnung für die Civilrechtspflege erforderlich würden. Der Preussische Justizminister erklärte, daß er den Auftrag übernehmen wolle, erklärte aber zugleich, daß es jedenfalls erforderlich sein werde, die Vorschriften über die Gerichtsverfassung zu verallgemeinern, und zwar in der Richtung, daß sie auch die Strafrechtspflege begriffen. Der Bundeskanzler ist hiermit stillschweigend einverstanden gewesen. Der Justizminister Dr. Leonhardt fand aber demnächst, daß die Angelegenheit in einem ganz anderen Umfange angegriffen werden müsse. Er ließ sich von dem Gedanken leiten, das Reichsgericht

so herzustellen, daß es, wenn auch nicht ohne Mitwirkung der Landesjustizverwaltungen, so doch ohne Mitwirkung der Landesgesetzgebungen ins Leben treten könne, so daß ein Konflikt zwischen der Reichsgesetzgebung und der Landesgesetzgebung nicht eintreten könne. Demzufolge bestimmte er, daß ein vollständiges Gerichtsverfassungsgesetz ausgearbeitet werde und neben demselben eine Anwaltsordnung, eine Gebührenordnung für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, eine Notariatsordnung und ein Gesetz über die Formen der öffentlichen Beurkundung.

Diese Entwürfe erhielten bei einer in Berlin gehaltenen Konferenz der Justizminister der größeren Bundesstaaten keine Majorität. Sie wurden dem Reichskanzleramte übersendet, jedoch nicht weiter verfolgt.

Der vollständige Entwurf eines Gerichtsverfassungsgesetzes wurde zu einem Bruchstücke eines solchen umgearbeitet und mittelst Schreibens des Reichskanzlers vom 12. November 1873 nebst dem Entwurfe eines Einführungsgesetzes dem Bundesrathe mit dem Antrage vorgelegt, über das für die Prüfung und Feststellung beider Entwürfe einzuhaltende weitere Verfahren beschließen zu wollen. Nach erfolgter Prüfung durch den Justizausschuß des Bundesraths wurden die Entwürfe am 12. Mai 1874 dem Bundesrathe wiederum vorgelegt und von demselben in seinen Sitzungen vom Juni 1874 definitiv festgestellt.

Demnächst wurden dieselben dem am 29. Oktober 1874 zusammengetretenen Reichstage mit den Entwürfen zur Zivilprozeßordnung und zur Strafprozeßordnung

vorgelegt und gelangten am 24. und 25. November 1874 zur ersten Berathung. In Folge derselben wurde beschlossen, die Gesetz-Entwürfe einer Kommission von 28 Mitgliedern zur weiteren Vorberathung zu überweisen. Zu Mitgliedern dieser (XI) Kommission wurden gewählt: die Abgeordneten Reichensperger (Oste), Obertribunals-Rath in Berlin, von Forcade de Biaix, Obertribunals-Rath in Berlin, Dr. Mayer (Donauwörth), Appellationsgerichts-Rath in Augsburg, Hauck, Bezirksamtmanu in Markt Scheinfeld (Mittelfranken), von Schöning, Landrath und Rittergutsbesitzer in Pyritz, von Jagow, Wirklicher Geheimer Rath und Oberpräsident in Potsdam, Thilo, Kreisgerichts-Direktor in Delitzsch, Dr. von Schwarze, General-Staatsanwalt in Dresden, Klop, Kreisgerichtsrath in Berlin, Herz, Bezirksgerichts-Rath in Nürnberg, Eysoldt, Advokat in Pirna, Dr. Zinn, Direktor und Chef-Arzt der Land-Irrenanstalt zu Neustadt-Eberswalde, Dr. Lasker, Rechtsanwalt in Berlin, Dr. Marquardsen, ord. Professor in Erlangen, Miquél, Oberbürgermeister a. D. in Berlin, von Puttkamer (Fraustadt), Appellationsgerichts-Rath in Colmar (Elsass), Bernards, Landgerichts-Assessor in Düsseldorf, Dr. Lieber in Camberg, Pfafferott, Amtsrichter in Liebenburg (Provinz Hannover), Dr. Krüger, Appellationsgerichts-Rath in Passau, Dr. Bähr (Cassel), Obertribunals-Rath in Berlin, Becker (Oldenburg), Oberappellationsgerichts-Rath in Oldenburg, Dr. Gneist, ord. Professor in Berlin, Dr.

Grimm, Rechtsanwalt in Mannheim, Dr. Böck, Rechtsanwalt in Augsburg, Struckmann (Diepholz), Obertribunals-Rath in Berlin, Dr. Wolffson, Advokat in Hamburg, Gaupp, Kreisgerichts-Rath in Ellwangen (Württemberg).

Durch das Gesetz vom 23. Dezember 1874 (R. G. Bl. S. 194) wurde die Kommission ermächtigt, auch nach der Vertagung des Reichstages bis zum Wiederzusammentritt desselben ihre Berathungen fortzusetzen, damit die Entwürfe in einer der nächstfolgenden Sitzungen des Reichstages zur zweiten Berathung gelangen könnten.

Nach Wiederzusammentritt des Reichstages am 27. Oktober 1875 wurde die Kommission, nachdem der Abgeordnete Miquél in der Sitzung vom 29. Oktober 1875 einen kurzen Rechenschaftsbericht gegeben hatte, wiedergewählt und demnächst durch das Gesetz vom 1. Februar 1876 (R. G. Bl. S. 15) der frühere Auftrag bestätigt bzw. verlängert.

Die Kommission konstituirte sich am 26. Januar 1875 durch die Wahl des Abgeordneten Miquél als Vorsitzenden und des Abgeordneten Dr. von Schwarze als Stellvertreters desselben, sowie der Abgeordneten Gysoldt, Mayer (Donauwörth), Struckmann und Thilo als Schriftführer. Auf ihren Antrag wurden ihr als Protokollführer der Königl. Preussische Gerichtsassessor Sydow, der Königl. Bayerische Stadtgerichtsassessor Dr. Seuffert und der Königl. Sächsische Gerichtsassessor Dr. Schreiber beigeordnet. Nach dem Rücktritt des Dr. Seuffert trat an dessen Stelle der

Königl. Bayerische Assessor Mettenleiter; Assessor Sydow wurde zeitweise durch den Königl. Württembergischen Kreisrichter Ege bei der Protokollführung vertreten.

Die von den genannten Herren geführten Protokolle wurden stets den Kommissionsmitgliedern zur Revision vorgelegt und erst nach der auf diese Weise erfolgten Feststellung ihres Inhalts gedruckt. Sie sind sämtlichen Mitgliedern des Reichstags fortlaufend zugestellt worden und in gleicher Weise den Bundesregierungen kommuniziert.

Zur Redaktion der Beschlüsse der Kommission wurde eine besondere Subkommission eingesetzt. Dieselbe bestand aus den Abgeordneten Dr. Bähr, Becker, Dr. von Schwarze, zu welchen in zweiter Lesung noch die Abgeordneten von Forcade de Biaix und Klotz hinzutraten. Die Redaktionskommission hatte außer der Redaktion der Kommissionsbeschlüsse die Aufgabe, den Sprachgebrauch der drei Entwürfe in Uebereinstimmung zu bringen, bezw. in Uebereinstimmung zu halten, sowie die durch abändernde Beschlüsse der Kommission bedingten Konsequenzen zu formuliren.

Die Anträge der Redaktionskommission wurden fortlaufend gedruckt den übrigen Mitgliedern zugestellt. Erfolgte kein Widerspruch gegen die Richtigkeit derselben, so galten sie als genehmigt, während im anderen Falle ein Plenarbeschluß der Kommission über die streitige Frage herbeigeführt wurde.

Die Gesetzentwürfe sind von der Kommission in



zwei Lesungen durchberathen. Die Ergebnisse der ersten Lesung wurden gedruckt zusammengestellt und dienten diese Zusammenstellungen als Grundlage für die zweiten Lesungen. Auch die Zusammenstellungen beider Lesungen sind den Mitgliedern des Reichstags zugegangen.

Die Berathung der Entwürfe erfolgte in nachstehender Reihenfolge. Zuerst gelangten die Civilprozeßordnung und die Strafprozeßordnung, sowie die auf die Handelsgerichte und das Verfahren vor denselben bezüglichen Theile des Gerichtsverfassungsgesetzes in erster Lesung zur Berathung. Die Kommission lehnte zwar die Handelsgerichte ab, trat jedoch auf den bezeugten Wunsch des Bundesraths für den Fall entgegengelegter Beschlußfassung des Reichstags eventuell in die Detailberathung des auf das Verfahren vor den Handelsgerichten bezüglichen Theiles der Civilprozeßordnung ein.

Demnächst wurden die Civilprozeßordnung in zweiter Lesung und hiernach das Gerichtsverfassungsgesetz und sämtliche Einführungsgesetze in erster Lesung durchberathen. Nach Vollendung der Berathung der Civilprozeßordnung in zweiter Lesung wurde dieselbe noch einmal auf Grund der abgegebenen Erklärungen des Bundesraths, sowie zur Beschlußfassung über die von einigen bayerischen Mitgliedern der Kommission, welche bei der zweiten Lesung abwesend gewesen waren, gestellten Anträge wieder eröffnet und gelangte erst dann die Berathung der Civilprozeßordnung zum Abschluß.

Die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes und

der Strafprozeßordnung, sowie der Einführungsgesetze erfolgte gleichfalls, nachdem die Ergebnisse der ersten Lesung der Beschlußfassung des Bundesraths unterlegen hatten.

Die Beschlüsse des Bundesraths wurden der Kommission theils in übersichtlicher Darstellung, theils bei Berathung der einzelnen Paragraphen mitgetheilt. Sie gelangten zur Diskussion auf Grund von Anträgen, welche, sofern sie nicht einzelne Mitglieder stellten, vom Vorsitzenden unterzeichnet wurden.

Die Kommission hat 160 Sitzungen gehalten.

Die Berathung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Einführungsgesetzes zu demselben hat einschließlich der eventuellen Berathung des handelsgerichtlichen Verfahrens in erster Lesung 36 Sitzungen, in zweiter Lesung 17 Sitzungen, die Berathung der Civilprozeßordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben in erster Lesung 36 Sitzungen, in zweiter Lesung 18 Sitzungen, endlich die Berathung der Strafprozeßordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben in erster Lesung 52 Sitzungen, in zweiter Lesung 20 Sitzungen erfordert.

Die Kommission ist versammelt gewesen: am 26., 28., 30. und 31. Januar 1875, vom 26. April bis zum 10. Juli 1875, vom 1. September 1875 bis zum 19. Februar 1876 und vom 2. Mai bis zum 3. Juli 1876.

Die Redaktionskommission hat, soviel festgestellt worden, 85 Sitzungen gehabt.

Als Vertreter des Deutschen Reichs und der Einzelstaaten nahmen an den Berathungen Theil

1. der Civilprozeßordnung: der Direktor des Reichskanzleramts Kaiserl. Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath von Amberg, der Kaiserl. Geh. Oberregierungsrath Panauer, der Kaiserl. Geh. Regierungsrath Hagens, der Kgl. Preuß. Geh. Oberjustizrath Kurlbaum II., der Kgl. Preussische Oberst-Lieutenant Blume, der Kgl. Bayerische Appellationsgerichtsrath Dr. Hauser, der Kgl. Württembergische Ministerialrath Heß, der Kgl. Württembergische Obertribunalsrath von Kollhaas, der Kgl. Sächsische Geh. Justizrath Heib;

2. der Strafprozeßordnung: die oben genannten Mitglieder des Reichskanzleramts, der Kgl. Preussische Geh. Justizrath Dehlschläger, der Kgl. Preussische Geh. Justizrath Schmidt, der Kgl. Bayerische Ministerialrath Loé, der Kgl. Bayerische Appellationsgerichtsrath Dr. Hauser, der Kgl. Sächs. Geh. Justizrath Heib, der Kgl. Württembergische Obertribunals-Vize-Direktor von Beyerle, der Kgl. Württembergische Ministerialrath Heß;

3. des Gerichtsverfassungsgesetzes: die oben genannten Mitglieder des Reichskanzleramts, der Kgl. Preussische Geh. Oberjustizrath Kurlbaum II., der Kgl. Preussische Geh. Justizrath Schmidt, der Kgl. Preussische Geh. Justizrath Dehlschläger, der Kgl. Preussische Geh. Ober-Regierungsrath Dr. Forch, der Kgl. Bayerische Ministerialrath Loé, der Kgl. Bayerische Appellationsgerichtsrath Dr. Hauser, der Kgl. Württembergische Ministerialrath Heß, der Kgl. Sächsische Geh. Justizrath Heib, der Kaiserl. Geh. Oberpostsrath Dr. Fischer.

Außerdem betheiligten sich der Kgl. Preuß. Justizminister Dr. Leonhardt und der Kgl. Bayerische Justizminister Dr. von Faeustle an verschiedenen Sitzungen zur Verathung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Civilprozeßordnung.

Die Mitglieder des Kaiserlichen Reichskanzleramts, sowie die Vertreter verschiedener Bundesregierungen nahmen ebenfalls regelmäßig an den Arbeiten der Redaktionskommission Theil.

Zur Verathung und Abstimmung gelangten außer den Anträgen der Mitglieder der Kommission die von sonstigen Mitgliedern des Reichstags eingereichten Anträge. In der Regel wurden alle Anträge vor der Abstimmung gedruckt, ohne daß jedoch schriftliche, während der Verathung eingebrachte Anträge nach der Geschäftsordnung ausgeschlossen waren. In zweiter Lesung wurde jedoch beschlossen, daß angenommene schriftliche Anträge auch nach der Beschlußfassung gedruckt werden sollten und daß es jedem Mitgliede freistehe, nach erfolgtem Druck eine nochmalige Abstimmung über den betreffenden Antrag zu fordern.

Nach Beendigung der zweiten Lesungen der Entwürfe beschloß die Kommission, dem Reichstag über dieselben schriftliche Berichte erstatten zu lassen. Nach dem Beschluß der Kommission sollten diese Berichte jedoch keine erschöpfende und eingehende Begründung aller einzelnen Beschlüsse der Kommission enthalten, da diese in den gedruckten Protokollen niedergelegt ist. Die Berichte sollten vielmehr nur eine erläuternde über-

stichtliche Darstellung der wichtigsten zur Erörterung gelangten Fragen und der wesentlichsten Differenzpunkte zwischen der Kommission und dem Bundesrathe geben und dadurch das Verständniß der Ergebnisse der Beratungen dem Reichstag und dem deutschen Volke selbst erleichtern.

Als Berichterstatter wurden gewählt:

1. für das Verfassungsgesetz und das Einführungsgesetz zu demselben der Abg. Miquél, als Korreferent und Stellvertreter desselben der Abg. Hauck;

2. für die Civilprozeßordnung und das Einführungsgesetz zu derselben der Abg. Becker, als Korreferent und Stellvertreter desselben der Abg. von Forcade de Biaix;

3. für die Strafprozeßordnung und das Einführungsgesetz zu derselben der Abg. Dr. von Schwarze, als Korreferent und Stellvertreter desselben der Abg. Klotz.

In den Sitzungen des am 30. Oktober 1876 wiederum zusammengetretenen Reichstags erfolgte die zweite und dritte Plenarberatung der sämtlichen Gesetzentwürfe, und zwar die zweite Beratung in den Sitzungen vom 7., 17., 18., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 27., 28., 29. u. 30. November, 1. u. 2. Dezember 1876, die dritte Beratung in den Sitzungen vom 18., 19., 20. und 21. Dezember 1876. In der Sitzung vom 21. Dezember 1876 fanden auch die Gesamtabstimmungen statt.

In Betreff der Strafprozeßordnung ist noch Folgendes zu bemerken:

Am 18. April 1868 nahm der Reichstag auf Grund des Art 4. Nr. 13 der Norddeutschen Bundesverfassung den von den Abgeordneten Wagner (Altenburg) und Planck unter dem 30. März 1868 eingebrachten Antrag:

„den Bundeskanzler aufzufordern, Entwürfe eines gemeinsamen Strafrechtes und eines gemeinsamen Strafprozesses, sowie der dadurch bedingten Vorschriften der Gerichtsorganisation baldthunlichst vorbereiten und dem Reichstage vorlegen zu lassen,“

mit großer Mehrheit an.

Nachdem der Bundesrath in seiner Sitzung vom 5. Juni 1868 diesem Beschlusse beigetreten war, wurde der Preussische Justizminister Dr. Leonhardt seitens des Bundeskanzlers unterm 12. Juli 1869 ersucht, gleich wie es mit dem materiellen Strafrechte geschehen war, auch die Aufstellung des Entwurfs einer Strafprozeßordnung zu veranlassen.

Der in Folge dieses Ersuchens aufgestellte Entwurf einer Strafprozeßordnung wurde im Anfange des Jahres 1873 dem Bundesrathe vorgelegt und gleichzeitig mit den Motiven und einem Bande Anlagen durch den Buchhandel veröffentlicht. Hiernächst beschloß der Bundesrath auf den Antrag des Justizausschusses in der Sitzung vom 15. März 1873, den Entwurf einer aus elf angesehenen Juristen des deutschen Reiches zu bildenden Kommission zur Vorberathung zu überweisen. Zu Mitgliedern dieser Kommission wählte er: den Rgl. Preuß. Präsidenten Dr. Friedberg, den Rgl. Preuß.

Geh. Ober-Justizrath und vortragenden Rath im Justizministerium Dr. Förster, den Kgl. Preuß. Geh. Ober-Justizrath und Appellationsgerichts-Präsidenten Mager, den Kgl. Preuß. ord. Professor der Rechte, Staatsrath Dr. Zachariä, den Kgl. Preuß. Rechtsanwalt Justiz-Rath Wiener, den Kgl. Bayerischen Appellationsgerichts-Rath und Referenten im Staatsministerium der Justiz Dr. Staudinger, den Kgl. Sächs. General-Staatsanwalt Dr. von Schwarze, den Kgl. Württ. Obertribunals-Rath von Binder, den Großh. Bad. Ministerialrath Dr. Bingner, den Großh. Hess. Ober-Appellations- und Kassationsgerichts-Rath Dr. Zentgraf und den Hamburgischen Ober-Staatsanwalt Dr. Mittelfstädt. Diese Kommission trat am 17. April 1873 in Berlin zusammen und hielt bis zum 3. Juli desselben Jahres unter dem ständigen Vorstehe des Unterstaatssekretärs im Preussischen Justizministerium (jetzigen Wirkl. Geh. Raths und Staatssekretärs im Reichsjustizamt) Dr. Friedberg und unter Mitwirkung zweier Schriftführer 39 Sitzungen ab, in welchen der Entwurf in 3 Lesungen berathen wurde. Die Kommission änderte in vielen Einzelheiten, ließ jedoch die Grundlage und das System unverändert. Der von der Kommission redigirte Entwurf wurde im Oktober 1873 (im Verlage der Kgl. Geh. Oberhofbuchdruckerei, R. v. Decker) veröffentlicht.

Nach der ersten Berathung vom 30. November 1874 überwies der Reichstag die Entwürfe der oben (S. X) erwähnten Kommission von 28 Mitgliebern.

Am 27. November 1876 trat der seit dem 30. Oktober einberufene Reichstag, nachdem er in den vorhergegangenen Tagen die Entwürfe der Civilprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes berathen hatte, in die zweite Berathung der Strafprozeßordnung, welche in 6 Sitzungen bis zum 2. Dezember beendet wurde. Am 14. Dezember beim Beginn der dritten Lesung übersandte der Bundesrath eine Zusammenstellung derjenigen 18 Punkte, welche bezüglich des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozeßordnung von ihm für nicht annehmbar erachtet wurden, worauf der Reichstag die weitere Beschlußfassung bis zum 18. Dezember vertagte. Vom 18. bis 21. Dezember erfolgte demnächst die dritte Lesung, welche zur Annahme der durch die Endbeschlüsse veränderten Kommissionsvorlagen führte.

---



I.

**Gerichtsverfassungsgesetz**

mit

**Einführungsgesetz.**



# Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz.

Vom 27. Januar 1877.

(R. G. Bl. 1877. Nr. 4 S. 77 u. ff.)

---

**1.** Das Gerichtsverfassungsgesetz tritt im ganzen Umfange des Reichs an einem durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Oktober 1879, gleichzeitig mit der im § 2 des Einführungsgesetzes der Civilprozeßordnung vorgesehenen Gebührenordnung, in Kraft.

**2.** Die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes finden nur auf die ordentliche streitige Gerichtsbarkeit und deren Ausübung Anwendung.

Vgl. Ger. Verf. Gef. § 2.

**3.** Die Gerichtsbarkeit in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, kann den ordentlichen Landesgerichten durch die Landesgesetzgebung übertragen werden. Die Uebertragung darf nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Zuständigkeitsnormen erfolgen.

Auch kann die Gerichtsbarkeit letzter Instanz in den Gerichtsverfassungsgesetz.

**2** Einführungsges. z. Gerichtsverfassungsges. §§ 4–7.

vorerwähnten Sachen auf Antrag des betreffenden Bundesstaates mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung dem Reichsgerichte übertragen werden.

Insoweit für bürgerliche Rechtsstreitigkeiten ein von den Vorschriften der Civilprozeßordnung abweichendes Verfahren gestattet ist, kann die Zuständigkeit der ordentlichen Landesgerichte durch die Landesgesetzgebung nach anderen als den durch das Gerichtsverfassungsgesetz vorgeschriebenen Normen bestimmt werden.

Vgl. Ger. Verf. Ges. § 14.

**4.** Durch die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Zuständigkeit der Behörden wird die Landesgesetzgebung nicht gehindert, den betreffenden Landesbehörden jede andere Art der Gerichtsbarkeit, sowie Geschäfte der Justizverwaltung zu übertragen. Andere Gegenstände der Verwaltung dürfen den ordentlichen Gerichten nicht übertragen werden.

Vgl. Str. Pr. D. § 483 Absatz 3.

**5.** In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten.

**6.** Unberührt bleiben die bestehenden landesgesetzlichen Vorschriften über die Zuständigkeit der Schwurgerichte für die durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen.

**7.** Die Militärgerichtsbarkeit, sowie das landesgesetzlich

den Standesherrn gewährte Recht auf Austräge werden durch das Gerichtsverfassungsgesetz nicht berührt.

**8.** Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandesgerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen und Beschwerden in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten einem obersten Landesgerichte zugewiesen werden.

Diese Vorschrift findet jedoch auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten, welche zur Zuständigkeit des Reichs-Oberhandelsgerichts gehören oder durch besondere Reichsgesetze dem Reichsgerichte zugewiesen werden, keine Anwendung.

Vgl. Ger. Verf. Ges. § 135.

**9.** Durch die Gesetzgebung eines Bundesstaates, in welchem mehrere Oberlandesgerichte errichtet werden, kann die Verhandlung und Entscheidung der zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehörenden Revisionen und Beschwerden in Strafsachen ausschließlich einem der mehreren Oberlandesgerichte zugewiesen werden.

Vgl. Ger. Verf. Ges. § 123.

**10.** Die allgemeinen, sowie die in den §§ 126, 132, 133, 134, 137, 139, 140, 183 Abs. 1 enthaltenen besonderen Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes finden auf die obersten Landesgerichte als Behörden der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

**11.** Die landesgesetzlichen Bestimmungen, durch welche die strafrechtliche oder civilrechtliche Verfolgung öffentlicher Beamten wegen der in Ausübung oder in Ver-

**4** Einführungsges. z. Gerichtsverfassungsges. §§ 12--14.

anlassung der Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen an besondere Voraussetzungen gebunden ist, treten außer Kraft.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, durch welche die Verfolgung der Beamten entweder im Falle des Verlangens einer vorgesetzten Behörde oder unbedingt an die Vorentscheidung einer besonderen Behörde gebunden ist, mit der Maßgabe:

1. daß die Vorentscheidung auf die Feststellung beschränkt ist, ob der Beamte sich einer Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse oder der Unterlassung einer ihm obliegenden Amtshandlung schuldig gemacht habe;
2. daß in den Bundesstaaten, in welchen ein oberster Verwaltungsgerichtshof besteht, die Vorentscheidung diesem, in den anderen Bundesstaaten dem Reichsgerichte zusteht.

**12.** Die für Elsaß-Lothringen geltenden Bestimmungen über die Gerichtssprache werden durch die Vorschrift des § 186 des Gerichtsverfassungsgesetzes nicht berührt.

**13.** Die Bestimmungen über das Richteramt im § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes treten in denjenigen Staaten, in welchen Vorschriften für die richterliche Entscheidung über die Enthebung eines Richters vom Amte oder über die Versetzung eines Richters an eine andere Stelle oder in Ruhestand nicht bestehen, nur gleichzeitig mit der landesgesetzlichen Regelung der Disziplinarverhältnisse der Richter in Wirksamkeit.

**14.** Die am Tage des Inkrafttretens des Gerichts-

verfassungsgesetzes bei dem Reichs-Oberhandelsgerichte anhängigen Sachen gehen in der prozessualischen Lage, in welcher sie sich befinden, auf das Reichsgericht über.

**15.** Durch Kaiserliche Verordnung kann auf Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung des Bundesraths die Verhandlung und Entscheidung derjenigen Sachen welche nach den bisherigen Prozeßgesetzen von dem obersten Landesgerichte zu erledigen gewesen wären, dem Reichsgerichte zugewiesen werden.

Vgl. Einf. Ges. z. Str. Pr. D. § 8.

**16.** Behufs Erledigung der nach Vorschrift des vorstehenden Paragraphen dem Reichsgerichte zugewiesenen Sachen können mit Zustimmung des Bundesraths durch Kaiserliche Verordnung bei dem Reichsgerichte Hilfssenate eingerichtet werden.

Der Reichskanzler bestimmt die Zusammensetzung der Hilfssenate und die Vertheilung der Geschäfte derselben.

Mit der Wahrnehmung der richterlichen Geschäfte in den Hilfssenaten können nur Mitglieder des Reichsgerichts und Mitglieder der früheren obersten Gerichte oder der Oberlandesgerichte beauftragt werden.

Die Anordnung ist für ein nicht zum Reichsgerichte gehörendes Mitglied bis zu dem Zeitpunkt unwiderruflich, in welchem die Wahrnehmung seiner Thätigkeit in dem Hilfssenate nicht mehr erforderlich ist.

**17.** Auf Antrag eines Bundesstaates und mit Zustimmung des Bundesraths kann durch Kaiserliche Verordnung die Verhandlung und Entscheidung der im § 17

des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Streitigkeiten dem Reichsgerichte zugewiesen werden.

Für diejenigen Bundesstaaten, in denen die im § 17 des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Behörden bestehen und nach Maßgabe der Vorschriften im § 17 Nr. 1–4 einer Veränderung ihrer Einrichtung und des Verfahrens bedürfen, kann die Veränderung, sofern sie nicht bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes landesgesetzlich getroffen ist, durch landesherrliche Verordnung eingeführt werden.

**18.** Die am Tage des Inkrafttretens des Gerichtsverfassungsgesetzes bei den Landesgerichten anhängigen Sachen können den ordentlichen Landesgerichten ohne Rücksicht auf die im Gerichtsverfassungsgesetze bestimmten Grenzen der Zuständigkeit durch die Landesgesetzgebung zugewiesen werden.

Vgl. Einf. Ges. z. Str. Pr. D. §. 8.

**19.** Die Mitglieder des Reichs-Oberhandelsgerichts werden durch Kaiserliche Verfügung mit Beibehaltung ihrer Besoldung entweder bei dem Reichsgerichte angestellt oder in den Ruhestand versetzt.

**20.** Bei der ersten Einrichtung der Landgerichte, der Oberlandesgerichte und der bei einem Amtsgerichte gebildeten Strafkammern und während der Dauer des ersten Geschäftsjahrs erfolgen die Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Mitglieder der Kammern und Senate, sowie der regelmäßigen Vertreter der Mitglieder durch die Landesjustizverwaltung.

Vgl. Ger. Verf. Ges. §§ 62, 63, 67, 69, 109, 121.



Bei der ersten Einrichtung des Reichsgerichts und während der Dauer des ersten Geschäftsjahrs erfolgen die Geschäftsvertheilung und die Bestimmung der Mitglieder der Senate, sowie der regelmäßigen Vertreter derselben durch den Reichskanzler.

Vgl. § 133.

**21.** Innerhalb zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes kann die Landesjustizverwaltung bei nothwendiger Einziehung von Richterstellen die unfreiwillige Versetzung eines Richters an ein anderes Gericht von gleicher Ordnung unter Belassung des vollen Gehalts und Erstattung der Umzugskosten verfügen.

Vgl. § 8.

**22.** Die Bestimmungen des § 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Fähigkeit zum Richteramte finden auf diejenigen, welche vor dem Inkrafttreten des Gesetzes die erste Prüfung in einem Bundesstaate zurückgelegt haben, nur insoweit Anwendung, als nicht in dem Bundesstaate abweichende Vorschriften bestehen.

Der für den Vorbereitungsdienst vorgeschriebene Zeitraum kann für die ersten vier Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in den einzelnen Bundesstaaten bis auf zwei Jahre abgekürzt werden.

Vgl. § 2.



# **Gerichtsverfassungsgesetz.**

Vom 27. Januar 1877.

(N. G. Bl. 1877. Nr. 4 S. 41 u. ff.)

Gesetzeskraft spätestens mit dem 1. Oktober 1879.

(Vgl. § 1 des Einf.-Ges. zu diesem Gesetze.)

---

## **Erster Titel.**

### **R i c h t e r a m t.**

**1.** Die richterliche Gewalt wird durch unabhängige, nur dem Gesetze unterworfenen Gerichte ausgeübt.

**2.** Die Fähigkeit zum Richteramte wird durch die Ablegung zweier Prüfungen erlangt.

Der ersten Prüfung muß ein dreijähriges Studium der Rechtswissenschaft auf einer Universität vorangehen. Von dem dreijährigen Zeitraume sind mindestens drei Halbjahre dem Studium auf einer deutschen Universität zu widmen.

Zwischen der ersten und zweiten Prüfung muß ein Zeitraum von drei Jahren liegen, welcher im Dienste bei den Gerichten und bei den Rechtsanwälten zu verwenden ist, auch zum Theil bei der Staatsanwaltschaft verwendet werden kann.

In den einzelnen Bundesstaaten kann bestimmt werden,

daß der für das Universitätsstudium oder für den Vorbereitungsdienst bezeichnete Zeitraum verlängert wird, oder daß ein Theil des letzteren Zeitraums, jedoch höchstens ein Jahr, im Dienste bei Verwaltungsbehörden zu verwenden ist oder verwendet werden darf.

Vgl. E. O. § 22.

**3.** Wer in einem Bundesstaate die erste Prüfung bestanden hat, kann in jedem anderen Bundesstaate zur Vorbereitung für den Justizdienst und zur zweiten Prüfung zugelassen werden.

Die in einem Bundesstaate auf die Vorbereitung verwendete Zeit kann in jedem anderen Bundesstaate angerechnet werden.

**4.** Zum Richteramte befähigt ist ferner jeder ordentliche öffentliche Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität.

**5.** Wer in einem Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramte erlangt hat, ist, soweit dieses Gesetz keine Ausnahme bestimmt, zu jedem Richteramte innerhalb des Deutschen Reichs befähigt.

Vgl. § 127.

**6.** Die Ernennung der Richter erfolgt auf Lebenszeit.

**7.** Die Richter beziehen in ihrer richterlichen Eigenschaft ein festes Gehalt mit Ausschluß von Gebühren.

**8.** Richter können wider ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung und nur aus den Gründen und unter den Formen, welche die Gesetze bestimmen, dauernd

**10**      Gerichtsverfassungsgef. Richteramt. §§ 9–12.

oder zeitweise ihres Amtes enthoben oder an eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden.

Vgl. §§ 128–136.

Die vorläufige Amtsenthebung, welche kraft Gesetzes eintritt, wird hierdurch nicht berührt.

Bei einer Veränderung in der Organisation der Gerichte oder ihrer Bezirke können unfreiwillige Versetzungen an ein anderes Gericht oder Entfernungen vom Amte unter Verlassung des vollen Gehalts durch die Landesjustizverwaltung verfügt werden.

Vgl. E. G. §§ 11, 13, 21.

**9.** Wegen vermögensrechtlicher Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere auf Gehalt, Wartegeld oder Ruhegehalt darf der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden.

Vgl. § 70.

**10.** Die landesgesetzlichen Bestimmungen über die Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bleiben unberührt.

Vgl. § 69 Abs. 2.

**11.** Auf Handelsrichter, Schöffen und Geschworene finden die Bestimmungen der §§ 2–9 keine Anwendung.

Vgl. §§ 31, 84, 111.

## **Zweiter Titel.**

### **Gerichtsbarkheit.**

**12.** Die ordentliche streitige Gerichtsbarkheit wird durch Amtsgerichte und Landgerichte, durch Oberlandesgerichte und durch das Reichsgericht ausgeübt.

Vgl. §§ 23, 25, 70–76, 79, 80, 100, 101, 123, 135, 136, E. G. §§ 9, 10.

**13.** Vor die ordentlichen Gerichte gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Strafsachen, für welche nicht entweder die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten begründet ist, oder reichsgesetzlich besondere Gerichte bestellt oder zugelassen sind.

Vgl. § 17, E. G. §§ 2, 3, 5 u. E. G. 3. Str. Pr. D. §§ 3 u. 4.

**14.** Als besondere Gerichte werden zugelassen:

1. die auf Staatsverträgen beruhenden Rheinschiffahrts- und Elbzollgerichte;
2. Gerichte, welchen die Entscheidung von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei der Ablösung von Gerechtigkeiten oder Reallasten, bei Separationen, Konsolidationen, Verkoppelungen, gutherrlich-bäuerlichen Auseinandersetzungen und dergleichen obliegt;
3. Gemeindegerichte, insoweit denselben die Entscheidung über vermögensrechtliche Ansprüche obliegt, deren Gegenstand in Geld oder Geldeswerth die Summe von sechzig Mark nicht übersteigt, jedoch mit der Maßgabe, daß gegen die Entscheidung der Gemeindegerichte innerhalb einer gesetzlich zu bestimmenden Frist sowohl dem Kläger wie dem Beklagten die Berufung auf den ordentlichen Rechtsweg zusteht, und daß der Gerichtsbarkeit des Gemeindegerichts, als Kläger oder Beklagter, nur Personen unterworfen werden dürfen, welche in der Gemeinde den Wohnsitz, eine Niederlassung oder im Sinne der §§ 18, 21 der Civilprozeßordnung den Aufenthalt haben;
4. Gewerbegerichte.

**15.** Die Gerichte sind Staatsgerichte.

Die Privatgerichtsbarkeit ist aufgehoben; an ihre Stelle tritt die Gerichtsbarkeit desjenigen Bundesstaates, in welchem sie ausgeübt wurde. Präsentationen für Anstellungen bei den Gerichten finden nicht statt.

Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung. Dies gilt insbesondere bei Ehe- und Verlöbnißsachen.

**16.** Ausnahmegerichte sind unstatthaft. Niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden. Die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte und Standrechte werden hiervon nicht berührt.

Vgl. §§ 6, 155–161 d. Militärstrafgesetzbuches v. 20. Juni 1872.

**17.** Die Gerichte entscheiden über die Zulässigkeit des Rechtswegs.

Die Landesgesetzgebung kann jedoch die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden oder Verwaltungsgerichten über die Zulässigkeit des Rechtswegs besonderen Behörden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen übertragen:

Vgl. E. O. § 17.

1. Die Mitglieder werden für die Dauer des zur Zeit ihrer Ernennung von ihnen bekleideten Amtes oder, falls sie zu dieser Zeit ein Amt nicht bekleiden, auf Lebenszeit ernannt. Eine Enthebung vom Amte kann nur unter denselben Voraussetzungen wie bei den Mitgliedern des Reichsgerichts stattfinden.

Vgl. §§ 6, 128–131.

2. Mindestens die Hälfte der Mitglieder muß dem Reichsgerichte oder dem obersten Landesgerichte oder einem Oberlandesgerichte angehören. Bei Entscheidungen dürfen Mitglieder nur in der gesetzlich bestimmten Anzahl mitwirken. Diese Anzahl muß eine ungerade sein und mindestens fünf betragen.

Vgl. E. G. §§ 9 u. 10.

3. Das Verfahren ist gesetzlich zu regeln. Die Entscheidung erfolgt in öffentlicher Sitzung nach Ladung der Parteien.

Vgl. §§ 170–174.

4. Sofern die Zulässigkeit des Rechtswegs durch rechtskräftiges Urtheil des Gerichts feststeht, ohne daß zuvor auf die Entscheidung der besonderen Behörde abgetragen war, bleibt die Entscheidung des Gerichts maßgebend.

**18.** Die inländische Gerichtsbarkeit erstreckt sich nicht auf die Chefs und Mitglieder der bei dem Deutschen Reiche beglaubigten Missionen. Sind diese Personen Staatsangehörige eines der Bundesstaaten, so sind sie nur insofern von der inländischen Gerichtsbarkeit befreit, als der Staat, dem sie angehören, sich der Gerichtsbarkeit über sie begeben hat.

Die Chefs und Mitglieder der bei einem Bundesstaate beglaubigten Missionen sind der Gerichtsbarkeit dieses Staates nicht unterworfen. Dasselbe gilt von den Mitgliedern des Bundesraths, welche nicht von demjenigen Staate abgeordnet sind, in dessen Gebiete der Bundesrath seinen Sitz hat.

- 19.** Auf die Familienglieder, das Geschäftspersonal

der im § 18 erwähnten Personen und auf solche Bedienstete derselben, welche nicht Deutsche sind, finden die vorstehenden Bestimmungen Anwendung.

**20.** Durch die Bestimmungen der §§ 18, 19 werden die Vorschriften über den ausschließlich dinglichen Gerichtsstand in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nicht berührt.

**21.** Die im Deutschen Reiche angestellten Konsuln sind der inländischen Gerichtsbarkeit unterworfen, sofern nicht in Verträgen des Deutschen Reichs mit anderen Mächten Vereinbarungen über die Befreiung der Konsuln von der inländischen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

### Dritter Titel.

#### A m t s g e r i c h t e.

**22.** Den Amtsgerichten stehen Einzelrichter vor.

Ist ein Amtsgericht mit mehreren Richtern besetzt, so wird einem derselben von der Landesjustizverwaltung die allgemeine Dienstaufsicht übertragen. Jeder Amtsrichter erlebte die ihm obliegenden Geschäfte als Einzelrichter.

Unter Dienstaufsicht soll die Aufsicht über die Subalternen und die Beforgung der Geschäftsleitung, nicht aber eine Aufsicht über die übrigen Richter, welche als Einzelrichter selbständig sind, verstanden werden [Prot.\*) S. 152].

Geschäftsvertheilung nach Gattungen oder Bezirken, insbesondere auch Uebertragung der durch §§ 39 ff. zugewiesenen Funktionen, sowie die Stellvertretung ist der Regelung der Landesjustizverwaltung vorbehalten (Prot. S. 153.)

Vgl. auch Str. Pr. D. § 15.

---

\*) Unter dem Allegat „Prot.“ sind die Protokolle der Kommission des Reichstages verstanden.



**23.** Die Zuständigkeit der Amtsgerichte umfaßt in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, soweit dieselben nicht ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten zugewiesen sind:

Vgl. § 70.

1. Streitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche, deren Gegenstand an Geld oder Gelbeswerth die Summe von dreihundert Mark nicht übersteigt;

2. ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes:

Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueberlassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Miether in die Miethsräume eingebrachten Sachen;

Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gefinde, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinsichtlich des Dienst- und Arbeitsverhältnisses, sowie die im § 108 der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Streitigkeiten, insofern dieselben während der Dauer des Dienst-, Arbeits- oder Lehrverhältnisses entstehen;

Streitigkeiten zwischen Reisenden und Wirthen, Fuhrleuten, Schiffern, Flößern oder Auswanderungsexpediten in den Einschiffungshäfen, welche über Wirthszechen, Fuhrlohn, Ueberfahrtsgebühren, Beförderung der Reisenden und ihrer Habe und über Verlust und Beschädigung der letzteren, sowie Streitigkeiten zwischen Reisenden und Handwerkern, welche aus Anlaß der Reise entstanden sind;

Streitigkeiten wegen Viehmängel;

Streitigkeiten wegen Widschadens;  
Ansprüche aus einem außerehelichen Beischlaf;  
das Aufgebotsverfahren.

**24.** Im Uebrigen wird die Zuständigkeit und der Geschäftskreis der Amtsgerichte durch die Vorschriften dieses Gesetzes und der Prozeßordnungen bestimmt.

Vgl. § 110, E. O. § 4, Str. Pr. O. §§ 128, 160, 183, 222, 232, 483 No. 2.

#### Vierter Titel.

##### Schöffengerichte.

**25.** Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen werden bei den Amtsgerichten Schöffengerichte gebildet.

Vgl. Str. Pr. O. § 211.

**26.** Die Schöffengerichte bestehen aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und zwei Schöffen.

**27.** Die Schöffengerichte sind zuständig:

1. für alle Uebertretungen;

Vgl. Str. Ges. Buch § 1. Absatz 3.

2. für diejenigen Vergehen, welche nur mit Gefängniß von höchstens drei Monaten, oder Geldstrafe von höchstens sechshundert Mark, allein oder neben Haft, oder in Verbindung mit einander, oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme der im § 320 des Strafgesetzbuchs und der im § 74 dieses Gesetzes bezeichneten Vergehen;

Vgl. Str. Ges. Buch §§ 123 Abs. 1, 148, 276, 292, 299, 337.

3. für die nur auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungen und Körperverletzungen, wenn die Verfolgung im Wege der Privatklage geschieht;

Vgl. Str. Gef. Buch §§ 185–187, 189, 223, Str. Pr. D. §§ 414, 416 u. Einf. Gef. zur Str. Pr. D. § 11.

4. für das Vergehen des Diebstahls im Falle des § 242 des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Gestohlenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
5. für das Vergehen der Unterschlagung im Falle des § 246 des Strafgesetzbuchs, wenn der Werth des Unterschlagenen fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
6. für das Vergehen des Betruges im Falle des § 263 des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
7. für das Vergehen der Sachbeschädigung im Falle des § 303 des Strafgesetzbuchs, wenn der Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt;
8. für das Vergehen der Begünstigung und für das Vergehen der Fälschung in den Fällen des § 258 Nr. 1 und des § 259 des Strafgesetzbuchs, wenn die Handlung, auf welche sich die Begünstigung oder die Fälschung bezieht, zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehört.

**28.** Ist die Zuständigkeit des Schöffengerichts durch den Werth einer Sache oder den Betrag eines Schadens bedingt und stellt sich in der Hauptverhandlung heraus, daß der Werth oder Schaden mehr als fünfundzwanzig Mark beträgt, so hat das Gericht seine Unzuständigkeit nur

dann auszusprechen, wenn aus anderen Gründen die Aussetzung der Verhandlung geboten erscheint.

Unter den anderen Gründen sind die in den §§ 227, 245 Str. Pr. D. gedachten gemeint. Es soll also eine Unzuständigkeitsklärung deshalb allein, weil der Werth oder Schaden 25 M. übersteigt, nicht erfolgen. Eine höhere Strafe als die in den §§ 27 No. 2 u. 75 dieses Gesetzes erwähnte ist mithin zulässig. (Prot. S. 215, 601–608).

**29.** Vor die Schöffengerichte gehören auch diejenigen Strafsachen, deren Verhandlung und Entscheidung ihnen nach den Bestimmungen des fünften Titels von den Strafkammern der Landgerichte überwiesen wird.

Vgl. § 75.

**30.** Insoweit das Gesetz nicht Ausnahmen bestimmt, üben die Schöffen während der Hauptverhandlung das Richteramt im vollen Umfange und mit gleichem Stimmrechte wie die Amtsrichter aus und nehmen auch an denjenigen, im Laufe einer Hauptverhandlung zu erlassenden Entscheidungen Theil, welche in keiner Beziehung zu der Urtheilsfällung stehen, und welche auch ohne vorgängige mündliche Verhandlung erlassen werden können.

Die außerhalb der Hauptverhandlung erforderlichen Entscheidungen werden von dem Amtsrichter erlassen.

Vgl. §§ 178–181 u. Str. Pr. D. §§ 50, 69, 77.

**31.** Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

Vgl. § 11 u. Str. Ges. B. §§ 31, 33–35.

**32.** Unfähig zu dem Amte eines Schöffen sind:

1. Personen, welche die Befähigung in Folge strafgerichtlicher Verurtheilung verloren haben;

Vgl. Str. G. B. §§ 31, 33–35.

2. Personen, gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter zur Folge haben kann;

Vgl. Str. Pr. D. § 201.

3. Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

**33.** Zu dem Amte eines Schöffen sollen nicht berufen werden:

1. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste das dreißigste Lebensjahr noch nicht vollendet haben;
2. Personen, welche zur Zeit der Aufstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht zwei volle Jahre haben;
3. Personen, welche für sich oder ihre Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den drei letzten Jahren, von Aufstellung der Urliste zurückgerechnet, empfangen haben;
4. Personen, welche wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen zu dem Amte nicht geeignet sind;
5. Dienstboten.

**34.** Zu dem Amte eines Schöffen sollen ferner nicht berufen werden:

1. Minister;
2. Mitglieder der Senate der freien Hansestädte;

3. Reichsbeamte, welche jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können;

Vgl. § 25 des Reichsgerichtsges. v. 30. März 1873 betreffend die Dienstverhältnisse der Reichsbeamten.

4. Staatsbeamte, welche auf Grund der Landesgesetze jederzeit einstweilig in den Ruhestand versetzt werden können;
5. richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft;  
Vgl. §§ 7, 12, 143.
6. gerichtliche und polizeiliche Vollstreckungsbeamte;  
Vgl. § 155.
7. Religionsdiener;
8. Volksschullehrer;
9. dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärpersonen.

Die Landesgesetze können außer den vorbezeichneten Beamten höhere Verwaltungsbeamte bezeichnen, welche zu dem Amte eines Schöffen nicht berufen werden sollen.

**35.** Die Berufung zum Amte eines Schöffen dürfen ablehnen:

1. Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung;
2. Personen, welche im letzten Geschäftsjahre die Verpflichtung eines Geschworenen, oder an wenigstens fünf Sitzungstagen die Verpflichtung eines Schöffen erfüllt haben;

Vgl. § 43.

3. Aerzte;
4. Apotheker, welche keine Gehülfen haben;
5. Personen, welche das fünfundschszigste Lebensjahr zur

Zeit der Aufstellung der Urliste vollendet haben oder dasselbe bis zum Ablaufe des Geschäftsjahrs vollenden würden;

6. Personen, welche glaubhaft machen, daß sie den mit der Ausübung des Amts verbundenen Aufwand zu tragen nicht vermögen.

**36.** Der Vorsteher einer jeden Gemeinde oder eines landesgesetzlich der Gemeinde gleichstehenden Verbandes hat alljährlich ein Verzeichniß der in der Gemeinde wohnhaften Personen, welche zu dem Schöffenamte berufen werden können, aufzustellen (Urliste).

Die Urliste ist in der Gemeinde eine Woche lang zu Jedermanns Einsicht auszulegen. Der Zeitpunkt der Auslegung ist vorher öffentlich bekannt zu machen.

**37.** Gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Urliste kann innerhalb der einwöchigen Frist schriftlich oder zu Protokoll Einsprache erhoben werden.

**38.** Der Gemeindevorsteher sendet die Urliste nebst den erhobenen Einsprachen und den ihm erforderlich erscheinenden Bemerkungen an den Amtsrichter des Bezirks.

Wird nach Absendung der Urliste die Berichtigung derselben erforderlich, so hat der Gemeindevorsteher hiervon dem Amtsrichter Anzeige zu machen.

Vgl. § 22.

**39.** Der Amtsrichter stellt die Urlisten des Bezirks zusammen und bereitet den Beschluß über die Einsprachen gegen dieselben vor. Er hat die Beachtung der Vorschriften

des § 36. Abs. 2. zu prüfen und die Abstellung etwaiger Mängel zu veranlassen.

**40.** Bei dem Amtsgerichte tritt alljährlich ein Ausschuß zusammen.

Der Ausschuß besteht aus dem Amtsrichter als Vorsitzenden und einem von der Landesregierung zu bestimmenden Staatsverwaltungsbeamten, sowie sieben Vertrauensmännern als Beisitzern.

Die Vertrauensmänner werden aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks gewählt.

Vgl. § 56.

Die Wahl erfolgt nach näherer Bestimmung der Landesgesetze durch die Vertretungen der Kreise, Ämter, Gemeinden oder dergleichen Verbände; wenn solche Vertretungen nicht vorhanden sind, durch den Amtsrichter. Letzterer hat die Vertrauensmänner vornehmlich aus den Vorstehern der vorbezeichneten Verbände zu wählen.

Zur Beschlußfähigkeit des Ausschusses genügt die Anwesenheit des Vorsitzenden, des Staatsverwaltungsbeamten und dreier Vertrauensmänner. Der Ausschuß faßt seine Beschlüsse nach der absoluten Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

**41.** Der Ausschuß entscheidet über die gegen die Urliste erhobenen Einsprachen. Die Entscheidungen sind zu Protokoll zu vermerken. Beschwerden findet nicht statt.

**42.** Aus der berichtigten Urliste wählt der Ausschuß für das nächste Geschäftsjahr:

1. die erforderliche Zahl von Schöffen,



2. die erforderliche Zahl derjenigen Personen, welche in der von dem Ausschusse festzusetzenden Reihenfolge an die Stelle wegfallender Schöffen treten (Hülfschöffen). Die Wahl ist auf Personen zu richten, welche am Orte des Amtsgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.

**43.** Die für jedes Amtsgericht erforderliche Zahl von Hauptschöffen und Hülfschöffen wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

Die Bestimmung der Zahl der Hauptschöffen erfolgt in der Art, daß voraussichtlich Jeder höchstens zu fünf ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird.

Vgl. § 35 No. 2.

**44.** Die Namen der erwählten Hauptschöffen und Hülfschöffen werden bei jedem Amtsgerichte in gesonderte Verzeichnisse aufgenommen (Jahreslisten).

Vgl. Einf. Ges. z. Str. Pr. D. § 2.

**45.** Die Tage der ordentlichen Sitzungen des Schöffengerichts werden für das ganze Jahr im voraus festgestellt.

Die Reihenfolge, in welcher die Hauptschöffen an den einzelnen ordentlichen Sitzungen des Jahres Theil nehmen, wird durch Ausloosung in öffentlicher Sitzung des Amtsgerichts bestimmt. Das Loos zieht der Amtsrichter.

Ueber die Ausloosung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 166, 185.

**46.** Der Amtsrichter setzt die Schöffen von ihrer Ausloosung und von den Sitzungstagen, an welchen sie

in Thätigkeit zu treten haben, unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens in Kenntniß.

In gleicher Weise werden die im Laufe des Geschäftsjahrs einzuberufenden Schöffen benachrichtigt.

Vgl. § 56.

**47.** Eine Aenderung in der bestimmten Reihenfolge kann auf übereinstimmenden Antrag der betheiligten Schöffen von dem Amtsrichter bewilligt werden, sofern die in den betreffenden Sitzungen zu verhandelnden Sachen noch nicht bestimmt sind. Der Antrag und die Bewilligung sind attestkundig zu machen.

**48.** Wenn die Geschäfte die Anberaumung außerordentlicher Sitzungen erforderlich machen, so werden die einzuberufenden Schöffen vor dem Sitzungstage in Gemäßheit des § 45 ausgelooft.

Erscheint dies wegen Dringlichkeit unthunlich, so erfolgt die Ausloosung durch den Amtsrichter lediglich aus der Zahl der am Sitze des Gerichts wohnenden Hülfschöffen. Die Umstände, welche den Amtsrichter hierzu veranlaßt haben, sind attestkundig zu machen.

**49.** Wird zu einzelnen Sitzungen die Buziehung anderer als der zunächst berufenen Schöffen erforderlich, so erfolgt dieselbe aus der Zahl der Hülfschöffen nach der Reihenfolge der Jahresliste.

Vgl. §§ 22 ff. 31, 56 u. Str. Pr. D. § 194.

Würde durch die Berufung der letzteren eine Vertagung der Verhandlung oder eine erhebliche Verzögerung ihres

Beginns nothwendig, so sind die nicht am Orte des Gerichts wohnenden Hülfsschöffen zu übergehen.

Vgl. § 42 No. 2.

**50.** Erstreckt sich die Dauer einer Sitzung über die Zeit hinaus, für welche der Schöffe zunächst einberufen ist, so hat er bis zur Beendigung der Sitzung seine Amtsthätigkeit fortzusetzen.

Vgl. Str. Pr. D. § 228.

**51.** Die Beeidigung der Schöffen erfolgt bei ihrer ersten Dienstleistung in öffentlicher Sitzung. Sie gilt für die Dauer des Geschäftsjahrs.

Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte:

„Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Schöffen getreulich zu erfüllen und Ihre Stimmen nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“

Die Schöffen leisten den Eid, indem Jeder einzeln die Worte spricht:

„ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

Ist ein Schöffe Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Bethuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Bethuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleich geachtet.

Ueber die Beeidigung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

Vgl. § 170.

**52.** Wenn die Unfähigkeit einer als Schöffe in die Jahresliste aufgenommenen Person eintritt oder bekannt wird, so ist der Name derselben von der Liste zu streichen.

Ein Schöffe, hinsichtlich dessen nach seiner Aufnahme in die Jahresliste andere Umstände eintreten oder bekannt werden, bei deren Vorhandensein eine Berufung zum Schöffenamte nicht erfolgen soll, ist zur Dienstleistung ferner nicht heranzuziehen.

Die Entscheidung erfolgt durch den Amtsrichter nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des beteiligten Schöffen.

Beschwerde findet nicht statt.

Vgl. § 32–34.

**53.** Ablehnungsgründe sind nur zu berücksichtigen, wenn sie innerhalb einer Woche, nachdem der beteiligte Schöffe von seiner Einberufung in Kenntniß gesetzt worden ist, von demselben geltend gemacht werden. Fällt ihre Entscheidung oder Bekanntwerdung in eine spätere Zeit, so ist die Frist erst von diesem Zeitpunkt zu berechnen.

Der Amtsrichter entscheidet über das Gesuch nach Anhörung der Staatsanwaltschaft. Beschwerde findet nicht statt.

Vgl. § 35.

**54.** Der Amtsrichter kann einen Schöffen auf dessen Antrag wegen eingetretener Hinderungsgründe von der Dienstleistung an bestimmten Sitzungstagen entbinden.

Die Entbindung des Schöffen von der Dienstleistung kann davon abhängig gemacht werden, daß ein anderer für das Dienstjahr bestimmter Schöffe für ihn eintritt.

Der Antrag und die Bewilligung sind aktienkundig zu machen.

**55.** Die Schöffen und die Vertrauensmänner des Ausschusses erhalten Vergütung der Reisekosten.

Vgl. § 40.

**56.** Schöffen und Vertrauensmänner des Ausschusses, welche ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht rechtzeitig sich einfinden oder ihren Obliegenheiten in anderer Weise sich entziehen, sind zu einer Ordnungsstrafe von fünf bis zu eintausend Mark, sowie in die verursachten Kosten zu verurtheilen.

Die Verurtheilung wird durch den Amtsrichter nach Anhörung der Staatsanwaltschaft ausgesprochen. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so kann die Verurtheilung ganz oder theilweise zurückgenommen werden. Gegen die Entscheidungen findet Beschwerde von Seiten des Verurtheilten nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung statt.

Vgl. § 72, Str. Pr. O. § 346–352.

**57.** Bis zu welchem Tage die Urlisten aufzustellen und dem Amtsrichter einzureichen sind, der Ausschuss zu berufen und die Ausloosung der Schöffen zu bewirken ist, wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

Vgl. §§ 36, 42, 45.

## Fünfter Titel.

### Landgerichte.

**58.** Die Landgerichte werden mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Direktoren und Mitgliedern besetzt.

**59.** Bei den Landgerichten werden Civil- und Strafkammern gebildet.

Vgl. §§ 70–75.

**60.** Bei den Landgerichten sind Untersuchungsrichter nach Bedürfniß zu bestellen.

Vgl. Str. Pr. O. §§ 182, 183.

Die Bestellung erfolgt durch die Landesjustizverwaltung auf die Dauer eines Geschäftsjahrs.

**61.** Den Vorsitz im Plenum führt der Präsident, den Vorsitz in den Kammern führen der Präsident und die Direktoren. Vor Beginn des Geschäftsjahrs bestimmt der Präsident die Kammer, welcher er sich anschließt. Ueber die Vertheilung des Vorsitzes in den übrigen Kammern entscheiden der Präsident und die Direktoren nach Stimmenmehrheit; im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Vgl. E. G. § 20.

**62.** Vor Beginn des Geschäftsjahrs werden auf die Dauer desselben die Geschäfte unter die Kammern derselben Art vertheilt und die ständigen Mitglieder der einzelnen Kammern sowie für den Fall ihrer Verhinderung die regelmäßigen Vertreter bestimmt. Jeder Richter kann zum Mitgliede mehrerer Kammern bestimmt werden.

Die getroffene Anordnung kann im Laufe des Geschäftsjahrs nur geändert werden, wenn dies wegen eingetretener Ueberlastung einer Kammer oder in Folge Wechsels oder dauernder Verhinderung einzelner Mitglieder des Gerichts erforderlich wird.

**63.** Die im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Anordnungen erfolgen durch das Präsidium.

Das Präsidium wird durch den Präsidenten als Vorsitzenden, die Direktoren und das dem Dienstalter nach, bei gleichem Dienstalter das der Geburt nach älteste Mitglied gebildet. Das Präsidium entscheidet nach Stimmenmehrheit; im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Präsidenten den Ausschlag.

Vgl. E. G. § 20.

**64.** Der Präsident kann bestimmen, daß einzelne Untersuchungen von dem Untersuchungsrichter, dessen Bestellung mit dem Ablaufe des Geschäftsjahrs erlischt, zu Ende geführt werden, sowie das in einzelnen Sachen, in welchen während des Geschäftsjahrs eine Verhandlung bereits stattgefunden hat, die Kammer in ihrer früheren Zusammensetzung auch nach Ablauf des Geschäftsjahrs verhandle und entscheide.

**65.** Im Falle der Verhinderung des ordentlichen Vorsitzenden führt den Vorsitz in der Kammer dasjenige Mitglied der Kammer, welches dem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter der Geburt nach das älteste ist.

Der Präsident wird in seinen übrigen durch dieses Gesetz bestimmten Geschäften durch denjenigen Direktor vertreten, welcher dem Dienstalter nach und bei gleichem Dienstalter der Geburt nach der älteste ist.

**66.** Im Falle der Verhinderung des regelmäßigen Vertreters eines Mitglieds wird ein zeitweiliger Vertreter durch den Präsidenten bestimmt.

**67.** Die Bestimmungen der §§ 61–66 finden auf die Kammern für Handelsfachen keine Anwendung.

Vgl. §§ 109 u. 110.

**68.** Innerhalb der Kammer vertheilt der Vorsitzende die Geschäfte auf die Mitglieder.

**69.** Soweit die Vertretung eines Mitglieds nicht durch ein Mitglied desselben Gerichts möglich ist, erfolgt die Anordnung derselben auf den Antrag des Präsidiums durch die Landesjustizverwaltung.

Die Beiordnung eines nicht ständigen Richters darf, wenn sie auf eine bestimmte Zeit erfolgte, vor Ablauf dieser Zeit, wenn sie auf unbestimmte Zeit erfolgte, so lange das Bedürfniß, durch welches sie veranlaßt wurde, fortbauert, nicht widerrufen werden. Ist mit der Vertretung eine Entschädigung verbunden, so ist diese für die ganze Dauer im Voraus festzustellen.

Unberührt bleiben diejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen richterliche Geschäfte nur von ständig angestellten Richtern wahrgenommen werden können, sowie diejenigen, welche die Vertretung durch ständig angestellte Richter regeln.

Vgl. § 62.

**70.** Vor die Civilkammern, einschließlich der Kammern für Handelsfachen, gehören alle bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, welche nicht den Amtsgerichten zugewiesen sind.

Die Landgerichte sind ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig:

1. für die Ansprüche, welche auf Grund des Gesetzes



vom 1. Juni 1870 über die Abgaben von der Flößerei oder auf Grund des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten vom 31. März 1873 gegen den Reichsfiskus erhoben werden;

2. für die Ansprüche gegen Reichsbeamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen.

Der Landesgesetzgebung bleibt überlassen, Ansprüche der Staatsbeamten gegen den Staat aus ihrem Dienstverhältnisse; Ansprüche gegen den Staat wegen Verfügungen der Verwaltungsbehörden, wegen Verschuldung von Staatsbeamten und wegen Aufhebung von Privilegien, Ansprüche gegen Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen, sowie Ansprüche in Betreff öffentlicher Abgaben ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes den Landgerichten ausschließlich zuzuweisen.

Vgl. E. G. § 11 u. 18.

**71.** Die Civilkammern sind die Berufungs- und Beschwerdebegerichte in den vor den Amtsgerichten verhandelten bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

**72.** Die Strafkammern sind zuständig für diejenigen die Voruntersuchung und deren Ergebnisse betreffenden Entscheidungen, welche nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung von dem Gerichte zu erlassen sind; sie entscheiden über Beschwerden gegen Verfügungen des Untersuchungsrichters und des Amtsrichters, sowie gegen Entscheidungen der Schöffengerichte. Die Bestimmungen über die

Zuständigkeit des Reichsgerichts werden hierdurch nicht berührt.

Vgl. §§ 30, 178–181 u. Str. Pr. D. §§ 23, 50, 69, 77, 124, 125, 195.

Die Strafkammern erledigen außerdem die in der Strafprozeßordnung den Landgerichten zugewiesenen Geschäfte.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 199–209.

**73.** Die Strafkammern sind als erkennende Gerichte zuständig:

1. für die Vergehen, welche nicht zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören;
2. für diejenigen Verbrechen, welche mit Zuchthaus von höchstens fünf Jahren, allein oder in Verbindung mit anderen Strafen, bedroht sind. Diese Bestimmung findet nicht Anwendung in den Fällen der §§ 86, 100 und 106 des Strafgesetzbuchs;

Vgl. Str. Gef. B. §§ 159, 171, 173, 174, 179, 181, 218, 224, 227, 254, 258, 321, 332, 336, 338, 343, 346, 347.

3. für die Verbrechen der Personen, welche zur Zeit der That das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatten;

Vgl. Str. Gef. B. § 57.

4. für das Verbrechen der Unzucht im Falle des § 176 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs;
5. für die Verbrechen des Diebstahls in den Fällen der §§ 243 und 244 des Strafgesetzbuchs;
6. für das Verbrechen der Fälscherei in den Fällen der §§ 260 und 261 des Strafgesetzbuchs;
7. für das Verbrechen des Betruges im Falle des § 264 des Strafgesetzbuchs.

**74.** Die Strafkammern sind als erkennende Gerichte ausschließlich zuständig:

1. für Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz vom 25. Oktober 1867, betreffend die Nationalität der Rauffahrtschiffe u.;
2. für die nach Artikel 206, 249 und 249a des Gesetzes vom 11. Juni 1870, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien und die Aktiengesellschaften, strafbaren Handlungen;
3. für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der §§ 1, 2 und 3 des Gesetzes vom 8. Juni 1871, betreffend die Inhaberpapiere mit Prämien;
4. für die nach § 67 und § 69 des Gesetzes vom 6. Febr. 1875, betreffend die Beurkundung des Personenstandes u., strafbaren Handlungen;
5. für die nach § 59 des Bankgesetzes vom 14. März 1875 strafbaren Handlungen.

**75.** Die Strafkammer kann bei Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Vergehen:

1. des Widerstandes gegen die Staatsgewalt in den Fällen der §§ 113, 114, 117 Abs. 1. und des § 120 des Strafgesetzbuchs;
2. wider die öffentliche Ordnung in den Fällen des § 123 Abs. 3 und des § 137 des Strafgesetzbuchs;
3. wider die Sittlichkeit im Falle des § 183 des Strafgesetzbuchs;
4. der Beleidigung und der Körperverletzung in den Fällen der nur auf Antrag eintretenden Verfolgung;

Bgl. Str. Ges. B. §§ 185–189, 223.

5. der Körperverletzung im Falle des § 223a des Strafgesetzbuchs ;
6. des Diebstahls im Falle des § 242 des Strafgesetzbuchs ;
7. der Unterschlagung im Falle des § 246 des Strafgesetzbuchs ;
8. der Begünstigung ;
9. der Fälschung in den Fällen des § 258 Nr. 1 und des § 259 des Strafgesetzbuchs ;
10. des Betruges im Falle des § 263 des Strafgesetzbuchs ;
11. des strafbaren Eigennutzes in den Fällen der §§ 288 und 298 des Strafgesetzbuchs ;
12. der Sachbeschädigung in den Fällen der §§ 303 und 304 des Strafgesetzbuchs

und

13. wegen der gemeingefährlichen Vergehen in den Fällen des § 327 Abs. 1 und des § 328 Abs. 1 des Strafgesetzbuchs ;

ferner

14. wegen derjenigen Vergehen, welche nur mit Gefängnißstrafe von höchstens sechs Monaten oder Geldstrafe von höchstens eintausend fünfshundert Mark, allein oder in Verbindung mit einander oder in Verbindung mit Einziehung bedroht sind, mit Ausnahme der in den §§ 128, 271, 296a, 301, 331 und 347 des Strafgesetzbuchs und der im § 74 dieses Gesetzes bezeichneten Vergehen ;

Vgl. Str. Ges. B. §§ 116, 124, 136, 145, 160 (Verleitung zur falschen eidesstattlichen Versicherung), 172, 184, 241, 285, 293, 296, 300, 320.

ſowie

15. wegen ſolcher Zuwiderhandlungen gegen die Vorſchriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, deren Strafe in dem mehrfachen Betrage einer hinterzogenen Abgabe oder einer anderen Leiſtung beſteht;

auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Verhandlung und Entſcheidung dem Schöffengerichte, ſoweit dieſes nicht ſchon zuſtändig iſt, überweiſen, wenn nach den Umſtänden des Falles anzunehmen iſt, daß wegen des Vergehens auf keine andere und höhere Strafe, als auf die im § 27 Nr. 2 bezeichneter und auf keine höhere Buße als ſechshundert Mark zu erkennen ſein werde.

Findet das Schöffengericht bei der Urtheilsfällung hiernächſt eine höhere Strafe als 3 Monat Gef. oder 600 Mark für angemessen, ſo kann es trotzdem auf dieſe höhere Strafe erkennen (Vgl. Prot. S. 601–608 u. Kommiſſionsbericht S. 35.)

Befchwerde findet nicht ſtatt.

Hat im Falle der Nr. 15 die Verwaltungsbehörde die öffentliche Klage erhoben, ſo ſteht ihr der Antrag auf, Ueberweiſung an das Schöffengericht in gleicher Weiſe wie der Staatsanwaltschaft zu.

**76.** Die Strafkammern ſind als erkennende Gerichte ferner zuſtändig für die Verhandlung und Entſcheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen die Urtheile der Schöffengerichte.

Vgl. E. G. § 18 u. Str. Pr. D. § 354.

**77.** Die Kammern entſcheiden in der Beſetzung von drei Mitgliedern mit Einſchluß des Vorſitzenden. Die

Strafkammern sind in der Hauptverhandlung mit fünf Mitgliedern, in der Berufungsinstanz bei Uebertretungen und in den Fällen der Privatklage aber mit drei Mitgliedern, einschließlich des Vorsitzenden, zu besetzen.

Vgl. Str. Pr. D. § 23.

**78.** Durch Anordnung der Landesjustizverwaltung kann wegen großer Entfernung des Landgerichtsstizes bei einem Amtsgerichte für den Bezirk eines oder mehrerer Amtsgerichte eine Strafkammer gebildet und derselben für diesen Bezirk die gesammte Thätigkeit der Strafkammer des Landgerichts oder ein Theil dieser Thätigkeit zugewiesen werden.

Die Besetzung einer solchen Strafkammer erfolgt aus Mitgliedern des Landgerichts oder Amtsrichtern des Bezirks, für welchen die Kammer gebildet wird. Der Vorsitzende wird ständig, die Amtsrichter werden auf die Dauer des Geschäftsjahrs durch die Landesjustizverwaltung berufen, die übrigen Mitglieder werden nach Maßgabe des § 62 durch das Präsidium des Landgerichts bezeichnet.

## Sechster Titel.

### Schwurgerichte.

**79.** Für die Verhandlung und Entscheidung von Strafsachen treten bei den Landgerichten periodisch Schwurgerichte zusammen.

Daß der Beginn der Schwurgerichtssitzungen nicht nach § 212 Str. Pr. D. sondern durch die Justizverwaltung bestimmt werden soll, wurde in der Kommissionsberathung allseitig anerkannt, deutet auch das Wort „periodisch“ an. (Prot. S. 652.)

**80.** Die Schwurgerichte sind zuständig für die Verbrechen, welche nicht zur Zuständigkeit der Strafkammern oder des Reichsgerichts gehören.

Vgl. §§ 73, 75, 130.

**81.** Die Schwurgerichte bestehen aus drei richterlichen Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden und aus zwölf zur Entscheidung der Schuldfrage berufenen Geschworenen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 262, 295, 298.

**82.** Die Entscheidungen, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes oder der Strafprozeßordnung von dem erkennenden Gerichte zu erlassen sind, erfolgen in den bei den Schwurgerichten anhängigen Sachen durch die richterlichen Mitglieder des Schwurgerichts. Werden diese Entscheidungen außerhalb der Dauer der Sitzungsperiode erforderlich, so erfolgen sie durch die Strafkammern der Landgerichte.

Vgl. §§ 56, 96, 178–181 u. Str. Pr. D. §§ 50, 69, 77, 227, 230, 237, 241, 243–246, 250.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 222, 224.

**83.** Der Vorsitzende des Schwurgerichts wird für jede Sitzungsperiode von dem Präsidenten des Oberlandesgerichts ernannt. Die Ernennung erfolgt aus der Zahl der Mitglieder des Oberlandesgerichts oder der zu dem Bezirke des Oberlandesgerichts gehörigen Landgerichte.

Vgl. §§ 58, 119.

Der Stellvertreter des Vorsitzenden und die übrigen richterlichen Mitglieder werden von dem Präsidenten des Landgerichts aus der Zahl der Mitglieder des Landgerichts bestimmt.

So lange die Ernennung des Vorsitzenden nicht erfolgt ist, erledigt der Vorsitzende der Strafkammer des Landgerichts die in der Strafprozeßordnung dem Vorsitzenden des Gerichts zugewiesenen Geschäfte.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 199, 212, 218–220.

**84.** Das Amt eines Geschworenen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.

Vgl. § 11 u. Str. Ges. B. §§ 31, 33–35.

**85.** Die Urliste für die Auswahl der Schöffen dient zugleich als Urliste für die Auswahl der Geschworenen.

Die Vorschriften der §§ 32–35 über die Berufung zum Schöffenamte finden auch auf das Geschworenenamt Anwendung.

Vgl. § 36.

**86.** Die Zahl der für jedes Schwurgericht erforderlichen Geschworenen und die Vertheilung dieser Zahl auf die einzelnen Amtsgerichtsbezirke wird durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

**87.** Der alljährlich bei dem Amtsgerichte für die Wahl der Schöffen zusammentretende Ausschuß (§ 40) hat gleichzeitig diejenigen Personen aus der Urliste auszuwählen, welche er zu Geschworenen für das nächste Geschäftsjahr vorschlägt. Die Vorschläge sind nach dem dreifachen Betrage der auf den Amtsgerichtsbezirk vertheilten Zahl der Geschworenen zu bemessen.

Vgl. §§ 35, No. 2, 97 u. Einf. Ges. z. Str. Pr. D. § 2.

**88.** Die Namen der zu Geschworenen vorgeschlagenen Personen werden in ein Verzeichniß aufgenommen (Vorschlagsliste).



**89.** Die Vorschlagsliste wird nebst den Einsprachen, welche sich auf die in dieselbe aufgenommenen Personen beziehen, dem Präsidenten des Landgerichts übersendet.

Der Präsident bestimmt eine Sitzung des Landgerichts, an welcher fünf Mitglieder mit Einschluß des Präsidenten und der Direktoren Theil nehmen. Das Landgericht entscheidet endgültig über die Einsprachen und wählt sodann aus der Vorschlagsliste die für das Schwurgericht bestimmte Zahl von Hauptgeschworenen und Hülfsgeschworenen.

Als Hülfsgeschworene sind solche Personen zu wählen, welche an dem Sitzungsorte des Schwurgerichts oder in dessen nächster Umgebung wohnen.

Vgl. Str. Pr. D. § 280.

**90.** Die Namen der Haupt- und der Hülfsgeschworenen werden in gesonderte Jahreslisten aufgenommen.

**91.** Spätestens zwei Wochen vor Beginn der Sitzungen des Schwurgerichts werden in öffentlicher Sitzung des Landgerichts, an welcher der Präsident und zwei Mitglieder Theil nehmen, in Gegenwart der Staatsanwaltschaft dreißig Hauptgeschworene ausgelooft. Das Loos wird von dem Präsidenten gezogen.

Auf Geschworene, welche in einer früheren Sitzungsperiode desselben Geschäftsjahrs ihre Verpflichtung erfüllt haben, erstreckt die Ausloosung sich nur dann, wenn dies von ihnen beantragt wird.

Ueber die Ausloosung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

**92.** Das Landgericht übersendet das Verzeichniß der

ausgelassenen Hauptgeschworenen (Spruchliste) dem ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts.

Vgl. Str. Pr. D. § 277.

**93.** Die in der Spruchliste verzeichneten Geschworenen werden auf Anordnung des für das Schwurgericht ernannten Vorsitzenden zur Eröffnungssitzung des Schwurgerichts unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens geladen.

Zwischen der Zustellung der Ladung und der Eröffnungssitzung soll thunlichst die Frist von einer Woche, jedoch mindestens von drei Tagen liegen.

Die gesetzlichen Folgen sind die in den §§ 56, 96 gedachten.

**94.** Ueber die von Geschworenen geltend gemachten Ablehnungs- und Hinderungsgründe erfolgt die Entscheidung nach Anhörung der Staatsanwaltschaft durch die richterlichen Mitglieder und, so lange das Schwurgericht nicht zusammengetreten ist, durch den ernannten Vorsitzenden des Schwurgerichts. Beschwerde findet nicht statt.

Vgl. § 35 u. Str. Pr. D. §§ 22, 32.

An Stelle der wegfallenden Geschworenen hat der Vorsitzende, wenn es noch geschehen kann, aus der Jahresliste durch Ausloosung andere Geschworene auf die Spruchliste zu bringen und deren Ladung anzuordnen. Ueber die Ausloosung wird von dem Gerichtsschreiber ein Protokoll aufgenommen.

Vgl. § 90.

**95.** Erstreckt sich eine Sitzungsperiode des Schwurgerichts über den Endtermin des Geschäftsjahrs hinaus, so bleiben die Geschworenen, welche zu derselben einberufen

sind, bis zum Schlusse der Sitzungen zur Mitwirkung verpflichtet.

**96.** Die Bestimmungen der §§ 55, 56 finden auch auf Geschworene Anwendung.

Die im § 56 bezeichneten Entscheidungen werden in Bezug auf Geschworene von den richterlichen Mitgliedern des Schwurgerichts erlassen.

**97.** Niemand soll für dasselbe Geschäftsjahr als Geschworener und als Schöffe bestimmt werden.

Ist dies dennoch geschehen, oder ist Jemand für dasselbe Geschäftsjahr in mehreren Bezirken zu diesen Aemtern bestimmt worden, so hat der Einberufene dasjenige Amt zu übernehmen, zu welchem er zuerst einberufen wird.

Vgl. § 35 No. 2 u. § 87.

**98.** Die Strafkammer des Landgerichts kann bestimmen, daß einzelne Sitzungen des Schwurgerichts nicht am Sitze des Landgerichts, sondern an einem anderen Orte innerhalb des Schwurgerichtsbezirks abzuhalten seien.

In diesem Falle wird für diese Sitzungen von dem Landgerichte eine besondere Liste von Hilfsgeschworenen gebildet.

Vgl. Str. Pr. D. § 280.

**99.** Die Landesjustizverwaltung kann bestimmen, daß die Bezirke mehrerer Landgerichte zu einem Schwurgerichtsbezirk zusammengelegt und die Sitzungen des Schwurgerichts bei einem der Landgerichte abgehalten werden.

In diesem Falle hat das Landgericht, bei welchem die Sitzungen des Schwurgerichts abgehalten werden, und

der Präsident desselben die ihnen in den §§ 82—98 zugewiesenen Geschäfte für den Umfang des Schwurgerichtsbezirks wahrzunehmen.

Die Mitglieder des Schwurgerichts mit Einschluß des Stellvertreters des Vorsitzenden können aus der Zahl der Mitglieder der im Bezirke des Schwurgerichts belegenen Landgerichte bestimmt werden.

### Siebenter Titel.

#### Kammern für Handelsfachen.

**100.** Soweit die Landesjustizverwaltung ein Bedürfnis als vorhanden annimmt, können bei den Landgerichten für deren Bezirke oder für örtlich abgegrenzte Theile derselben Kammern für Handelsfachen gebildet werden.

Solche Kammern können ihren Sitz innerhalb des Landgerichtsbezirkes auch an Orten haben, an welchen das Landgericht seinen Sitz nicht hat.

Vgl. § 110.

**101.** Vor die Kammern für Handelsfachen gehören nach Maßgabe der folgenden Vorschriften diejenigen den Landgerichten in erster Instanz zugewiesenen bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, in welchen durch die Klage ein Anspruch:

Vgl. § 70.

- 1) gegen einen Kaufmann (Art. 4 des Handelsgesetzbuchs) aus Geschäften, welche auf Seiten beider Kontrahenten Handelsgeschäfte (Art. 271—276 des Handelsgesetzbuchs) sind;
- 2) aus einem Wechsel im Sinne der Wechselordnung;

3) aus einem der nachstehend bezeichneten Rechtsverhältnisse geltend gemacht wird:

- a) aus dem Rechtsverhältnisse zwischen den Mitgliedern einer Handelsgesellschaft, zwischen dem stillen Gesellschafter und dem Inhaber eines Handelsgewerbes, zwischen den Theilnehmern einer Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften oder einer Vereinigung zum Handelsbetriebe (Art. 10 des Handelsgesetzbuchs), sowohl während des Bestehens als nach Auflösung des geschäftlichen Verhältnisses, sowie aus dem Rechtsverhältnisse zwischen den Liquidatoren oder den Vorstehern einer Handelsgesellschaft und der Gesellschaft oder den Mitgliedern der Gesellschaft;
- b) aus dem Rechtsverhältnisse, welches das Recht zum Gebrauche der Handelsfirma betrifft;
- c) aus den Rechtsverhältnissen, welche sich auf den Schutz der Marken, Muster und Modelle beziehen;
- d) aus dem Rechtsverhältnisse, welches durch die Veräußerung eines bestehenden Handelsgeschäfts zwischen den Kontrahenten entsteht;
- e) aus dem Rechtsverhältnisse zwischen dem Prokuristen, dem Handlungsbevollmächtigten oder Handlungsgehilfen und dem Eigenthümer der Handelsniederlassung, sowie aus dem Rechtsverhältnisse zwischen einer dritten Person und demjenigen, welcher ihr als Prokurist oder Handlungsbevollmächtigter aus einem Handelsgeschäfte haftet (Art. 55 des Handelsgesetzbuchs);

- f) aus dem Rechtsverhältnisse, welches aus den Berufsgeschäften des Handelsmäcklers im Sinne des Handelsgesetzbuchs zwischen diesem und den Parteien entsteht;
- g) aus den Rechtsverhältnissen des Seerechts, insbesondere aus denjenigen, welche auf die Rheberei, die Rechte und Pflichten des Rhebers, des Korrespondentrheders und der Schiffsbesatzung, auf die Bodmerei und die Haverei, auf den Schadenersatz im Falle des Zusammenstoßens von Schiffen, auf die Vergütung und Hülfeleistung in Seenoth und auf die Ansprüche der Schiffsgläubiger sich beziehen.

**102.** Die Verhandlung des Rechtsstreits erfolgt vor der Kammer für Handelsfachen, wenn der Kläger dies in der Klageschrift beantragt hat. Die Einlassungsfrist (§ 234 Satz 1 der Civilprozeßordnung) beträgt mindestens zwei Wochen.

In den Fällen der §§ 466, 467 der Civilprozeßordnung hat der Kläger den Antrag auf Verhandlung vor der Kammer für Handelsfachen in der mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgerichte zu stellen.

**103.** Wird vor der Kammer für Handelsfachen eine vor dieselbe nicht gehörige Klage zur Verhandlung gebracht, so ist der Rechtsstreit auf Antrag des Beklagten an die Civilkammer zu verweisen.

Gehört die Klage oder die im Falle des § 467 der Civilprozeßordnung erhobene Widerklage als Klage nicht vor die Kammer für Handelsfachen, so ist diese auch von Amts wegen befugt, den Rechtsstreit an die Civilkammer zu ver-

weisen, so lange nicht eine Verhandlung zur Hauptsache erfolgt und auf dieselbe ein Beschluß verkündet ist. Die Verweisung von Amtswegen kann nicht aus dem Grunde erfolgen, daß der Beklagte nicht Kaufmann ist.

Vgl. § 101 No. 1.

**104.** Wird vor der Zivilkammer eine vor die Kammer für Handelsfachen gehörige Klage zur Verhandlung gebracht, so ist der Rechtsstreit auf Antrag des Beklagten an die Kammer für Handelsfachen zu verweisen. Ein Beklagter, welcher nicht in das Handelsregister eingetragen ist, kann den Antrag nicht darauf stützen, daß er Kaufmann ist.

Der Antrag ist zurückzuweisen, wenn die im Falle des § 467 der Civilprozeßordnung erhobene Widerklage als Klage vor die Kammer für Handelsfachen nicht gehören würde.

Zu einer Verweisung von Amtswegen ist die Zivilkammer nicht befugt.

Die Zivilkammer ist zur Verwerfung des Antrags auch dann befugt, wenn der Kläger demselben zugestimmt hat.

Vgl. Handelsgesetzbuch Art. 12, 19, 86, 151, 176, 210.

**105.** Wird in einem bei der Kammer für Handelsfachen anhängigen Rechtsstreite die Klage in Gemäßheit des § 253 der Civilprozeßordnung durch den Antrag auf Feststellung eines Rechtsverhältnisses erweitert oder eine Widerklage erhoben und gehört die erweiterte Klage oder die Widerklage als Klage nicht vor die Kammer für Handelsfachen, so ist der Rechtsstreit auf Antrag des Gegners an die Zivilkammer zu verweisen.

Unter der Beschränkung des § 103 Abs. 2 ist die Kammer zu der Verweisung auch von Amtswegen befugt. Diese Befugniß tritt auch dann ein, wenn durch eine Klagänderung ein Anspruch geltend gemacht wird, welcher nicht vor die Kammer für Handelsfachen gehört.

**106.** Der Antrag auf Verweisung des Rechtsstreits an eine andere Kammer ist nur vor der Verhandlung des Antragstellers zur Sache zulässig.

Ueber den Antrag ist vorab zu verhandeln und zu entscheiden.

**107.** Gegen die Entscheidung über Verweisung eines Rechtsstreits an die Civilkammer oder an die Kammer für Handelsfachen findet kein Rechtsmittel statt. Erfolgt die Verweisung an eine andere Kammer, so ist diese Entscheidung für die Kammer, an welche der Rechtsstreit verwiesen wird, bindend. Der Termin zur weiteren mündlichen Verhandlung wird von Amtswegen bestimmt und den Parteien bekannt gemacht.

**108.** Bei der Kammer für Handelsfachen kann ein Anspruch in Gemäßheit des § 61 der Civilprozeßordnung nur dann geltend gemacht werden, wenn der Rechtsstreit nach den Bestimmungen des § 101 vor die Kammer für Handelsfachen gehört.

**109.** Die Kammern für Handelsfachen entscheiden in der Besetzung mit einem Mitgliede des Landgerichts als Vorsitzenden und zwei Handelsrichtern.

Sämmtliche Mitglieder der Kammer für Handelsfachen haben gleiches Stimmrecht.



In Streitigkeiten, welche sich auf das Rechtsverhältniß zwischen Rheder oder Schiffer und Schiffsmannschaft beziehen, kann die Entscheidung durch den Vorsitzenden allein erfolgen.

**110.** Im Fall des § 100 Abs. 2 kann ein Amtsrichter Vorsitzender der Kammer für Handelsfachen sein.

**111.** Das Amt der Handelsrichter ist ein Ehrenamt. Vgl. § 11 u. Str. G. B. §§ 31, 33–35.

**112.** Die Handelsrichter werden auf gutachtlichen Vorschlag des zur Vertretung des Handelsstandes berufenen Organs für die Dauer von drei Jahren ernannt; eine wiederholte Ernennung ist nicht ausgeschlossen.

**113.** Zum Handelsrichter kann jeder Deutsche ernannt werden, welcher als Kaufmann oder als Vorstand einer Aktiengesellschaft in das Handelsregister eingetragen oder eingetragen gewesen ist, das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und in dem Bezirke der Kammer für Handelsfachen wohnt.

Personen, welche in Folge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, können nicht zu Handelsrichtern ernannt werden.

Vgl. Handelsgesetzbuch Art. 19, 86 No. 1, 151 No. 2, 176 No. 2 u. 209 No. 7.

**114.** An Seeplätzen können Handelsrichter auch aus dem Kreise der Schifffahrtskundigen ernannt werden.

**115.** Die Handelsrichter sind vor ihrem Amtsantritt auf die Erfüllung der Obliegenheiten des ihnen übertragenen Amtes eidlich zu verpflichten.

**116.** Die Handelsrichter haben während der Dauer ihres Amtes in Beziehung auf dasselbe alle Rechte und Pflichten richterlicher Beamten.

Vgl. §§ 197–200.

**117.** Ein Handelsrichter ist seines Amtes zu entheben, wenn er eine der für die Ernennung erforderlichen Eigenschaften nachträglich verliert.

Die Enthebung erfolgt durch den ersten Civilsenat des Oberlandesgerichts nach Anhörung des Betheiligten.

Vgl. §§ 111, 113, 120.

**118.** Ueber Gegenstände, zu deren Beurtheilung eine kaufmännische Begutachtung genügt, sowie über das Verhalten von Handelsgebräuchen kann die Kammer für Handelsfachen auf Grund eigener Sachkunde und Wissenschaft entscheiden.

### Achter Titel.

#### Oberlandesgerichte.

**119.** Die Oberlandesgerichte werden mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Senatspräsidenten und Räten besetzt.

Vgl. hinsichtlich des Präsidenten § 83.

**120.** Bei den Oberlandesgerichten werden Civil- und Strafsenate gebildet.

**121.** Die Bestimmungen der §§ 61–68 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß zu dem Präsidium stets die beiden ältesten Mitglieder des Gerichts zuzuziehen sind.

**122.** Zu Hülfserichtern dürfen nur ständig angestellte Richter berufen werden.

Vgl. § 6.

**123.** Die Oberlandesgerichte sind zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

Vgl. hinsichtlich der sonstigen Zuständigkeit § 117, ferner E. O. §§ 8 u. 9. u. Str. Pr. D. § 170.

1) der Berufung gegen die Endurtheile der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten;

2) der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in der Berufungsinstanz;

Vgl. Str. Pr. D. §§ 354, 374.

3) der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz, sofern die Revision ausschließlich auf die Verletzung einer in den Landesgesetzen enthaltenen Rechtsnorm gestützt wird;

Vgl. § 136 No. 2.

4) der Beschwerde gegen Entscheidungen der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten;

5) der Beschwerde gegen strafrichterliche Entscheidungen erster Instanz, soweit nicht die Zuständigkeit der Strafkammer begründet ist, und gegen Entscheidungen der Strafkammern in der Beschwerdeinstanz und Berufungsinstanz.

Vgl. §§ 72, 76, 183 u. Str. Pr. D. §§ 346, 347.

**124.** Die Senate der Oberlandesgerichte entscheiden in der Besetzung von fünf Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

### Neunter Titel.

#### R e i c h s g e r i c h t.

**125.** Der Sitz des Reichsgerichts wird durch Gesetz bestimmt.

**126.** Das Reichsgericht wird mit einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Senatspräsidenten und Räten besetzt.

**127.** Der Präsident, die Senatspräsidenten und Räte werden auf Vorschlag des Bundesraths von dem Kaiser ernannt.

Zum Mitgliede des Reichsgerichts kann nur ernannt werden, wer die Fähigkeit zum Richteramte in einem Bundesstaate erlangt und das fünfundsiebzigste Lebensjahr vollendet hat.

Vgl. §§ 5 u. 6.

**128.** Ist ein Mitglied zu einer Strafe wegen einer entehrenden Handlung oder zu einer Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer rechtskräftig verurtheilt, so kann dasselbe durch Plenarbeschluß des Reichsgerichts seines Amtes und seines Gehalts für verlustig erklärt werden.

Vor der Beschlußfassung sind das Mitglied und der Oberreichsanwalt zu hören.

**129.** Ist wegen eines Verbrechens oder Vergehens das Hauptverfahren gegen ein Mitglied eröffnet, so kann die vorläufige Enthebung desselben von seinem Amte nach Anhörung des Oberreichsanwalts durch Plenarbeschluß des Reichsgerichts ausgesprochen werden.

Wird gegen ein Mitglied die Untersuchungshaft verhängt, so tritt für die Dauer derselben die vorläufige Enthebung von Rechtswegen ein.

Durch die vorläufige Enthebung wird das Recht auf den Genuß des Gehalts nicht berührt.

**130.** Wenn ein Mitglied durch ein körperliches Gebrechen oder durch Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig wird, so tritt seine Versetzung in den Ruhestand gegen Gewährung eines Ruhegehalts ein.

Das jährliche Ruhegehalt beträgt bis zur Vollendung des zehnten Dienstjahrs  $\frac{20}{60}$  des Gehalts; es erhöht sich mit der Vollendung eines jeden folgenden Dienstjahrs und bis zur Vollendung des fünfzigsten Dienstjahrs um je  $\frac{1}{60}$  des Gehalts.

Bei Berechnung der Dienstzeit wird die Zeit mitgerechnet, während welcher das Mitglied sich im Dienste des Reichs oder im Staats- oder Gemeindebienste eines Bundesstaates befunden oder in einem Bundesstaate als Anwalt, Advokat, Notar, Patrimonialrichter oder als öffentlicher Lehrer des Rechts an einer deutschen Universität fungirt hat.

**131.** Wird die Versetzung eines Mitgliedes in den Ruhestand nicht beantragt, obgleich die Voraussetzungen derselben vorliegen, so hat der Präsident die Aufforderung zu erlassen, binnen einer bestimmten Frist den Antrag zu stellen. Wird dieser Aufforderung nicht Folge geleistet, so ist die Versetzung in den Ruhestand durch Plenarbeschluß des Reichsgerichts auszusprechen.

Vor der Beschlußfassung sind das Mitglied und der Oberreichsanwalt zu hören.

**132.** Bei dem Reichsgerichte werden Civil- und Straßenate gebildet. Die Zahl derselben bestimmt der Reichskanzler.

**133.** Die Bestimmungen der §§ 61–68 finden mit der Maßgabe Anwendung, daß zu dem Präsidium die vier ältesten Mitglieder des Gerichts zuzuziehen sind.

Vgl. E. O. § 20 Abs. 2.

**134.** Die Zuziehung von Hülfssrichtern ist unzulässig.

**135.** In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ist das Reichsgericht zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel:

- 1) der Revision gegen die Endurtheile der Oberlandesgerichte;
- 2) der Beschwerde gegen Entscheidungen der Oberlandesgerichte.

Vgl. E. O. § 8.

**136.** In Strafsachen ist das Reichsgericht zuständig:

- 1) für die Untersuchung und Entscheidung in erster und letzter Instanz in den Fällen des Hochverraths und des Landesverraths, insofern diese Verbrechen gegen den Kaiser oder das Reich gerichtet sind;  
Vgl. Str. Ges. B. §§ 80–93 u. Str. Pr. O. § 184.
- 2) für die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz, insoweit nicht die Zu-

ständigkeit der Oberlandesgerichte begründet ist, und gegen Urtheile der Schwurgerichte.

Rgl. § 123 No. 3, C. G. § 9 u. Str. Pr. O. § 374.

In Strafsachen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher in die Reichskasse fließender Abgaben und Gefälle ist das Reichsgericht auch für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in der Berufungsinstanz zuständig, sofern die Entscheidung des Reichsgerichts von der Staatsanwaltschaft bei der Einreichung der Akten an das Revisionsgericht beantragt wird.

**137.** Will ein Civilsenat in einer Rechtsfrage von einer früheren Entscheidung eines anderen Civilsenats oder der vereinigten Civilsenate abweichen, so hat derselbe die Verhandlung und Entscheidung der Sache vor die vereinigten Civilsenate zu verweisen.

Die Verweisung erfolgt an die vereinigten Strafsenate, wenn ein Strafsenat in einer Rechtsfrage von einer früheren Entscheidung eines anderen Strafsenats oder der vereinigten Strafsenate abweichen will.

**138.** Der erste Strafsenat des Reichsgerichts hat bei den im § 136 Nr. 1 bezeichneten Verbrechen diejenigen Geschäfte zu erledigen, welche im § 72 Abs. 1 der Strafkammer des Landgerichts zugewiesen sind.

Das Hauptverfahren findet vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenate statt.

**139.** Zur Fassung von Plenarentscheidungen und von Entscheidungen der vereinigten Civil- oder Strafsenate,

sowie der beiden vereinigten Strafsenate ist die Theilnahme von mindestens zwei Dritttheilen aller Mitglieder mit Einschluß des Vorsitzenden erforderlich.

Die Zahl der Mitglieder, welche eine entscheidende Stimme führen, muß eine ungerade sein. Ist die Zahl der anwesenden Mitglieder eine gerade, so hat derjenige Rath, welcher zuletzt ernannt ist, und bei gleichem Dienstalter derjenige, welcher der Geburt nach der jüngere ist, oder, wenn dieser Richterstatler ist, der nächst ältere kein Stimmrecht.

Vgl. §§ 128, 129, 131, 137, 138.

**140.** Die Senate des Reichsgerichts entscheiden in der Besetzung von sieben Mitgliedern mit Einschluß des Vorsitzenden.

**141.** Der Geschäftsgang wird durch eine Geschäftsordnung geregelt, welche das Plenum auszuarbeiten und dem Bundesrathe zur Bestätigung vorzulegen hat.

### Beihnter Titel.

#### Staatsanwaltschaft.

**142.** Bei jedem Gerichte soll eine Staatsanwaltschaft bestehen.

**143.** Das Amt der Staatsanwaltschaft wird ausgeübt:

- 1) bei dem Reichsgerichte durch einen Oberreichsanwalt und durch einen oder mehrere Reichsanwälte;
- 2) bei den Oberlandesgerichten, den Landgerichten und den Schwurgerichten durch einen oder mehrere Staatsanwälte;

Vgl. Str. Pr. D. § 160.



3) bei den Amtsgerichten und den Schöffengerichten durch einen oder mehrere Amtsanwälte.

Die Zuständigkeit der Amtsanwälte erstreckt sich nicht auf das amtsrichterliche Verfahren zur Vorbereitung der öffentlichen Klage in denjenigen Strafsachen, welche zur Zuständigkeit anderer Gerichte als der Schöffengerichte gehören.

**144.** Die örtliche Zuständigkeit der Beamten der Staatsanwaltschaft wird durch die örtliche Zuständigkeit des Gerichts bestimmt, für welches sie bestellt sind.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 7–12.

Ein unzuständiger Beamter der Staatsanwaltschaft hat sich denjenigen innerhalb seines Bezirks vorzunehmenden Amtshandlungen zu unterziehen, in Ansehung welcher Gefahr im Verzuge obwaltet.

Können die Beamten der Staatsanwaltschaft verschiedener Bundesstaaten sich nicht darüber einigen, wer von ihnen die Verfolgung zu übernehmen hat, so entscheidet der ihnen gemeinsam vorgesetzte Beamte der Staatsanwaltschaft und in Ermangelung eines solchen der Oberreichsanwalt.

Vgl. Str. Pr. D. § 13.

**145.** Besteht die Staatsanwaltschaft eines Gerichts aus mehreren Beamten, so handeln die dem ersten Beamten beigeordneten Personen als dessen Vertreter; sie sind, wenn sie für ihn auftreten, zu allen Amtsverrichtungen desselben ohne den Nachweis eines besonderen Auftrags berechtigt.

Diese Bestimmung berührt nur die Legitimation zur selbständigen Vertretung dem Gericht gegenüber, nicht aber die dienstliche Stellung der Beigeordneten zu dem ersten Beamten. (Prot. S. 420.)

**146.** Die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten und den Landgerichten sind befugt, bei allen Gerichten ihres Bezirks die Amtsverrichtungen der Staatsanwaltschaft selbst zu übernehmen oder mit Wahrnehmung derselben einen anderen als den zunächst zuständigen Beamten zu beauftragen.

Amtsanwälte können das Amt der Staatsanwaltschaft nur bei den Amtsgerichten und den Schöffengerichten versehen.

**147.** Die Beamten der Staatsanwaltschaft haben den dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen.

Aus der schließlichen Beilegung eines Kommissionsbeschlusses, wonach die fungirenden Staatsanwaltsbeamten bei ihren Schlufanträgen nach der Beweisaufnahme der Hauptverhandlung von den Weisungen der Vorgesetzten unabhängig sein sollten, ist zu folgern, daß sie in jedem Stadium der Untersuchung an die Anweisungen des Vorgesetzten gebunden sind. (Prot. S. 421, 655.)

In denjenigen Sachen, für welche das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig ist, haben alle Beamte der Staatsanwaltschaft den Anweisungen des Oberreichsanwalts Folge zu leisten.

**148.** Das Recht der Aufsicht und Leitung steht zu:

- 1) dem Reichskanzler hinsichtlich des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte;
- 2) der Landesjustizverwaltung hinsichtlich aller staatsanwaltlichen Beamten des betreffenden Bundesstaates;
- 3) den ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten und den Landgerichten hinsichtlich aller Beamten der Staatsanwaltschaft ihres Bezirks.

**149.** Der Oberreichsanwalt und die Reichsanwälte sind nicht richterliche Beamte.

Zu diesen Ämtern sowie den Ämtern der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgerichte und den Landgerichten können nur zum Richteramte befähigte Beamte ernannt werden.

**150.** Der Oberreichsanwalt und die Reichsanwälte werden auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser ernannt.

Dieselben können durch Kaiserliche Verfügung jederzeit mit Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes einstweilig in den Ruhestand versetzt werden.

**151.** Die Staatsanwaltschaft ist in ihren Amtsverrichtungen von den Gerichten unabhängig.

Vgl. Str. Pr. D. § 173.

**152.** Die Staatsanwälte dürfen richterliche Geschäfte nicht wahrnehmen. Auch darf ihnen eine Dienstaufsicht über die Richter nicht übertragen werden.

**153.** Die Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft und sind in dieser Eigenschaft verpflichtet, den Anordnungen der Staatsanwälte bei dem Landgerichte ihres Bezirks und der diesen vorgesetzten Beamten Folge zu leisten.

Die nähere Bezeichnung derjenigen Beamtenklassen, auf welche diese Bestimmung Anwendung findet, erfolgt durch die Landesregierungen.

Vgl. Str. Pr. D. § 159.

### **Elfter Titel.**

#### **Gerichtsschreiber.**

**154.** Bei jedem Gerichte wird eine Gerichtsschreiberei eingerichtet. Die Geschäftseinrichtung bei dem Reichsgerichte wird durch den Reichskanzler, bei den Landesgerichten durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

### **Zwölfter Titel.**

#### **Zustellungs- und Vollstreckungsbeamte.**

**155.** Die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der mit den Zustellungen, Ladungen und Vollstreckungen zu betrauernden Beamten (Gerichtsvollzieher) werden bei dem Reichsgerichte durch den Reichskanzler, bei den Landesgerichten durch die Landesjustizverwaltung bestimmt.

**156.** Der Gerichtsvollzieher ist von der Ausübung seines Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen:

I. in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten,

- 1) wenn er selbst Partei oder gesetzlicher Vertreter einer Partei ist, oder zu einer Partei in dem Verhältnisse eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Schadensersatzpflichtigen steht;
- 2) wenn seine Ehefrau Partei ist, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
- 3) wenn eine Person Partei ist, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwäger

ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;

**II. in Strafsachen,**

- 1) wenn er selbst durch die strafbare Handlung verletzt ist;
- 2) wenn er der Ehemann der Beschuldigten oder Verletzten ist oder gewesen ist;
- 3) wenn er mit dem Beschuldigten oder Verletzten in dem vorstehend unter Nr. I. 3 bezeichneten Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisse steht.

**Dreizehnter Titel.**

**Rechtshülfe.**

**157.** Die Gerichte haben sich in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen Rechtshülfe zu leisten.

**158.** Das Ersuchen um Rechtshülfe ist an das Amtsgericht zu richten, in dessen Bezirke die Amtshandlung vorgenommen werden soll.

**159.** Das Ersuchen darf nicht abgelehnt werden.

Das Ersuchen eines nicht im Instanzenzuge vorgelegten Gerichts ist jedoch abzulehnen, wenn dem ersuchten Gericht die örtliche Zuständigkeit mangelt, oder die vorzunehmende Handlung nach dem Rechte des ersuchten Gerichts verboten ist.

**160.** Wird das Ersuchen abgelehnt, oder wird der Vorschrift des § 159 Abs. 2 zuwider dem Ersuchen stattgegeben, so entscheidet das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirke das ersuchte Gericht gehört. Eine Anfechtung dieser Entscheidung findet nur statt, wenn dieselbe die

Rechtshülfe für unzulässig erklärt, und das ersuchende und das ersuchte Gericht den Bezirken verschiedener Oberlandesgerichte angehören. Ueber die Beschwerde entscheidet das Reichsgericht.

Die Entscheidungen erfolgen auf Antrag der Betheiligten oder des ersuchenden Gerichts ohne vorgängige mündliche Verhandlung.

**161.** Die Herbeiführung der zum Zwecke von Vollstreckungen, Ladungen und Zustellungen erforderlichen Handlungen erfolgt nach Vorschrift der Prozeßordnungen ohne Rücksicht darauf, ob die Handlungen in dem Bundesstaate, welchem das Prozeßgericht angehört, oder in einem anderen Bundesstaate vorzunehmen sind.

Vgl. § 155.

**162.** Gerichte, Staatsanwaltschaften und Gerichtsschreiber können wegen Ertheilung eines Auftrags an einen Gerichtsvollzieher die Mitwirkung des Gerichtsschreibers des Amtsgerichts in Anspruch nehmen, in dessen Bezirke der Auftrag ausgeführt werden soll. Der von dem Gerichtsschreiber beauftragte Gerichtsvollzieher gilt als unmittelbar beauftragt.

Vgl. §§ 154, 155.

**163.** Eine Freiheitsstrafe, welche die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigt, ist in demjenigen Bundesstaate zu vollstrecken, in welchem der Verurtheilte sich befindet.

**164.** Soll eine Freiheitsstrafe in dem Bezirk eines anderen Gerichts vollstreckt oder ein in dem Bezirk eines

anderen Gerichts befindlicher Verurtheilter zum Zwecke der Strafverbüßung ergriffen und abgeliefert werden, so ist die Staatsanwaltschaft bei dem Landgerichte des Bezirks um die Ausführung zu ersuchen.

Vgl. Str. Pr. D. § 483.

**165.** Im Falle der Rechtshilfe unter den Behörden verschiedener Bundesstaaten sind die baaren Auslagen, welche durch eine Ablieferung oder Strafvollstreckung entstehen, der ersuchten Behörde von der ersuchenden zu erstatten.

Im Uebrigen werden Kosten der Rechtshilfe von der ersuchenden Behörde nicht erstattet.

Ist eine zahlungspflichtige Partei vorhanden, so sind die Kosten von derselben durch die ersuchende Behörde einzuziehen und der eingezogene Betrag der ersuchten Behörde zu übersenden.

Stempel-, Einregistrirungsgebühren oder andere öffentliche Abgaben, welchen die von der ersuchenden Behörde übersendeten Schriftstücke (Urkunden, Protokolle) nach dem Rechte der ersuchten Behörde unterliegen, bleiben außer Ansatz.

**166.** Für die Höhe der den geladenen Zeugen und Sachverständigen gebührenden Beträge sind die Bestimmungen maßgebend, welche bei dem Gerichte gelten, vor welches die Ladung erfolgt.

Sind die Beträge nach dem Rechte des Aufenthaltsorts der geladenen Personen höher, so können die höheren Beträge gefordert werden.

Bei weiterer Entfernung des Aufenthaltsorts der geladenen Personen ist denselben auf Antrag ein Vorstoß zu bewilligen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 70, 84.

**167.** Ein Gericht darf Amtshandlungen außerhalb seines Bezirks ohne Zustimmung des Amtsgerichts des Orts nur vornehmen, wenn Gefahr im Verzuge obwaltet. In diesem Falle ist dem Amtsgerichte des Orts Anzeige zu machen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 162, 163.

**168.** Die Sicherheitsbeamten eines Bundesstaates sind ermächtigt, die Verfolgung eines Flüchtlings auf das Gebiet eines anderen Bundesstaates fortzusetzen und den Flüchtling daselbst zu ergreifen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 123, 161.

Der Ergreifene ist unverzüglich an das nächste Gericht oder die nächste Polizeibehörde des Bundesstaates, in welchem er ergriffen wurde, abzuführen.

Vgl. Str. Pr. D. § 123.

**169.** Die in einem Bundesstaate bestehenden Vorschriften über die Mittheilung von Akten einer öffentlichen Behörde an ein Gericht dieses Bundesstaates kommen auch dann zur Anwendung, wenn das ersuchende Gericht einem anderen Bundesstaate angehört.

Vgl. Str. Pr. D. § 96.



## Vierzehnter Titel.

### Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei.

**170.** Die Verhandlung vor dem erkennenden Gerichte, einschließlich der Verkündung der Urtheile und Beschlüsse desselben, erfolgt öffentlich.

**171.** In Ehesachen ist die Oeffentlichkeit auszuschließen, wenn eine der Parteien es beantragt.

**172.** In dem auf die Klage wegen Aufhebung oder Wiederaufhebung der Entmündigung einer Person wegen Geisteskrankheit eingeleiteten Verfahren (§§ 605, 620 der Civilprozeßordnung) ist die Oeffentlichkeit während der Vernehmung des Entmündigten auszuschließen, auch kann auf Antrag einer der Parteien die Oeffentlichkeit der Verhandlung überhaupt ausgeschlossen werden.

Das Verfahren wegen Entmündigung oder Wiederaufhebung der Entmündigung (§§ 593—604, 616—619 der Civilprozeßordnung) ist nicht öffentlich.

**173.** In allen Sachen kann durch das Gericht für die Verhandlung oder für einen Theil derselben die Oeffentlichkeit ausgeschlossen werden, wenn sie eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit besorgen läßt.

**174.** Die Verkündung des Urtheils erfolgt in jedem Falle öffentlich.

**175.** Ueber die Ausschließung der Oeffentlichkeit wird in nicht öffentlicher Sitzung verhandelt.

Der Beschluß, welcher die Oeffentlichkeit ausschließt, muß öffentlich verkündet werden.

**176.** Der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen kann unermwachsenen und solchen Personen verweigert werden, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, oder welche in einer der Würde des Gerichts nicht entsprechenden Weise erscheinen.

Zu nicht öffentlichen Verhandlungen kann der Zutritt einzelnen Personen von dem Vorsitzenden gestattet werden.

Vgl. Str. Ges. B. § 33.

**177.** Die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung liegt dem Vorsitzenden ob.

Auch dem Staatsanwalt gegenüber hat der Vorsitzende das Recht die Ordnung der Verhandlung aufrecht zu erhalten (Prot. S. 30 ff., 38 u. Kommissionsbericht 68.).

**178.** Parteien, Beschuldigte, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht betheiligte Personen, welche den zur Aufrechterhaltung der Ordnung erlassenen Befehlen nicht gehorchen, können auf Beschluß des Gerichts aus dem Sitzungszimmer entfernt, auch zur Haft abgeführt und während einer in dem Beschlusse zu bestimmenden Zeit, welche vierundzwanzig Stunden nicht übersteigen darf, festgehalten werden.

Dem Rechte des Angeklagten gemäß § 246, Absatz 2 der Str. Pr. O. der Hauptverhandlung vollständig beizuwohnen, soll durch diese Bestimmung nicht präjudicirt werden. (Prot. S. 684.)

**179.** Das Gericht kann gegen Parteien, Beschuldigte, Zeugen, Sachverständige oder bei der Verhandlung nicht betheiligte Personen, welche sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig machen, vorbehaltlich der strafgerichtlichen Verfolgung, eine Ordnungsstrafe bis zu einhundert Mark

oder bis zu drei Tagen Haft festsetzen und sofort vollstrecken lassen.

**180.** Das Gericht kann gegen einen bei der Verhandlung beteiligten Rechtsamwalt oder Bertheidiger, der sich in der Sitzung einer Ungebühr schuldig macht, vorbehaltlich der strafgerichtlichen oder disziplinaren Verfolgung eine Ordnungsstrafe bis zu einhundert Mark festsetzen.

**181.** Die Vollstreckung der vorstehend bezeichneten Ordnungsstrafen hat der Vorsitzende unmittelbar zu veranlassen.

**182.** Die in den §§ 177—181 bezeichneten Befugnisse stehen auch einem einzelnen Richter bei der Vornahme von Amtshandlungen außerhalb der Sitzung zu.

**183.** Ist in den Fällen der §§ 179, 180, 182 eine Ordnungsstrafe festgesetzt, so findet binnen der Frist von einer Woche nach der Bekanntmachung der Entscheidung Beschwerde statt, sofern die Entscheidung nicht von dem Reichsgericht oder einem Oberlandesgericht getroffen ist.

*Vgl. Str. Pr. D. § 349.*

Die Beschwerde hat in dem Falle des § 179 keine aufschiebende Wirkung, in den Fällen des § 180 und des § 182 aufschiebende Wirkung.

Ueber die Beschwerde entscheidet das Oberlandesgericht.

Die Beschwerde gegen amtsrichterliche Ordnungsstraf-Verfügungen oder schöffengerichtliche Beschlüsse dieser Art folgt hier also nicht dem Instanzenzuge nach § 72.

**184.** Ist eine Ordnungsstrafe wegen Ungebühr festgesetzt, oder eine Person zur Haft abgeführt, oder eine bei  
Gerichtsverfassungsgef.

der Verhandlung betheiligte Person entfernt worden, so ist der Beschluß des Gerichts und dessen Veranlassung in das Protokoll aufzunehmen.

**185.** Wird eine strafbare Handlung in der Sitzung begangen, so hat das Gericht den Thatbestand festzustellen und der zuständigen Behörde das darüber aufgenommene Protokoll mitzutheilen. In geeigneten Fällen ist die vorläufige Festnahme des Thäters zu verfügen.

Vgl. Str. Pr. D. §§ 127 u. 158.

## Fünfzehnter Titel.

### Gerichtssprache.

**186.** Die Gerichtssprache ist die deutsche.

**187.** Wird unter Betheiligung von Personen verhandelt, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, so ist ein Dolmetscher zuzuziehen. Die Führung eines Nebenprotokolls in der fremden Sprache findet nicht statt; jedoch sollen Aussagen und Erklärungen in fremder Sprache, wenn und soweit der Richter dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache für erforderlich erachtet, auch in der fremden Sprache in das Protokoll oder in eine Anlage niedergeschrieben werden. In den dazu geeigneten Fällen soll dem Protokolle eine durch den Dolmetscher zu bezeugende Uebersetzung beigelegt werden.

Die Zuziehung eines Dolmetschers kann unterbleiben, wenn die betheiligten Personen sämmtlich der fremden Sprache mächtig sind.

**188.** Zur Verhandlung mit tauben oder stummen Personen ist, sofern nicht eine schriftliche Verständigung erfolgt, eine Person als Dolmetscher zuzuziehen, mit deren Hilfe die Verständigung in anderer Weise erfolgen kann.

**189.** Ob einer Partei, welche taub ist, bei der mündlichen Verhandlung der Vortrag zu gestatten sei, bleibt dem Ermessen des Gerichts überlassen.

Dasselbe gilt in Anwaltsprozessen von einer Partei die der deutschen Sprache nicht mächtig ist.

**190.** Personen, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, leisten Eid in der ihnen geläufigen Sprache.  
Vgl. Str. Pr. O. §§ 61, 62, 79.

**191.** Der Dolmetscher hat einen Eid dahin zu leisten:  
daß er treu und gewissenhaft übertragen werde.

Ist der Dolmetscher für Uebertragungen der betreffenden Art im Allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid.

**192.** Der Dienst des Dolmetschers kann von dem Gerichtsschreiber wahrgenommen werden. Einer besonderen Beeidigung bedarf es nicht.

Vgl. § 154.

**193.** Auf den Dolmetscher finden die Bestimmungen über Ausschließung und Ablehnung der Sachverständigen entsprechende Anwendung. Die Entscheidung erfolgt durch das Gericht oder den Richter, von welchem der Dolmetscher zugezogen ist.

Vgl. Str. Pr. O. §§ 24–30, 74.

## Sechszehnter Titel.

### Berathung und Abstimmung.

**194.** Bei Entscheidungen dürfen Richter nur in der gesetzlich bestimmten Anzahl mitwirken.

Vgl. §§ 26, 77, 81, 109, 124, 139, 140.

Bei Verhandlungen von längerer Dauer kann der Vorsitzende die Zuziehung von Ergänzungsrichtern anordnen, welche der Verhandlung beizuwohnen und im Falle der Verhinderung eines Richters für denselben einzutreten haben.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf Schöffen und Geschworene Anwendung.

Vgl. § 49 u. Str. Pr. D. § 285.

**195.** Die Berathung und Abstimmung des Gerichts erfolgt nicht öffentlich.

Diese Vorschrift steht der Zulassung der bei dem Gerichte zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Personen nicht entgegen.

1. Der Gerichtsschreiber soll bei der Berathung und Abstimmung nicht zugezogen werden.
2. Auch die Anwesenheit anderer, als der im Absatz 2 gedachten Personen, namentlich von Gerichtsmitgliedern, soll untersagt sein, ohne indessen Nichtigkeit nach sich zu ziehen. Vgl. auch Str. Pr. D. § 377.
3. Der Fall, daß die Richter sofort nach Schluß der Verhandlung im Sitzungssaale sich berathen und sogleich die Entscheidung verkündet wird, hat als unzulässig nicht bezeichnet werden sollen. (Prot. S. 691–693.)

**196.** Der Vorsitzende leitet die Berathung, stellt die Fragen und sammelt die Stimmen.

Meinungsverschiedenheiten über den Gegenstand, die Fassung und die Reihenfolge der Fragen oder über das Ergebniß der Abstimmung entscheidet das Gericht.

Vgl. Str. Pr. O. § 306.

**197.** Kein Richter, Schöffe oder Geschworener darf die Abstimmung über eine Frage verweigern, weil er bei der Abstimmung über eine vorhergegangene Frage in der Minderheit geblieben ist.

**198.** Die Entscheidungen erfolgen, soweit das Gesetz nicht ein Anderes bestimmt, nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

Vgl. Str. Pr. O. §§ 262, 297, 307.

Bilden sich in Beziehung auf Summen, über welche zu entscheiden ist, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die für die größte Summe abgegebenen Stimmen den für die zunächst geringere abgegebenen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

Bilden sich in einer Strassache, von der Schuldfrage abgesehen, mehr als zwei Meinungen, deren keine die Mehrheit für sich hat, so werden die dem Beschuldigten nachtheiligsten Stimmen den zunächst minder nachtheiligen so lange hinzugerechnet, bis sich eine Mehrheit ergibt.

**199.** Die Reihenfolge bei der Abstimmung richtet sich nach dem Dienstalter, bei den Schöffengerichten und den Rammern für Handelsachen nach dem Lebensalter; der Jüngste stimmt zuerst, der Vorsitzende zuletzt. Wenn ein Berichterstatter ernannt ist, so giebt dieser seine Stimme zuerst ab.

Bei der Abstimmung der Geschworenen richtet sich die Reihenfolge nach der Ausloosung. Der Obmann stimmt zuletzt.

**200.** Schöffen und Geschworene sind verpflichtet, über den Hergang bei der Berathung und Abstimmung Stillschweigen zu beobachten.

### Siebenzehnter Titel.

#### Gerichtsferien.

**201.** Die Gerichtsferien beginnen am 15. Juli und endigen am 15. September.

**202.** Während der Ferien werden nur in Ferien-  
sachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen.  
Feriensachen sind:

1) Strafsachen;

Hgl. § 13.

2) Arrestsachen und die eine einstweilige Verfügung be-  
treffenden Sachen;

3) Meß- und Marktsachen;

4) Streitigkeiten zwischen Vermiethern und Miethern  
von Wohnungs- und anderen Räumen wegen Ueber-  
lassung, Benutzung und Räumung derselben, sowie  
wegen Zurückhaltung der vom Miether in die Mieths-  
räume eingebrachten Sachen;

5) Wechselsachen;

6) Bausachen, wenn über Fortsetzung eines angefangenen  
Baus gestritten wird.

Das Gericht kann auf Antrag auch andere Sachen,  
soweit sie besonderer Beschleunigung bedürfen, als Ferien-



sachen bezeichnen. Die gleiche Befugniß hat vorbehaltlich der Entscheidung des Gerihts der Vorsitzende.

**203.** Zur Erledigung der Feriensachen können bei den Landgerihten Ferienkammern, bei den Oberlandesgerihten und dem Reichsgerichte Feriensenate gebildet werden.

Vgl. §§ 62, 63, 121, 133.

**204.** Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß.

---

---

Druck der Berliner Bürger-Zeitung (D. Collin),  
Schützen-Straße 69.

---

II.

**Strafprozeßordnung**

mit

**Einführungsgesetz.**



# **Einführungs-Gesetz** zur **Strafprozeßordnung.**

Vom 1. Februar 1877.

(N. G. Bl. 1877. Nr. 8 S. 346).

(Gesetzeskraft spätestens mit dem 1. Oktober 1879.)

(Vgl. §. 1. des Einf.=Gesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.)

1. Die Strafprozeßordnung tritt im ganzen Umfange des Reichs gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

2. Die erforderlichen Anordnungen, um die Jahreslisten der Schöffen und der Geschworenen bis zum Tage des Inkrafttretens der Strafprozeßordnung nach den Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes herzustellen, insbesondere die Bezeichnung der Behörden, welche hierbei die den Amtsrichtern und den Landgerichten zugewiesenen Geschäfte wahrzunehmen haben, erfolgen durch die Landesjustizverwaltung. Dieselbe kann den Zeitraum, für welchen die in dieser Weise hergestellten Listen Geltung haben sollen, abweichend von dem Gerichtsverfassungsgesetze, jedoch nicht über das zweite Geschäftsjahr, bestimmen.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 44.

3. Die Strafprozeßordnung findet auf alle Strafsachen Anwendung, welche vor die ordentlichen Gerichte gehören.

Strafprozeßordnung.

Insofern die Gerichtsbarkeit in Straffachen, für welche besondere Gerichte zugelassen sind, durch die Landesgesetzgebung den ordentlichen Gerichten übertragen wird, kann diese ein abweichendes Verfahren gestatten.

Die Landesgesetze können anordnen, daß Forst- und Feldbrülsachen durch die Amtsgerichte in einem besonderen Verfahren, sowie ohne Zuziehung von Schöffen verhandelt und entschieden werden.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 13. 14. 22. 25.

4. In Ansehung der Landesherrn und der Mitglieder der landesherrlichen Familien sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Bestimmungen der Strafprozeßordnung nur insofern Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten.

5. Die prozeßrechtlichen Vorschriften der Reichsgesetze werden durch die Strafprozeßordnung nicht berührt.

Wird in den Fällen des §. 101. der Seemannsordnung gegen den Bescheid des Seemannsamtes auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so finden auf das weitere Verfahren die §§. 455—458. der Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

6. Die prozeßrechtlichen Vorschriften der Landesgesetze treten für alle Straffachen, deren Entscheidung in Gemäßheit des §. 3. nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung zu erfolgen hat, außer Kraft, insofern nicht in der Strafprozeßordnung auf sie verwiesen ist.

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Bestimmungen:

- 1) über die Voraussetzungen, unter welchen gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung während der Dauer einer Sitzungsperiode eine Strafverfolgung eingeleitet oder fortgesetzt werden kann;
- 2) über das Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht;
- 3) über das Verfahren im Verwaltungswege bei Uebertretungen, wegen deren die Polizeibehörden zum Erlaß einer Strafverfügung befugt sind, und bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle, insoweit nicht die §§. 453., 454., 455. und 459.—463. der Strafprozeßordnung abändernde Bestimmungen treffen.

7. Gesetz im Sinne der Strafprozeßordnung und dieses Gesetzes ist jede Rechtsnorm.

Vgl. Anmerk. zu §. 376 Str.-Proz.-Ord.

8. In den am Tage des Inkrafttretens der Strafprozeßordnung anhängigen Strassachen sind für das weitere Verfahren die Vorschriften der Strafprozeßordnung maßgebend. Die Landesgesetzgebung kann die zur Ueberleitung des Verfahrens erforderlichen Bestimmungen treffen.

War jedoch vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozeßordnung ein Endurtheil erster Instanz ergangen, so finden auf die Erledigung der Sache bis zur rechtskräftigen Entscheidung die bisherigen Prozeßgesetze Anwendung.

9. Wird ein vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozeßordnung ergangenes Endurtheil erster Instanz in der höheren Instanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen, so regelt sich das weitere Verfahren nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung.

Vgl. §§. 369. 394 Str.-Proz.-Ord.

10. Für die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens sind die Vorschriften der Strafprozeßordnung auch dann maßgebend, wenn das Urtheil vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprozeßordnung erlassen oder rechtskräftig geworden war.

Vgl. §§. 399 ff. Str.-Proz.-Ord.

11. Die Verfolgung von Beleidigungen und Körperverletzungen findet nur nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung statt.

Insofern diese Verfolgung nach der Gesetzgebung eines Bundesstaates im Wege des Civilprozesses stattfand, richtet sich die Erledigung eines anhängigen Verfahrens nach den Vorschriften des Einführungsgesetzes zur Civilprozeßordnung.

Vgl. §§. 414. 416 Str.-Proz.-Ord.

12. Auf die Strafvollstreckung finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung Anwendung, auch wenn die Strafe nach den bisherigen Vorschriften über das Strafverfahren erkannt ist.

Vgl. §§. 481 — 495 Str.-Proz.-Ord.

---



# **Strafprozeßordnung.**

Vom 1. Februar 1877.

(R. G. Bl. 1877. Nr. 8 S. 253).

Gesetzeskraft spätestens mit dem 1. Oktober 1879.

(Vgl. §. 1. des Einf.-Gesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz.)

---

## **Erstes Buch.**

### **Allgemeine Bestimmungen.**

---

#### **Erster Abschnitt.**

##### **Sachliche Zuständigkeit der Gerichte.**

1. Die sachliche Zuständigkeit der Gerichte wird durch das Gesetz über die Gerichtsverfassung bestimmt.

Vgl. §§. 27. 29. 73—76. 80. 123 2 u. 3. 136 2. Gerichts-Verf.-Gesetz.

2. Zusammenhängende Straffachen, welche einzeln zur Zuständigkeit von Gerichten verschiedener Ordnung gehören würden, können verbunden bei demjenigen Gerichte anhängig gemacht werden, welchem die höhere Zuständigkeit beivohnt.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kann durch Beschluß dieses Gerichts die Trennung der verbundenen Straffachen angeordnet werden.

3. Ein Zusammenhang ist vorhanden, wenn eine Person mehrerer strafbarer Handlungen beschuldigt wird, oder wenn bei einer strafbaren Handlung mehrere Per-

sonen als Thäter, Theilnehmer, Begünstiger oder Geher besculdigt werden.

Vgl. §§. 47—49. 257—259 Str.=Gef.=Buch.

4. Eine Verbindung zusammenhängender oder eine Trennung verbundener Strassachen kann auch nach Eröffnung der Untersuchung auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Angeschuldigten oder von Amtswegen durch gerichtlichen Beschluß angeordnet werden.

Zuständig für den Beschluß ist dasjenige Gericht, zu dessen Bezirk die übrigen Gerichte gehören. In Ermangelung eines hiernach zuständigen Gerichts erfolgt die Beschlußfassung durch das gemeinschaftliche obere Gericht.

5. Für die Dauer der Verbindung ist der Strafsfall, welcher zur Zuständigkeit des Gerichts höherer Ordnung gehört, für das Verfahren maßgebend.

6. Das Gericht hat seine sachliche Zuständigkeit in jeder Lage des Verfahrens von Amtswegen zu prüfen.

## Zweiter Abschnitt.

### Gerichtsstand.

7. Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

8. Der Gerichtsstand ist auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk der Angeschuldigte zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz hat.

Hat der Angeschuldigte einen Wohnsitz im Deutschen

Reiche nicht, so wird der Gerichtsstand auch durch den gewöhnlichen Aufenthaltsort und, wenn ein solcher nicht bekannt ist, durch den letzten Wohnsitz bestimmt.

9. Wenn die strafbare Handlung im Auslande begangen und ein Gerichtsstand in Gemäßheit des §. 8. nicht begründet ist, so ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Ergreifung erfolgt. Hat eine Ergreifung nicht stattgefunden, so wird das zuständige Gericht vom Reichsgerichte bestimmt.

Gleiches gilt, wenn eine strafbare Handlung im Inlande begangen ist, jedoch weder der Gerichtsstand der begangenen That noch der Gerichtsstand des Wohnsitzes ermittelt ist.

Vgl. §§. 4—9 des Str.-Gef.-Buch.

10. Ist die strafbare Handlung auf einem deutschen Schiffe im Auslande oder in offener See begangen, so ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Heimathshafen oder derjenige deutsche Hafen liegt, welchen das Schiff nach der That zuerst erreicht.

Vgl. über den Begriff des Heimathshafens §. 5 des Gesetzes betreffend die Nationalität der Kauffarteschiffe v. 25. October 1867 u. §. 101 der Seemannsordnung vom 27. December 1872.

11. Deutsche, welche das Recht der Exterritorialität genießen, sowie die im Ausland angestellten Beamten des Reichs oder eines Bundesstaates behalten in Ansehung des Gerichtsstandes den Wohnsitz, welchen sie in dem Heimathsstaate hatten. In Ermangelung eines solchen Wohnsitzes gilt die Hauptstadt des Heimathsstaates als ihr Wohnsitz. Ist die Hauptstadt in mehrere

Gerichtsbezirke getheilt, so wird der als Wohnsitz geltende Bezirk im Wege der Justizverwaltung durch allgemeine Anordnung bestimmt.

Auf Wahlkonsulen finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Vgl. d. Ges. betreffend die Organisation der Bundeskonsulate v. 8. Nov. 1867.

12. Unter mehreren nach den Vorschriften der §§. 7. — 11. zuständigen Gerichten gebührt demjenigen der Vorzug, welches die Untersuchung zuerst eröffnet hat.

Jedoch kann die Untersuchung und Entscheidung einem anderen der zuständigen Gerichte durch das gemeinschaftliche obere Gericht übertragen werden.

13. Für zusammenhängende Straffachen, welche einzeln nach den Vorschriften der §§. 7.—11. zur Zuständigkeit verschiedener Gerichte gehören würden, ist ein Gerichtsstand bei jedem Gerichte begründet, welches für eine derselben zuständig ist.

Sind mehrere zusammenhängende Straffachen bei verschiedenen Gerichten anhängig gemacht worden, so können dieselben sämmtlich oder zum Theil durch eine den Anträgen der Staatsanwaltschaft entsprechende Vereinbarung dieser Gerichte bei einem unter ihnen verbunden werden. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zu Stande, so entscheidet, wenn die Staatsanwaltschaft oder ein Angeeschuldigter hierauf anträgt, das gemeinschaftliche obere Gericht darüber, ob und bei welchem der Gerichte die Verbindung einzutreten habe.

In gleicher Weise kann die Verbindung wieder aufgehoben werden.

Vgl. §§. 3 u. 4.

Auch die durch vorläufige Straffestsetzungen anhängig gewordenen Sachen (§§. 456 u. 462) können verbunden werden. Da ein Zeitpunkt nicht bestimmt, bis zu welchem die Vereinigung erfolgen beziehungsweise beantragt werden kann, so muß konsequent die Rechtskraft des Erkenntnisses die Grenze bilden. Andererseits ist als Zeitpunkt, von welchem ab die Vereinigung zulässig ist, die Eröffnung der Voruntersuchung oder des Hauptverfahrens anzunehmen (Prot. S. 11)\*).

Die Wiederaufhebung kann sowohl von demjenigen, auf dessen Antrag sie erfolgte, als auch vom Gegentheil beantragt werden (Prot. S. 786).

14. Besteht zwischen mehreren Gerichten Streit über die Zuständigkeit, so bestimmt das gemeinschaftliche obere Gericht dasjenige Gericht, welches sich der Untersuchung und Entscheidung zu unterziehen hat.

15. Ist das an sich zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an der Ausübung des Richteramts rechtlich oder thatsächlich verhindert, oder ist von der Verhandlung vor diesem Gerichte eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen, so hat das zunächst obere Gericht die Untersuchung und Entscheidung dem gleichstehenden Gericht eines anderen Bezirks zu übertragen.

Vgl. §§. 22 und ferner Ger.=Verf.=Ges. 98.

16. Der Angeeschuldigte muß den Einwand der Unzuständigkeit bei Verlust desselben bis zum Schlusse der Voruntersuchung, falls aber eine solche nicht stattgefunden

---

\*) Unter dem Allegat „Prot.“ sind die Protokolle der Reichsjustizkommission verstanden.

hat, in der Hauptverhandlung bis zur Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens geltend machen.

Nur die örtliche Zuständigkeit ist gemeint (Prot. S. 12 u. 789).

17. Durch eine Entscheidung, welche die Zuständigkeit für die Voruntersuchung feststellt, wird die Zuständigkeit auch für das Hauptverfahren festgestellt.

Die Entscheidung der Strafkammer, nicht des Untersuchungsrichters ist maßgebend (Prot. S. 789).

18. Nach Eröffnung des Hauptverfahrens darf das Gericht seine Unzuständigkeit nur auf Einwand des Angeklagten aussprechen.

19. Haben mehrere Gerichte, von denen eines das zuständige ist, durch Entscheidungen, welche nicht mehr anfechtbar sind, ihre Unzuständigkeit ausgesprochen, so bezeichnet das gemeinschaftliche obere Gericht das zuständige Gericht.

20. Die einzelnen Untersuchungshandlungen eines unzuständigen Gerichts sind nicht schon dieser Unzuständigkeit wegen ungültig.

21. Ein unzuständiges Gericht hat sich denjenigen innerhalb seines Bezirks vorzunehmenden Untersuchungshandlungen zu unterziehen, in Ansehung deren Gefahr im Verzuge obwaltet.

### Dritter Abschnitt.

#### Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen.

22. Ein Richter ist von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen:

- 1) wenn er selbst durch die strafbare Handlung verletzt ist;
- 2) wenn er Ehemann oder Vormund der beschuldigten oder der verletzten Person ist oder gewesen ist;
- 3) wenn er mit dem Beschuldigten oder mit dem Verletzten in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;  
Es ist Verwandtschaft bis zum dritten Grade einschließlich gemeint (Prot. S. 13).
- 4) wenn er in der Sache als Beamter der Staatsanwaltschaft, als Polizeibeamter, als Anwalt des Verletzten oder als Verteidiger thätig gewesen ist;
- 5) wenn er in der Sache als Zeuge oder Sachverständiger vernommen ist.

23. Ein Richter, welcher bei einer durch ein Rechtsmittel angefochtenen Entscheidung mitgewirkt hat, ist von der Mitwirkung bei der Entscheidung in höherer Instanz kraft Gesetzes ausgeschlossen.

Der Untersuchungsrichter darf in denjenigen Sachen, in welchen er die Voruntersuchung geführt hat, nicht Mitglied des erkennenden Gerichts sein, auch nicht bei

einer außerhalb der Hauptverhandlung erfolgenden Entscheidung der Strafkammer mitwirken.

An dem Hauptverfahren vor der Strafkammer dürfen mehr als zwei von denjenigen Richtern, welche bei der Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben, und namentlich der Richter, welcher Bericht über den Antrag der Staatsanwaltschaft erstattet hatte, nicht theilnehmen.

Vgl. §§. 60 u. 77 Ger.-Verf.Ges. u. §§. 179. 201 dieses Gesetzes.

24. Ein Richter kann sowohl in den Fällen, in denen er von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen ist, als auch wegen Besorgniß der Befangenheit abgelehnt werden.

Wegen Besorgniß der Befangenheit findet die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen.

Das Ablehnungsrecht steht der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten zu. Den zur Ablehnung Berechtigten sind auf Verlangen die zur Mitwirkung bei der Entscheidung berufenen Gerichtspersonen namhaft zu machen.

25. Die Ablehnung eines Richters wegen Besorgniß der Befangenheit ist in der Hauptverhandlung erster Instanz nur bis zur Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens, in der Hauptverhandlung über die Berufung und die Revision nur bis zum Beginne der Berichterstattung zulässig.

26. Das Ablehnungsgesuch ist bei dem Gerichte,



welchem der Richter angehört, anzubringen; es kann vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden.

Der Ablehnungsgrund ist glaubhaft zu machen; der Eid ist als Mittel der Glaubhaftmachung ausgeschlossen. Zur Glaubhaftmachung kann auf das Zeugniß des abgelehnten Richters Bezug genommen werden.

Der abgelehnte Richter hat sich über den Ablehnungsgrund dienstlich zu äußern.

27. Ueber das Ablehnungsgesuch entscheidet das Gericht, welchem der Abgelehnte angehört; wenn dasselbe durch Ausscheiden des abgelehnten Mitgliedes beschlußunfähig wird, das zunächst obere Gericht.

Wird ein Untersuchungsrichter oder ein Amtsrichter abgelehnt, so entscheidet das Landgericht. Einer Entscheidung bedarf es nicht, wenn der Abgelehnte das Ablehnungsgesuch für begründet hält.

28. Gegen den Beschluß, durch welchen das Ablehnungsgesuch für begründet erklärt wird, findet kein Rechtsmittel, gegen den Beschluß, durch welchen das Gesuch für unbegründet erklärt wird, findet sofortige Beschwerde statt.

Der Beschluß, durch welchen ein gegen einen erkennenden Richter angebrachtes Ablehnungsgesuch für unbegründet erklärt wird, kann nicht für sich allein, sondern nur mit dem Urtheil angefochten werden.

29. Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, welche keinen Aufschub gestatten.

30. Das für die Erledigung eines Ablehnungs-

gesuchtes zuständige Gericht hat auch dann zu entscheiden, wenn ein solches Gesuch nicht angebracht ist, ein Richter aber von einem Verhältnisse Anzeige macht, welches seine Ablehnung rechtfertigen könnte, oder wenn aus anderer Veranlassung Zweifel darüber entstehen, ob ein Richter kraft Gesetzes ausgeschlossen sei.

31. Die Bestimmungen dieses Abschnitts finden auf Schöffen und Gerichtsschreiber entsprechende Anwendung.

Die Entscheidung über eine Ausschließung oder Ablehnung von Schöffen erfolgt durch den Amtsrichter. Ueber die Ausschließung oder Ablehnung eines Gerichtsschreibers entscheidet das Gericht oder der Richter, welchem derselbe beigegeben ist.

Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §§. 31—35 u. 154.

32. Die Bestimmungen des §. 22. finden auch auf Geschworene Anwendung.

#### Vierter Abschnitt.

##### **Gerichtliche Entscheidungen und deren Bekanntmachung.**

33. Die Entscheidungen des Gerichts werden, wenn sie im Laufe einer Hauptverhandlung ergehen, nach Anhörung der Betheiligten, wenn sie außerhalb einer Hauptverhandlung ergehen, nach erfolgter schriftlicher oder mündlicher Erklärung der Staatsanwaltschaft erlassen.

Mit den außerhalb einer Hauptverhandlung ergehenden Entscheidungen sind nur Kollegialbeschlüsse gemeint, gleichviel ob sie auf Antrag oder von Amts wegen erfolgen (Prot. S. 802).

34. Die durch ein Rechtsmittel anfechtbaren Ent-

scheidungen sowie diejenigen, durch welche ein Antrag abgelehnt wird, sind mit Urkunden zu versehen.

35. Entscheidungen, welche in Anwesenheit der davon betroffenen Person ergehen, werden derselben durch Verkündung bekannt gemacht. Auf Verlangen ist ihr eine Abschrift zu ertheilen.

Die Bekanntmachung anderer Entscheidungen erfolgt durch Zustellung.

Dem nicht auf freiem Fuße Befindlichen ist das zugestellte Schriftstück auf Verlangen vorzulesen.

36. Entscheidungen, die einer Zustellung oder Vollstreckung bedürfen, sind der Staatsanwaltschaft zu übergeben, welche das Erforderliche zu veranlassen hat. Auf Entscheidungen, die lediglich den inneren Dienst der Gerichte oder die Ordnung in den Sitzungen betreffen, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Der Untersuchungsrichter und der Amtsrichter können Zustellungen aller Art sowie die Vollstreckung von Beschlüssen und Verfügungen unmittelbar veranlassen.

37. Auf das Verfahren bei Zustellungen finden die Vorschriften der Civilprozeßordnung über Zustellungen entsprechende Anwendung.

Zustellungen können an jeden Angeeschuldigten erfolgen, der das 12. Lebensjahr zurückgelegt hat (Prot. S. 804).

38. Die bei dem Strafverfahren beteiligten Personen, denen die Befugniß beilegt ist, Zeugen und Sachverständige unmittelbar zu laden, haben mit der Zustellung der Ladung den Gerichtsvollzieher zu beauftragen.

Vgl. S. 219.

39. Für das die öffentliche Klage vorbereitende Verfahren, für die Voruntersuchung und für das Verfahren bei der Strafvollstreckung können durch Anordnung der Landesjustizverwaltung einfachere Formen für den Nachweis der Zustellung zugelassen werden.

Vgl. §§. 156 ff. 176 ff. 483.

40. Kann eine Zustellung an einen Beschuldigten, welchem eine Ladung zur Hauptverhandlung noch nicht zugestellt war, nicht in der vorgeschriebenen Weise im Deutschen Reich bewirkt werden, und erscheint die Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Vorschriften unausführbar oder voraussichtlich erfolglos, so gilt die Zustellung als erfolgt, wenn der Inhalt des zuzustellenden Schriftstücks durch ein deutsches oder ausländisches Blatt bekannt gemacht worden ist und seit dem Erscheinen dieses Blattes zwei Wochen verflossen sind. Die Auswahl des Blattes steht dem die Zustellung veranlassenden Beamten zu.

War die Ladung zur Hauptverhandlung dem Angeklagten schon vorher zugestellt, so gilt eine weitere Zustellung an denselben, wenn sie nicht in der vorgeschriebenen Weise im Deutschen Reich bewirkt werden kann, als erfolgt, sobald das zuzustellende Schriftstück zwei Wochen an der Gerichtstafel des Gerichts erster Instanz angeheftet gewesen ist. Von Urtheilen und Beschlüssen wird nur der entscheidende Theil angeheftet.

Vgl. §. 215.

41. Zustellungen an die Staatsanwaltschaft erfolgen durch Vorlegung der Urschrift des zuzustellenden Schrift-

stills. Wenn mit der Zustellung der Lauf einer Frist beginnt, so ist der Tag der Vorlegung von der Staatsanwaltschaft auf der Urschrift zu vermerken.

### *Fünfter Abschnitt.*

#### *Fristen und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.*

42. Bei der Berechnung einer Frist, welche nach Tagen bestimmt ist, wird der Tag nicht mitgerechnet, auf welchen der Zeitpunkt oder das Ereigniß fällt, nach welchem der Anfang der Frist sich richten soll.

43. Eine Frist, welche nach Wochen oder Monaten bestimmt ist, endigt mit Ablauf desjenigen Tages der letzten Woche oder des letzten Monats, welcher durch seine Benennung oder Zahl dem Tage entspricht, an welchem die Frist begonnen hat; fehlt dieser Tag in dem letzten Monate, so endigt die Frist mit Ablauf des letzten Tages dieses Monats.

Fällt das Ende einer Frist auf einen Sonntag oder allgemeinen Feiertag, so endigt die Frist mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages.

44. Gegen die Versäumung einer Frist kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beansprucht werden, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntniß erlangt hat.

45. Das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muß binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses bei demjenigen Gerichte, bei welchem die Frist wahrzunehmen gewesen wäre, unter Angabe und Glaubhaftmachung der Versäumnungsgründe angebracht werden.

Mit dem Gesuch ist zugleich die versäumte Handlung selbst nachzuholen.

46. Ueber das Gesuch entscheidet dasjenige Gericht, welches bei rechtzeitig erfolgter Handlung zur Entscheidung in der Sache selbst berufen gewesen wäre.

Die dem Gesuche stattgebende Entscheidung unterliegt keiner Anfechtung.

Gegen die das Gesuch verwerfende Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.

Vgl. s. 353.

47. Durch das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird die Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung nicht gehemmt.

Das Gericht kann jedoch einen Aufschub der Vollstreckung anordnen.

### Sechster Abschnitt.

#### Zeugen.

48. Die Ladung der Zeugen geschieht unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens.

Die Ladung einer dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörenden Person des Soldatenstandes als Zeugen erfolgt durch Ersuchen der Militärbehörde.

49. Der Reichskanzler, die Minister eines Bundesstaates, die Mitglieder der Senate der freien Hansestädte, die Vorstände der obersten Reichsbehörden und die Vorstände der Ministerien sind an ihrem Amtssitze oder, wenn sie sich außerhalb desselben aufhalten, an ihrem Aufenthaltsorte zu vernehmen.

Die Mitglieder des Bundesraths sind während ihres Aufenthalts am Sitze des Bundesraths an diesem Sitze, und die Mitglieder einer deutschen gesetzgebenden Versammlung während der Sitzungsperiode und ihres Aufenthalts am Orte der Versammlung an diesem Orte zu vernehmen.

Zu einer Abweichung von den vorstehenden Bestimmungen bedarf es:

- in Betreff des Reichskanzlers der Genehmigung des Kaisers,
- in Betreff der Minister und der Mitglieder des Bundesraths der Genehmigung des Landesherrn,
- in Betreff der Mitglieder der Senate der freien Hansestädte der Genehmigung des Senats,
- in Betreff der übrigen vorbezeichneten Beamten der Genehmigung ihres unmittelbaren Vorgesetzten,
- in Betreff der Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung der Genehmigung der letzteren.

50. Ein ordnungsmäßig geladener Zeuge, welcher nicht erscheint, ist in die durch das Ausbleiben verursachten Kosten, sowie zu einer Geldstrafe bis zu dreihundert Mark, und für den Fall, daß diese nicht bei-

getrieben werden kann, zur Strafe der Haft bis zu sechs Wochen zu verurtheilen. Auch ist die zwangsweise Vorführung des Zeugen zulässig. Im Falle wiederholten Ausbleibens kann die Strafe noch einmal erkannt werden.

Die Verurtheilung in Strafe und Kosten unterbleibt, wenn das Ausbleiben des Zeugen genügend entschuldigt ist. Erfolgt nachträglich genügende Entschuldigung, so werden die gegen den Zeugen getroffenen Anordnungen wieder aufgehoben.

Die Befugniß zu diesen Maßregeln steht auch dem Untersuchungsrichter, dem Amtsrichter im Vorverfahren, sowie dem beauftragten und ersuchten Richter zu.

Die Festsetzung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht, die Vorführung einer solchen Person durch Ersuchen der Militärbehörde.

Vgl. §§. 160. 184. 185. 222.

51. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind berechtigt:

1. der Verlobte des Beschuldigten;
2. der Ehegatte des Beschuldigten, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. diejenigen, welche mit dem Beschuldigten in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert sind, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht.



Die bezeichneten Personen sind vor jeder Vernehmung über ihr Recht zur Verweigerung des Zeugnisses zu belehren. Sie können den Verzicht auf dieses Recht auch während der Vernehmung widerrufen.

52. Zur Verweigerung des Zeugnisses sind ferner berechtigt:

1. Geistliche in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertraut ist;
2. Vertheidiger des Beschuldigten in Ansehung desjenigen, was ihnen in dieser ihrer Eigenschaft anvertraut ist;
3. Rechtsanwälte und Aerzte in Ansehung desjenigen, was ihnen bei Ausübung ihres Berufs anvertraut ist.

Die unter Nr. 2, 3 bezeichneten Personen dürfen das Zeugniß nicht verweigern, wenn sie von der Verpflichtung zur Verschwiegenheit entbunden sind.

53. Öffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde oder der ihnen zuletzt vorgesetzt gewesenen Dienstbehörde vernommen werden. Für den Reichskanzler bedarf es der Genehmigung des Kaisers, für die Minister der Genehmigung des Landesherrn, für die Mitglieder der Senate der freien Hansestädte der Genehmigung des Senats.

Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reichs oder eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde.

54. Jeder Zeuge kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem der im §. 51. Nr. 1—3 bezeichneten Angehörigen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung zuziehen würde.

55. Die Thatsache, auf welche der Zeuge die Verweigerung des Zeugnisses in den Fällen der §§. 51., 52., 54. stützt, ist auf Verlangen glaubhaft zu machen. Es genügt die eidliche Versicherung des Zeugen.

56. Unbeeidigt sind zu vernehmen:

1. Personen, welche zur Zeit der Vernehmung das sechzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet oder wegen mangelnder Verstandesreife oder wegen Verstandeschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung haben;
2. Personen, welche nach den Bestimmungen der Strafgesetze unfähig sind, als Zeugen eidlich vernommen zu werden;
3. Personen, welche hinsichtlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden That als Theilnehmer, Begünstiger oder Fehler verdächtig oder bereits verurtheilt sind.

57. Stehen Personen zu dem Beschuldigten in einem Verhältnisse, welches sie nach §. 51. zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt, so hängt es von dem richterlichen Ermessen ab, ob sie unbeeidigt zu vernehmen oder zu beeidigen sind.

Dieselben können auch nach der Vernehmung die

Beeidigung des Zeugnisses verweigern und sind über dieses Recht zu belehren.

58. Jeder Zeuge ist einzeln und in Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen zu vernehmen.

Eine Gegenüberstellung mit anderen Zeugen oder mit dem Beschuldigten findet im Vorverfahren nur dann statt, wenn sie ohne Nachtheil für die Sache nicht bis zur Hauptverhandlung ausgesetzt bleiben kann.

Eine Gegenüberstellung zum Zweck der Recognition soll nicht unterjagt sein (Prot. S. 55).

59. Vor der Leistung des Eides hat der Richter den Zeugen in angemessener Weise auf die Bedeutung des Eides hinzuweisen.

60. Jeder Zeuge ist einzeln und vor seiner Vernehmung zu beeidigen. Die Beeidigung kann jedoch aus besonderen Gründen, namentlich wenn Bedenken gegen ihre Zulässigkeit obwalten, bis nach Abschluß der Vernehmung ausgesetzt werden.

61. Der vor der Vernehmung zu leistende Eid lautet:  
daß Zeuge nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen werde;

oder nach der Vernehmung zu leistende Eid lautet:  
daß Zeuge nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt, nichts verschwiegen und nichts hinzugesetzt habe.

62. Der Eid beginnt mit den Worten:  
„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden“

und schließt mit den Worten:

„So wahr mir Gott helfe.“

63. Der Eid wird mittels Nachsprechens oder Ablesens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel geleistet. Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

Stumme, welche schreiben können, leisten den Eid mittels Abschreibens und Unterschreibens der die Eidesnorm enthaltenden Eidesformel.

Stumme, welche nicht schreiben können, leisten den Eid mit Hilfe eines Dolmetschers durch Zeichen.

64. Der Eidesleistung wird gleichgeachtet, wenn ein Mitglied einer Religions-Gesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Bethuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, eine Erklärung unter der Bethuerungsformel dieser Religions-Gesellschaft abgibt.

65. Die Beeidigung der Zeugen erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen des §. 222., in der Hauptverhandlung.

Sie kann schon in der Voruntersuchung erfolgen, wenn voraussichtlich der Zeuge am Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert oder sein Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird, oder wenn die Beeidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage erforderlich erscheint.

In dem vorbereitenden Verfahren ist die Beeidigung nur zulässig, wenn Gefahr im Verzuge obwaltet, oder wenn die Beeidigung als Mittel zur Herbeiführung einer wahrheitsgemäßen Aussage über eine Thatfache,

von der die Erhebung der öffentlichen Klage abhängig ist, erforderlich erscheint.

Erfolgt die Beeidigung im Vorverfahren, so ist der Grund in dem Protokolle anzugeben.

Vgl. s. 160.

66. Wird der Zeuge, nachdem er eidlich vernommen worden ist, in demselben Vorverfahren oder in demselben Hauptverfahren nochmals vernommen, so kann der Richter statt der nochmaligen Beeidigung den Zeugen die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den früher geleisteten Eid versichern lassen.

67. Die Vernehmung beginnt damit, daß der Zeuge über Vornamen und Zunamen, Alter, Religionsbekenntniß, Stand oder Gewerbe und Wohnort befragt wird. Erforderlichen Falls sind dem Zeugen Fragen über solche Umstände, welche seine Glaubwürdigkeit in der vorliegenden Sache betreffen, insbesondere über seine Beziehungen zu dem Beschuldigten oder dem Verletzten, vorzulegen.

68. Der Zeuge ist zu veranlassen, dasjenige, was ihm von dem Gegenstande seiner Vernehmung bekannt ist, im Zusammenhange anzugeben. Vor seiner Vernehmung ist dem Zeugen der Gegenstand der Untersuchung und die Person des Beschuldigten, sofern ein solcher vorhanden ist, zu bezeichnen.

Zur Aufklärung und zur Vervollständigung der Aussage sowie zur Erforschung des Grundes, auf welchem die Wissenschaft des Zeugen beruht, sind nöthigen Falls weitere Fragen zu stellen.

69. Wird das Zeugniß oder die Eidesleistung ohne gesetzlichen Grund verweigert, so ist der Zeuge in die durch die Weigerung verursachten Kosten sowie zu einer Geldstrafe bis zu dreihundert Mark und für den Fall, daß diese nicht beigetrieben werden kann, zur Strafe der Haft bis zu sechs Wochen zu verurtheilen.

Auch kann zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet werden, jedoch nicht über die Zeit der Beendigung des Verfahrens in der Instanz, auch nicht über die Zeit von sechs Monaten, und bei Uebertretungen nicht über die Zeit von sechs Wochen hinaus.

Die Befugniß zu diesen Maßregeln steht auch dem Untersuchungsrichter, dem Amtsrichter im Vorverfahren, sowie dem beauftragten und ersuchten Richter zu.

Sind die Maßregeln erschöpft, so können sie in demselben oder in einem anderen Verfahren, welches dieselbe That zum Gegenstande hat, nicht wiederholt werden.

Die Festsetzung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht.

70. Jeder von dem Richter oder der Staatsanwaltschaft geladene Zeuge hat nach Maßgabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung aus der Staatskasse für Zeitversäumniß und, wenn sein Erscheinen eine Reise erforderlich macht, auf Erstattung der Kosten, welche durch die Reise und den Aufenthalt am Orte der Vernehmung verursacht werden.

**71.** Die Landesherren und die Mitglieder der landesherrlichen Familien, sowie die Mitglieder der fürstlichen Familie Hohenzollern sind in ihrer Wohnung zu vernehmen.

Den Eid leisten dieselben mittels Unterschreibens der die Eidestorm enthaltenden Eidesformel.

Zur Hauptverhandlung werden sie nicht geladen. Das Protokoll über ihre gerichtliche Vernehmung ist in der Hauptverhandlung zu verlesen.

### **Siebenter Abschnitt.**

#### **Sachverständige und Augenschein.**

**72.** Auf Sachverständige finden die Vorschriften des sechsten Abschnitts über Zeugen entsprechende Anwendung, insoweit nicht in den nachfolgenden Paragraphen abweichende Bestimmungen getroffen sind.

**73.** Die Auswahl der zuzuziehenden Sachverständigen und die Bestimmung ihrer Anzahl erfolgt durch den Richter.

Sind für gewisse Arten von Gutachten Sachverständige öffentlich bestellt, so sollen andere Personen nur dann gewählt werden, wenn besondere Umstände es erfordern.

Nur im Vorverfahren und in der Voruntersuchung (§. 193) erfolgt die Auswahl durch den Richter, für das Hauptverfahren ist zunächst §. 218 u. ferner §§. 243. 244 maßgebend (Prot. S. 60).

**74.** Ein Sachverständiger kann aus denselben Gründen, welche zur Ablehnung eines Richters berechtigen,

abgelehnt werden. Ein Ablehnungsgrund kann jedoch nicht daraus entnommen werden, daß der Sachverständige als Zeuge vernommen worden ist.

Vgl. §§. 24—30.

Das Ablehnungsrecht steht der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und dem Beschuldigten zu. Die genannten Sachverständigen sind den zur Ablehnung Berechtigten namhaft zu machen, wenn nicht besondere Umstände entgegenstehen.

Der Ablehnungsgrund ist glaubhaft zu machen; der Eid ist als Mittel der Glaubhaftmachung ausgeschlossen.

75. Der zum Sachverständigen Ernannte hat der Ernennung Folge zu leisten, wenn er zur Erstattung von Gutachten der erforderlichen Art öffentlich bestellt ist, oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntniß Voraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, oder wenn er zur Ausübung derselben öffentlich bestellt oder ermächtigt ist.

Zur Erstattung des Gutachtens ist auch derjenige verpflichtet, welcher sich zu derselben vor Gericht bereit erklärt hat.

76. Dieselben Gründe, welche einen Zeugen berechtigen, das Zeugniß zu verweigern, berechtigen einen Sachverständigen zur Verweigerung des Gutachtens. Auch aus anderen Gründen kann ein Sachverständiger von der Verpflichtung zur Erstattung des Gutachtens entbunden werden.



Die Vernehmung eines öffentlichen Beamten als Sachverständigen findet nicht statt, wenn die vorgesetzte Behörde des Beamten erklärt, daß die Vernehmung den dienstlichen Interessen Nachtheil bereiten würde.

Vgl. §§. 51—54.

77. Im Falle des Nichterscheinens oder der Weigerung eines zur Erstattung des Gutachtens verpflichteten Sachverständigen wird dieser zum Ersatze der Kosten und zu einer Geldstrafe bis zu dreihundert Mark verurtheilt. Im Falle wiederholten Ungehorsams kann noch einmal eine Geldstrafe bis zu sechshundert Mark erkannt werden.

Die Festsetzung und die Vollstreckung der Strafe gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörnde Militärperson erfolgt auf Ersuchen durch das Militärgericht.

78. Der Richter hat, soweit ihm dies erforderlich erscheint, die Thätigkeit der Sachverständigen zu leiten.

79. Der Sachverständige hat vor Erstattung des Gutachtens einen Eid dahin zu leisten:

daß er das von ihm erforderte Gutachten unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde.

Ist der Sachverständige für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im Allgemeinen beeidigt, so genügt die Berufung auf den geleisteten Eid.

80. Dem Sachverständigen kann auf sein Verlangen zur Vorbereitung des Gutachtens durch Ver-

nehmung von Zeugen oder des Beschuldigten weitere Aufklärung verschafft werden.

Zu demselben Zweck kann ihm gestattet werden, die Akten einzusehen, der Vernehmung von Zeugen oder des Beschuldigten beizuwohnen und an dieselben unmittelbar Fragen zu stellen.

Diese Vorschrift ist nur instruktioneller Natur (Prot. S. 84).

81. Zur Vorbereitung eines Gutachtens über den Geisteszustand des Angeeschuldigten kann das Gericht auf Antrag eines Sachverständigen nach Anhörung des Vertheidigers anordnen, daß der Angeeschuldigte in eine öffentliche Irrenanstalt gebracht und dort beobachtet werde.

Dem Angeeschuldigten, welcher einen Vertheidiger nicht hat, ist ein solcher zu bestellen.

Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde statt. Dieselbe hat aufschiebende Wirkung.

Die Verwahrung in der Anstalt darf die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigen.

82. Im Vorverfahren hängt es von der Anordnung des Richters ab, ob die Sachverständigen ihr Gutachten schriftlich oder mündlich zu erstatten haben.

Vgl. §§. 349. 353.

83. Der Richter kann eine neue Begutachtung durch dieselben oder durch andere Sachverständige anordnen, wenn er das Gutachten für ungenügend erachtet.

Der Richter kann die Begutachtung durch einen anderen Sachverständigen anordnen, wenn ein Sachverständiger nach Erstattung des Gutachtens mit Erfolg abgelehnt ist.

In wichtigeren Fällen kann das Gutachten einer Fachbehörde eingeholt werden.

Vgl. §. 255.

84. Der Sachverständige hat nach Maßgabe der Gebührenordnung Anspruch auf Entschädigung für Zeitverschömmniß, auf Erstattung der ihm verursachten Kosten und außerdem auf angemessene Vergütung für seine Mühewaltung.

85. In soweit zum Beweise vergangener Thatfachen oder Zustände, zu deren Wahrnehmung eine besondere Sachkunde erforderlich war, sachkundige Personen zu vernehmen sind, kommen die Vorschriften über den Zeugenbeweis zur Anwendung.

86. Findet die Einnahme eines richterlichen Augenscheins statt, so ist im Protokolle der vorgefundene Sachbestand festzustellen und darüber Auskunft zu geben, welche Spuren oder Merkmale, deren Vorhandensein nach der besondern Beschaffenheit des Falles vermuthet werden konnte, gefehlt haben.

87. Die richterliche Leichenschau wird unter Zuziehung eines Arztes, die Leichenöffnung im Beisein des Richters von zwei Aerzten, unter welchen sich ein Gerichtsarzt befinden muß, vorgenommen. Demjenigen Arzte, welcher den Verstorbenen in der dem Tode unmittelbar vorausgegangenen Krankheit behandelt hat, ist die Leichenöffnung nicht zu übertragen. Derselbe kann jedoch aufgefördert werden, der Leichenöffnung anzuwohnen, um aus der Krankheitsgeschichte Aufschlüsse zu geben.

Die Zuziehung eines Arztes kann bei der Leichen-

schau unterbleiben, wenn sie nach dem Ermessen des Richters entbehrlich ist.

Behufs der Besichtigung oder Oeffnung einer schon beerdigten Leiche ist ihre Ausgrabung statthaft.

Vgl. §. 157.

88. Vor der Leichenöffnung ist, wenn nicht besondere Hindernisse entgegenstehen, die Persönlichkeit des Verstorbenen, insbesondere durch Befragung von Personen, welche den Verstorbenen gekannt haben, festzustellen. Ist ein Beschuldigter vorhanden, so ist ihm die Leiche zur Anerkennung vorzuzeigen.

Vgl. §. 133.

89. Die Leichenöffnung muß sich, soweit der Zustand der Leiche dies gestattet, stets auf die Oeffnung der Kopf-, Brust- und Bauchhöhle erstrecken.

90. Bei Oeffnung der Leiche eines neugeborenen Kindes ist die Untersuchung insbesondere auch darauf zu richten, ob dasselbe nach oder während der Geburt gelebt habe, und ob es reif oder wenigstens fähig gewesen sei, das Leben außerhalb des Mutterleibes fortzusetzen.

91. Liegt der Verdacht einer Vergiftung vor, so ist die Untersuchung der in der Leiche oder sonst gefundenen verdächtigen Stoffe durch einen Chemiker oder durch eine für solche Untersuchungen bestehende Fachbehörde vorzunehmen.

Der Richter kann anordnen, daß diese Untersuchung unter Mitwirkung oder Leitung eines Arztes stattzufinden habe.

Vgl. §§. 83 u. 255.

92. Bei Münzverbrechen und Münzvergehen sind

die Münzen oder Papiere erforderlichen Falls derjenigen Behörde vorzulegen, von welcher echte Münzen oder Papiere dieser Art in Umlauf gesetzt werden. Das Gutachten dieser Behörde ist über die Unechtheit oder Verfälschung sowie darüber einzuholen, in welcher Art die Fälschung muthmaßlich begangen worden sei.

Handelt es sich um ausländische Münzen oder Papiere, so kann an Stelle des Gutachtens der ausländischen Behörde dasjenige einer deutschen erfordert werden.

Vgl. §§. 146—152 Str.-Gef.-Buch.

93. Zur Ermittlung der Echtheit oder Unechtheit eines Schriftstücks, sowie zur Ermittlung des Urhebers desselben kann eine Schriftvergleichung unter Zuziehung von Sachverständigen vorgenommen werden.

## **Achter Abschnitt.**

### **Beschlagnahme und Durchsuchung.**

94. Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen, sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicher zu stellen.

Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden dieselben nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.

95. Wer einen Gegenstand der vorbezeichneten Art in seinem Gewahrsam hat, ist verpflichtet, denselben auf Erfordern vorzulegen und auszuliefern.

Er kann im Falle der Weigerung durch die im §. 69. Strafprozeßordnung.

bestimmten Zwangsmittel hierzu angehalten werden. Gegen Personen, welche zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind, finden diese Zwangsmittel keine Anwendung.

Vgl. §§. 51—54. Nicht auch der Beschuldigte oder Verdächtige kann hierzu gezwungen werden, was schon aus §. 54 folgt (Prot. S. 91).

96. Die Vorlegung oder Auslieferung von Akten oder anderen in amtlicher Verwahrung befindlichen Schriftstücken durch Behörden und öffentliche Beamte darf nicht gefordert werden, wenn deren oberste Dienstbehörde erklärt, daß das Bekanntwerden des Inhalts dieser Akten oder Schriftstücke dem Wohle des Reichs oder eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde.

97. Schriftliche Mittheilungen zwischen dem Beschuldigten und denjenigen Personen, die wegen ihres Verhältnisses zu ihm nach §§. 51., 52. zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind, unterliegen der Beschlagnahme nicht, falls sie sich in den Händen der letzteren Personen befinden und diese nicht einer Theilnahme, Begünstigung oder Fehlerei verdächtig sind.

Auch Mittheilungen zwischen dem bloß Verdächtigen und Anderen sind hier gemeint (Prot. S. 92).

98. Die Anordnung von Beschlagnahmen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzug auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.

Ist die Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung erfolgt, so soll der Beamte, welcher die Beschlagnahme

angeordnet hat, binnen drei Tagen die richterliche Bestätigung nachsuchen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war, oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger desselben gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat. Der Betroffene kann jederzeit die richterliche Entscheidung nachsuchen. So lange die öffentliche Klage noch nicht erhoben ist, erfolgt die Entscheidung durch den Amtsrichter, in dessen Bezirk die Beschlagnahme stattgefunden hat.

Ist nach erhobener öffentlicher Klage die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft oder einen Polizei- oder Sicherheitsbeamten erfolgt, so ist binnen drei Tagen dem Richter von der Beschlagnahme Anzeige zu machen und sind demselben die in Beschlag genommenen Gegenstände zur Verfügung zu stellen.

Beschlagnahmen in militärischen Dienstgebäuden, zu welchen auch Kriegsfahrzeuge gehören, erfolgen durch Ersuchen der Militärbehörde, und auf Verlangen der Civilbehörde (Richter, Staatsanwaltschaft) unter deren Mitwirkung. Des Ersuchens der Militärbehörde bedarf es jedoch nicht, wenn die Beschlagnahme in Räumen vorzunehmen ist, welche in militärischen Dienstgebäuden ausschließlich von Civilpersonen bewohnt werden.

Vgl. §. 150, ferner Ger.-Verf.-Ges. §. 153.

99. Zulässig ist die Beschlagnahme der an den Beschuldigten gerichteten Briefe und Sendungen auf der Post sowie der an ihn gerichteten Telegramme auf den Tele-

graphenanstalten; dergleichen ist zulässig an den bezeichneten Orten die Beschlagnahme solcher Briefe, Sendungen und Telegramme, in Betreff derer Thatsachen vorliegen, aus welchen zu schließen ist, daß sie von dem Beschuldigten herrühren oder für ihn bestimmt sind und daß ihr Inhalt für die Untersuchung Bedeutung habe.

100. Zu der Beschlagnahme (§. 99.) ist nur der Richter, bei Gefahr im Verzug und, wenn die Untersuchung nicht blos eine Uebertretung betrifft, auch die Staatsanwaltschaft befugt. Die letztere muß jedoch den ihr ausgelieferten Gegenstand sofort, und zwar Briefe und andere Postsendungen uneröffnet, dem Richter vorlegen.

Die von der Staatsanwaltschaft verhängte Beschlagnahme tritt, auch wenn sie eine Auslieferung noch nicht zur Folge gehabt hat, außer Kraft, wenn sie nicht binnen drei Tagen von dem Richter bestätigt wird.

Die Entscheidung über eine von der Staatsanwaltschaft verhängte Beschlagnahme sowie über die Eröffnung eines ausgelieferten Briefes oder einer anderen Postsendung erfolgt durch den zuständigen Richter (§. 98.).

101. Von den getroffenen Maßregeln (§§. 99., 100.) sind die Betheiligten zu benachrichtigen, sobald dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes geschehen kann.

Sendungen, deren Eröffnung nicht angeordnet worden, sind den Betheiligten sofort auszuantworten. Dasselbe gilt, soweit nach der Eröffnung die Zurückbehaltung nicht erforderlich ist.

Derjenige Theil eines zurückbehaltenen Briefes, dessen



Vorenthaltung nicht durch die Rücksicht auf die Untersuchung geboten erscheint, ist dem Empfangsberechtigten abschriftlich mitzutheilen.

Bezieht sich auch auf expedirte, aber noch nicht abgelieferte Telegramme (Prot. S. 109).

**102.** Bei demjenigen, welcher als Thäter oder Theilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstiger oder Hehler verdächtig ist, kann eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume, sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen, sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung, als auch dann vorgenommen werden, wenn zu vermuthen ist, daß die Durchsuchung zur Auffindung von Beweismitteln führen werde.

Diese Vorschrift ist auch anwendbar, wenn der objektive Thatbestand noch nicht klar vorliegt (Prot. S. 110).

**103.** Bei anderen Personen sind Durchsuchungen nur behufs der Ergreifung des Beschuldigten oder behufs der Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung oder behufs der Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß die gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befinde.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf die Räume, in welchen der Beschuldigte ergriffen worden ist, oder welche er während der Verfolgung betreten hat, oder in welchen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält.

Vgl. §§. 38. 39. Str.-Ges.-Buch.

**104.** Zur Nachtzeit dürfen die Wohnung, die Geschäftsräume und das befriedete Besitzthum nur bei Ver-

folgung auf frischer That, oder bei Gefahr im Verzug oder dann durchsucht werden, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Wohnungen von Personen, welche unter Polizeiaufsicht stehen, sowie auf Räume, welche zur Nachtzeit Jedermann zugänglich oder welche der Polizei als Herbergen oder Versammlungsorte bestraffter Personen, als Niederlagen von Sachen, welche mittels strafbarer Handlungen erlangt sind, oder als Schlupfwinkel des Glückspiels oder gewerbsmäßiger Unzucht bekannt sind.

Die Nachtzeit umfaßt in dem Zeitraume vom ersten April bis dreißigsten September die Stunden von neun Uhr Abends bis vier Uhr Morgens und in dem Zeitraume vom ersten Oktober bis einunddreißigsten März die Stunden von neun Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens.

105. Die Anordnung von Durchsuchungen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzug auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.

Wenn eine Durchsuchung der Wohnung, der Geschäftsräume oder des befriedeten Besitztums ohne Beisein des Richters oder des Staatsanwalts stattfindet, so sind, wenn dies möglich, ein Gemeindebeamter oder zwei Mitglieder der Gemeinde, in deren Bezirk die Durchsuchung erfolgt, zuzuziehen. Die als Gemeindeglieder zugezogenen Personen dürfen nicht Polizei- oder Sicherheitsbeamte sein.

Die in den vorftehenden Abfätzen angeordneten Befchränkungen der Durchfuchung finden keine Anwendung auf die im §. 104. Abf. 2. bezeichneten Wohnungen und Räume.

Durchfuchungen in militäriſchen Dienftgebäuden erfolgen durch Erfuchen der Militärbehörde, und auf Verlangen der Civilbehörde (Richter, Staatsanwaltschaft) unter deren Mitwirkung. Des Erfuchens der Militärbehörde bedarf es jedoch nicht, wenn die Durchfuchung von Räumen vorzunehmen ift, welche in militäriſchen Dienftgebäuden ausschließlich von Civilperſonen bewohnt werden.

106. Der Inhaber der zu durchfuchenden Räume oder Gegenstände darf der Durchfuchung beimohnen. Iſt er abweſend, ſo iſt, wenn dies möglich, ſein Vertreter oder ein erwachſener Angehöriger, Hausgenoffe oder Nachbar zuzuziehen.

Dem Inhaber oder der in deſſen Abweſenheit zugezogenen Perſon iſt in den Fällen des §. 103. Abf. 1. der Zweck der Durchfuchung vor deren Beginn bekannt zu machen. Dieſe Vorſchrift findet keine Anwendung auf die Inhaber der im §. 104. Abf. 2. bezeichneten Räume.

107. Dem von der Durchfuchung Betroffenen iſt nach deren Beendigung auf Verlangen eine ſchriftliche Mittheilung zu machen, welche den Grund der Durchfuchung (§§. 102., 103.) ſowie im Falle des §. 102. die ſtrafbare Handlung bezeichnen muß. Auch iſt demſelben auf Verlangen ein Verzeichniß der in Verwahrung oder

in Beschlagnahme genommenen Gegenstände, falls aber nichts Verdächtigendes gefunden wird, eine Bescheinigung hierüber zu geben.

108. Werden bei Gelegenheit einer Durchsuchung Gegenstände gefunden, welche zwar in keiner Beziehung zu der Untersuchung stehen, aber auf die erfolgte Verübung einer anderen strafbaren Handlung hindeuten, so sind dieselben einstweilen in Beschlagnahme zu nehmen. Der Staatsanwaltschaft ist hiervon Kenntniß zu geben.

Vgl. §. 189.

109. Die in Verwahrung oder in Beschlagnahme genommenen Gegenstände sind genau zu verzeichnen und zur Verhütung von Verwechselungen durch amtliche Siegel oder in sonst geeigneter Weise kenntlich zu machen.

110. Eine Durchsicht der Papiere des von der Durchsuchung Betroffenen steht nur dem Richter zu.

Anderer Beamte sind zur Durchsicht der aufgefundenen Papiere nur dann befugt, wenn der Inhaber derselben die Durchsicht genehmigt. Anderenfalls haben sie die Papiere, deren Durchsicht sie für geboten erachten, in einem Umschlage, welcher in Gegenwart des Inhabers mit dem Amtssiegel zu verschließen ist, an den Richter abzuliefern.

Dem Inhaber der Papiere oder dessen Vertreter ist die Beibringung seines Siegels gestattet; auch ist er, falls demnächst die Entsiegelung und Durchsicht der Papiere angeordnet wird, wenn dies möglich, aufzufordern, derselben beizuwohnen.

Der Richter hat die zu einer strafbaren Handlung in Beziehung stehenden Papiere der Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

111. Gegenstände, welche durch die strafbare Handlung dem Verletzten entzogen wurden, sind, falls nicht Ansprüche Dritter entgegenstehen, nach Beendigung der Untersuchung und geeigneten Falls schon vorher von Amtswegen dem Verletzten zurückzugeben, ohne daß es eines Urtheils hierüber bedarf.

Dem Betheiligten bleibt die Geltendmachung seiner Rechte im Civilverfahren vorbehalten.

### **Neunter Abschnitt.**

#### ***Verhaftung und vorläufige Festnahme.***

112. Der Angeschuldigte darf nur dann in Untersuchungshaft genommen werden, wenn dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorhanden sind und entweder er der Flucht verdächtig ist oder Thatfachen vorliegen, aus denen zu schließen ist, daß er Spuren der That vernichten oder daß er Zeugen oder Mitschuldige zu einer falschen Aussage oder Zeugen dazu verleiten werde, sich der Zeugnißpflicht zu entziehen. Diese Thatfachen sind aktenkundig zu machen.

Der Verdacht der Flucht bedarf keiner weiteren Begründung:

1. wenn ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet;

2. wenn der Angeschuldigte ein Heimathloser oder Landstreicher oder nicht im Stande ist, sich über seine Person auszuweisen;
3. wenn der Angeschuldigte ein Ausländer ist und begründeter Zweifel besteht, daß er sich auf Ladung vor Gericht stellen und dem Urtheile Folge leisten werde.

Vgl. §. 362 Str.-Gef.-Buch.

113. Ist die That nur mit Haft oder mit Geldstrafe bedroht, so darf die Untersuchungshaft nur wegen Verdachts der Flucht und nur dann verhängt werden, wenn der Angeschuldigte zu den im §. 112. Nr. 2. oder 3. bezeichneten Personen gehört, oder wenn derselbe unter Polizeiaufsicht steht, oder wenn es sich um eine Uebertretung handelt, wegen deren die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden kann.

114. Die Verhaftung erfolgt auf Grund eines schriftlichen Haftbefehls des Richters.

In dem Haftbefehl ist der Angeschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung sowie der Grund der Verhaftung anzugeben.

Dem Angeschuldigten ist der Haftbefehl bei der Verhaftung und, wenn dies nicht thunlich ist, spätestens am Tage nach seiner Einlieferung in das Gefängniß, nach Vorschrift des §. 35. bekannt zu machen und zu eröffnen, daß ihm das Rechtsmittel der Beschwerde zustehe.

Vgl. §. 349.

115. Der Verhaftete muß spätestens am Tage nach

seiner Einlieferung in das Gefängniß durch einen Richter über den Gegenstand der Beschuldigung gehört werden.

**116.** Der Verhaftete soll, soweit möglich, von Anderen gesondert und nicht in demselben Raume mit Strafgefangenen verwahrt werden. Mit seiner Zustimmung kann von dieser Vorschrift abgesehen werden.

Dem Verhafteten dürfen nur solche Beschränkungen auferlegt werden, welche zur Sicherung des Zweckes der Haft oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnisse nothwendig sind.

Bequemlichkeiten und Beschäftigungen, die dem Stande und den Vermögensverhältnissen des Verhafteten entsprechen, darf er sich auf seine Kosten verschaffen, soweit sie mit dem Zwecke der Haft vereinbar sind und weder die Ordnung im Gefängnisse stören, noch die Sicherheit gefährden.

Fesseln dürfen im Gefängnisse dem Verhafteten nur dann angelegt werden, wenn es wegen besonderer Gefährlichkeit seiner Person, namentlich zur Sicherung Anderer erforderlich erscheint, oder wenn er einen Selbstentleibungs- oder Entweichungsversuch gemacht oder vorbereitet hat. Bei der Hauptverhandlung soll er ungefesselt sein.

Die nach Maßgabe vorstehender Bestimmungen erforderlichen Verfügungen hat der Richter zu treffen. Die in dringenden Fällen von anderen Beamten getroffenen Anordnungen unterliegen der Genehmigung des Richters.

Vgl. §. 124.

**117.** Ein Angeeschuldigter, dessen Verhaftung ledig-

lich wegen des Verdachts der Flucht angeordnet ist, kann gegen Sicherheitsleistung mit der Untersuchungshaft verschont werden.

118. Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung in baarem Gelde oder in Werthpapieren oder durch Pfandbestellung oder mittels Bürgschaft geeigneter Personen zu bewirken.

Die Höhe und die Art der zu leistenden Sicherheit wird von dem Richter nach freiem Ermessen festgesetzt.

Vgl. §. 124.

119. Der Angeeschuldigte, welcher seine Freilassung gegen Sicherheitsleistung beantragt, ist, wenn er nicht im Deutschen Reich wohnt, verpflichtet, eine im Bezirk des zuständigen Gerichts wohnhafte Person zur Empfangnahme von Zustellungen zu bevollmächtigen.

Vgl. §§. 35. 37.

120. Der Sicherheitsleistung ungeachtet ist der Angeeschuldigte zur Haft zu bringen, wenn er Anstalten zur Flucht trifft, wenn er auf ergangene Ladung ohne genügende Entschuldigung ausbleibt, oder wenn neu hervorgetretene Umstände seine Verhaftung erforderlich machen.

Vgl. §. 134.

121. Eine noch nicht verfallene Sicherheit wird frei, wenn der Angeeschuldigte zur Haft gebracht, oder wenn der Haftbefehl aufgehoben worden ist, oder wenn der Antritt der erkannten Freiheitsstrafe erfolgt.

Diejenigen, welche für den Angeeschuldigten Sicherheit geleistet haben, können ihre Befreiung dadurch her-



beiführen, daß sie entweder binnen einer vom Gericht zu bestimmenden Frist die Gestellung des Angeschuldigten bewirken, oder von den Thatfachen, welche den Verdacht einer vom Angeschuldigten beabsichtigten Flucht begründen, rechtzeitig dergestalt Anzeige machen, daß die Verhaftung bewirkt werden kann.

Vgl. §§. 205. 488.

**122.** Eine noch nicht frei gewordene Sicherheit verfällt der Staatskasse, wenn der Angeschuldigte sich der Untersuchung oder dem Antritt der erkannten Freiheitsstrafe entzieht.

Vor der Entscheidung sind der Angeschuldigte sowie Diejenigen, welche für den Angeschuldigten Sicherheit geleistet haben, zu einer Erklärung aufzufordern. Gegen die Entscheidung steht ihnen nur die sofortige Beschwerde zu. Vor der Entscheidung über die Beschwerde ist den Betheiligten und der Staatsanwaltschaft Gelegenheit zur mündlichen Begründung ihrer Anträge sowie zur Erörterung über stattgehabte Ermittlungen zu geben.

Die den Verfall aussprechende Entscheidung hat gegen Diejenigen, welche für den Angeschuldigten Sicherheit geleistet haben, die Wirkungen eines von dem Civilrichter erlassenen, für vorläufig vollstreckbar erklärten Endurtheils, und nach Ablauf der Beschwerdefrist die Wirkungen eines rechtskräftigen Civilendurtheils.

**123.** Der Haftbefehl ist aufzuheben, wenn der in demselben angegebene Grund der Verhaftung weggefallen ist, oder wenn der Angeschuldigte freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt wird.

Durch Einlegung eines Rechtsmittels darf die Freilassung des Angeeschuldigten nicht verzögert werden.

124. Die auf die Untersuchungshaft, einschließlich der Sicherheitsleistung, bezüglichen Entscheidungen werden von dem zuständigen Gericht erlassen.

In der Voruntersuchung ist der Untersuchungsrichter zur Erlassung des Haftbefehls und mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft auch zur Aufhebung eines solchen sowie zur Freilassung des Angeeschuldigten gegen Sicherheitsleistung befugt. Versagt die Staatsanwaltschaft diese Zustimmung, so hat der Untersuchungsrichter, wenn er die beanstandete Maßregel anordnen will, unverzüglich, spätestens binnen vierundzwanzig Stunden, die Entscheidung des Gerichts nachzusuchen.

Die gleiche Befugniß hat nach Eröffnung des Hauptverfahrens in dringenden Fällen der Vorsitzende des erkennenden Gerichts.

125. Auch vor Erhebung der öffentlichen Klage kann, wenn ein zur Erlassung eines Haftbefehls berechtigender Grund vorhanden ist, vom Amtsrichter auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder, bei Gefahr im Verzuge, von Amtswegen ein Haftbefehl erlassen werden.

Zur Erlassung dieses Haftbefehls und der auf die Untersuchungshaft, einschließlich der Sicherheitsleistung, bezüglichen Entscheidungen ist jeder Amtsrichter befugt, in dessen Bezirk ein Gerichtsstand für die Sache begründet ist oder der zu Verhaftende betroffen wird.

Die Bestimmungen der §§. 114—123. finden entsprechende Anwendung.

126. Der vor Erhebung der öffentlichen Klage erlassene Haftbefehl ist aufzuheben, wenn die Staatsanwaltschaft es beantragt, oder wenn nicht binnen einer Woche nach Vollstreckung des Haftbefehls die öffentliche Klage erhoben und die Fortdauer der Haft von dem zuständigen Richter angeordnet, auch diese Anordnung zur Kenntniß des Amtsrichters gelangt ist.

Wenn zur Vorbereitung und Erhebung der öffentlichen Klage die Frist von einer Woche nicht genügt, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Amtsrichter um eine Woche und, wenn es sich um ein Verbrechen oder Vergehen handelt, auf erneuten Antrag der Staatsanwaltschaft um fernere zwei Wochen verlängert werden.

127. Wird Jemand auf frischer That betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, Jedermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.

Die Staatsanwaltschaft und die Polizei- und Sicherheitsbeamten sind auch dann zur vorläufigen Festnahme befugt, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzug obwaltet.

Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist die vorläufige Festnahme von der Stellung eines solchen Antrags nicht abhängig.

Vgl. §§. 112. 113.

128. Der Festgenommene ist unverzüglich, sofern er nicht wieder in Freiheit gesetzt wird, dem Amtsrichter

des Bezirks, in welchem die Festnahme erfolgt ist, vorzuführen. Der Amtsrichter hat ihn spätestens am Tage nach der Vorführung zu vernehmen.

Hält der Amtsrichter die Festnahme nicht für gerechtfertigt oder die Gründe derselben für beseitigt, so verordnet er die Freilassung. Anderenfalls erläßt er einen Haftbefehl, auf welchen die Bestimmungen des §. 126. Anwendung finden.

129. Ist gegen den Festgenommenen bereits die öffentliche Klage erhoben, so ist derselbe entweder sofort, oder auf Verfügung des Amtsrichters, welchem derselbe zunächst vorgeführt worden, dem zuständigen Gericht oder Untersuchungsrichter vorzuführen, und haben diese spätestens am Tage nach der Vorführung über Freilassung oder Verhaftung des Festgenommenen zu entscheiden.

130. Wird wegen Verdachts einer strafbaren Handlung, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ein Haftbefehl erlassen, bevor der Antrag gestellt ist, so ist der Antragsberechtigte, von mehreren wenigstens einer derselben, sofort von dem Erlass des Haftbefehls in Kenntniß zu setzen. Auf den Haftbefehl finden die Bestimmungen des §. 126. gleichfalls Anwendung.

131. Auf Grund eines Haftbefehls können von dem Richter sowie von der Staatsanwaltschaft Steckbriefe erlassen werden, wenn der zu Verhaftende flüchtig ist oder sich verborgen hält.

Ohne vorgängigen Haftbefehl ist eine steckbriefliche Verfolgung nur dann statthaft, wenn ein Festgenommener

aus dem Gefängnisse entweicht oder sonst sich der Bewachung entzieht. In diesem Falle sind auch die Polizeibehörden zur Erlassung des Steckbriefs befugt.

Der Steckbrief soll, soweit dies möglich, eine Beschreibung des zu Verhaftenden enthalten und die demselben zur Last gelegte strafbare Handlung sowie das Gefängniß bezeichnen, in welches die Ablieferung zu erfolgen hat.

132. Ist Jemand auf Grund eines Haftbefehls oder eines Steckbriefs ergriffen worden, und kann er nicht spätestens am Tage nach der Ergreifung vor den zuständigen Richter gestellt werden, so ist er auf sein Verlangen sofort dem nächsten Amtsrichter vorzuführen.

Seine Vernehmung ist spätestens am Tage nach der Ergreifung zu bewirken. Weist er bei der Vernehmung nach, daß er nicht die verfolgte Person, oder daß die Verfolgung durch die zuständige Behörde wieder aufgehoben sei, so hat der Amtsrichter seine Freilassung zu verfügen.

## Dehnter Abschnitt.

### Vernehmung des Beschuldigten.

133. Der Beschuldigte ist zur Vernehmung schriftlich zu laden.

Die Ladung kann unter der Androhung geschehen, daß im Falle des Ausbleibens seine Vorführung erfolgen werde.

Die Androhung bezieht sich nur auf die richterliche Ladung im Strafprozeßordnung.

Vorverfahren, der Voruntersuchung oder für das Hauptverfahren, nicht auch auf Ladungen des Staatsanwalts nach §. 159 (Prot. S. 186).

134. Die sofortige Vorführung des Beschuldigten kann verfügt werden, wenn Gründe vorliegen, welche die Erlassung eines Haftbefehls rechtfertigen würden.

In dem Vorführungsbefehle ist der Beschuldigte genau zu bezeichnen und die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung sowie der Grund der Vorführung anzugeben.

135. Der Vorgeführte ist sofort von dem Richter zu vernehmen. Ist dies nicht ausführbar, so kann er bis zu seiner Vernehmung, jedoch nicht über den nächstfolgenden Tag hinaus, festgehalten werden.

136. Bei Beginn der ersten Vernehmung ist dem Beschuldigten zu eröffnen, welche strafbare Handlung ihm zur Last gelegt wird. Der Beschuldigte ist zu befragen, ob er etwas auf die Beschuldigung erwidern wolle.

Die Vernehmung soll dem Beschuldigten Gelegenheit zur Beseitigung der gegen ihn vorliegenden Verdachtsgründe und zur Geltendmachung der zu seinen Gunsten sprechenden Thatsachen geben.

Bei der ersten Vernehmung des Beschuldigten ist zugleich auf die Ermittlung seiner persönlichen Verhältnisse Bedacht zu nehmen.

#### Elfter Abschnitt.

##### Vertheidigung.

137. Der Beschuldigte kann sich in jeder Lage des Verfahrens des Beistandes eines Vertheidigers bedienen.

Hat der Beschuldigte einen gesetzlichen Vertreter, so kann auch dieser selbstständig einen Vertheidiger wählen.

138. Zu Vertheidigern können die bei einem deutschen Gerichte zugelassenen Rechtsanwälte, sowie die Rechtslehrer an deutschen Hochschulen gewählt werden.

Andere Personen können nur mit Genehmigung des Gerichts und, wenn der Fall einer nothwendigen Vertheidigung vorliegt und der Gewählte nicht zu den Personen gehört, welche zu Vertheidigern bestellt werden dürfen, nur in Gemeinschaft mit einer solchen als Wahlvertheidiger zugelassen werden.

139. Der als Vertheidiger gewählte Rechtsanwalt kann mit Zustimmung des Angeklagten die Vertheidigung einem Rechtskundigen, welcher die erste Prüfung für den Justizdienst bestanden hat und in demselben seit mindestens zwei Jahren beschäftigt ist, übertragen.

Assessoren und Referendare, welche als sogen. General-Substituten eines Rechtsanwalts fungiren, sind den Anwälten gleichzuachten (Prot. S. 507).

140. Die Vertheidigung ist nothwendig in den Sachen, welche vor dem Reichsgerichte in erster Instanz oder vor dem Schwurgerichte zu verhandeln sind.

In Sachen, welche vor dem Landgerichte in erster Instanz zu verhandeln sind, ist die Vertheidigung nothwendig:

1. wenn der Angeeschuldigte taub oder stumm ist, oder das sechszehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat;
2. wenn ein Verbrechen den Gegenstand der

Untersuchung bildet und der Beschuldigte oder sein gesetzlicher Vertreter die Bestellung eines Vertheidigers beantragt.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die strafbare Handlung nur deshalb als ein Verbrechen sich darstellt, weil sie im Rückfall begangen ist.

In den Fällen des Abs. 1 und des Abs. 2 Nr. 1 ist dem Angeeschuldigten, welcher einen Vertheidiger noch nicht gewählt hat, ein solcher von Amtswegen zu bestellen, sobald die im §. 199 vorgeschriebene Aufforderung stattgefunden hat. In dem Falle des Abs. 2 Nr. 2 ist der Antrag binnen einer Frist von drei Tagen nach der Aufforderung zu stellen.

141. In anderen als den im §. 140. bezeichneten Fällen kann das Gericht und bei vorhandener Dringlichkeit der Vorsitzende desselben auf Antrag oder von Amtswegen einen Vertheidiger bestellen.

142. Die Bestellung des Vertheidigers kann schon während des Vorverfahrens erfolgen.

Vgl. §§. 160. 167.

143. Die Bestellung ist zurückzunehmen, wenn demnächst ein anderer Vertheidiger gewählt wird und dieser die Wahl annimmt.

144. Die Auswahl des zu bestellenden Vertheidigers erfolgt durch den Vorsitzenden des Gerichts aus der Zahl der am Sitze dieses Gerichts wohnhaften Rechtsanwälte. Für das vorbereitende Verfahren erfolgt die Bestellung durch den Amtsrichter.



Auch Justizbeamte, welche nicht als Richter angestellt sind, sowie solche Rechtskundige, welche die vorgeschriebene erste Prüfung für den Justizdienst bestanden haben, können als Vertheidiger bestellt werden.

145. Wenn in einem Falle, in welchem die Vertheidigung eine nothwendige oder die Bestellung eines Vertheidigers in Gemäßheit des §. 141 erfolgt ist, der Vertheidiger in der Hauptverhandlung ausbleibt, sich unzeitig entfernt, oder sich weigert, die Vertheidigung zu führen, so hat der Vorsitzende dem Angeklagten sogleich einen anderen Vertheidiger zu bestellen. Das Gericht kann jedoch auch eine Aussetzung der Verhandlung beschließen.

Erklärt der neu bestellte Vertheidiger, daß ihm die zur Vorbereitung der Vertheidigung erforderliche Zeit nicht verbleiben würde, so ist die Verhandlung zu unterbrechen oder auszusetzen.

Wird durch die Schuld des Vertheidigers eine Aussetzung erforderlich, so sind demselben, vorbehaltlich dienstlicher Ahndung, die hierdurch verursachten Kosten aufzuerlegen.

146. Die Vertheidigung mehrerer Beschuldigter kann, insofern dies der Aufgabe der Vertheidigung nicht widerspricht, durch einen gemeinschaftlichen Vertheidiger geführt werden.

147. Der Vertheidiger ist nach dem Schlusse der Voruntersuchung und, wenn eine solche nicht stattgefunden hat, nach Einreichung der Anklageschrift bei dem Gerichte zur Einsicht der dem Gerichte vorliegenden Akten befugt.

Schon vor diesem Zeitpunkte ist ihm die Einsicht der gerichtlichen Untersuchungsakten insoweit zu gestatten, als dies ohne Gefährdung des Untersuchungszweckes geschehen kann.

Die Einsicht der Protokolle über die Vernehmung des Beschulbigten, der Gutachten der Sachverständigen und der Protokolle über diejenigen gerichtlichen Handlungen, denen der Vertheidiger beizuwohnen befugt ist, darf ihm keinesfalls verweigert werden.

Nach dem Ermessen des Vorsitzenden können die Akten mit Ausnahme der Ueberführungsstücke dem Vertheidiger in seine Wohnung verabfolgt werden.

Vgl. §§. 167. 191.

148. Dem verhafteten Beschulbigten ist schriftlicher und mündlicher Verkehr mit dem Vertheidiger gestattet.

So lange das Hauptverfahren nicht eröffnet ist, kann der Richter schriftliche Mittheilungen zurückweisen, falls deren Einsicht ihm nicht gestattet wird.

Bis zu demselben Zeitpunkte kann der Richter, sofern die Verhaftung nicht lediglich wegen Verdachts der Flucht gerechtfertigt ist, anordnen, daß den Unterredungen mit dem Vertheidiger eine Gerichtsperson beizuhöhne.

149. Der Ehemann einer Angeklagten ist in der Hauptverhandlung als Beistand derselben zuzulassen und auf sein Verlangen zu hören.

Dasselbe gilt von dem Vater, Adoptivvater oder Vormund eines minderjährigen Angeklagten.

In dem Vorverfahren unterliegt die Zulassung solcher Beistände dem richterlichen Ermessen.

Der Beistand hat jedoch nicht die Rechte eines Vertheidigers (Prot. S. 518). Ausnahme §. 322.

150. Dem zum Vertheidiger bestellten Rechtsanwalte sind für die geführte Vertheidigung die Gebühren nach Maßgabe der Gebührenordnung aus der Staatskasse zu bezahlen.

Der Rückgriff an den in die Kosten verurtheilten Angeklagten bleibt vorbehalten.

---

## Zweites Buch.

### Verfahren in erster Instanz.

---

#### Erster Abschnitt.

##### Öffentliche Klage.

151. Die Eröffnung einer gerichtlichen Untersuchung ist durch die Erhebung einer Klage bedingt.

152. Zur Erhebung der öffentlichen Klage ist die Staatsanwaltschaft berufen.

Dieselbe ist, soweit nicht gesetzlich ein Anderes bestimmt ist, verpflichtet, wegen aller gerichtlich strafbaren und verfolgbaren Handlungen einzuschreiten, sofern zureichende thatsächliche Anhaltspunkte vorliegen.

Ob mit dieser Bestimmung das absolute Legalitätsprinzip anerkannt sein soll, welches den Staatsanwalt verpflichtet, auch die geringfügigste Straftat zu verfolgen, ist in der Reichstagskommission unentschieden gelassen (Prot. S. 198. 328). Vgl. übrigens §. 170.

153. Die Untersuchung und Entscheidung erstreckt sich nur auf die in der Klage bezeichnete That und auf die durch die Klage beschuldigten Personen.

Innerhalb dieser Grenzen sind die Gerichte zu einer selbstständigen Thätigkeit berechtigt und verpflichtet; insbesondere sind sie bei Anwendung des Strafgesetzes an die gestellten Anträge nicht gebunden.

Vgl. s. 265.

154. Die öffentliche Klage kann nach Eröffnung der Untersuchung nicht zurückgenommen werden.

155. Im Sinne dieses Gesetzes ist:

Angeschuldigter der Beschuldigte, gegen welchen die öffentliche Klage erhoben ist,

Angeklagter der Beschuldigte oder Angeschuldigte, gegen welchen die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen ist.

## Zweiter Abschnitt.

### Vorbereitung der öffentlichen Klage.

156. Anzeigen strafbarer Handlungen oder Anträge auf Strafverfolgung können bei der Staatsanwaltschaft, den Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes und den Amtsgerichten mündlich oder schriftlich angebracht werden. Die mündliche Anzeige ist zu beurfunden.

Bei strafbaren Handlungen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, muß der Antrag bei einem Gericht oder der Staatsanwaltschaft, schriftlich oder zu

Protokoll, bei einer anderen Behörde schriftlich angebracht werden.

Das Protokoll kann auch vom Gerichtsschreiber aufgenommen werden (Prot. S. 200).

157. Sind Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß Jemand eines nicht natürlichen Todes gestorben ist, oder wird der Leichnam eines Unbekannten gefunden, so sind die Polizei- und Gemeindebehörden zur sofortigen Anzeige an die Staatsanwaltschaft oder an den Amtsrichter verpflichtet.

Die Beerdigung darf nur auf Grund einer schriftlichen Genehmigung der Staatsanwaltschaft oder des Amtsrichters erfolgen.

158. Sobald die Staatsanwaltschaft durch eine Anzeige oder auf anderem Wege von dem Verdachte einer strafbaren Handlung Kenntniß erhält, hat sie behufs ihrer Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben sei, den Sachverhalt zu erforschen.

Die Staatsanwaltschaft hat nicht bloß die zur Verlastung, sondern auch die zur Entlastung dienenden Umstände zu ermitteln und für die Erhebung derjenigen Beweise Sorge zu tragen, deren Verlust zu besorgen steht.

159. Zu dem im vorstehenden Paragraphen bezeichneten Zwecke kann die Staatsanwaltschaft von allen öffentlichen Behörden Auskunft verlangen und Ermittlungen jeder Art, mit Ausschluß eiblicher Vernehmungen, entweder selbst vornehmen oder durch die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes vornehmen lassen. Die Behörden und Beamten

des Polizei- und Sicherheitsdienstes sind verpflichtet, dem Ersuchen oder Auftrage der Staatsanwaltschaft zu genügen.

Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §. 153.

160. Erachtet die Staatsanwaltschaft die Vornahme einer richterlichen Untersuchungshandlung für erforderlich, so stellt sie ihre Anträge bei dem Amtsrichter des Bezirks, in welchem diese Handlung vorzunehmen ist.

Der Amtsrichter hat zu prüfen, ob die beantragte Handlung nach den Umständen des Falles gesetzlich zulässig ist.

161. Die Behörden und Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes haben strafbare Handlungen zu erforschen und alle keinen Aufschub gestattenden Anordnungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten.

Sie übersenden ihre Verhandlungen ohne Verzug der Staatsanwaltschaft. Erscheint die schnelle Vornahme richterlicher Untersuchungshandlungen erforderlich, so kann die Uebersendung unmittelbar an den Amtsrichter erfolgen.

162. Bei Amtshandlungen an Ort und Stelle ist der Beamte, welcher dieselben leitet, befugt, Personen, welche seine amtliche Thätigkeit vorsätzlich stören oder sich den von ihm innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen widersetzen, festnehmen und bis zur Beendigung seiner Amtsverrichtungen, jedoch nicht über den nächstfolgenden Tag hinaus, festhalten zu lassen.

Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §. 182.

**163.** Wenn Gefahr im Verzuge obwaltet, hat der Amtsrichter die erforderlichen Untersuchungshandlungen von Amtswegen vorzunehmen.

**164.** Wird der Beschuldigte von dem Amtsrichter vernommen und beantragt er bei dieser Vernehmung zu seiner Entlastung einzelne Beweiserhebungen, so hat der Amtsrichter dieselben, soweit er sie für erheblich erachtet, vorzunehmen, wenn der Verlust der Beweise zu besorgen steht oder die Beweiserhebung die Freilassung des Beschuldigten begründen kann.

Der Richter kann, wenn die Beweiserhebung in einem anderen Amtsbezirke vorzunehmen ist, den Amtsrichter des letzteren um Vornahme derselben ersuchen.

**165.** In den Fällen der §§. 163., 164. gebührt der Staatsanwaltschaft die weitere Verfügung.

**166.** Die Beurkundung der von dem Amtsrichter vorzunehmenden Untersuchungshandlungen und die Zuziehung eines Gerichtsschreibers erfolgt nach den für die Voruntersuchung geltenden Vorschriften.

Vgl. §§. 185. 186.

**167.** Für die Theilnahme der Staatsanwaltschaft an den richterlichen Verhandlungen kommen die für die Voruntersuchung geltenden Vorschriften zur Anwendung.

Das Gleiche gilt hinsichtlich des Beschuldigten, seines Verteidigers und der von ihm benannten Sachverständigen, wenn der Beschuldigte als solcher vom Richter vernommen ist oder sich in Untersuchungshaft befindet.

Vgl. §. 191.

168. Bieten die angestellten Ermittlungen genügen den Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so erhebt die Staatsanwaltschaft dieselbe entweder durch einen Antrag auf gerichtliche Voruntersuchung oder durch Einreichung einer Anklageschrift bei dem Gerichte.

Anderenfalls verfügt die Staatsanwaltschaft die Einstellung des Verfahrens und setzt hiervon den Beschuldigten in Kenntniß, wenn er als solcher vom Richter vernommen oder ein Haftbefehl gegen ihn erlassen war.

Vgl. §§. 177. 197.

169. Giebt die Staatsanwaltschaft einem bei ihr angebrachten Antrage auf Erhebung der öffentlichen Klage keine Folge, oder verfügt sie nach dem Abschlusse der Ermittlungen die Einstellung des Verfahrens, so hat sie den Antragsteller unter Angabe der Gründe zu bescheiden.

170. Ist der Antragsteller zugleich der Verletzte, so steht ihm gegen diesen Bescheid binnen zwei Wochen nach der Bekanntmachung die Beschwerde an den vorgesetzten Beamten der Staatsanwaltschaft und gegen dessen ablehnenden Bescheid binnen einem Monate nach der Bekanntmachung der Antrag auf gerichtliche Entscheidung zu.

Der Antrag muß die Thatfachen, welche die Erhebung der öffentlichen Klage begründen sollen, und die Beweismittel angeben, auch von einem Rechtsanwalte unterzeichnet sein. Der Antrag ist bei dem für die Entscheidung zuständigen Gericht einzureichen.

Zur Entscheidung ist in den vor das Reichsgericht



gehörigen Sachen das Reichsgericht, in anderen Sachen das Oberlandesgericht zuständig.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 148. 136. Unter dem Verletzten ist nicht blos der Antragsberechtigte verstanden (Prot. S. 208).

171. Auf Verlangen des Gerichts hat demselben die Staatsanwaltschaft die bisher von ihr geführten Verhandlungen vorzulegen.

Das Gericht kann den Antrag unter Bestimmung einer Frist dem Beschuldigten zur Erklärung mittheilen.

Das Gericht kann zur Vorbereitung seiner Entscheidung Ermittlungen anordnen und mit deren Vornahme eines seiner Mitglieder, den Untersuchungsrichter oder den Amtsrichter beauftragen.

172. Ergiebt sich kein genügender Anlaß zur Erhebung der öffentlichen Klage, so verwirft das Gericht den Antrag und setzt den Antragsteller, die Staatsanwaltschaft und den Beschuldigten von der Verwerfung in Kenntniß.

Ist der Antrag verworfen, so kann die öffentliche Klage nur auf Grund neuer Thatfachen oder Beweismittel erhoben werden.

173. Erachtet dagegen das Gericht den Antrag für begründet, so beschließt es die Erhebung der öffentlichen Klage. Die Durchführung dieses Beschlusses liegt der Staatsanwaltschaft ob.

Vgl. s. 504.

174. Dem Antragsteller kann vor der Entscheidung über den Antrag die Leistung einer Sicherheit für die durch das Verfahren über den Antrag und durch die

Untersuchung der Staatskasse und dem Beschuldigten voraussichtlich erwachsenden Kosten durch Beschluß des Gerichts auferlegt werden. Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung in baarem Gelde oder in Werthpapieren zu bewirken. Die Höhe der zu leistenden Sicherheit wird von dem Gerichte nach freiem Ermessen festgesetzt. Dasselbe hat zugleich eine Frist zu bestimmen, binnen welcher die Sicherheit zu leisten ist.

Wird die Sicherheit binnen der bestimmten Frist nicht geleistet, so hat das Gericht den Antrag für zurückgenommen zu erklären.

175. Die durch das Verfahren über den Antrag veranlaßten Kosten sind in dem Falle des §. 172. und des §. 174. Abs. 2 dem Antragsteller aufzuerlegen.

### **Dritter Abschnitt.**

#### **Gerichtliche Voruntersuchung.**

176. Die Voruntersuchung findet in denjenigen Straffachen statt, welche zur Zuständigkeit des Reichsgerichts oder der Schwurgerichte gehören.

In denjenigen Straffachen, welche zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören, findet die Voruntersuchung statt:

1. wenn die Staatsanwaltschaft dieselbe beantragt;
2. wenn der Angeeschuldigte dieselbe in Gemäßheit des §. 199. beantragt und erhebliche Gründe geltend macht, aus denen eine Vor-

untersuchung zur Vorbereitung seiner Vertheidigung erforderlich erscheint.

In den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen ist, außer dem Falle der Verbindung in Folge eines Zusammenhanges, (§. 5.) die Voruntersuchung unzulässig.

177. Der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung der Voruntersuchung muß dem Beschuldigten und die ihm zur Last gelegte That bezeichnen.

178. Der Antrag kann nur wegen Unzuständigkeit des Gerichts oder wegen Unzulässigkeit der Strafverfolgung oder der Voruntersuchung (§. 176.), oder weil die in dem Antrage bezeichnete That unter kein Strafgesetz fällt, abgelehnt werden. Hierzu bedarf es eines Beschlusses des Gerichts.

Der Angeeschuldigte kann vor der Beschlußfassung gehört werden.

Außer dem Falle des Abs. 3. §. 176 liegt Unzulässigkeit dann vor, wenn prozessualisch die Verfolgung wegen Verjährung, Mangel des Strafantrags, bereits erfolgter rechtskräftiger Aburtheilung derselben Sache ausgeschlossen ist (Prot. S. 267).

179. Gegen die Verfügung, durch welche auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Voruntersuchung eröffnet worden ist, kann der Angeeschuldigte aus einem der im §. 178. Abs. 1. bezeichneten Gründe Einwand erheben. Ueber den Einwand entscheidet das Gericht.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die Voruntersuchung in Folge des Beschlusses des Gerichts eröffnet und der Angeeschuldigte vorher gehört worden ist.

Vgl. §. 200.

180. Gegen den Beschluß des Gerichts, durch welchen der von dem Angeeschuldigten in dem Falle des §. 178. Abs. 2. und in dem Falle des §. 179. Abs. 1. erhobene Einwand der Unzuständigkeit (§. 16.) verworfen wird, steht dem Angeeschuldigten die sofortige Beschwerde zu.

Im Uebrigen kann der Beschluß des Gerichts, durch welchen der Einwand des Angeeschuldigten verworfen oder die Eröffnung der Voruntersuchung angeordnet ist, nicht angefochten werden.

181. Gegen den Beschluß des Gerichts, durch welchen der Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Angeeschuldigten auf Eröffnung der Voruntersuchung abgelehnt worden ist, findet sofortige Beschwerde statt.

182. Die Voruntersuchung wird von dem Untersuchungsrichter eröffnet und geführt.

183. Durch Beschluß des Landgerichts kann auf Antrag der Staatsanwaltschaft die Führung der Voruntersuchung einem Amtsrichter übertragen werden. Um die Vornahme einzelner Untersuchungshandlungen kann der Untersuchungsrichter die Amtsrichter ersuchen. Auf Amtsrichter, welche mit dem Untersuchungsrichter denselben Amtssitz haben, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

184. Bei dem Reichsgerichte wird der Untersuchungsrichter für jede Strafsache aus der Zahl der Mitglieder durch den Präsidenten bestellt.

Der Präsident kann auch jedes Mitglied eines anderen deutschen Gerichts und jeden Amtsrichter zum Untersuchungsrichter, oder für einen Theil der Geschäfte

des Untersuchungsrichters zum Vertreter desselben be-  
stellen.

Der Untersuchungsrichter und dessen Vertreter können  
um die Vornahme einzelner Untersuchungshandlungen  
die Amtsrichter ersuchen.

185. Bei der Vernehmung des Angeeschuldigten, der  
Zeugen und Sachverständigen, sowie bei der Einnahme  
des Augenscheins hat der Untersuchungsrichter einen  
Gerichtsschreiber zuzuziehen. In dringenden Fällen kann  
der Untersuchungsrichter eine von ihm zu beeidigende  
Person als Gerichtsschreiber zuziehen.

186. Ueber jede Untersuchungshandlung ist ein Pro-  
tokoll aufzunehmen. Dasselbe ist von dem Untersuchungs-  
richter und dem zugezogenen Gerichtsschreiber zu unter-  
schreiben.

Das Protokoll muß Ort und Tag der Verhandlung,  
sowie die Namen der mitwirkenden oder betheiligten  
Personen angeben und ersehen lassen, ob die wesent-  
lichen Förmlichkeiten des Verfahrens beobachtet sind.

Das Protokoll ist den bei der Verhandlung bethei-  
ligten Personen, soweit es dieselben betrifft, behufs der  
Genehmigung vorzulesen oder zur eigenen Durchlesung  
vorzulegen. Die erfolgte Genehmigung ist zu ver-  
merken, und das Protokoll von den Betheiligten ent-  
weder zu unterschreiben, oder in demselben anzugeben,  
weshalb die Unterschrift unterblieben ist.

187. Die Behörden und Beamten des Polizei- und  
Sicherheitsdienstes sind verpflichtet, Ersuchen oder Auf-  
trägen des Untersuchungsrichters um Ausführung ein-  
Strafprozeßordnung. 5

zelner Maßregeln oder um Vornahme von Ermittlungen zu genügen.

188. Die Voruntersuchung ist nicht weiter auszu-  
dehnen, als erforderlich ist, um eine Entscheidung dar-  
über zu begründen, ob das Hauptverfahren zu eröffnen  
oder der Angeschuldigte außer Verfolgung zu setzen sei.

Auch sind Beweise, deren Verlust für die Hauptver-  
handlung zu besorgen steht, oder deren Aufnahme zur  
Vorbereitung der Vertheidigung des Angeschuldigten er-  
forderlich erscheint, in der Voruntersuchung zu erheben.

189. Ergiebt sich im Laufe der Voruntersuchung  
Anlaß zur Ausdehnung derselben auf eine in dem An-  
trage der Staatsanwaltschaft nicht bezeichnete Person  
oder That, so hat der Untersuchungsrichter in dringenden  
Fällen die in dieser Beziehung erforderlichen Unter-  
suchungshandlungen von Amtswegen vorzunehmen.

Die weitere Verfügung gebührt auch in solchen Fällen  
der Staatsanwaltschaft.

Vgl. §. 123. Nur derjenige Theil der Verfügung, welcher den  
zu vernehmenden Angeschuldigten betrifft, nicht auch die Verfügung in  
Betreff Mitbeschuldigter wird in der Regel bekannt zu machen sein  
(Prot. S. 279. 280).

190. Der Angeschuldigte ist in der Voruntersuchung  
zu vernehmen, auch wenn er schon vor deren Eröffnung  
vernommen worden ist. Demselben ist hierbei die Ver-  
fügung, durch welche die Voruntersuchung eröffnet worden,  
bekannt zu machen.

Die Vernehmung erfolgt in Abwesenheit der Staats-  
anwaltschaft und des Vertheidigers.

**191.** Findet die Einnahme eines Augenscheins statt, so ist der Staatsanwaltschaft, dem Angeeschuldigten und dem Vertheidiger die Anwesenheit bei der Verhandlung zu gestatten.

Dasselbe gilt, wenn ein Zeuge oder Sachverständiger vernommen werden soll, welcher voraussichtlich am Erscheinen in der Hauptverhandlung verhindert, oder dessen Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird.

Von den Terminen sind die zur Anwesenheit Berechtigten vorher zu benachrichtigen, soweit dies ohne Aufenthalt für die Sache geschehen kann.

Einen Anspruch auf Anwesenheit hat der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeeschuldigte nur bei solchen Terminen, welche an der Gerichtsstelle des Orts abgehalten werden, wo er sich in Haft befindet.

Auf die Verlegung eines Termins wegen Verhinderung haben die zur Anwesenheit Berechtigten keinen Anspruch.

Vgl. §§. 86. 65.

**192.** Der Richter kann einen Angeeschuldigten von der Anwesenheit bei der Verhandlung ausschließen, wenn zu befürchten ist, daß ein Zeuge in seiner Gegenwart die Wahrheit nicht sagen werde.

**193.** Findet die Einnahme eines Augenscheins unter Zuziehung von Sachverständigen statt, so kann der Angeeschuldigte beantragen, daß die von ihm für die Hauptverhandlung in Vorschlag zu bringenden Sachverständigen zu dem Termine geladen werden und, wenn der Richter den Antrag ablehnt, sie selbst laden lassen.

Den von dem Angeschuldigten benannten Sachverständigen ist die Theilnahme am Augenschein und an den erforderlichen Untersuchungen insoweit zu gestatten, als dadurch die Thätigkeit der vom Richter bestellten Sachverständigen nicht behindert wird.

Vgl. §§. 73. 218. 243. 244.

194. Die Staatsanwaltschaft kann stets, ohne daß jedoch das Verfahren dadurch aufgehalten werden darf, von dem Stande der Voruntersuchung durch Einsicht der Akten Kenntniß nehmen und die ihr geeignet scheinenden Anträge stellen.

Vgl. §. 189.

195. Erachtet der Untersuchungsrichter den Zweck der Voruntersuchung für erreicht, so übersendet er die Akten der Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Anträge.

Beantragt die Staatsanwaltschaft eine Ergänzung der Voruntersuchung, so hat der Untersuchungsrichter wenn er dem Antrage nicht stattgeben will, die Entscheidung des Gerichts einzuholen.

Von dem Schlusse der Voruntersuchung ist der Angeschuldigte in Kenntniß zu setzen.

#### Vierter Abschnitt.

##### Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens.

196. Hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so entscheidet das Gericht, ob das Hauptverfahren zu eröffnen oder der Angeschuldigte außer Verfolgung zu setzen oder das Verfahren vorläufig einzustellen sei.



Die Staatsanwaltschaft legt zu diesem Zwecke die Akten mit ihrem Antrage dem Gerichte vor. Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens erfolgt durch Einreichung einer Anklageschrift.

197. Erhebt die Staatsanwaltschaft, ohne daß eine Voruntersuchung stattgefunden, die Anklage, so ist die Anklageschrift mit den Akten, wenn die Sache zur Zuständigkeit des Schöffengerichts gehört, bei dem Amtsrichter, anderenfalls bei dem Landgerichte einzureichen.

198. Die Anklageschrift hat die dem Angeeschuldigten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetzes zu bezeichnen, sowie die Beweismittel und das Gericht, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll, anzugeben.

In den vor dem Reichsgerichte, den Schwurgerichten oder den Landgerichten zu verhandelnden Strafsachen sind außerdem die wesentlichen Ergebnisse der stattgehabten Ermittlungen in die Anklageschrift aufzunehmen.

199. Der Vorsitzende des Gerichts hat die Anklageschrift dem Angeeschuldigten mitzutheilen und ihn zugleich aufzufordern, sich innerhalb einer zu bestimmenden Frist zu erklären, ob er eine Voruntersuchung oder die Vorannahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen, oder Einwendungen gegen die Eröffnung des Hauptverfahrens vorbringen wolle.

Hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so ist die Aufforderung entsprechend zu beschränken.

Ueber die Anträge und Einwendungen beschließt das

**Gericht.** Eine Anfechtung des Beschlusses findet nur nach Maßgabe der Bestimmungen im §. 180. Abs. 1 und §. 181. statt.

Auf die vor den Schöffengerichten zu verhandelnden Sachen finden die Bestimmungen dieses Paragraphen keine Anwendung.

Vgl. hinsichtlich der Akteneinsicht durch den Verteidiger §. 147.

**200.** Zur besseren Aufklärung der Sache kann das Gericht eine Ergänzung der Voruntersuchung oder, falls eine Voruntersuchung nicht stattgefunden hat, die Eröffnung einer solchen oder einzelne Beweiserhebungen anordnen. Die Anordnung einzelner Beweiserhebungen steht auch dem Amtsrichter zu.

Eine Anfechtung des Beschlusses findet nicht statt.

Vgl. §. 179.

**201.** Das Gericht beschließt die Eröffnung des Hauptverfahrens, wenn nach den Ergebnissen der Voruntersuchung oder, falls eine solche nicht stattgefunden hat, nach den Ergebnissen des vorbereitenden Verfahrens der Angeeschuldigte einer strafbaren Handlung hinreichend verdächtig erscheint.

**202.** Beschließt das Gericht, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen, so muß aus dem Beschlusse hervorgehen, ob derselbe auf tatsächlichen oder auf Rechtsgründen beruht.

Hat eine Voruntersuchung stattgefunden, so ist auszusprechen, daß der Angeeschuldigte außer Verfolgung zu setzen sei.

Der Beschluß ist dem Angeeschuldigten bekannt zu machen.

203. Vorläufige Einstellung des Verfahrens kann beschlossen werden, wenn dem weiteren Verfahren Abwesenheit des Angeeschuldigten oder der Umstand entgegensteht, daß derselbe nach der That in Geisteskrankheit verfallen ist.

204. Das Gericht ist bei der Beschlußfassung an die Anträge der Staatsanwaltschaft nicht gebunden.

205. In dem Beschlusse, durch welchen das Hauptverfahren eröffnet wird, ist die dem Angeklagten zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merkmale und des anzuwendenden Strafgesetzes, sowie das Gericht zu bezeichnen, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll.

Das Gericht hat zugleich von Amtswegen über die Anordnung oder Fortdauer der Untersuchungshaft zu beschließen.

Vgl. §§. 124—126.

206. Wenn von der Staatsanwaltschaft beantragt ist, den Angeeschuldigten außer Verfolgung zu setzen, von dem Gerichte aber die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen wird, so hat die Staatsanwaltschaft eine dem Beschlusse entsprechende Anklageschrift einzureichen.

Die Bestimmungen des §. 199. finden hier gleichfalls Anwendung; es ist jedoch die Aufforderung auf die Erklärung zu beschränken, ob der Angeklagte die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen wolle.

Vgl. §§. 198. 202. 205.

207. Das Landgericht kann das Hauptverfahren

vor den erkennenden Gerichten jeder Ordnung, nicht aber vor dem Reichsgericht eröffnen. Trachtet das Landgericht die Zuständigkeit des Reichsgerichts für begründet, so legt es die Akten durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft diesem Gerichte zur Entscheidung vor.

Ebenso hat der Amtsrichter, wenn er findet, daß eine bei ihm eingereichte Sache die Zuständigkeit des Schöffengerichts übersteige, die Akten durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft dem Landgerichte zur Entscheidung vorzulegen.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 136.

208. Betraf das Vorverfahren mehrere derselben Person zur Last gelegte strafbare Handlungen, und erscheint für die Strafzumessung die Feststellung des einen oder des anderen Straffalles unwesentlich, so kann das Gericht auf Antrag der Staatsanwaltschaft beschließen, daß in Ansehung eines solchen das Verfahren vorläufig einzustellen sei.

Die Aufhebung des Einstellungsbeschlusses kann binnen einer Frist von drei Monaten nach Rechtskraft des Urtheils von der Staatsanwaltschaft beantragt werden, wenn nicht Verjährung eingetreten ist.

Ein solcher Beschluß unterbricht die Verjährung der Strafverfolgung (Prot. S. 329).

209. Der Beschluß, durch welchen das Hauptverfahren eröffnet worden ist, kann von dem Angeklagten nicht angefochten werden.

Gegen den Beschluß, durch welchen die Eröffnung

des Hauptverfahrens abgelehnt oder abweichend von dem Antrage der Staatsanwaltschaft die Verweisung an ein Gericht niederer Ordnung ausgesprochen worden ist, steht der Staatsanwaltschaft die sofortige Beschwerde zu.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 75. 27.

**210.** Ist die Eröffnung des Hauptverfahrens durch einen nicht mehr anfechtbaren Beschluß abgelehnt, so kann die Klage nur auf Grund neuer Thatfachen oder Beweismittel wieder aufgenommen werden.

Unter neuen Thatfachen und Beweismitteln sind solche zu verstehen, welche nach Lage der Akten zur Zeit des Ablehnungsbeschlusses unbekannt waren, gleichviel, ob sie früher oder später zur Entstehung gekommen sind (Prot. S. 329).

**211.** Vor dem Schöffengerichte kann ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne eine Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn der Beschuldigte entweder sich freiwillig stellt oder in Folge einer vorläufigen Festnahme dem Gerichte vorgeführt oder nur wegen Uebertretung verfolgt wird. Der wesentliche Inhalt der Anklage ist in den Fällen der freiwilligen Stellung oder der Vorführung in das Sitzungsprotokoll, anderenfalls in die Ladung des Beschuldigten aufzunehmen.

Auch kann der Amtsrichter in dem Falle der Vorführung des Beschuldigten mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft ohne Zuziehung von Schöffen zur Hauptverhandlung schreiten, wenn der Beschuldigte nur wegen Uebertretung verfolgt wird und die ihm zur Last gelegte That eingesteht. Gegen die im Laufe der Hauptverhandlung ergehenden Entscheidungen und Urtheile des

Untersuchers finden dieselben Rechtsmittel statt, wie gegen die Entscheidungen und Urtheile des Schöffengerichts.

Vgl. §§. 27. 354.

### Fünfter Abschnitt.

#### Vorbereitung der Hauptverhandlung.

212. Der Termin zur Hauptverhandlung wird von dem Vorsitzenden des Gerichts anberaumt.

213. Die zur Hauptverhandlung erforderlichen Ladungen und die Herbeischaffung der als Beweismittel dienenden Gegenstände bewirkt die Staatsanwaltschaft.

214. Der Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens ist dem Angeklagten spätestens mit der Ladung zuzustellen.

Vgl. §. 205.

215. Die Ladung eines auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten geschieht schriftlich unter der Warnung, daß im Falle seines unentschuldigten Ausbleibens seine Verhaftung oder Vorführung erfolgen werde. Die Warnung kann in den Fällen des §. 231. unterbleiben.

Die Ladung des nicht auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten erfolgt durch Bekanntmachung des Termins zur Hauptverhandlung in Gemäßheit des §. 35. Dabei ist der Angeklagte zu befragen, ob und welche Anträge er in Bezug auf seine Vertheidigung für die Hauptverhandlung zu stellen habe.

Im Gegensatz zu §. 133 ist hier die Androhung obligatorisch, wenn nicht §. 231 Platz greift (Prot. S. 332).

**216.** Zwischen der Zustellung der Ladung (§. 215.) und dem Tage der Hauptverhandlung muß eine Frist von mindestens einer Woche liegen.

Ist diese Frist nicht eingehalten worden, so kann der Angeklagte die Aussetzung der Verhandlung verlangen, so lange mit der Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens nicht begonnen ist.

Ein stillschweigender Verzicht auf die Frist liegt vor, wenn Angeklagter die Aussetzung nicht verlangt, obwohl er nach §. 227 mit seiner Befugniß hierzu bekannt gemacht ist (Prot. S. 334).

**217.** Neben dem Angeklagten ist der bestellte Verteidiger stets, der gewählte Verteidiger dann zu laden, wenn die erfolgte Wahl dem Gerichte angezeigt worden ist.

**218.** Verlangt der Angeklagte die Ladung von Zeugen oder Sachverständigen oder die Herbeischaffung anderer Beweismittel zur Hauptverhandlung, so hat er unter Angabe der Thatsachen, über welche der Beweis erhoben werden soll, seine Anträge bei dem Vorsitzenden des Gerichts zu stellen. Die hierauf ergehende Verfügung ist ihm bekannt zu machen.

Beweisanträge des Angeklagten sind, soweit ihnen stattgegeben ist, der Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

In Schwurgerichtssachen sind vor Beginn der Schwurgerichtsperiode derartige Anträge bei dem Vorsitzenden der Strafkammer zu stellen. Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 83. Abs. 3.

**219.** Lehnt der Vorsitzende den Antrag auf Ladung einer Person ab, so kann der Angeklagte die letztere unmittelbar laden lassen. Hierzu ist er auch ohne vorgängigen Antrag befugt.

Eine unmittelbar geladene Person ist nur dann zum Erscheinen verpflichtet, wenn ihr bei der Ladung die gesetzliche Entschädigung für Reisekosten und Versäumniß baar dargeboten oder deren Hinterlegung bei dem Gerichtsschreiber nachgewiesen wird.

Ergiebt sich in der Hauptverhandlung, daß die Bernehmung einer unmittelbar geladenen Person zur Aufklärung der Sache dienlich war, so hat das Gericht auf Antrag anzuordnen, daß derselben die gesetzliche Entschädigung aus der Staatskasse zu gewähren sei.

Der Angeklagte kann die Zeugen auch ohne Ladung mit zur Stelle bringen (Prot. S. 337).

**220.** Der Vorsitzende des Gerichts kann auch von Amtswegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen, sowie die Herbeischaffung anderer Beweismittel anordnen.

**221.** Der Angeklagte hat die von ihm unmittelbar geladenen oder zur Hauptverhandlung zu stellenden Zeugen und Sachverständigen rechtzeitig der Staatsanwaltschaft namhaft zu machen und ihren Wohn- oder Aufenthaltsort anzugeben.

Dieselbe Verpflichtung hat die Staatsanwaltschaft gegenüber dem Angeklagten, wenn sie außer den in der Anklageschrift benannten oder auf Antrag des Angeklagten geladenen Zeugen oder Sachverständigen die Ladung noch anderer Personen, sei es auf Anordnung des Vorsitzenden (§. 220.) oder aus eigener Entschließung, bewirkt.

Für den Fall einer verspäteten Mittheilung vgl. §. 245 Abs. 2



222. Wenn dem Erscheinen eines Zeugen oder Sachverständigen in der Hauptverhandlung für eine längere oder ungewisse Zeit Krankheit oder Gebrechlichkeit oder andere nicht zu beseitigende Hindernisse entgegenstehen, so kann das Gericht die Vernehmung desselben durch einen beauftragten oder ersuchten Richter anordnen. Die Vernehmung erfolgt, soweit die Beeidigung zulässig ist, eidlich.

Dasselbe gilt, wenn ein Zeuge oder Sachverständiger vernommen werden soll, dessen Erscheinen wegen großer Entfernung besonders erschwert sein wird.

223. Von den zum Zwecke dieser Vernehmung anberaumten Terminen sind die Staatsanwaltschaft, der Angeklagte und der Vertheidiger vorher zu benachrichtigen, insoweit dies nicht wegen Gefahr im Verzuge unthunlich ist; ihrer Anwesenheit bei der Vernehmung bedarf es nicht. Das aufgenommene Protokoll ist der Staatsanwaltschaft und dem Vertheidiger vorzulegen.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeklagte hat einen Anspruch auf Anwesenheit nur bei solchen Terminen, welche an der Gerichtsstelle des Orts abgehalten werden, wo er sich in Haft befindet.

224. Ist zur Vorbereitung der Hauptverhandlung noch ein richterlicher Augenschein einzunehmen, so finden die Bestimmungen des vorhergehenden Paragraphen gleichfalls Anwendung.

### Sechster Abschnitt.

#### Hauptverhandlung.

225. Die Hauptverhandlung erfolgt in ununterbrochener Gegenwart der zur Urtheilsfindung berufenen Personen sowie der Staatsanwaltschaft und eines Gerichtsschreibers.

226. Es können mehrere Beamte der Staatsanwaltschaft und mehrere Verteidiger in der Hauptverhandlung mitwirken und ihre Verrichtungen unter sich theilen.

227. Ueber Anträge auf Aussetzung einer Hauptverhandlung entscheidet das Gericht. Kürzere Unterbrechungen ordnet der Vorsitzende an.

Eine Verhinderung des Verteidigers giebt, unbeschadet der Bestimmung des §. 145., dem Angeklagten kein Recht, die Aussetzung der Verhandlung zu verlangen.

Ist die Frist des §. 216. Abs. 1 nicht eingehalten worden, so soll der Vorsitzende den Angeklagten mit der Befugniß, Aussetzung der Verhandlung zu verlangen, bekannt machen.

Unter den Begriff der Aussetzung fällt hier auch der Aufschub einer noch nicht begonnenen Hauptverhandlung. Vgl. Prot. S. 59.

228. Eine unterbrochene Hauptverhandlung muß spätestens am vierten Tage nach der Unterbrechung fortgesetzt werden, widrigenfalls mit dem Verfahren von Neuem zu beginnen ist.

**229.** Gegen einen ausgebliebenen Angeklagten findet eine Hauptverhandlung nicht statt.

Ist das Ausbleiben des Angeklagten nicht genügend entschuldigt, so ist die Vorführung anzuordnen oder ein Haftbefehl zu erlassen.

**230.** Der erschienene Angeklagte darf sich aus der Verhandlung nicht entfernen. Der Vorsitzende kann die geeigneten Maßregeln treffen, um die Entfernung desselben zu verhindern; auch kann er ihn während einer Unterbrechung der Verhandlung in Gewahrsam halten lassen.

Entfernt der Angeklagte sich dennoch, oder bleibt er bei der Fortsetzung einer unterbrochenen Hauptverhandlung aus, so kann diese in seiner Abwesenheit zu Ende geführt werden, wenn seine Vernehmung über die Anklage schon erfolgt war, und das Gericht seine fernere Anwesenheit nicht für erforderlich erachtet.

Bei der Fortsetzung der Hauptverhandlung in Abwesenheit des Angeklagten ist ein Verteidiger desselben zuzulassen. Prot. S. 345 Vgl. §. 233.

**231.** Beim Ausbleiben des Angeklagten kann zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bildende That nur mit Geldstrafe, Haft oder Einziehung, allein oder in Verbindung mit einander, bedroht ist.

In solchen Fällen muß der Angeklagte in der Ladung auf die Zulässigkeit dieses Verfahrens ausdrücklich hingewiesen werden.

Vgl. §. 215.

232. Der Angeklagte kann auf seinen Antrag wegen großer Entfernung seines Aufenthaltsorts von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden werden, wenn nach dem Ermessen des Gerichts voraussichtlich keine andere Strafe als Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen oder Geldstrafe oder Einziehung, allein oder in Verbindung mit einander, zu erwarten steht.

In diesem Falle muß der Angeklagte, wenn seine richterliche Vernehmung nicht schon im Vorverfahren erfolgt ist, durch einen beauftragten oder ersuchten Richter über die Anklage vernommen werden.

Von dem zum Zwecke der Vernehmung anberaumten Termine sind die Staatsanwaltschaft und der Verteidiger vorher zu benachrichtigen; ihrer Anwesenheit bei der Vernehmung bedarf es nicht. Das Protokoll über die Vernehmung ist in der Hauptverhandlung zu verlesen.

233. Insoweit die Hauptverhandlung ohne Anwesenheit des Angeklagten stattfinden kann, ist letzterer befugt, sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Verteidiger vertreten zu lassen.

Die Vertretung durch den Verteidiger ist mithin zulässig 1. wenn der Angeklagte vom Erscheinen entbunden ist (§. 232), 2. wenn eine Hauptverhandlung in seiner Abwesenheit begonnen (§. 231) und 3. fortgesetzt werden kann (§. 230) (Prot. S. 344).

234. Hat die Hauptverhandlung ohne Anwesenheit des Angeklagten stattgefunden, so kann derselbe gegen das Urtheil binnen einer Woche nach der Zustellung die

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter gleichen Voraussetzungen wie gegen die Versäumung einer Frist nachsuchen.

War jedoch der Angeklagte auf seinen Antrag von der Verpflichtung zum Erscheinen in der Hauptverhandlung entbunden worden, oder hatte derselbe von der Befugniß, sich vertreten zu lassen, Gebrauch gemacht, so findet eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht statt.

Vgl. §. 44.

235. Das Gericht ist stets befugt, das persönliche Erscheinen des Angeklagten anzuordnen und dasselbe durch einen Vorführungsbefehl oder Haftbefehl zu erzwingen.

236. Das Gericht kann im Falle eines Zusammenhangs zwischen mehreren bei ihm anhängigen Strafsachen die Verbindung derselben zum Zwecke gleichzeitiger Verhandlung anordnen, auch wenn dieser Zusammenhang nicht der im §. 3 bezeichnete ist.

237. Die Leitung der Verhandlung, die Vernehmung des Angeklagten und die Aufnahme des Beweises erfolgt durch den Vorsitzenden.

Wird eine auf die Sachleitung bezügliche Anordnung des Vorsitzenden von einer bei der Verhandlung theilgenommenen Person als unzulässig beanstandet, so entscheidet das Gericht.

238. Die Vernehmung der von der Staatsanwaltschaft und dem Angeklagten benannten Zeugen und Sachverständigen ist der Staatsanwaltschaft und dem

Strafprozeßordnung.

Vertheidiger auf deren übereinstimmenden Antrag von dem Vorsitzenden zu überlassen. Bei den von der Staatsanwaltschaft benannten Zeugen und Sachverständigen hat diese, bei den von dem Angeklagten benannten der Vertheidiger in erster Reihe das Recht zur Vernehmung.

Der Vorsitzende hat auch nach dieser Vernehmung die ihm zur weiteren Aufklärung der Sache erforderlich scheinenden Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu richten.

239. Der Vorsitzende hat den beisitzenden Richtern auf Verlangen zu gestatten, Fragen an die Zeugen und Sachverständigen zu stellen.

Dasselbe hat der Vorsitzende der Staatsanwaltschaft, dem Angeklagten und dem Vertheidiger sowie den Geschworenen und den Schöffen zu gestatten.

240. Demjenigen, welcher im Falle des §. 238. Abs. 1 die Befugniß der Vernehmung mißbraucht, kann dieselbe von dem Vorsitzenden entzogen werden.

In den Fällen des §. 238. Abs. 1 und des §. 239. Abs. 2 kann der Vorsitzende ungeeignete oder nicht zur Sache gehörige Fragen zurückweisen.

241. Zweifel über die Zulässigkeit einer Frage entscheidet in allen Fällen das Gericht.

242. Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Aufrufe der Zeugen und Sachverständigen.

Hieran schließt sich die Vernehmung des Angeklagten über seine persönlichen Verhältnisse und die Verlesung des Beschlusses über die Eröffnung des Hauptverfahrens.

Sodann erfolgt die weitere Vernehmung des Angeklagten nach Maßgabe des §. 136.

Die Verlesung des Beschlusses und die Vernehmung des Angeklagten geschieht in Abwesenheit der zu vernehmenden Zeugen.

243. Nach der Vernehmung des Angeklagten folgt die Beweisaufnahme.

Es bedarf eines Gerichtsbeschlusses, wenn ein Beweis Antrag abgelehnt werden soll, oder wenn die Übernahme einer Beweishandlung eine Aussetzung der Hauptverhandlung erforderlich macht.

Das Gericht kann auf Antrag und von Amtswegen die Ladung von Zeugen und Sachverständigen, sowie die Herbeischaffung anderer Beweismittel anordnen.

Vgl. zu §. 245 Absatz 3.

244. Die Beweisaufnahme ist auf die sämtlichen vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen sowie auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel zu erstrecken. Von der Erhebung einzelner Beweise kann jedoch abgesehen werden, wenn die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte hiermit einverstanden sind.

In den Verhandlungen vor den Schöffengerichten und vor den Landgerichten in der Berufungsinstanz, sofern die Verhandlung vor letzteren eine Uebertretung betrifft oder auf erhobene Privatklage erfolgt, bestimmt das Gericht den Umfang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein.

Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §§. 27 u. 76.

245. Eine Beweiserhebung darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil das Beweismittel oder die zu beweisende Thatsache zu spät vorgebracht worden sei.

Ist jedoch ein zu vernehmender Zeuge oder Sachverständiger dem Gegner des Antragstellers so spät namhaft gemacht oder eine zu beweisende Thatsache so spät vorgebracht worden, daß es dem Gegner an der zur Einziehung von Erkundigungen erforderlichen Zeit gefehlt hat, so kann derselbe bis zum Schlusse der Beweisaufnahme die Aussetzung der Hauptverhandlung zum Zwecke der Erkundigung beantragen.

Dieselbe Befugniß haben die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte in Betreff der auf Anordnung des Vorsitzenden oder des Gerichts geladenen Zeugen oder Sachverständigen.

Ueber die Anträge entscheidet das Gericht nach freiem Ermessen.

Die Zurückweisung eines solchen Antrages soll keine Nichtigkeit begründen (Prot. S. 378).

246. Das Gericht kann den Angeklagten, wenn zu befürchten ist, daß ein Mitangeklagter oder ein Zeuge bei seiner Vernehmung in Gegenwart des Angeklagten die Wahrheit nicht sagen werde, während dieser Vernehmung aus dem Sitzungszimmer abtreten lassen. Der Vorsitzende hat jedoch den Angeklagten, sobald dieser wieder vorgelassen worden, von dem wesentlichen Inhalt desjenigen zu unterrichten, was während seiner Abwesenheit ausgesagt oder sonst verhandelt worden ist.

In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn das Ge-



nicht wegen ordnungswidrigen Benehmens des Angeklagten zeitweise dessen Entfernung aus dem Sitzungszimmer angeordnet hat.

247. Die vernommenen Zeugen und Sachverständigen dürfen sich nur mit Genehmigung oder auf Anweisung des Vorsitzenden von der Gerichtsstelle entfernen. Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte sind vorher zu hören.

248. Urkunden und andere als Beweismittel dienende Schriftstücke werden in der Hauptverhandlung verlesen. Dies gilt insbesondere von früher ergangenen Strafurtheilen, von Straflisten und von Auszügen aus Kirchenbüchern und Personenstands-Registern und findet auch Anwendung auf Protokolle über die Einnahme des richterlichen Augenscheins.

249. Beruht der Beweis einer Thatfache auf der Wahrnehmung einer Person, so ist die letztere in der Hauptverhandlung zu vernehmen. Die Vernehmung darf nicht durch Verlesung des über eine frühere Vernehmung aufgenommenen Protokolls oder einer schriftlichen Erklärung ersetzt werden.

Die Verlesung soll die Vernehmung nicht ersetzen, sofern kein Fall des §. 250 vorliegt (Prot. S. 38).

250. Ist ein Zeuge, Sachverständiger oder Mitbeschuldigter verstorben oder in Geisteskrankheit verfallen, oder ist sein Aufenthalt nicht zu ermitteln gewesen, so kann das Protokoll über seine frühere richterliche Vernehmung verlesen werden. Dasselbe gilt von dem bereits verurtheilten Mitschuldigen.

In den im §. 222. bezeichneten Fällen ist die Verlesung des Protokolls über die frühere Vernehmung statthast, wenn letztere nach Eröffnung des Hauptverfahrens, oder wenn sie in dem Vorverfahren unter Beobachtung der Vorschriften des §. 191. erfolgt ist.

Die Verlesung kann nur durch Gerichtsbeschluß angeordnet, auch muß der Grund derselben verkündet und bemerkt werden, ob die Beeidigung der vernommenen Personen stattgefunden hat. An den Bestimmungen über die Nothwendigkeit der Beeidigung wird hierdurch für diejenigen Fälle, in denen die nochmalige Vernehmung ausführbar ist, nichts geändert.

251. Die Aussage eines vor der Hauptverhandlung vernommenen Zeugen, welcher erst in der Hauptverhandlung von seinem Rechte, das Zeugniß zu verweigern, Gebrauch macht, darf nicht verlesen werden.

252. Erklärt ein Zeuge oder Sachverständiger, daß er sich einer Thatfache nicht mehr erinnert, so kann der hierauf bezügliche Theil des Protokolls über seine frühere Vernehmung zur Unterstützung seines Gedächtnisses verlesen werden.

Dasselbe kann geschehen, wenn ein in der Vernehmung hervortretender Widerspruch mit der früheren Aussage nicht auf andere Weise ohne Unterbrechung der Hauptverhandlung festgestellt oder gehoben werden kann.

Zunächst ist jedoch §. 68 maßgebend (Prot. S. 385. 386).

253. Erklärungen des Angeklagten, welche in einem richterlichen Protokolle enthalten sind, können zum

Zwecke der Beweisaufnahme über ein Geständniß verlesen werden.

Dasselbe kann geschehen, wenn ein in der Vernehmung hervortretender Widerspruch mit der früheren Aussage nicht auf andere Weise ohne Unterbrechung der Hauptverhandlung festgestellt oder gehoben werden kann.

254. In den Fällen der §§. 252. 253. ist die Verlesung und der Grund derselben auf Antrag der Staatsanwaltschaft oder des Angeklagten im Protokolle zu erwähnen.

255. Die ein Zeugniß oder ein Gutachten enthaltenden Erklärungen öffentlicher Behörden, mit Ausschluß von Leumundszeugnissen, desgleichen ärztliche Atteste über Körperverletzungen, welche nicht zu den schweren gehören, können verlesen werden.

Ist das Gutachten einer kollegialen Fachbehörde eingeholt worden, so kann das Gericht die Behörde ersuchen, eines ihrer Mitglieder mit der Vertretung des Gutachtens in der Hauptverhandlung zu beauftragen und dem Gerichte zu bezeichnen.

Vgl. §§. 91 u. 92.

256. Nach der Vernehmung eines jeden Zeugen, Sachverständigen oder Mitangeklagten, sowie nach der Verlesung eines jeden Schriftstücks soll der Angeklagte befragt werden, ob er etwas zu erklären habe.

Die Vorschrift ist ausdrücklich nur als instruktionell bezeichnet (Prot. S. 392).

257. Nach dem Schlusse der Beweisaufnahme erhalten die Staatsanwaltschaft und sodann der Angeklagte zu ihren Ausführungen und Anträgen das Wort.

Der Staatsanwaltschaft steht das Recht der Erwiderung zu; dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

Der Angeklagte ist, auch wenn ein Vertheidiger für ihn gesprochen hat, zu befragen, ob er selbst noch etwas zu seiner Vertheidigung anzuführen habe.

Ein in der Reichsjustizkommission gestellter Antrag, wonach der Staatsanwalt nicht befugt sein sollte, in Beziehung auf das Straßmaaß bestimmte Anträge zu stellen, wurde abgelehnt und dabei nur anerkannt, daß der Staatsanwalt zur ausnahmslosen Stellung eines bestimmten Strafantrages gesetzlich nicht verpflichtet sei (Prot. S. 399).

**258.** Einem der Gerichtssprache nicht mächtigen Angeklagten müssen aus den Schlußvorträgen mindestens die Anträge der Staatsanwaltschaft und des Vertheidigers durch den Dolmetscher bekannt gemacht werden.

Dasselbe gilt von einem tauben Angeklagten, sofern nicht eine schriftliche Verständigung erfolgt.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 187 ff.

**259.** Die Hauptverhandlung schließt mit der Erlassung des Urtheils. Das Urtheil kann nur auf Freisprechung, Verurtheilung oder Einstellung des Verfahrens lauten.

Die Einstellung des Verfahrens ist auszusprechen, wenn bei einer nur auf Antrag zu verfolgenden strafbaren Handlung sich ergibt, daß der erforderliche Antrag nicht vorliegt, oder wenn der Antrag rechtzeitig zurückgenommen ist.

**260.** Ueber das Ergebniß der Beweisaufnahme entscheidet das Gericht nach seiner freien, aus dem Inbegriffe der Verhandlung geschöpften Ueberzeugung.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 194 ff.

**261.** Hängt die Strafbarkeit einer Handlung von der Beurtheilung eines bürgerlichen Rechtsverhältnisses ab, so entscheidet das Strafgericht auch über dieses nach den für das Verfahren und den Beweis in Strassachen geltenden Vorschriften.

Das Gericht ist jedoch befugt, die Untersuchung auszusetzen und einem der Betheiligten zur Erhebung der Civilklage eine Frist zu bestimmen oder das Urtheil des Civilgerichts abzuwarten.

**262.** Zu einer jeden dem Angeklagten nachtheiligen Entscheidung, welche die Schuldfrage betrifft, ist eine Mehrheit von zwei Dritttheilen der Stimmen erforderlich.

Die Schuldfrage begreift auch solche von dem Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen.

Auch der Fall des §. 20 des Str.-Gef.-Buchs fällt unter diese Vorschrift (Prot. S. 459).

Zur Verneinung der Frage nach mildernden Umständen ist durch §. 297 nur einfache Stimmenmehrheit erfordert; in Strafkammersachen erster Instanz können deshalb 3 gegen 2 Stimmen entscheiden. Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §§. 77. 198. u. Prot. S. 754.

Die Schuldfrage begreift nicht die Voraussetzungen des Rückfalls und der Verjährung.

**263.** Gegenstand der Urtheilsfindung ist die in der Anklage bezeichnete That, wie sich dieselbe nach dem Ergebnisse der Verhandlung darstellt.

Das Gericht ist an diejenige Beurtheilung der That, welche dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens zu Grunde liegt, nicht gebunden.

264. Eine Verurtheilung des Angeklagten auf Grund eines anderen, als des in dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens angeführten Strafgesetzes, darf nicht erfolgen, ohne daß der Angeklagte zuvor auf die Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts besonders hingewiesen und ihm Gelegenheit zur Vertheidigung gegeben worden ist.

In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn erst in der Verhandlung solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände behauptet werden, welche die Strafbarkeit erhöhen.

Bestreitet der Angeklagte, unter der Behauptung, auf die Vertheidigung nicht genügend vorbereitet zu sein, neu hervorgetretene Umstände, welche die Anwendung eines schwereren Strafgesetzes gegen den Angeklagten zulassen, als des in dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens angeführten, oder welche zu den im zweiten Absätze bezeichneten gehören, so ist auf seinen Antrag die Hauptverhandlung auszusetzen.

Bestreitet der Angeklagte nur die Erheblichkeit der neu hervorgetretenen Thatumstände, so findet eine Aussetzung nicht statt (Prot. S. 71).

Auch sonst hat das Gericht auf Antrag oder von Amtswegen die Hauptverhandlung auszusetzen, falls dies in Folge der veränderten Sachlage zur genügenden Vorbereitung der Anklage oder der Vertheidigung angemessen erscheint.

Eine veränderte Sachlage ist nicht bloß im Falle einer Aenderung des faktischen Materials anzunehmen (Prot. S. 403).

Auf die in §. 244. Abs. 2 bezeichneten Verhand-

lungen findet die Vorschrift des dritten Absatzes nicht Anwendung.

265. Wird der Angeklagte im Laufe der Hauptverhandlung noch einer anderen That beschuldigt, als wegen welcher das Hauptverfahren wider ihn eröffnet worden, so kann dieselbe auf Antrag der Staatsanwaltschaft und mit Zustimmung des Angeklagten zum Gegenstande derselben Aburtheilung gemacht werden.

Diese Bestimmung findet nicht Anwendung, wenn die That als ein Verbrechen sich darstellt oder die Aburtheilung derselben die Zuständigkeit des Gerichts überschreitet.

266. Wird der Angeklagte verurtheilt, so müssen die Urtheilsgründe die für erwiesen erachteten Thatfachen angeben, in welchen die gesetzlichen Merkmale der strafbaren Handlung gefunden werden. Insoweit der Beweis aus anderen Thatfachen gefolgert wird, sollen auch diese Thatfachen angegeben werden.

Waren in der Verhandlung solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände behauptet worden, welche die Strafbarkeit ausschließen, vermindern oder erhöhen, so müssen die Urtheilsgründe sich darüber aussprechen, ob diese Umstände für festgestellt oder für nicht festgestellt erachtet werden.

Die Gründe des Strafurtheils müssen ferner das zur Anwendung gebrachte Strafgesetz bezeichnen und sollen die Umstände anführen, welche für die Zumessung der Strafe bestimmend gewesen sind. Macht das Strafgesetz die Anwendung einer geringeren Strafe von dem

Vorhandensein mitbernder Umstände im Allgemeinen abhängig, so müssen die Urtheilsgründe die hierüber getroffene Entscheidung ergeben, sofern das Vorhandensein solcher Umstände angenommen, oder einem in der Verhandlung gestellten Antrag entgegen verneint wird.

Wird der Angeklagte freigesprochen, so müssen die Urtheilsgründe ergeben, ob der Angeklagte für nicht überflüßig, oder ob und aus welchen Gründen die für erwiesen angenommene That für nicht strafbar erachtet worden ist.

267. Die Verkündung des Urtheils erfolgt durch Verlesung der Urtheilsformel und Eröffnung der Urtheilsgründe am Schlusse der Verhandlung oder spätestens mit Ablauf einer Woche nach dem Schlusse der Verhandlung. Die Eröffnung der Urtheilsgründe geschieht durch Verlesung oder durch mündliche Mittheilung ihres wesentlichen Inhalts.

War die Verkündung des Urtheils ausgesetzt, so sind die Urtheilsgründe vor derselben schriftlich festzustellen.

268. Urtheile, durch welche die Unterbringung des Angeklagten in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt angeordnet wird, sind auch dessen gesetzlichem Vertreter zuzustellen, sofern nicht der letztere in der Hauptverhandlung als Beistand des Angeklagten aufgetreten und bei der Verkündung des Urtheils gegenwärtig gewesen ist.

269. Das Gericht darf sich nicht für unzuständig erklären, weil die Sache vor ein Gericht niederer Ordnung gehöre.



270. Stellt sich nach dem Ergebnisse der Verhandlung die dem Angeklagten zur Last gelegte That als eine solche dar, welche die Zuständigkeit des Gerichts überschreitet, so spricht es durch Beschluß seine Unzuständigkeit aus und verweist die Sache an das zuständige Gericht.

Dieser Beschluß hat die Wirkung eines das Hauptverfahren eröffnenden Beschlusses und muß den Erfordernissen eines solchen entsprechen.

Die Anfechtbarkeit des Beschlusses bestimmt sich nach den Vorschriften des §. 209.

Ist der Beschluß von einem Schöffengericht ergangen, so kann der Angeklagte innerhalb einer bei der Bekanntmachung des Beschlusses zu bestimmenden Frist die Vornahme einzelner Beweiserhebungen vor der Hauptverhandlung beantragen. Ueber den Antrag entscheidet der Vorsitzende des Gerichts, an welches die Sache verwiesen ist.

271. Ueber die Hauptverhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen und von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Ist der Vorsitzende verhindert, so unterschreibt für ihn der älteste beistehende Richter. Im Falle der Verhinderung des Amtsrichters genügt die Unterschrift des Gerichtsschreibers.

272. Das Protokoll über die Hauptverhandlung enthält:

1. den Ort und den Tag der Verhandlung;

2. die Namen der Richter, Geschworenen und Schöffen, des Beamten der Staatsanwaltschaft, des Gerichtsschreibers und des zugezogenen Dolmetschers;
3. die Bezeichnung der strafbaren Handlung nach der Anklage;
4. die Namen der Angeklagten, ihrer Verteidiger, der Privatkläger, Nebenkläger, gesetzlichen Vertreter, Bevollmächtigten und Beistände;
5. die Angabe, daß öffentlich verhandelt oder die Oeffentlichkeit ausgeschlossen ist.

273. Das Protokoll muß den Gang und die Ergebnisse der Hauptverhandlung im Wesentlichen wiedergeben und die Beobachtung aller wesentlichen Förmlichkeiten ersichtlich machen, auch die Bezeichnung der verlesenen Schriftstücke, sowie die im Laufe der Verhandlung gestellten Anträge, die ergangenen Entscheidungen und die Urtheilsformel enthalten.

Vgl. §. 34. Auch die Gründe für solche Entscheidungen, durch welche Beweisankträge abgelehnt würden, sollen angegeben werden.

Aus der Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte sind außerdem die wesentlichen Ergebnisse der Vernehmungen in das Protokoll aufzunehmen.

Auch der Inhalt der Zeugenaussagen muß ersichtlich sein (Prot. S. 420).

Kommt es auf die Feststellung eines Vorgangs in der Hauptverhandlung oder des Wortlauts einer Aussage oder einer Aeußerung an, so hat der Vorsitzende

die vollständige Niederschreibung und Verlesung anzuordnen. In dem Protokolle ist zu bemerken, daß die Verlesung geschehen und die Genehmigung erfolgt ist, oder welche Einwendungen erhoben sind.

274. Die Beobachtung der für die Hauptverhandlung vorgeschriebenen Förmlichkeiten kann nur durch das Protokoll bewiesen werden. Gegen den diese Förmlichkeiten betreffenden Inhalt desselben ist nur der Nachweis der Fälschung zulässig.

275. Das Urtheil mit den Gründen ist binnen drei Tagen nach der Verkündung zu den Akten zu bringen, falls es nicht bereits vollständig in das Protokoll aufgenommen worden ist.

Es ist von den Richtern, welche bei der Entscheidung mitgewirkt haben, zu unterschreiben. Ist ein Richter verhindert, seine Unterschrift beizufügen, so wird dies unter Angabe des Verhinderungsgrundes von dem Vorstehenden und bei dessen Verhinderung von dem ältesten beifühenden Richter unter dem Urtheile bemerkt. Der Unterschrift der Schöffen bedarf es nicht.

Die Bezeichnung des Tages der Sitzung, sowie die Namen der Richter, der Schöffen, des Beamten der Staatsanwaltschaft und des Gerichtsschreibers, welche an der Sitzung Theil genommen haben, sind in das Urtheil aufzunehmen.

Die Ausfertigungen und Auszüge der Urtheile sind von dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

### Siebenter Abschnitt.

#### Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten.

276. Die Bestimmungen der beiden vorhergehenden Abschnitte finden auf das Verfahren vor den Schwurgerichten insoweit Anwendung, als nicht in diesem Abschnitt ein Anderes bestimmt ist.

277. Vor dem Tage, an welchem die Hauptverhandlung beginnen soll, muß die Spruchliste der Geschworenen dem Angeklagten, wenn er sich nicht auf freiem Fuße befindet, zugestellt, für den auf freiem Fuße befindlichen Angeklagten auf der Gerichtsschreiberei zur Einsicht niedergelegt werden.

Die Namen später auf die Spruchliste gebrachter Geschworener sind dem Angeklagten bis zum Beginne der Hauptverhandlung mitzutheilen.

Vgl. s. 92 des Ger.-Verf.-Ges.

278. Die Hauptverhandlung beginnt mit der Bildung der Geschworenenkaut durch Ausloosung der Geschworenen.

279. Vor der Ausloosung sind, außer den zum Geschworenenamte Unfähigen, solche Geschworene auszuschneiden, welche von der Ausübung des Amtes in der zu verhandelnden Sache kraft Gesetzes ausgeschlossen sind. Die erschienenen Geschworenen sind zur Anzeige etwaiger Ausschließungsgründe aufzufordern.

Die Entscheidung über das Ausschneiden eines Geschworenen erfolgt nach Anhörung desselben durch das

**Gericht.** Beschwerde findet nicht statt. Ein für unfähig Erklärter ist in der Spruchliste zu streichen.

Vgl. §§. 32. 22. u. Ger.-Verf.-Gef. §. 94.

**280.** Zur Bildung der Geschworenenbank kann geschritten werden, wenn die Zahl der Geschworenen, welche erschienen und nicht in Gemäßheit des vorhergehenden Paragraphen ausgeschieden worden sind, mindestens vierundzwanzig beträgt. Anderenfalls ist die Zahl aus der Liste der Hilfsgeschworenen auf dreißig zu ergänzen.

Die Ergänzung geschieht mittels Loosziehung durch den Vorsitzenden in öffentlicher Sitzung. Sie gilt für alle in der Sitzungsperiode noch zu verhandelnden Sachen.

Die ausgelosten Hilfsgeschworenen werden unter Hinweis auf die gesetzlichen Folgen des Ausbleibens geladen. Ihre Namen sind in die Spruchliste aufzunehmen.

Es kann zur Bildung der Geschworenenbank schon dann geschritten werden, wenn in Folge des Erscheinens von Hilfsgeschworenen die Zahl von vierundzwanzig Geschworenen erfüllt ist.

Erscheinen zu einer späteren Hauptverhandlung mehr als dreißig Geschworene, so treten die überzähligen Hilfsgeschworenen in der umgekehrten Reihenfolge ihrer Auslosung zurück.

Vgl. Ger.-Verf.-Gef. §. 89.

**281.** Die Bildung der Geschworenenbank erfolgt in öffentlicher Sitzung. Das Loos wird von dem Vorsitzenden gezogen.

Vgl. Ger.-Verf. §§. 170 ff.

Strafprozeßordnung.

282. Von den ausgelooften Geschworenen können so viele abgelehnt werden, als Namen über zwölf in der Urne sich befinden.

Die eine Hälfte der Ablehnungen steht der Staatsanwaltschaft, die andere dem Angeklagten zu. Dem Angeklagten gebührt eine Ablehnung mehr, wenn die Gesamtzahl der Ablehnungen eine ungerade ist.

283. Sobald ein Name gezogen und aufgerufen ist, hat die Staatsanwaltschaft und sodann der Angeklagte durch die Worte „angenommen“ oder „abgelehnt“ die Annahme oder Ablehnung zu erklären. Die Angabe von Gründen ist unzulässig.

Wird eine Erklärung nicht abgegeben, so gilt dies als Annahme.

Die Erklärung kann nicht zurückgenommen werden, sobald ein fernerer Name gezogen, oder die gesammte Ziehung für beendet erklärt ist.

284. Sind bei einer Hauptverhandlung mehrere Angeklagte betheiligt, so haben sie das Ablehnungsrecht gemeinschaftlich auszuüben.

Insofern eine Vereinigung nicht zu Stande kommt, werden die Ablehnungen gleichmäßig vertheilt; über die Ausübung derjenigen Ablehnungen, welche sich nicht gleichmäßig vertheilen lassen, sowie über die Reihenfolge der Erklärungen entscheidet das Loos.

285. Ist die Zuziehung von Ergänzungsgeschworenen angeordnet worden, so vermindert sich die Zahl der zulässigen Ablehnungen um die Zahl der Ergänzungsgeschworenen.

Sind mehrere Ergänzungsgeschworene zugezogen worden, so treten sie in der Reihenfolge der Auslosung ein.

286. Stehen an demselben Tage mehrere Verhandlungen an, so verbleibt die für eine derselben gebildete Geschworenenbank für die folgende Verhandlung oder für mehrere folgende Verhandlungen, wenn die dabei betheiligten Angeklagten und die Staatsanwaltschaft sich damit vor der Beeidigung der Geschworenen einverstanden erklärt haben.

287. Muß nach Unterbrechung einer Hauptverhandlung mit dem Verfahren von Neuem begonnen werden, so ist auch die Geschworenenbank von Neuem zu bilden.

Vgl. §§. 227 228.

288. Nach Bildung der Geschworenenbank werden die Geschworenen in Gegenwart der Angeklagten, über welche sie richten sollen, beeidigt.

Die Beeidigung erfolgt in öffentlicher Sitzung.

Der Vorsitzende richtet an die zu Beeidigenden die Worte:

„Sie schwören bei Gott, dem Allmächtigen und Allwissenden, in der Anklagesache (den Anklagesachen) wider N. N. die Pflichten eines Geschworenen getreulich zu erfüllen und ihre Stimme nach bestem Wissen und Gewissen abzugeben.“

Die Geschworenen leisten den Eid, indem jeder einzeln die Worte spricht:

„ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

Der Schwörende soll bei der Eidesleistung die rechte Hand erheben.

Ist ein Geschworener Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Bethuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Bethuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleich geachtet.

289. Nach der Beeidigung der Geschworenen erfolgt die Verhandlung in der Sache selbst.

290. Die den Geschworenen zur Beantwortung vorzulegenden Fragen werden von dem Vorsitzenden entworfen.

Nach dem Schlusse der Beweisaufnahme werden die entworfenen Fragen verlesen. Der Vorsitzende kann sie den Geschworenen, der Staatsanwaltschaft und dem Angeklagten in Abschrift mittheilen und soll einem hierauf gerichteten Antrage entsprechen.

Auf Verlangen der Staatsanwaltschaft oder des Angeklagten oder eines der Geschworenen ist behufs Prüfung der Fragen die Verhandlung auf kurze Zeit zu unterbrechen.

291. Die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte, sowie jeder Geschworene ist befugt, auf Mängel in der Fragestellung aufmerksam zu machen, sowie auf Abänderung und Ergänzung der Fragen anzutragen.

Das Gericht stellt, wenn Einwendungen erhoben oder Anträge angebracht werden, oder wenn einer der Richter es verlangt, die Fragen fest. Die festgestellten Fragen sind zu verlesen.



292. Die Fragen sind so zu stellen, daß sie mit Ja oder mit Nein sich beantworten lassen.

Wenn eine nachfolgende Frage nur für den Fall zu beantworten ist, daß eine vorausgehende in einem gewissen Sinne erledigt werde, so ist dies bemerklich zu machen.

Bei einer Mehrzahl von Angeklagten oder von strafbaren Handlungen müssen die Fragen für jeden Angeklagten und für jede strafbare Handlung besonders gestellt werden.

293. Die Hauptfrage beginnt mit den Worten: „Ist der Angeklagte schuldig?“ Sie muß die dem Angeklagten zur Last gelegte That nach ihren gesetzlichen Merkmalen und unter Hervorhebung der zu ihrer Unterscheidung erforderlichen Umstände bezeichnen.

Die Unterscheidung zwischen Rechtsfrage und Thatfrage ist ausdrücklich für den Wahrspruch der Geschworenen als unhaltbar bezeichnet (Prot. S. 449. 450—452).

294. Hat die Verhandlung Umstände ergeben, nach welchen eine, von dem Beschlusse über die Eröffnung des Hauptverfahrens abweichende Beurtheilung der dem Angeklagten zur Last gelegten That in Betracht kommt, so ist eine hierauf gerichtete Frage zu stellen (Hilfsfrage).

Diese ist der dem Beschlusse entsprechenden Frage voranzustellen, wenn die abweichende Beurtheilung eine erhöhte Strafbarkeit begründet.

295. Ueber solche, vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände, welche die Strafbarkeit vermindern

oder erhöhen, sind geeigneten Falls den Geschworenen besondere Fragen vorzulegen (Nebenfragen).

Eine Nebenfrage kann auch auf solche vom Strafgesetze besonders vorgesehene Umstände gerichtet werden, durch welche die Strafbarkeit wieder aufgehoben wird.

Auch §. 20 des Str.-Gef.-B. fällt hierunter (Prot. S. 459).

296. Wird die Vorlegung von Hilfs- oder Nebenfragen beantragt, so kann sie nur aus Rechtsgründen abgelehnt werden.

Nach §. 291 ist auch über die von Geschworenen beantragte Fragestellung zu befinden (Prot. S. 464).

297. Wenn das Gesetz beim Vorhandensein mildernder Umstände eine geringere Strafe androht, so ist eine darauf gerichtete Nebenfrage zu stellen, wenn es von der Staatsanwaltschaft oder dem Angeklagten beantragt oder von Amtswegen für angemessen erachtet wird.

Zur Verneinung der Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände bedarf es einer Mehrheit von mindestens sieben Stimmen.

298. Hatte ein Angeklagter zur Zeit der That noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet, so muß die Nebenfrage gestellt werden, ob er bei Begehung der That die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe.

Dasselbe gilt, wenn ein Angeklagter taubstumm ist.

299. An die Fragestellung schließen sich die Ausführungen und Anträge der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten zur Schuldfrage.

300. Der Vorsitzende belehrt, ohne in eine Würdi-

gung der Beweise einzugehen, die Geschworenen über die rechtlichen Gesichtspunkte, welche sie bei Lösung der ihnen gestellten Aufgabe in Betracht zu ziehen haben.

Die Belehrung des Vorsitzenden darf von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werden.

Eine hypothetische Berücksichtigung von Thatfachen ist nicht ausgeschlossen (Prot. S. 469).

Die Belehrung soll die Bedeutung einer autoritativen Meinungsäußerung haben, ohne deshalb absolut bindend für die Geschworenen zu sein. Stenograph. Bericht der Reichstags-Verhöl. v. 1. Dec. 1876

**301.** Die Fragen werden vom Vorsitzenden unterzeichnet und den Geschworenen übergeben. Die Geschworenen ziehen sich in das Berathungszimmer zurück. Der Angeklagte wird aus dem Sitzungszimmer entfernt.

**302.** Gegenstände, welche in der Verhandlung den Geschworenen zur Besichtigung vorgelegt wurden, können ihnen in das Berathungszimmer verabfolgt werden.

Die Mitnahme von Gesetzbüchern ist nicht verwehrt (Prot. S. 470).

**303.** Zwischen den im Berathungszimmer versammelten Geschworenen und anderen Personen darf keinerlei Verkehr stattfinden.

Der Vorsitzende sorgt dafür, daß ohne seine Erlaubniß kein Geschworener das Berathungszimmer verlasse und keine dritte Person in dasselbe eintrete.

**304.** Die Geschworenen wählen ihren Obmann mittels schriftlicher Abstimmung nach Mehrheit der Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet das höhere Lebensalter.

Der Obmann leitet die Berathung und Abstimmung.

305. Die Geschworenen haben die ihnen vorgelegten Fragen mit Ja oder mit Nein zu beantworten.

Sie sind berechtigt, eine Frage theilweise zu bejahen und theilweise zu verneinen.

306. Glauben die Geschworenen vor Abgabe ihres Spruchs einer weiteren Belehrung zu bedürfen, so wird diese auf ihren Antrag durch den Vorsitzenden ertheilt, nachdem sie zu dem Zweck in das Sitzungszimmer zurückgekehrt sind.

Ergiebt sich Anlaß zur Aenderang oder Ergänzung der Fragen, so muß der Angeklagte zur Verhandlung zugezogen werden.

Zu diesem Falle werden die §§. 296 u. 300 wieder anwendbar; auch eine weitere Beweisaufnahme ist nicht unstatthaft (Prot. S. 477).

307. Der Spruch ist von dem Obmann neben den Fragen niederzuschreiben und von ihm zu unterzeichnen.

Bei jeder dem Angeklagten nachtheiligen Entscheidung ist anzugeben, daß dieselbe mit mehr als sieben Stimmen, bei Verneinung der mildernden Umstände, daß dieselbe mit mehr als sechs Stimmen gefaßt worden ist. Im Uebrigen darf das Stimmenverhältniß nicht ausgedrückt werden.

308. Der Spruch ist im Sitzungszimmer von dem Obmann kund zu geben. Der Obmann spricht die Worte: „Auf Ehre und Gewissen bezeuge ich als den Spruch der Geschworenen“ und verliest die gestellten Fragen mit den darauf abgegebenen Antworten.

Der verlesene Spruch ist von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen.

309. Trachtet das Gericht, daß der Spruch in der Form nicht vorschriftsmäßig oder in der Sache unbedeutlich, unvollständig oder sich widersprechend sei, so werden die Geschworenen von dem Vorsitzenden aufgefordert, sich in das Berathungszimmer zurückzugeben, um dem gerügten Mangel abzuheffen.

Diese Anordnung ist zulässig, so lange das Gericht noch nicht auf Grund des Spruchs das Urtheil verkündet hat.

Es kann mithin bis zur Verkündung des Urtheils von einem Betheiligten auf ein Mißverständniß aufmerksam gemacht und die Zurücksendung der Geschworenen in Anregung gebracht werden (Prot. S. 479).

310. Sind nur Mängel in der Form des Spruchs zu berichtigen, so darf eine sachliche Aenderung nicht vorgenommen werden.

311. Sind sachliche Mängel des Spruchs zu berichtigen, so sind die Geschworenen bei ihrer erneuten Berathung an keinen Theil ihres früheren Spruchs gebunden.

Ergiebt sich bei der Erörterung solcher Mängel Anlaß zur Aenderung oder Ergänzung der Fragen, so muß der Angeklagte zur Verhandlung zugezogen werden.

312. Der berichtigte Spruch ist in der Weise niederzuschreiben, daß der frühere erkennbar bleibt.

313. Der Spruch der Geschworenen wird dem Angeklagten, nachdem er in das Sitzungszimmer wieder eingetreten ist, durch Verlesung verkündet.

314. Ist der Angeklagte von den Geschworenen für

nicht schuldig erklärt worden, so spricht das Gericht ihn frei.

Anderenfalls müssen, bevor das Urtheil erlassen wird, die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte mit ihren Ausführungen und Anträgen gehört werden.

315. Die Verkündung des Urtheils erfolgt am Schlusse der Verhandlung.

316. In den Gründen des Urtheils ist auf den Spruch der Geschworenen Bezug zu nehmen. Die Urschrift des Spruchs ist dem niedergeschriebenen Urtheil anzufügen.

317. Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschworenen sich in der Hauptsache zum Nachtheil des Angeklagten geirrt haben, so verweist es durch Beschluß ohne Begründung seiner Ansicht die Sache zur neuen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode. Die Verweisung ist nur von Amtes wegen und bis zur Verkündung des Urtheils zulässig.

Betrifft das Verfahren mehrere selbständige strafbare Handlungen oder mehrere Angeklagte, so erfolgt die Verweisung nur in Ansehung derjenigen Handlung oder Person, in Bezug auf welche die Geschworenen sich nach Ansicht des Gerichts geirrt haben.

An der neuen Verhandlung darf kein Geschworener Theil nehmen, welcher bei dem früheren Spruche mitgewirkt hat.

Auf Grund des neuen Spruchs ist stets das Urtheil zu erlassen.

### **Achter Abschnitt.**

#### **Verfahren gegen Abwesende.**

**318.** Ein Beschuldigter gilt als abwesend, wenn sein Aufenthalt unbekannt ist, oder wenn er sich im Auslande aufhält und seine Bestellung vor das zuständige Gericht nicht ausführbar oder nicht angemessen erscheint.

**319.** Gegen einen Abwesenden kann eine Hauptverhandlung nur dann stattfinden, wenn die den Gegenstand der Untersuchung bildende That nur mit Geldstrafe oder Einziehung, allein oder in Verbindung mit einander, bedroht ist.

Für das Verfahren kommen die Vorschriften der §§. 320—326. zur Anwendung.

**320.** Die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung ist im Falle, daß sein Aufenthalt unbekannt ist oder die Befolgung der für Zustellungen im Auslande bestehenden Vorschriften unausführbar oder voraussichtlich erfolglos erscheint, in einer beglaubigten Abschrift an die Gerichtstafel bis zum Tage der Hauptverhandlung anzuhängen. Außerdem ist ein Auszug der Ladung in das für amtliche Bekanntmachungen des betreffenden Bezirks bestimmte Blatt und nach Ermessen des Gerichts auch in ein anderes Blatt dreimal einzurücken. Zwischen dem Tage der letzten Bekanntmachung und dem Tage der Hauptverhandlung muß eine Frist von mindestens einem Monate liegen.

**321.** Die Ladung muß enthalten:

die Angabe des Namens und, soweit dies bekannt, des Vornamens, Alters, Standes, Gewerbes und Wohnorts oder Aufenthaltsorts des Angeklagten, die Bezeichnung der dem Angeklagten zur Last gelegten strafbaren Handlung, sowie die Angabe des Tages und der Stunde der Hauptverhandlung.

Zugleich ist die Warnung hinzuzufügen, daß bei unentschuldigtem Ausbleiben des Angeklagten zur Hauptverhandlung werde geschritten werden.

322. In der Hauptverhandlung kann für den Angeklagten ein Vertheidiger auftreten. Auch Angehörige des ersteren sind, ohne daß sie einer Vollmacht bedürfen, als Vertreter zuzulassen.

Vgl. §. 149.

323. Die Zustellung des Urtheils erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 40. Abs. 2.

324. Die im §. 322. bezeichneten Personen können von den dem Beschuldigten zustehenden Rechtsmitteln Gebrauch machen.

325. Insoweit es nach dem Ermessen des Richters zur Deckung der den Angeschuldigten möglicherweise treffenden höchsten Geldstrafe und der Kosten des Verfahrens erforderlich ist, können einzelne zum Vermögen des Angeschuldigten gehörige Gegenstände mit Beschlag belegt werden. Auf diese Beschlagnahme finden die Bestimmungen der Civilprozeßordnung über die Vollziehung und die Wirkungen des dinglichen Arrestes entsprechende Anwendung. Die Beschlagnahme



ist aufzuheben, wenn der Grund derselben weggefallen ist.

326. Insofern eine Deckung in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmung nicht ausführbar erscheint, kann durch Beschluß des Gerichts das im Deutschen Reich befindliche Vermögen des Angeschuldigten mit Beschlag belegt werden. Der Beschluß ist durch den Deutschen Reichsanzeiger und nach Ermessen des Gerichts auch durch andere Blätter zu veröffentlichen.

Verfügungen, welche der Angeschuldigte über sein mit Beschlag belegtes Vermögen nach der ersten durch den Deutschen Reichsanzeiger bewirkten Veröffentlichung des Beschlusses vornimmt, sind der Staatskasse gegenüber nichtig.

Die Beschlagnahme des Vermögens ist aufzuheben, sobald der Grund derselben weggefallen oder die Deckung der Staatskasse durch eine Beschlagnahme in Gemäßheit des §. 325. bewirkt ist.

Die Aufhebung der Beschlagnahme ist durch dieselben Blätter bekannt zu machen, durch welche die Beschlagnahme veröffentlicht worden ist.

327. In anderen, als den im §. 319. bezeichneten Fällen findet gegen einen Abwesenden eine Hauptverhandlung nicht statt. Das gegen den Abwesenden eingeleitete Verfahren hat die Aufgabe, für den Fall seiner künftigen Gestellung die Beweise zu sichern.

Für dieses Verfahren gelten die Bestimmungen der §§. 328—336.

328. Die Zulassung eines Verteidigers wird durch

die Abwesenheit des Beschuldigten nicht ausgeschlossen. Zur Wahl eines Verteidigers sind auch Angehörige des Beschuldigten befugt.

Zeugen und Sachverständige sind eidlich zu vernehmen.

Vgl. §. 149.

329. Dem abwesenden Beschuldigten steht ein Anspruch auf Benachrichtigung über den Fortgang des Verfahrens nicht zu.

Der Richter ist jedoch befugt, einem Abwesenden, dessen Aufenthalt bekannt ist, Benachrichtigungen zugehen zu lassen.

330. Der Abwesende, dessen Aufenthalt unbekannt ist, kann in öffentlichen Blättern zum Erscheinen vor Gericht oder zur Anzeige seines Aufenthaltsorts aufgefordert werden.

331. Stellt sich erst nach Eröffnung des Hauptverfahrens die Abwesenheit des Angeklagten heraus, so erfolgen die noch erforderlichen Beweisaufnahmen durch einen beauftragten oder ersuchten Richter.

332. Liegen gegen den Abwesenden, gegen welchen die öffentliche Klage erhoben ist, Verdachtsgründe vor, welche die Erlassung eines Haftbefehls rechtfertigen würden, so kann sein im Deutschen Reiche befindliches Vermögen durch Beschluß des Gerichts mit Beschlagnahme belegt werden.

Die im vorstehenden Absätze bezeichnete Beschlagnahme findet in Sachen, welche zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören, nicht statt.

**333.** Der die Beschlagnahme verhängende Beschluß ist durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen und kann nach dem Ermessen des Gerichts auch durch andere Blätter veröffentlicht werden.

**334.** Mit dem Zeitpunkte der ersten Bekanntmachung in dem Deutschen Reichsanzeiger verliert der Angeeschuldigte das Recht, über das in Beschlag genommene Vermögen unter Lebenden zu verfügen.

Der die Beschlagnahme verhängende Beschluß ist derjenigen Behörde mitzutheilen, welche für die Einleitung einer Vormundschaft über Abwesende zuständig ist. Diese Behörde hat eine Güterpflege einzuleiten.

**335.** Die Beschlagnahme ist aufzuheben, wenn die Gründe derselben weggefallen sind.

Die Aufhebung der Beschlagnahme ist durch dieselben Blätter bekannt zu machen, durch welche die Beschlagnahme selbst veröffentlicht worden war.

**336.** Auf das nach Erhebung der öffentlichen Klage eintretende Verfahren finden im Uebrigen die Vorschriften über die Voruntersuchung entsprechende Anwendung.

In dem nach Beendigung dieses Verfahrens ergehenden Beschlusse (§. 196.) ist zugleich über die Fortdauer oder Aufhebung der Beschlagnahme zu entscheiden.

**337.** Das Gericht kann einem abwesenden Beschuldigten sicheres Geleit ertheilen; es kann diese Ertheilung an Bedingungen knüpfen.

Das sichere Geleit gewährt Befreiung von der Untersuchungshaft, jedoch nur in Ansehung derjenigen strafbaren Handlung, für welche dasselbe ertheilt ist.

Es erlischt, wenn ein auf Freiheitsstrafe lautendes Urtheil ergeht, wenn der Beschuldigte Anstalten zur Flucht trifft, oder wenn er die Bedingungen nicht erfüllt, unter welchen ihm das sichere Geleit ertheilt worden ist.

---

### Drittes Buch. R e c h t s m i t t e l.

#### Erster Abschnitt.

##### Allgemeine Bestimmungen.

338. Die zulässigen Rechtsmittel gegen gerichtliche Entscheidungen stehen sowohl der Staatsanwaltschaft als dem Beschuldigten zu.

Die Staatsanwaltschaft kann von denselben auch zu Gunsten des Beschuldigten Gebrauch machen.

339. Für den Beschuldigten kann der Vertheidiger, jedoch nicht gegen dessen ausdrücklichen Willen, Rechtsmittel einlegen.

Der Vertheidiger hat präsumtive Vollmacht zur Einlegung des Rechtsmittels (Prot. S. 529).

340. Der gesetzliche Vertreter eines Beschuldigten, desgleichen der Ehemann einer beschuldigten Frau können binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist selbstständig von den zulässigen Rechtsmitteln Gebrauch machen.

Auf ein solches Rechtsmittel und auf das Verfahren finden die über die Rechtsmittel des Beschuldigten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Vgl. §. 137.

341. Der nicht auf freiem Fuße befindliche Beschuldigte kann die Erklärungen, welche sich auf Rechtsmittel beziehen, zu Protokoll des Gerichtsschreibers desjenigen Gerichts geben, in dessen Gefängnisse er sich befindet, und falls das Gefängniß kein gerichtliches ist, desjenigen Amtsgerichts, in dessen Bezirk das Gefängniß liegt.

Zur Wahrung einer Frist genügt es, wenn innerhalb derselben das Protokoll aufgenommen wird.

342. Ein Irrthum in der Bezeichnung des zulässigen Rechtsmittels ist unschädlich.

343. Jedes von der Staatsanwaltschaft eingelegte Rechtsmittel hat die Wirkung, daß die angefochtene Entscheidung auch zu Gunsten des Beschuldigten abgeändert oder aufgehoben werden kann.

344. Die Zurücknahme eines Rechtsmittels, sowie der Verzicht auf die Einlegung eines Rechtsmittels kann auch vor Ablauf der Frist zur Einlegung desselben wirksam erfolgen. Ein von der Staatsanwaltschaft zu Gunsten des Beschuldigten eingelegtes Rechtsmittel kann jedoch ohne dessen Zustimmung nicht zurückgenommen werden.

Der Vertheidiger bedarf zur Zurücknahme einer ausdrücklichen Ermächtigung.

Vgl. hinsichtlich der Wirkungen des Verzichts §§. 482 u. 481, wonach ein sofortiger Strafantritt stattfindet (Prot. S. 531).

345. Wenn die Entscheidung über das Rechtsmittel auf Grund mündlicher Verhandlung stattzufinden hat, so kann die Zurücknahme nach Beginn der Hauptverhandlung nur mit Zustimmung des Gegners erfolgen.

## Zweiter Abschnitt.

### Beschwerde.

346. Die Beschwerde ist gegen alle von den Gerichten in erster Instanz oder in der Berufungsinstanz erlassenen Beschlüsse und gegen die Verfügungen des Vorsitzenden, des Untersuchungsrichters, des Amtsrichters und eines beauftragten oder ersuchten Richters zulässig, soweit das Gesetz dieselben nicht ausdrücklich einer Anfechtung entzieht.

Auch Zeugen, Sachverständige und andere Personen können gegen Beschlüsse und Verfügungen, durch welche sie betroffen werden, Beschwerde erheben.

Gegen Beschlüsse und Verfügungen der Oberlandesgerichte und des Reichsgerichts findet eine Beschwerde nicht statt.

Unter den „anderen“ Personen ist auch der Verteidiger eingeschlossen (Prot. S. 533).

347. Entscheidungen der erkennenden Gerichte, welche der Urtheilsfällung vorausgehen, unterliegen nicht der Beschwerde. Ausgenommen sind Entscheidungen über Verhaftungen, Beschlagnahmen oder Straffestsetzungen, sowie alle Entscheidungen, durch welche dritte Personen betroffen werden.

Vgl. z. B. §§. 209. 242. 245 hinsichtlich des ersten Satzes und §§. 94. 95. 124. 145 hinsichtlich der Ausnahmen.

348. Die Beschwerde wird bei demjenigen Gerichte, von welchem oder von dessen Vorsitzenden die ange-

fochtene Entscheidung erlassen ist, zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder schriftlich eingelegt. Sie kann in dringenden Fällen auch bei dem Beschwerdebegericht eingelegt werden.

Erachtet das Gericht oder der Vorsitzende, dessen Entscheidung angefochten wird, die Beschwerde für begründet, so haben sie derselben abzuhelpen; anderenfalls ist die Beschwerde sofort, spätestens vor Ablauf von drei Tagen, dem Beschwerdebegericht vorzulegen.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auch auf die Entscheidungen des Amtsrichters im Vorverfahren, des beauftragten oder ersuchten Richters und des Untersuchungsrichters Anwendung.

Vgl. §§. 126. 160—164. 185, Ger.=Verf.=Gef. §. 72.

**349.** Durch Einlegung der Beschwerde wird der Vollzug der angefochtenen Entscheidung nicht gehemmt.

Jedoch kann das Gericht, der Vorsitzende oder der Richter, dessen Entscheidung angefochten wird, sowie auch das Beschwerdebegericht anordnen, daß die Vollziehung der angefochtenen Entscheidung ausgesetzt sei.

**350.** Das Beschwerdebegericht kann dem Gegner des Beschwerdeführers die Beschwerde zur schriftlichen Gegenklärung mittheilen; es kann etwa erforderliche Ermittlungen anordnen oder selbst vornehmen.

**351.** Die Entscheidung über die Beschwerde erfolgt ohne vorgängige mündliche Verhandlung, in geeigneten Fällen nach Anhörung der Staatsanwaltschaft.

Wird die Beschwerde für begründet erachtet, so er-

läßt das Beschwerbegericht zugleich die in der Sache erforderliche Entscheidung.

352. Beschlüsse, welche von dem Landgerichte in der Beschwerdeinstanz erlassen sind, können, insofern sie Verhaftungen betreffen, durch weitere Beschwerde angefochten werden.

Im Uebrigen findet eine weitere Anfechtung der in der Beschwerdeinstanz ergangenen Entscheidungen nicht statt.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 123. Nr. 5.

353. Für die Fälle der sofortigen Beschwerde gelten die nachfolgenden besonderen Bestimmungen.

Die Beschwerde ist binnen der Frist von einer Woche, welche mit der Bekanntmachung (§. 35.) der Entscheidung beginnt, einzulegen. Die Einlegung bei dem Beschwerbegerichte genügt zur Wahrung der Frist, auch wenn der Fall für dringlich nicht erachtet wird.

Das Gericht ist zu einer Abänderung seiner durch Beschwerde angefochtenen Entscheidung nicht befugt.

### Dritter Abschnitt.

#### Berufung.

354. Die Berufung findet statt gegen die Urtheile der Schöffengerichte.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 76.

355. Die Berufung muß bei dem Gerichte erster Instanz binnen einer Woche nach Verkündung des Ur-



theils zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder schriftlich eingelegt werden.

Hat die Verkündung des Urtheils nicht in Anwesenheit des Angeklagten stattgefunden, so beginnt für diesen die Frist mit der Zustellung.

356. Der Beginn der Frist zur Einlegung der Berufung wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß gegen ein auf Ausbleiben des Angeklagten ergangenes Urtheil eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nachgesucht werden kann.

Stellt der Angeklagte ein Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, so wird die Berufung dadurch gewahrt, daß sie sofort für den Fall der Verwerfung jenes Gesuchs rechtzeitig eingelegt wird. Die weitere Verfüzung in Bezug auf die Berufung bleibt dann bis zur Erledigung des Gesuchs um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgesetzt.

Die Einlegung der Berufung ohne Verbindung mit dem Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt als Verzicht auf die letztere.

Vgl. s. 231.

357. Durch rechtzeitige Einlegung der Berufung wird die Rechtskraft des Urtheils, soweit dasselbe angefochten ist, gehemmt.

Dem Beschwerdeführer, welchem das Urtheil mit den Gründen noch nicht zugestellt war, ist dasselbe nach Einlegung der Berufung sofort zuzustellen.

Vgl. s. 481.

358. Die Berufung kann binnen einer weiteren

Woche nach Ablauf der Frist zur Einlegung des Rechtsmittels oder, wenn zu dieser Zeit das Urtheil noch nicht zugestellt war, nach dessen Zustellung bei dem Gerichte erster Instanz zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder in einer Beschwerdeschrift gerechtfertigt werden.

359. Die Berufung kann auf bestimmte Beschwerdepunkte beschränkt werden. Ist dies nicht geschehen oder eine Rechtfertigung überhaupt nicht erfolgt, so gilt der ganze Inhalt des Urtheils als angefochten.

360. Ist die Berufung verspätet eingelegt, so hat das Gericht erster Instanz das Rechtsmittel als unzulässig zu verwerfen.

Der Beschwerdeführer kann binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses auf die Entscheidung des Berufungsgerichts antragen. In diesem Falle sind die Akten an das Berufungsgericht einzusenden; die Vollstreckung des Urtheils wird jedoch hierdurch nicht gehemmt.

361. Ist die Berufung rechtzeitig eingelegt, so hat nach Ablauf der Frist zur Rechtfertigung der Gerichtsschreiber ohne Rücksicht darauf, ob eine Rechtfertigung stattgefunden hat oder nicht, die Akten der Staatsanwaltschaft vorzulegen. Diese stellt, wenn die Berufung von ihr eingelegt ist, dem Angeklagten die Schriftstücke über Einlegung und Rechtfertigung der Berufung zu.

362. Die Staatsanwaltschaft übersendet die Akten an die Staatsanwaltschaft bei dem Berufungsgerichte. Diese übergiebt die Akten binnen einer Woche dem Vorsitzenden des Gerichts.

363. Erachtet das Berufungsgericht die Bestimmungen über die Einlegung der Berufung nicht für beobachtet, so kann es das Rechtsmittel durch Beschluß als unzulässig verwerfen. Anderenfalls entscheidet es über dasselbe durch Urtheil.

Der Beschluß kann durch sofortige Beschwerde angefochten werden.

364. Auf die Vorbereitung der Hauptverhandlung finden die Vorschriften der §§. 213., 215.—224. Anwendung. In der Ladung ist der Angeklagte auf die Folgen des Ausbleibens ausdrücklich hinzuweisen.

Die Ladung der in erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen kann nur dann unterbleiben, wenn deren wiederholte Vernehmung zur Aufklärung der Sache nicht erforderlich erscheint.

Neue Beweismittel sind zulässig.

Bei der Auswahl der zu ladenden Zeugen und Sachverständigen ist auf die von dem Angeklagten zur Rechtfertigung der Berufung benannten Personen Rücksicht zu nehmen.

365. Nachdem die Hauptverhandlung nach Vorschrift des §. 242. Abs. 1 begonnen hat, hält ein Berichterstatter in Abwesenheit der Zeugen einen Vortrag über die Ergebnisse des bisherigen Verfahrens. Das Urtheil erster Instanz ist stets zu verlesen.

Sodann erfolgt die Vernehmung des Angeklagten und die Beweisaufnahme.

366. Bei der Berichterstattung und der Beweisaufnahme können Schriftstücke verlesen werden; Protokolle über Aussagen der in der Hauptverhandlung

erster Instanz vernommenen Zeugen und Sachverständigen dürfen, abgesehen von den Fällen der §§. 250., 252., ohne die Zustimmung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten nicht verlesen werden, wenn die wiederholte Vorladung der Zeugen oder Sachverständigen erfolgt ist oder von dem Angeklagten rechtzeitig vor der Hauptverhandlung beantragt worden war.

367. Nach dem Schlusse der Beweisaufnahme werden die Staatsanwaltschaft sowie der Angeklagte und sein Verteidiger mit ihren Ausführungen und Anträgen, und zwar der Beschwerdeführer zuerst, gehört. Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

368. Der Prüfung des Gerichts unterliegt das Urtheil nur, soweit dasselbe angefochten ist.

369. Insoweit die Berufung für begründet befunden wird, hat das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urtheils in der Sache selbst zu erkennen.

Leidet das Urtheil an einem Mangel, welcher die Revision wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren begründen würde, so kann das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urtheils die Sache, wenn die Umstände des Falles es erfordern, zur Entscheidung an die erste Instanz zurückerweisen.

Hat das Gericht erster Instanz mit Unrecht seine Zuständigkeit angenommen, so hat das Berufungsgericht unter Aufhebung des Urtheils die Sache an das zuständige Gericht zu verweisen oder, wenn es selbst in erster Instanz zuständig ist, zu erkennen.

Bgl. §. 377 u. §§. 1—6.

**370.** Ist bei dem Beginne der Hauptverhandlung weder der Angeklagte, noch in den Fällen, wo solches zulässig, ein Vertreter desselben erschienen und das Ausbleiben nicht genügend entschuldigt, so ist, insoweit der Angeklagte die Berufung eingelegt hat, dieselbe sofort zu verwerfen, insoweit die Staatsanwaltschaft die Berufung eingelegt hat, über diese zu verhandeln oder die Vorführung oder Verhaftung des Angeklagten anzuordnen.

Der Angeklagte kann binnen einer Woche nach der Zustellung des Urtheils die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter den in den §§. 44., 45. bezeichneten Voraussetzungen beanspruchen.

**371.** Ist von einer der im §. 340. bezeichneten Personen die Berufung eingelegt worden, so hat das Gericht auch den Angeklagten zu der Hauptverhandlung vorzuladen und kann ihn bei seinem Ausbleiben zu derselben zwangsweise vorführen lassen.

**372.** War das Urtheil nur von dem Angeklagten oder zu Gunsten desselben von der Staatsanwaltschaft oder von einer der im §. 340. bezeichneten Personen angefochten worden, so darf das Urtheil nicht zum Nachtheile des Angeklagten abgeändert werden.

**373.** Im Uebrigen finden die im sechsten Abschnitte des zweiten Buchs über die Hauptverhandlung gegebenen Vorschriften Anwendung.

### Vierter Abschnitt.

#### Revision.

374. Die Revision findet statt gegen die Urtheile der Landgerichte und der Schwurgerichte.

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §§. 123 u. 136 2.

375. Der Beurtheilung des Revisionsgerichts unterliegen auch diejenigen Entscheidungen, welche dem Urtheile vorausgegangen sind, sofern dasselbe auf ihnen beruht.

376. Die Revision kann nur darauf gestützt werden, daß das Urtheil auf einer Verletzung des Gesetzes beruhe.

Das Gesetz ist verletzt, wenn eine Rechtsnorm nicht oder nicht richtig angewendet worden ist.

Der Begriff „Rechtsnorm“ umfaßt nach den Motiven zum Reg.-Entwurf alle diejenigen Grundsätze, welche sich aus dem Sinn und Zusammenhang der gesetzlichen Vorschriften ergeben. (Vgl. Motive S. 218. Prot. S. 584). Vergl. Einf.-G. §. 7.

377. Ein Urtheil ist stets als auf einer Verletzung des Gesetzes beruhend anzusehen:

1. wenn das erkennende Gericht oder die Geschworenenbank nicht vorschriftsmäßig besetzt war;

Vgl. §§. 211. 282., Ger.-Verf.-Ges. §§. 27. 29. 76.

2. wenn bei dem Urtheile ein Richter, Geschworener oder Schöffe mitgewirkt hat, welcher von der Ausübung des Richteramts kraft des Gesetzes ausgeschlossen war;

Vgl. §. 22.

3. wenn bei dem Urtheile ein Richter oder Schöffe mitgewirkt hat, nachdem derselbe wegen Besorgniß der Befangenheit abgelehnt war, und das Ablehnungsgesuch entweder für begründet erklärt war oder mit Unrecht verworfen worden ist;

Vgl. §. 25.

4. wenn das Gericht seine Zuständigkeit mit Unrecht angenommen hat;

Vgl. §§. 1—13 u. Ger.-Verf.-Ges. §§. 27, 29, 73 bis 76, 80.

5. wenn die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Staatsanwaltschaft oder einer Person, deren Anwesenheit das Gesetz vorschreibt, stattgefunden hat;

Vgl. §§. 225—231.

6. wenn das Urtheil auf Grund einer mündlichen Verhandlung ergangen ist, bei welcher die Vorschriften über die Oeffentlichkeit des Verfahrens verletzt sind;

Vgl. Ger.-Verf.-Ges. §. 170.

7. wenn das Urtheil keine Entscheidungsgründe enthält;

Vgl. §§. 34, 266.

8. wenn die Vertheidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch einen Beschluß des Gerichts unzulässig beschränkt worden ist.

**378.** Die Verletzung von Rechtsnormen, welche lediglich zu Gunsten des Angeklagten gegeben sind,

kann von der Staatsanwaltschaft nicht zu dem Zwecke geltend gemacht werden, um eine Aufhebung des Urtheils zum Nachtheile des Angeklagten herbeizuführen.

379. Wenn der Angeklagte von den Geschworenen für nichtschuldig erklärt worden ist, so steht der Staatsanwaltschaft die Revision nur in den Fällen zu, in welchen dieselbe durch die Bestimmungen des §. 377. Nr. 1., 2., 3., 5. oder durch die Stellung oder Nichtstellung von Fragen begründet wird.

380. Gegen die in der Berufungsinstanz erlassenen Urtheile der Landgerichte kann die Revision wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren nur auf Verletzung der Vorschrift des §. 398. gestützt werden.

Vgl. §. 398 u. Ger.-Verf.-Ges. §. 76.

381. Die Revision muß bei dem Gerichte, dessen Urtheil angefochten wird, binnen einer Woche nach Verkündung des Urtheils zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder schriftlich eingelegt werden.

Hat die Verkündung des Urtheils nicht in Anwesenheit des Angeklagten stattgefunden, so beginnt für diesen die Frist mit der Zustellung.

382. Der Beginn der Frist zur Einlegung der Revision wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß gegen ein auf Ausbleiben des Angeklagten ergangenes Urtheil eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nachgesucht werden kann.

Stellt der Angeklagte ein Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, so wird die Revision dadurch gewahrt, daß sie sofort für den Fall der Ver-



werfung jenes Gesuchs rechtzeitig eingelegt und begründet wird. Die weitere Verfügung in Bezug auf die Revision bleibt dann bis zur Erledigung des Gesuchs um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgesetzt.

Die Einlegung der Revision ohne Verbindung mit dem Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gilt als Verzicht auf die letztere.

Vgl. §. 44.

383. Durch rechtzeitige Einlegung der Revision wird die Rechtskraft des Urtheils, soweit dasselbe angefochten ist, gehemmt.

Dem Beschwerdeführer, welchem das Urtheil mit den Gründen noch nicht zugestellt war, ist dasselbe nach Einlegung der Revision zuzustellen.

Vgl. §. 275.

384. Der Beschwerdeführer hat die Erklärung abzugeben, inwieweit er das Urtheil anfechte und dessen Aufhebung beantrage (Revisionsanträge), und die Anträge zu begründen.

Aus der Begründung muß hervorgehen, ob das Urtheil wegen Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren oder wegen Verletzung einer anderen Rechtsnorm angefochten wird. Ersterenfalls müssen die den Mangel enthaltenden Thatfachen angegeben werden.

385. Die Revisionsanträge und deren Begründung sind spätestens binnen einer weiteren Woche nach Ablauf der Frist zur Einlegung des Rechtsmittels oder, wenn zu dieser Zeit das Urtheil noch nicht zugestellt

war, nach dessen Zustellung bei dem Gericht, dessen Urtheil angefochten wird, anzubringen.

Seitens des Angeklagten kann dies nur in einer von dem Vertheidiger oder einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers geschehen.

Vgl. §§. 138 ff.

386. Ist die Revision verspätet eingelegt, oder sind die Revisionsanträge nicht rechtzeitig oder nicht in der im §. 385. Abs. 2 vorgeschriebenen Form angebracht worden, so hat das Gericht, dessen Urtheil angefochten wird, das Rechtsmittel durch Beschluß als unzulässig zu verwerfen.

Der Beschwerdeführer kann binnen einer Woche nach Zustellung des Beschlusses auf die Entscheidung des Revisionsgerichts antragen. In diesem Falle sind die Akten an das Revisionsgericht einzusenden; die Vollstreckung des Urtheils wird jedoch hierdurch nicht gehemmt.

Vgl. §§. 383. 481.

387. Ist die Revision rechtzeitig eingelegt, und sind die Revisionsanträge rechtzeitig und in der vorgeschriebenen Form angebracht, so ist die Revisionschrift dem Gegner des Beschwerdeführers zuzustellen. Diesem steht frei, binnen einer Woche eine schriftliche Gegenerklärung einzureichen. Der Angeklagte kann letztere auch zu Protokoll des Gerichtsschreibers abgeben.

Nach Eingang der Gegenerklärung oder nach Ablauf der Frist erfolgt durch die Staatsanwaltschaft die Einsendung der Akten an das Revisionsgericht.

388. Findet das Gericht, an welches die Einsendung der Akten erfolgt ist, daß die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel zur Zuständigkeit eines anderen Gerichts gehöre, so hat es durch Beschluß seine Unzuständigkeit auszusprechen.

Dieser Beschluß, in welchem das zuständige Revisionsgericht zu bezeichnen ist, unterliegt einer Anfechtung nicht und ist für das in demselben bezeichnete Gericht bindend.

Die Abgabe der Akten erfolgt durch die Staatsanwaltschaft.

389. Erachtet das Revisionsgericht die Bestimmungen über die Einlegung der Revision oder diejenigen über die Anbringung der Revisionsanträge nicht für beobachtet, so kann es das Rechtsmittel durch Beschluß als unzulässig verwerfen.

Anderenfalls entscheidet es über dasselbe durch Urtheil.

390. Der Angeklagte oder auf dessen Verlangen der Verteidiger ist von dem Tage der Hauptverhandlung zu benachrichtigen. Der Angeklagte kann in dieser erscheinen oder sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Verteidiger vertreten lassen.

Der nicht auf freiem Fuße befindliche Angeklagte hat keinen Anspruch auf Anwesenheit.

391. Die Hauptverhandlung beginnt mit dem Vortrage eines Berichterstatters.

Hierauf werden die Staatsanwaltschaft sowie der Angeklagte und sein Verteidiger mit ihren Ausfüh-

rungen und Anträgen, und zwar der Beschwerdeführer zuerst, gehört. Dem Angeklagten gebührt das letzte Wort.

392. Der Prüfung des Revisionsgerichts unterliegen nur die gestellten Revisionsanträge und, insoweit die Revision auf Mängel des Verfahrens gestützt wird, nur diejenigen Thatfachen, welche bei Anbringung der Revisionsanträge bezeichnet worden sind.

Eine weitere Begründung der Revisionsanträge, als die im §. 384. Abs. 2 vorgeschriebene, ist nicht erforderlich und, wenn sie unrichtig ist, unschädlich.

393. Insoweit die Revision für begründet erachtet wird, ist das angefochtene Urtheil aufzuheben.

Gleichzeitig sind die dem Urtheil zu Grunde liegenden Feststellungen aufzuheben, sofern sie durch die Gesetzesverletzung betroffen werden, wegen deren die Aufhebung des Urtheils erfolgt.

394. Erfolgt die Aufhebung des Urtheils nur wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Gesetzes auf die dem Urtheil zu Grunde liegenden Feststellungen, so hat das Revisionsgericht in der Sache selbst zu entscheiden, sofern ohne weitere thatsächliche Erörterungen nur auf Freisprechung oder auf Einstellung, oder auf eine absolut bestimmte Strafe zu erkennen ist, oder das Revisionsgericht in Uebereinstimmung mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft die gesetzlich niedrigste Strafe für angemessen erachtet.

In anderen Fällen ist die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Gericht, dessen Urtheil aufgehoben ist, oder an ein demselben Bundes-

staate angehöriges benachbartes Gericht gleicher Ordnung zurückzuverweisen.

Die Zurückverweisung kann an ein Gericht niederer Ordnung erfolgen, wenn die noch in Frage kommende strafbare Handlung zu dessen Zuständigkeit gehört.

395. Wird ein Urtheil aufgehoben, weil das Gericht der vorigen Instanz sich mit Unrecht für zuständig erachtet hat, so verweist das Revisionsgericht gleichzeitig die Sache an das zuständige Gericht.

396. Die Verkündung des Urtheils erfolgt nach Maßgabe des §. 267.

397. Erfolgt zu Gunsten eines Angeklagten die Aufhebung des Urtheils wegen Gesetzesverletzung bei Anwendung des Strafgesetzes, und erstreckt sich das Urtheil, soweit es aufgehoben wird, noch auf andere Angeklagte, welche die Revision nicht eingelegt haben, so ist zu erkennen, als ob sie gleichfalls die Revision eingelegt hätten.

398. Das Gericht, an welches die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung verwiesen ist, hat die rechtliche Beurtheilung, welche der Aufhebung des Urtheils zu Grunde gelegt ist, auch seiner Entscheidung zu Grunde zu legen.

War das Urtheil nur von dem Angeklagten oder zu Gunsten desselben von der Staatsanwaltschaft oder von einer der im §. 340. bezeichneten Personen angefochten worden, so darf das neue Urtheil eine härtere Strafe, als die in dem ersteren erkannte, nicht verhängen.

Vgl. §. 380.

### Viertes Buch.

#### Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens.

399. Die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens zu Gunsten des Verurtheilten findet statt:

1. wenn eine in der Hauptverhandlung zu seinen Ungunsten als echt vorgebrachte Urkunde fälschlich angefertigt oder verfälscht war;
2. wenn durch Beeidigung eines zu seinen Ungunsten abgelegten Zeugnisses oder abgegebenen Gutachtens der Zeuge oder Sachverständige sich einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht hat;
3. wenn bei dem Urtheile ein Richter, Geschworener oder Schöffe mitgewirkt hat, welcher sich in Beziehung auf die Sache einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht hat, sofern diese Verletzung mit einer im Wege des gerichtlichen Strafverfahrens zu verhängenden öffentlichen Strafe bedroht und nicht vom Verurtheilten selbst veranlaßt ist;
4. wenn ein civilgerichtliches Urtheil, auf wel-

ches das Strafurtheil gegründet ist, durch ein anderes rechtskräftig gewordenes Urtheil aufgehoben ist;

5. wenn neue Thatfachen oder Beweismittel beigebracht sind, welche allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung des Angeklagten oder in Anwendung eines milberen Strafgesetzes eine geringere Bestrafung zu begründen geeignet sind. In den vor den Schöffengerichten verhandelten Sachen können nur solche Thatfachen oder Beweismittel beigebracht werden, welche der Verurtheilte in dem früheren Verfahren, einschließlich der Berufungsinstanz, nicht gekannt hatte oder ohne Verschulden nicht geltend machen konnte.

400. Durch den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird die Vollstreckung des Urtheils nicht gehemmt.

Das Gericht kann jedoch einen Aufschub sowie eine Unterbrechung der Vollstreckung anordnen.

Vgl. s. 481.

401. Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird weder durch die erfolgte Strafvollstreckung noch durch den Tod des Verurtheilten ausgeschlossen.

Im Falle des Todes sind der Ehegatte, die Verwandten auf- und absteigender Linie sowie die Geschwister des Verstorbenen zu dem Antrage befugt.

402. Die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens zu Ungunsten des Angeklagten findet statt:

1. wenn eine in der Hauptverhandlung zu seinen Gunsten als echt vorgebrachte Urkunde fälschlich angefertigt oder verfälscht war;
2. wenn durch Beeidigung eines zu seinen Gunsten abgelegten Zeugnisses oder abgegebenen Gutachtens der Zeuge oder Sachverständige sich einer vorsätzlichen oder fahrlässigen Verletzung der Eidespflicht schuldig gemacht hat;
3. wenn bei dem Urtheile ein Richter, Geschworener oder Schöffe mitgewirkt hat, welcher sich in Beziehung auf die Sache einer Verletzung seiner Amtspflichten schuldig gemacht hat, sofern diese Verletzung mit einer im Wege des gerichtlichen Strafverfahrens zu verhängenden öffentlichen Strafe bedroht ist;
4. wenn von dem Freigesprochenen vor Gericht oder außergerichtlich ein glaubwürdiges Geständniß der strafbaren Handlung abgelegt wird.

Vorausgesetzt wird hier, daß das Geständniß nach der Freisprechung abgelegt ist (Prot. S. 624).

403. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens zum Zwecke der Aenderung der Strafe innerhalb des durch dasselbe Gesetz bestimmten Strafmaßes findet nicht statt.

404. Ein Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, welcher auf die Behauptung einer strafbaren



Handlung begründet werden soll, ist nur dann zulässig, wenn wegen dieser Handlung eine rechtskräftige Verurtheilung ergangen ist, oder wenn die Einleitung oder Durchführung eines Strafverfahrens aus anderen Gründen als wegen Mangels an Beweis nicht erfolgen kann.

Vgl. §. 203.

405. Die allgemeinen Bestimmungen über Rechtsmittel finden auch bei dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens Anwendung.

Vgl. §§. 338—345.

406. In dem Antrage müssen der gesetzliche Grund der Wiederaufnahme des Verfahrens sowie die Beweismittel angegeben werden.

Von dem Angeklagten und den im §. 401. Abs. 2 bezeichneten Personen kann der Antrag nur mittels einer von dem Vertheidiger oder einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden.

407. Ueber die Zulassung des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens entscheidet das Gericht, dessen Urtheil mit dem Antrag angefochten wird. Wird ein in der Revisionsinstanz erlassenes Urtheil aus anderen Gründen als auf Grund des §. 399. Nr. 3 oder des §. 402. Nr. 3 angefochten, so entscheidet das Gericht, gegen dessen Urtheil die Revision eingelegt war.

Die Entscheidung erfolgt ohne mündliche Verhandlung.

408. Ist der Antrag nicht in der vorgeschriebenen Form angebracht, oder ist darin kein gesetzlicher Grund

der Wiederaufnahme geltend gemacht oder kein geeignetes Beweismittel angeführt, so ist der Antrag als unzulässig zu verwerfen.

Anderenfalls ist derselbe dem Gegner des Antragstellers unter Bestimmung einer Frist zur Erklärung zuzustellen.

409. Wird der Antrag an sich für zulässig befunden, so beauftragt das Gericht mit Aufnahme der angetretenen Beweise, soweit diese erforderlich ist, einen Richter.

Dem Ermessen des Gerichts bleibt es überlassen, ob die Zeugen und Sachverständigen eidlich vernommen werden sollen.

Hinsichtlich der Berechtigung der Betheiligten zur Anwesenheit bei der Beweisaufnahme kommen die für die Voruntersuchung gegebenen Vorschriften zur Anwendung.

Nach Schluß der Beweisaufnahme sind die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte unter Bestimmung einer Frist zur ferneren Erklärung aufzufordern.

Vgl. §. 191.

410. Der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens wird ohne mündliche Verhandlung als unbegründet verworfen, wenn die darin aufgestellten Behauptungen keine genügende Bestätigung gefunden haben, oder wenn in den Fällen des §. 399. Nr. 1., 2. oder des §. 402. Nr. 1., 2. nach Lage der Sache die Annahme ausgeschlossen ist, daß die in diesen Bestimmungen bezeichnete Handlung auf die Entscheidung Einfluß gehabt hat.

Anderenfalls verordnet das Gericht die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Erneuerung der Hauptverhandlung.

411. Ist der Verurtheilte bereits verstorben, so hat ohne Erneuerung der Hauptverhandlung das Gericht nach Aufnahme des etwa noch erforderlichen Beweises entweder die Freisprechung zu erkennen oder den Antrag auf Wiederaufnahme abzulehnen.

Auch in anderen Fällen kann das Gericht, bei öffentlichen Klagen jedoch nur mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft, den Verurtheilten sofort freisprechen, wenn dazu genügende Beweise bereits vorliegen.

Mit der Freisprechung ist die Aufhebung des früheren Urtheils zu verbinden.

Die Aufhebung ist auf Verlangen des Antragstellers durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen, und kann nach dem Ermessen des Gerichts auch durch andere Blätter veröffentlicht werden.

412. Alle Entscheidungen, welche aus Anlaß eines Antrages auf Wiederaufnahme des Verfahrens von dem Gericht in erster Instanz erlassen werden, können mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden.

Vgl. §. 353.

413. In der erneuten Hauptverhandlung ist entweder das frühere Urtheil aufrecht zu erhalten oder unter Aufhebung desselben anderweit in der Sache zu erkennen.

Ist die Wiederaufnahme des Verfahrens nur von dem Verurtheilten oder zu Gunsten desselben von der

Staatsanwaltschaft, oder von einer der im §. 340. bezeichneten Personen beantragt worden, so darf das neue Urtheil eine härtere Strafe, als die in dem früheren erkannte, nicht verhängen.

---

### Fünftes Buch.

## Betheiligung des Verletzten bei dem Verfahren.

---

### Erster Abschnitt.

#### Privatklage.

414. Beleidigungen und Körperverletzungen können, soweit die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, von dem Verletzten im Wege der Privatklage verfolgt werden, ohne daß es einer vorgängigen Anrufung der Staatsanwaltschaft bedarf.

Die gleiche Befugniß steht denjenigen zu, welchen in den Strafgesetzen das Recht, selbstständig auf Verurtheilung anzutragen, beigelegt ist.

Hat der Verletzte einen gesetzlichen Vertreter, so wird die Befugniß zur Erhebung der Privatklage durch diesen und, wenn Korporationen, Gesellschaften und andere Personenvereine, welche als solche in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten klagen können, die Verletzten sind,

durch dieselben Personen wahrgenommen, durch welche sie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten vertreten werden.

Vgl. §§. 185—187. 223. 232. 65. Abs. 2. 196 Str.-Gef.-B.

415. Sind wegen derselben strafbaren Handlung mehrere Personen zur Privatklage berechtigt, so ist bei Ausübung dieses Rechts ein Jeder von dem Andern unabhängig.

Hat jedoch einer der Berechtigten die Privatklage erhoben, so steht den übrigen nur der Beitritt zu dem eingeleiteten Verfahren, und zwar in der Lage zu, in welcher sich dasselbe zur Zeit der Beitrittsklärung befindet.

Jede in der Sache selbst ergangene Entscheidung äußert zu Gunsten des Beschuldigten ihre Wirkung auch gegenüber solchen Berechtigten, welche die Privatklage nicht erhoben haben.

416. Die öffentliche Klage wird wegen der im §. 414. bezeichneten strafbaren Handlungen von der Staatsanwaltschaft nur dann erhoben, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt.

Vgl. §§. 152. 158. 170.

417. In dem Verfahren auf erhobene Privatklage ist die Staatsanwaltschaft zu einer Mitwirkung nicht verpflichtet; es ist ihr jedoch der zur Hauptverhandlung bestimmte Termin bekannt zu machen.

Auch kann die Staatsanwaltschaft in jeder Lage der Sache bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urtheils durch eine ausdrückliche Erklärung die Verfolgung übernehmen. In der Einlegung eines Rechtsmittels ist die Uebernahme der Verfolgung enthalten.

Übernimmt die Staatsanwaltschaft die Verfolgung, so richtet sich das weitere Verfahren nach den Bestimmungen, welche im zweiten Abschnitte dieses Buchs für den Anschluß des Verletzten als Nebenkläger gegeben sind.

Vgl. §§. 212. 338.

418. Der Privatkläger kann im Beistande eines Rechtsanwalts erscheinen oder sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Rechtsanwalt vertreten lassen. Im letzteren Falle können die Zustellungen an den Privatkläger mit rechtlicher Wirkung an den Anwalt erfolgen.

419. Der Privatkläger hat für die der Staatskasse und dem Beschuldigten voraussichtlich erwachsenden Kosten unter denselben Voraussetzungen Sicherheit zu leisten, unter welchen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten der Kläger auf Verlangen des Beklagten Sicherheit wegen der Prozeßkosten zu leisten hat.

Die Sicherheitsleistung ist durch Hinterlegung in baarem Gelde oder in Werthpapieren zu bewirken.

Für die Höhe der Sicherheit und die Frist zur Leistung derselben, sowie für die Bewilligung des Armenrechts gelten dieselben Bestimmungen, wie in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

420. Wegen Beleidigungen ist, insofern nicht einer der im §. 196. des Strafgesetzbuchs bezeichneten Fälle vorliegt, die Erhebung der Klage erst zulässig, nachdem von einer durch die Landesjustizverwaltung zu bezeichnenden Vergleichsbehörde die Sühne erfolglos versucht

worden ist. Der Kläger hat die Bescheinigung hierüber mit der Klage einzureichen.

Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn die Parteien nicht in demselben Gemeindebezirke wohnen.

421. Die Erhebung der Klage geschieht zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder durch Einreichung einer Anklageschrift. Die Klage muß den im §. 198. Abs. 1. bezeichneten Erfordernissen entsprechen. Mit der Anklageschrift sind zwei Abschriften derselben einzureichen.

422. Ist die Klage vorschriftsmäßig erhoben, so theilt das Gericht dieselbe dem Beschuldigten unter Bestimmung einer Frist zur Erklärung und der Staatsanwaltschaft zur Kenntnissnahme mit.

423. Nach Eingang der Erklärung des Beschuldigten oder Ablauf der Frist entscheidet das Gericht darüber, ob das Hauptverfahren zu eröffnen oder die Klage zurückzuweisen sei, nach Maßgabe der Bestimmungen, welche bei einer von der Staatsanwaltschaft unmittelbar erhobenen Anklage Anwendung finden.

Vgl. §§. 201. 209.

424. Das weitere Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen, welche für das Verfahren auf erhobene öffentliche Klage gegeben sind.

Vor dem Schwurgerichte kann eine Privatklagesache nicht gleichzeitig mit einer auf öffentliche Klage anhängig gemachten Sache verhandelt werden.

425. Insoweit in dem Verfahren auf erhobene öffentliche Klage die Staatsanwaltschaft zuzuziehen und zu hören ist, wird in dem Verfahren auf erhobene

Privatklage der Privatkläger zugezogen und gehört. Desgleichen sind alle Entscheidungen, welche dort der Staatsanwaltschaft bekannt gemacht werden, hier dem Privatkläger bekannt zu machen.

Es werden jedoch die auf richterliche Anordnung ergehenden Ladungen nicht durch die Staatsanwaltschaft, sondern durch den Gerichtsschreiber bewirkt.

Zwischen der Zustellung der Ladung des Privatklägers zur Hauptverhandlung und dem Tage der letzteren muß eine Frist von mindestens einer Woche liegen.

Das Recht der Akteneinsicht kann der Privatkläger nur durch seinen Anwalt ausüben.

426. Der Vorsitzende des Gerichts bestimmt, welche Personen als Zeugen oder Sachverständige zur Hauptverhandlung geladen werden sollen.

Dem Privatkläger wie dem Angeklagten steht das Recht der unmittelbaren Ladung zu.

427. In der Hauptverhandlung kann auch der Angeklagte im Beistande eines Rechtsanwalts erscheinen oder sich auf Grund einer schriftlichen Vollmacht durch solchen vertreten lassen.

Die Bestimmung des §. 139. findet auf den Anwalt des Klägers wie auf den des Angeklagten Anwendung.

Das Gericht ist befugt, das persönliche Erscheinen des Klägers sowie des Angeklagten anzuordnen, auch den Angeklagten vorführen zu lassen.

428. Bei wechselseitigen Beleidigungen oder Körper-



verletzungen kann der Beschuldigte bis zur Beendigung der Schlußvorträge (§. 257.) in erster Instanz mittels einer Widerklage die Bestrafung des Klägers beantragen.

Ueber Klage und Widerklage ist gleichzeitig zu erkennen.

Die Zurücknahme der Klage ist auf das Verfahren über die Widerklage ohne Einfluß.

Vgl. §. 233 Str.-Gef.-B.

**429.** Findet das Gericht nach verhandelter Sache, daß die für festgestellt zu erachtenden Thatfachen eine solche strafbare Handlung darstellen, auf welche das in diesem Abschnitte vorgeschriebene Verfahren keine Anwendung erleidet, so hat es durch Urtheil, welches diese Thatfachen hervorheben muß, die Einstellung des Verfahrens auszusprechen.

Die Verhandlungen sind in diesem Falle der Staatsanwaltschaft mitzutheilen.

**430.** Dem Privatkläger stehen diejenigen Rechtsmittel zu, welche in dem Verfahren auf erhobene öffentliche Klage der Staatsanwaltschaft zustehen. Dasselbe gilt von dem Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens in den Fällen des §. 402. Die Bestimmung des §. 343. findet auf das Rechtsmittel des Privatklägers Anwendung.

Revisionsanträge und Anträge auf Wiederaufnahme des durch ein rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens kann der Privatkläger nur mittels einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift anbringen.

Die in den §§. 361., 362., 387. angeordnete Vor-

lage und Einsendung der Akten erfolgt wie im Verfahren auf erhobene öffentliche Klage an und durch die Staatsanwaltschaft. Die Zustellung der Berufungs- und Revisionschriften an den Gegner des Beschwerdeführers wird durch den Gerichtsschreiber bewirkt.

431. Die Privatklage kann bis zur Verkündung des Urtheils erster Instanz und, soweit zulässige Berufung eingelegt ist, bis zur Verkündung des Urtheils zweiter Instanz zurückgenommen werden.

Als Zurücknahme gilt es im Verfahren erster und, soweit der Angeklagte die Berufung eingelegt hat, im Verfahren zweiter Instanz, wenn der Privatkläger in der Hauptverhandlung weder erscheint noch durch einen Rechtsanwalt vertreten wird, oder in der Hauptverhandlung oder einem anderen Termine ausbleibt, obwohl das Gericht sein persönliches Erscheinen angeordnet hatte, oder eine Frist nicht einhält, welche ihm unter Androhung der Einstellung des Verfahrens gesetzt war.

Soweit der Privatkläger die Berufung eingelegt hat, ist dieselbe im Falle der vorbezeichneten Versäumnissen unbeschadet der Bestimmung des §. 343. sofort zu verwerfen.

Der Privatkläger kann binnen einer Woche nach der Versäumnung die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand unter den in den §§. 44., 45. bezeichneten Voraussetzungen beanspruchen.

432. Die zurückgenommene Privatklage kann nicht von Neuem erhoben werden.

433. Der Tod des Privatklägers hat die Einstellung des Verfahrens zur Folge.

War jedoch die Privatklage darauf gestützt, daß der Beschuldigte wider besseres Wissen in Beziehung auf den Anderen eine unwahre Thatsache behauptet oder verbreitet habe, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, so kann die Klage nach dem Tode des Klägers von den Eltern, den Kindern oder dem Ehegatten des letzteren fortgesetzt werden.

Die Fortsetzung ist von dem Berechtigten bei Verluß des Rechts binnen zwei Monaten, vom Tode des Privatklägers an gerechnet, bei Gericht zu erklären.

434. Die Zurücknahme der Privatklage und der Tod des Privatklägers, sowie die Fortsetzung der Privatklage sind dem Beschuldigten bekannt zu machen.

### Zweiter Abschnitt.

#### Nebenklage.

435. Wer nach Maßgabe der Bestimmung des §. 414. als Privatkläger aufzutreten berechtigt ist, kann sich der erhobenen öffentlichen Klage in jeder Lage des Verfahrens als Nebenkläger anschließen. Der Anschluß kann behufs Einlegung von Rechtsmitteln auch nach ergangenem Urtheile geschehen.

Die gleiche Befugniß steht demjenigen zu, welcher durch einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung (§. 170.) die Erhebung der öffentlichen Klage herbeigeführt hat, wenn die strafbare Handlung gegen sein Leben, seine

Gesundheit, seine Freiheit, seinen Personenstand oder seine Vermögensrechte gerichtet war.

436. Die Anschlußerklärung ist bei dem Gerichte schriftlich einzureichen.

Das letztere hat über die Berechtigung des Nebenklägers zum Anschlusse nach Anhörung der Staatsanwaltschaft zu entscheiden.

Zu einer Sicherheitsleistung ist der Nebenkläger nicht verpflichtet.

437. Der Nebenkläger hat nach erfolgtem Anschlusse die Rechte des Privatklägers.

An den Erklärungen über Annahme oder Ablehnung der Geschworenen nimmt der Nebenkläger nicht Theil.

438. Der Fortgang des Verfahrens wird durch den Anschluß nicht aufgehalten.

Die bereits anberaumte Hauptverhandlung, sowie andere Termine finden an den bestimmten Tagen statt, auch wenn der Nebenkläger wegen Kürze der Zeit nicht mehr geladen oder benachrichtigt werden konnte.

439. Entscheidungen, welche schon vor dem Anschlusse ergangen und der Staatsanwaltschaft bekannt gemacht waren, bedürfen keiner Bekanntmachung an den Nebenkläger.

Die Anfechtung solcher Entscheidungen steht auch dem Nebenkläger nicht mehr zu, wenn für die Staatsanwaltschaft die Frist zur Anfechtung abgelaufen ist.

440. Ist in der Hauptverhandlung weder der Nebenkläger noch ein Anwalt desselben erschienen, so wird das Urtheil dem ersteren zugestellt.

**441.** Der Rechtsmittel kann sich der Nebenkläger unabhängig von der Staatsanwaltschaft bedienen.

Wird auf ein nur von dem Nebenkläger eingelegtes Rechtsmittel die angefochtene Entscheidung aufgehoben, so liegt der Betrieb der Sache wiederum der Staatsanwaltschaft ob.

**442.** Die Anschließerkklärung verliert durch Widerruf sowie durch den Tod des Nebenklägers ihre Wirkung.

**443.** Die Befugniß, sich einer öffentlichen Klage nach den Bestimmungen der §§. 435—442. als Nebenkläger anzuschließen, steht auch demjenigen zu, welcher berechtigt ist, die Zuerkennung einer Buße zu verlangen.

Wer die Zuerkennung einer Buße in einem auf erhobene öffentliche Klage anhängigen Verfahren beantragen will, muß sich zu diesem Zwecke der Klage als Nebenkläger anschließen.

Vgl. §§. 188. 231 Str.-Ges.-B.

**444.** Der Antrag auf Zuerkennung einer Buße kann bis zur Verkündung des Urtheils erster Instanz gestellt werden.

Der Antrag kann bis zur Verkündung des Urtheils zurückgenommen, ein zurückgenommener Antrag nicht erneuert werden.

Wird der Angeklagte freigesprochen oder das Verfahren eingestellt, oder die Sache ohne Urtheil erledigt, so gilt auch der Antrag ohne weitere Entscheidung für erledigt.

Der Anspruch auf Buße kann von den Erben des Verletzten nicht erhoben oder fortgesetzt werden.

445. Der Nebenkläger hat den Betrag, welchen er als Buße verlangt, anzugeben.

Auf einen höheren Betrag der Buße als den beantragten darf nicht erkannt werden.

446. Die Bestimmungen der §§. 444., 445. finden auf den Fall entsprechende Anwendung, daß von dem die Buße Beanspruchenden die Privatklage erhoben wird.

---

## **Sechstes Buch.**

### **Besondere Arten des Verfahrens.**

#### **Erster Abschnitt.**

##### **Verfahren bei amsrichterlichen Strafbesehlen.**

447. In den zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen, mit Ausnahme der im §. 27. Nr. 3—8. des Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Vergehen, kann durch schriftlichen Strafbesehl des Amtsrichters ohne vorgängige Verhandlung eine Strafe festgesetzt werden, wenn die Staatsanwaltschaft schriftlich hierauf anträgt.

Durch einen Strafbesehl darf jedoch keine andere Strafe als Geldstrafe von höchstens einhundertfünfzig Mark oder Freiheitsstrafe von höchstens sechs Wochen, sowie eine etwa verwirkte Einziehung festgesetzt werden.

Die Ueberweisung des Beschuldigten an die Landes-

polizeibehörde darf in einem Strafbefehle nicht ausgesprochen werden.

Vgl. s. 362 Str.-Gef.-B.

448. Der Antrag ist auf eine bestimmte Strafe zu richten. Der Amtsrichter hat demselben zu entsprechen, wenn der Erlassung des Strafbefehls Bedenken nicht entgegenstehen.

Findet der Amtsrichter Bedenken, die Strafe ohne Hauptverhandlung festzusetzen, so ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen. Dasselbe gilt, wenn der Amtsrichter eine andere als die beantragte Strafe festsetzen will und die Staatsanwaltschaft bei ihrem Antrage beharrt.

Vgl. s. 211.

449. Der Strafbefehl muß außer der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, das angewendete Strafgesetz und die Beweismittel bezeichnen, auch die Eröffnung enthalten, daß er vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erhebe.

Auf den Einspruch kann vor Ablauf der Frist verzichtet werden.

Ein weiterer Inhalt, namentlich die Bezeichnung der Kasse, an welche die Geldstrafe einzuzahlen, ist nicht ausgeschlossen (Prot. S. 696).

450. Ein Strafbefehl, gegen welchen nicht rechtzeitig Einspruch erhoben worden ist, erlangt die Wirkung eines rechtskräftigen Urtheils.

451. Bei rechtzeitigem Einspruche wird zur Haupt-

verhandlung vor dem Schöffengerichte geschritten, sofern nicht bis zum Beginn derselben die Staatsanwaltschaft die Klage fallen läßt oder der Einspruch zurückgenommen wird.

Der Angeklagte kann sich in der Hauptverhandlung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertheidiger vertreten lassen.

Bei der Urtheilsfällung ist das Schöffengericht an den in dem Strafbefehle enthaltenen Ausspruch nicht gebunden.

452. Bleibt der Angeklagte ohne genügende Entschuldigung in der Hauptverhandlung aus, und wird er auch nicht durch einen Vertheidiger vertreten, so wird der Einspruch ohne Beweisaufnahme durch Urtheil verworfen.

Ein Angeklagter, welchem gegen den Ablauf der Einspruchsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt worden war, kann die letztere nicht mehr gegen das Urtheil beanspruchen.

## Zweiter Abschnitt.

### Verfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung.

453. Wo nach den Bestimmungen der Landesgesetze die Polizeibehörden befugt sind, eine in den Strafgesetzen angedrohte Strafe durch Verfügung festzusetzen, erstreckt sich diese Befugniß nur auf Uebertretungen.

Auch kann die Polizeibehörde keine andere Strafe als Haft bis zu vierzehn Tagen oder Geldstrafe und



diejenige Haft, welche für den Fall, daß die Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, an die Stelle der letzteren tritt, sowie eine etwa verwirkte Einziehung verhängen.

Die Strafverfügung muß außer der Festsetzung der Strafe die strafbare Handlung, das angewendete Strafgesetz und die Beweismittel bezeichnen, auch die Eröffnung enthalten, daß der Beschuldigte, sofern er nicht eine nach den Gesetzen zugelassene Beschwerde an die höhere Polizeibehörde ergreife, gegen die Strafverfügung binnen einer Woche nach der Bekanntmachung bei der Polizeibehörde, welche diese Verfügung erlassen hat, oder bei dem zuständigen Amtsgericht auf gerichtliche Entscheidung antragen könne.

Die Strafverfügung wirkt in Betreff der Unterbrechung der Verjährung wie eine richterliche Handlung.

Wo die Landesgesetze eine geringere Strafe als Grenze der polizeilichen Strafbefugniß festsetzen, hat es dabei sein Bewenden (Prot. S. 698). Vgl. E.-G. S. 6. u. zu Absatz 4. (§. 68 Str.-Ges.-B.)

**454.** Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung kann bei der Polizeibehörde schriftlich oder mündlich, bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden.

Die Polizeibehörde übersendet, falls sie nicht die Strafverfügung zurücknimmt, die Akten an die zuständige Staatsanwaltschaft, welche sie dem Amtsrichter vorlegt.

**455.** Gegen die Verjährung der Antragsfrist ist unter den in den §§. 44., 45. bezeichneten Voraus-

setzungen Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zulässig. Das Gesuch ist bei einer der im §. 454. Abs. 1 genannten Behörden anzubringen.

Ueber das Gesuch entscheidet der Amtsrichter.

Die Bestimmungen des §. 46. Abs. 2., 3. finden hier gleichfalls Anwendung.

456. Ist der Antrag rechtzeitig angebracht, so wird zur Hauptverhandlung vor dem Schöffengerichte geschritten, ohne daß es der Einreichung einer Anklageschrift oder einer Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens bedarf.

Bis zum Beginne der Hauptverhandlung kann der Antrag zurückgenommen werden.

Im Absatz 2 ist nur von dem Antrage des Beschuldigten auf gerichtliche Entscheidung die Rede. Die Strafverfügung verbleibt im Falle der Zurückziehung des Antrages in Kraft (Prot. S. 699).

457. Das Verfahren vor dem Schöffengericht ist dasselbe wie im Falle einer von der Staatsanwaltschaft erhobenen und zur Hauptverhandlung verwiesenen Anklage.

Der Angeklagte kann sich durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Verteidiger vertreten lassen.

Bei der Urtheilsfällung ist das Gericht an den Ausspruch der Polizeibehörde nicht gebunden.

Vgl. S. 211.

458. Stellt sich nach dem Ergebnisse der Hauptverhandlung die That des Angeklagten als eine solche dar, bei welcher die Polizeibehörde zum Erlasse einer Strafverfügung nicht befugt war, so hat das Gericht

die letztere durch Urtheil aufzuheben, ohne in der Sache selbst zu entscheiden.

### **Dritter Abschnitt.**

#### **Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle.**

459. Strafbefehide der Verwaltungsbehörden wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle dürfen nur Geldstrafen sowie eine etwa verwirkte Einziehung festsetzen.

Der Strafbefcheid muß außerdem die strafbare Handlung, das angewendete Strafgesetz und die Beweismittel bezeichnen, auch die Eröffnung enthalten, daß der Beschuldigte, sofern er nicht eine nach den Gesetzen zugelassene Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde ergreife, gegen den Strafbefcheid binnen einer Woche nach der Bekanntmachung bei der Verwaltungsbehörde, welche denselben erlassen, oder bei derjenigen, welche ihn bekannt gemacht hat, auf gerichtliche Entscheidung antragen könne.

Der Strafbefcheid wirkt in Betreff der Unterbrechung der Verjährung wie eine richterliche Handlung.

460. Wird auf gerichtliche Entscheidung angetragen, so überfenbet die Verwaltungsbehörde, falls sie nicht den Strafbefcheid zurücknimmt, die Akten an die zuständige Staatsanwaltschaft, welche sie dem Gerichte vorlegt.

461. In Betreff der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand finden die Bestimmungen des §. 455. entsprechende Anwendung.

462. Ist der Antrag rechtzeitig angebracht, so wird zur Hauptverhandlung vor dem zuständigen Gerichte geschritten, ohne daß es der Einreichung einer Anklageschrift oder einer Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens bedarf.

Bis zum Beginne der Hauptverhandlung kann der Antrag zurückgenommen werden.

Die Einleitung eines Vorverfahrens zur Aufklärung kann jedoch das Gericht beschließen (Prot. S. 699).

463. Ist die in einem vollstreckbaren Strafbefehle festgesetzte Geldstrafe von dem Beschuldigten nicht bezutreiben und deshalb ihre Umwandlung in eine Freiheitsstrafe erforderlich, so ist diese Umwandlung nach Anhörung der Staatsanwaltschaft und des Beschuldigten durch gerichtliche Entscheidung auszusprechen, ohne daß der Strafbefehl einer Prüfung des Gerichts unterliegt.

Die Entscheidung über die Umwandlung erfolgt, wenn für eine Urtheilsfällung das Schöffengericht zuständig gewesen wäre, durch Verfügung des Amtsrichters, in den übrigen Fällen durch Beschluß des Landgerichts.

Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.  
Vgl. §. 353.

464. Hat die Verwaltungsbehörde einen Strafbefehl nicht erlassen und lehnt die Staatsanwaltschaft den an sie gerichteten Antrag auf Verfolgung ab, so ist

die Verwaltungsbehörde befugt, selbst die Anklage zu erheben.

In einem solchen Falle hat sie einen Beamten ihres Verwaltungszweiges oder einen Rechtsanwalt als ihren Vertreter zu bestellen und in der Anklage namhaft zu machen.

Vgl. §. 198.

465. Die Staatsanwaltschaft ist zu einer Mitwirkung in jeder Lage des Verfahrens berechtigt.

Bei der Hauptverhandlung muß sie vertreten sein; auch hat sie die gerichtlich angeordneten Ladungen zu derselben zu bewirken.

Alle im Laufe des Verfahrens ergehenden Entscheidungen sind ihr bekannt zu machen.

466. Im Uebrigen regelt sich das Verfahren auf die von der Verwaltungsbehörde erhobene Anklage nach den für die Privatklage gegebenen Bestimmungen.

Vgl. §§. 416. 417. 422. 430.

467. Hat der Beschuldigte gegen einen Strafbescheid auf gerichtliche Untersuchung angetragen, oder hat die Staatsanwaltschaft die Anklage erhoben, so kann die Verwaltungsbehörde sich der Verfolgung anschließen, und sie hat alsdann gleichwie bei einer von ihr erhobenen Anklage einen Vertreter zu bestellen.

In diesem Falle kommen die für den Anschluß des Verletzten als Nebenkläger gegebenen Bestimmungen zur Anwendung.

Das Gericht ist an den Strafbescheid der Verwaltungsbehörde nicht gebunden (Prot. S. 700).

468. Wenn die Verwaltungsbehörde die Anklage erhoben oder sich der Verfolgung angeschlossen hat, so sind ihr das Urtheil und alle sonstigen Entscheidungen zuzustellen, auch wenn sie bei deren Verkündung vertreten gewesen ist.

469. Die Fristen zur Einlegung von Rechtsmitteln beginnen für die Verwaltungsbehörde erst mit der Zustellung.

Zur Anbringung von Revisionsanträgen und zur Gegenerklärung auf solche steht der Verwaltungsbehörde eine Frist von einem Monate zu.

#### Vierter Abschnitt.

**Verfahren gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben.**

470. Bei Untersuchungen gegen

Wehrpflichtige, welche in der Absicht, sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß das Bundesgebiet verlassen haben oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhalten (§. 140. Abs. 1. Nr. 1. des Strafgesetzbuchs),

Offiziere und im Offiziersrange stehende Ärzte des Beurlaubtenstandes, sowie beurlaubte Reservisten und Wehrmänner der Land- oder Seewehr, welche ohne Erlaubniß ausgewandert sind (§. 140. Abs. 1. Nr. 2. und

§. 360. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs), Ersatzreservisten erster Klasse, welche ausgewandert sind, ohne der Militärbehörde vorher Anzeige gemacht zu haben (§. 360. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs), und

Wehrpflichtige, welche nach öffentlicher Bekanntmachung einer vom Kaiser für die Zeit eines Krieges oder einer Kriegsgefahr erlassenen besonderen Anordnung im Widerspruch mit derselben ausgewandert sind (§. 140 Abs. 1. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs)

findet in Abwesenheit des Angeklagten eine Hauptverhandlung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen statt.

471. Für das Verfahren ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk der Angeklagte seinen letzten Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Deutschen Reich gehabt hat.

Das Verfahren kann gleichzeitig gegen mehrere Personen gerichtet werden und die Verhandlung und Entscheidung ungetrennt erfolgen.

472. Die Erhebung der Anklage und die Eröffnung der Untersuchung erfolgt auf Grund einer Erklärung der mit der Kontrolle der Wehrpflichtigen beauftragten Behörde.

Diese Erklärung ist in den Fällen des §. 140. Abs. 1. Nr. 1. des Strafgesetzbuchs dahin auszustellen:

daß der Wehrpflichtige sich zu den angeordneten Revisionen nicht gestellt,

daß der Aufenthalt desselben im Deutschen Reich nicht ermittelt worden, und

daß der angestellten Erkundigungen ungesichtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß der Wehrpflichtige, um sich dem Eintritt in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verlassen habe oder nach erreichten militärpflichtigen Alter im Auslande verblieben sei.

In den Fällen des §. 140. Abs. 1. Nr. 2. des Strafgesetzbuchs, sowie bei Untersuchungen gegen beurlaubte Reservisten und Wehrmänner wegen Auswanderns ohne Erlaubniß (§. 360. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs) ist die Erklärung dahin zu fassen:

daß der Aufenthalt des Offiziers, des Arztes, des Reservisten oder Wehrmanns im Deutschen Reich nicht ermittelt,

daß ihm eine Erlaubniß zur Auswanderung nicht erteilt worden, und

daß der angestellten Erkundigungen ungesichtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert sei.

Bei Untersuchungen gegen Ersatzreservisten erster Klasse wegen Auswanderns ohne Anzeige bei der Militärbehörde (§. 360. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs) ist die Erklärung dahin zu fassen:



daß der Aufenthalt des Ersatzreservisten im Deutschen Reich nicht ermittelt worden sei,

daß er von einer bevorstehenden Auswanderung der Militärbehörde eine Anzeige nicht gemacht habe, und

daß der angestellten Erkundigungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er ausgewandert sei.

In den Fällen des §. 140. Abs. 1. Nr. 3. des Strafgesetzbuchs ist die Erklärung dahin zu fassen:

daß der Aufenthalt des Wehrpflichtigen im Deutschen Reich nicht ermittelt worden und daß der angestellten Ermittlungen ungeachtet sich keine Umstände ergeben haben, welche die Annahme ausschließen, daß er nach öffentlicher Bekanntmachung der betreffenden kaiserlichen Anordnung ausgewandert sei.

**473.** Die Ladung des Angeklagten zur Hauptverhandlung erfolgt nach Vorschrift der §§. 320., 321 Abs. 1.

Die Ladung muß im Falle der öffentlichen Zustellung auch die Angabe des letzten deutschen Wohnorts oder Aufenthaltsorts des Angeklagten enthalten.

Der Ladung ist in jedem Falle die Warnung beizufügen, daß bei unentschuldigtem Ausbleiben der Angeklagte auf Grund der in §. 472. bezeichneten Erklärung verurtheilt werden.

474. Für die Hauptverhandlung findet die Bestimmung des §. 322. Anwendung.

475. Sind die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet, so erfolgt die Verurtheilung des abwesenden Angeklagten auf Grund der im §. 472. bezeichneten Erklärung, wenn sich nicht Umstände ergeben, welche dieser Erklärung entgegenstehen.

Bedarf es in Ansehung eines Angeklagten einer Beweisaufnahme, so ist die Sache von den übrigen zu trennen und gesondert zum Abschlusse zu bringen.

476. Die Zustellung des Urtheils erfolgt nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 40. Abs. 2.

### **Fünfter Abschnitt.**

#### **Verfahren bei Einziehungen und Vermögensbeschlagnahmen.**

477. In den Fällen, in welchen nach §. 42. des Strafgesetzbuchs oder nach anderweiten gesetzlichen Bestimmungen auf Einziehung, Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Gegenständen selbständig erkannt werden kann, ist der Antrag, sofern die Entscheidung nicht in Verbindung mit einem Urtheil in der Hauptsache erfolgt, seitens der Staatsanwaltschaft oder des Privatklägers bei demjenigen Gerichte zu stellen, welches für den Fall der Verfolgung einer bestimmten Person zuständig sein würde.

An die Stelle des Schwurgerichts tritt die an dessen Sitzungsorte bestehende Strafkammer.

478. Die Verhandlung und Entscheidung erfolgt in einem Termine, auf welchen die Bestimmungen über die Hauptverhandlung entsprechende Anwendung finden.

Personen, welche einen rechtlichen Anspruch auf den Gegenstand der Einziehung, Vernichtung oder Unbrauchbarmachung haben, sind, soweit dies ausführbar erscheint, zu dem Termine zu laden.

Dieselben können alle Befugnisse ausüben, welche einem Angeklagten zustehen, sich auch durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertheidiger vertreten lassen. Durch ihr Nichterscheinen wird das Verfahren und die Urtheilsfällung nicht aufgehalten.

479. Die Rechtsmittel gegen das Urtheil stehen der Staatsanwaltschaft, dem Privatkläger und den im §. 478. bezeichneten Personen zu.

480. Auf die im §. 93. des Strafgesetzbuchs vorgesehene Beschlagnahme des Vermögens eines Angeklagten finden die Bestimmungen der §§. 333—335. und auf die in §. 140. des Strafgesetzbuchs vorgesehene Beschlagnahme die Bestimmungen der §§. 325., 326. entsprechende Anwendung.

---

## Siebentes Buch.

### Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens.

#### Erster Abschnitt.

##### Strafvollstreckung.

481. Strafurtheile sind nicht vollstreckbar, bevor sie rechtskräftig geworden sind.

Vgl. §. 344.

482. Auf die zu vollstreckende Freiheitsstrafe ist unverkürzt diejenige Untersuchungshaft anzurechnen, welche der Angeklagte erlitten hat, seit er auf Einlegung eines Rechtsmittels verzichtet oder das eingelegte Rechtsmittel zurückgenommen hat, oder seitdem die Einlegungsfrist abgelaufen ist, ohne daß er eine Erklärung abgegeben hat.

Auch wenn Zuchthaus erkannt ist, ohne Umrechnung nach den Vorschriften des Str.-Gef.-B. (Prot. S. 706).

483. Die Strafvollstreckung erfolgt durch die Staatsanwaltschaft auf Grund einer von dem Gerichtsschreiber zu ertheilenden, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehenen, beglaubigten Abschrift der Urtheilsformel.

Den Amtsanwälten steht die Strafvollstreckung nicht zu.

Für die zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen kann durch Anordnung der Landes-

justizverwaltung die Strafvollstreckung den Amtsrichtern übertragen werden.

Vgl. §. 275, Ger.-Verf.=Gef. §. 143. Nr. 3.

**484.** In Sachen, in denen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, steht das Begnadigungsrecht dem Kaiser zu.

Vgl. Ger.-Verf.=Gef. §. 136. Nr. 1.

**485.** Todesurtheile bedürfen zu ihrer Vollstreckung keiner Bestätigung. Die Vollstreckung ist jedoch erst zulässig, wenn die Entschließung des Staatsoberhauptes und in Sachen, in denen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, die Entschließung des Kaisers ergangen ist, von dem Begnadigungsrechte keinen Gebrauch machen zu wollen.

An Schwangeren oder geisteskranken Personen darf ein Todesurtheil nicht vollstreckt werden.

Vgl. §. 13 Str.=Gef.=B.

**486.** Die Vollstreckung der Todesstrafe erfolgt in einem umschlossenen Raume.

Bei der Vollstreckung müssen zwei Mitglieder des Gerichts erster Instanz, ein Beamter der Staatsanwaltschaft, ein Gerichtsschreiber und ein Gefängnißbeamter zugegen sein. Der Gemeindevorstand des Orts, wo die Hinrichtung stattfindet, ist aufzufordern, zwölf Personen aus den Vertretern oder aus andern achtbaren Mitgliedern der Gemeinde abzuordnen, um der Hinrichtung beizuwohnen.

Außerdem ist einem Geistlichen von dem Religionsbekenntnisse des Verurtheilten und dem Verteidiger

und nach dem Ermessen des die Vollstreckung leitenden Beamten auch anderen Personen der Zutritt zu gestatten.

Ueber den Hergang ist ein Protokoll aufzunehmen, welches von dem Beamten der Staatsanwaltschaft und dem Gerichtsschreiber zu unterzeichnen ist.

Der Leichnam des Hingerichteten ist den Angehörigen desselben auf ihr Verlangen zur einfachen, ohne Feierlichkeiten vorzunehmenden Beerdigung zu verabsolgen.

Unter Mitgliefern des Gerichts erster Instanz sind Mitglieder des Landgerichts gemeint (Prot. S. 713).

487. Die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ist aufzuschieben, wenn der Verurtheilte in Geisteskrankheit verfällt.

Dasselbe gilt bei anderen Krankheiten, wenn von der Vollstreckung eine nahe Lebensgefahr für den Verurtheilten zu besorgen steht.

Die Strafvollstreckung kann auch dann aufgeschoben werden, wenn sich der Verurtheilte in einem körperlichen Zustande befindet, bei welchem eine sofortige Vollstreckung mit der Einrichtung der Strafanstalt unverträglich ist.

488. Auf Antrag des Verurtheilten kann die Vollstreckung aufgeschoben werden, sofern durch die sofortige Vollstreckung dem Verurtheilten oder der Familie desselben erhebliche außerhalb des Strafzwecks liegende Nachtheile erwachsen.

Der Strafausschub darf den Zeitraum von vier Monaten nicht übersteigen.

Die Bewilligung desselben kann an eine Sicherheitsleistung oder andere Bedingungen geknüpft werden.

Vgl. s. 118.

489. Die Staatsanwaltschaft ist befugt, behufs Vollstreckung einer Freiheitsstrafe einen Vorführungs- oder Haftbefehl zu erlassen, wenn der Verurtheilte auf die an ihn ergangene Ladung zum Antritt der Strafe sich nicht gestellt hat oder der Flucht verdächtig ist.

Auch kann von der Staatsanwaltschaft zu demselben Zwecke ein Steckbrief erlassen werden, wenn der Verurtheilte flüchtig ist oder sich verborgen hält.

Diese Befugnisse stehen im Falle des §. 483. Abs. 3. auch dem Amtsrichter zu.

490. Wenn über die Auslegung eines Strafurtheils oder über die Berechnung der erkannten Strafe Zweifel entstehen, oder wenn Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Strafvollstreckung erhoben werden, so ist die Entscheidung des Gerichts herbeizuführen.

Dasselbe gilt, wenn nach Maßgabe des §. 487. Einwendungen gegen die Ablehnung eines Antrags auf Aufschub der Strafvollstreckung erhoben werden.

Der Fortgang der Vollstreckung wird hierdurch nicht gehemmt; das Gericht kann jedoch einen Aufschub oder eine Unterbrechung der Vollstreckung anordnen.

491. Kann eine verhängte Geldstrafe nicht beigetrieben werden und ist die Festsetzung der für diesen Fall eintretenden Freiheitsstrafe unterlassen worden, so

ist die Geldstrafe nachträglich von dem Gericht in die entsprechende Freiheitsstrafe umzuwandeln.

Vgl. §§. 28. 29 Str. Gef.-B.

492. Ist Jemand durch verschiedene rechtskräftige Urtheile zu Strafen verurtheilt worden, und sind dabei die Vorschriften über die Zuerkennung einer Gesamtstrafe (§. 79. des Strafgesetzbuchs) außer Betracht geblieben, so sind die erkannten Strafen durch eine nachträgliche gerichtliche Entscheidung auf eine Gesamtstrafe zurückzuführen.

493. Ist der Verurtheilte nach Beginn der Strafvollstreckung wegen Krankheit in eine von der Strafanstalt getrennte Krankenanstalt gebracht worden, so ist die Dauer des Aufenthalts in der Krankenanstalt in die Strafzeit einzurechnen, wenn nicht der Verurtheilte mit der Absicht, die Strafvollstreckung zu unterbrechen, die Krankheit herbeigeführt hat.

Die Staatsanwaltschaft hat im letzteren Falle eine Entscheidung des Gerichts herbeizuführen.

494. Die bei der Strafvollstreckung nothwendig werdenden gerichtlichen Entscheidungen (§§. 490.—493.) werden von dem Gericht erster Instanz ohne mündliche Verhandlung erlassen.

Vor der Entscheidung ist der Staatsanwaltschaft und dem Verurtheilten Gelegenheit zu geben, Anträge zu stellen und zu begründen.

Kommt es auf die Festsetzung einer Gesamtstrafe an (§. 492.), und waren die verschiedenen hierdurch abzuändernden Urtheile von verschiedenen Gerichten er-



lassen, so steht die Entscheidung demjenigen Gerichte zu, welches die schwerste Strafart oder bei Strafen gleicher Art die höchste Strafe erkannt hat, falls hiernach aber mehrere Gerichte zuständig sein würden, demjenigen, dessen Urtheil zuletzt ergangen ist. War das hiernach maßgebende Urtheil von einem Gerichte höherer Instanz erlassen, so setzt das Gericht erster Instanz, und war eines der Strafurtheile von dem Reichsgericht in erster Instanz erlassen, das Reichsgericht die Gesamtstrafe fest.

Dasjenige Gericht ist zuständig, welches das Strafurtheil erlassen hat oder auf dessen freisprechender Entscheidung in höherer Instanz ein Strafurtheil ergangen ist (Prot. S. 732).

Gegen diese Entscheidungen findet, insofern sie nicht von dem Reichsgerichte erlassen sind, sofortige Beschwerde statt.

495. Die Vollstreckung der über eine Vermögensstrafe oder eine Buße ergangenen Entscheidung erfolgt nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte.

## **Zweiter Abschnitt.**

### **Kosten des Verfahrens.**

496. Jedes Urtheil, jeder Strafbefehl und jede eine Untersuchung einstellende Entscheidung muß darüber Bestimmung treffen, von wem die Kosten des Verfahrens zu tragen sind.

Wenn über die Höhe der Kosten oder über die Nothwendigkeit der unter ihnen begriffenen Auslagen

Streit entsteht, so erfolgt hierüber besondere Entscheidung.

Vgl. §§. 266. 369. 393. 394. 411. 413. 202. 170. 175.

497. Die Kosten, mit Einschluß der durch die Vorbereitung der öffentlichen Klage und die Strafvollstreckung entstandenen, hat der Angeklagte zu tragen, wenn er zu Strafe verurtheilt wird.

Stirbt ein Verurtheilter vor eingetretener Rechtskraft des Urtheils, so haftet sein Nachlaß nicht für die Kosten.

498. Wenn ein Angeklagter in einer Untersuchung, welche mehrere strafbare Handlungen umfaßt, nur in Ansehung eines Theils derselben verurtheilt wird, durch die Verhandlung der übrigen Straffälle aber besondere Kosten entstanden sind, so ist er von deren Tragung zu entbinden.

Mitangeklagte, welche in Bezug auf dieselbe That zu Strafe verurtheilt sind, haften für die Auslagen als Gesamtschuldner. Dies gilt nicht von den durch die Strafvollstreckung oder die Untersuchungshaft entstandenen Kosten.

499. Einem freigesprochenen oder außer Verfolgung gesetzten Angeschuldigten sind nur solche Kosten aufzuerlegen, welche er durch eine schuldbare Versäumniß verursacht hat.

Die dem Angeschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen können der Staatskasse auferlegt werden.

500. Bei wechselseitigen Beleidigungen oder Körperverletzungen wird die Verurtheilung eines oder beider

Theile in die Kosten dadurch nicht ausgeschlossen, daß einer derselben oder beide für straffrei erklärt werden.

Vgl. s. 428.

**501.** Ist ein, wenn auch nur außergerichtliches Verfahren durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden, so kann das Gericht dem Anzeigenden, nachdem derselbe gehört worden, die der Staatskasse und dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegen.

War noch kein Gericht mit der Sache befaßt, so erfolgt die Entscheidung auf den Antrag der Staatsanwaltschaft durch dasjenige Gericht, welches für die Eröffnung des Hauptverfahrens zuständig gewesen wäre.

Gegen die Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.

Vgl. s. 156.

**502.** Erfolgt eine Einstellung des Verfahrens wegen Zurücknahme desjenigen Antrags, durch welchen dasselbe bedingt war, so hat der Antragsteller die Kosten zu tragen.

Vgl. s. 431. u. Str.-Gef.-B. s. 64.

**503.** In einem Verfahren auf erhobene Privatklage hat der Verurtheilte auch die dem Privatkläger erwachsenen nothwendigen Auslagen zu erstatten.

Wird der Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen, oder wird das Verfahren eingestellt, so fallen dem Privatkläger die Kosten des Verfahrens sowie die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen zur Last.

Ist den Anträgen des Privatklägers nur zum Theil

entsprochen worden, so kann das Gericht die Kosten angemessen vertheilen.

Mehrere Privatkläger und mehrere Angeklagte haften als Gesamtschuldner.

Unter den nach den Bestimmungen dieses Paragraphen zu erstattenden Auslagen sind, wenn sich der Gegner der erstattungspflichtigen Partei eines Rechtsanwalts bedient, die Gebühren und Auslagen des Anwalts insoweit inbegriffen, als solche nach der Bestimmung des §. 87. der Civilprozeßordnung die unterliegende Partei der obliegenden zu erstatten hat.

504. Wird in dem Falle des §. 173. der Angeeschuldigte außer Verfolgung gesetzt oder freigesprochen, oder das Verfahren eingestellt, so finden auf den Antragsteller die Bestimmungen des §. 503. Abs. 2, 3, 4, 5 entsprechende Anwendung. Das Gericht kann jedoch nach Befinden der Umstände den Antragsteller von der Tragung der Kosten ganz oder theilweise entbinden.

Vor der Entscheidung über den Kostenpunkt ist der Antragsteller zu hören, sofern er nicht als Nebenkläger aufzutreten berechtigt war.

505. Die Kosten eines zurückgenommenen oder erfolglos eingelegten Rechtsmittels treffen Denjenigen, der dasselbe eingelegt hat. War das Rechtsmittel von der Staatsanwaltschaft eingelegt, so können die dem Beschuldigten erwachsenen nothwendigen Auslagen der Staatskasse auferlegt werden. Hatte das Rechtsmittel theilweisen Erfolg, so kann das Gericht die Kosten angemessen vertheilen.

Dasselbe gilt von den Kosten, welche durch einen Antrag auf Wiederaufnahme des durch ein rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens verursacht worden sind.

Die Kosten der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand fallen dem Antragsteller zur Last, soweit sie nicht durch einen unbegründeten Widerspruch des Gegners entstanden sind.

506. In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts in erster Instanz gehörigen Sachen sind die von der Staatskasse zu tragenden Kosten der Reichskasse aufzuerlegen.

---

# Register.

Die mit G. bezeichneten Zahlen bezeichnen die §§. des Gerichtsverfassungsgesetzes, die mit St. bezeichneten diejenigen der Strafprozeßordnung. E. bedeutet Einführungsgesetz.

## A.

**Abgaben**, öffentliche, Zuständigkeit bei Ansprüchen in Betreff derselben G. 70; Ueberweisung an das Schöffengericht G. 75; Zuständigkeit des Reichsgerichts G. 136; Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über deren Erhebung St. 459—469; Landesgesetzliche Bestimmungen bleiben unberührt St. E. 6. — beim Ersuchen um Rechtshilfe G. 165; — von der Flößerei G. 70.

**Ablehnung** des Dolmetschers G. 193; des Richters, Schöffen, Gerichtsschreibers St. 24 — 31; der Geschworenen St. 22. 32. 282. 283; des Sachverständigen St. 74; des Ersuchens um Rechtshilfe G. 159. 160. — Revisionsgrund St. 376.

**Ablehnungsfrist** G. 53.

**Ablehnungsgründe** bei Berufung zum Schöffengericht G. 35. 53, zum Geschworenenamt G. 85. 94.

**Ablehnungsrecht** des Angekl. und der Staatsanwaltschaft bei Bildung der Geschworenenbank St. 282. 283.

**Ablösung** von Gerechtigkeiten oder Reallasten G. 14. Nr. 2.

**Abschrift** von Entscheidungen St. 35.

**Absittung** G. 194 — 200; über die Schuldfrage St. 262; über mildernde Umstände St. 297.

**Abwesende**. Verfahren gegen sie St. 318—337; vorläufige Einstellung des Verfahrens St. 208; wann Hauptverhandlung zulässig St. 319; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand St. 234; Ladung St. 320. 321; Verteidiger, Angehörige St. 322; Urtheilseinstellung St. 323; Rechtsmittel St. 324; Beschlagnahme dem A. gehöriger Gegenstände St. 325; des Vermögens St. 326. 332 — 336. Wann Hauptverhandlung nicht zulässig St. 327; Verfahren St. 328—336; sicheres Geleit St. 337. — Verfahren gegen A., welche sich der Wehrpflicht entzogen haben St. 470—476.

**Adoption**, Zeugnisverweigerung St. 51. 54. 55. 57.

**Adoptivater**, Beistand in der Hauptverhandlung St. 149.

**Advokat** St. 130; f. auch Rechtsanwalt.

**Ärzte**, Ablehnung des Schöffen = G. 35, und Geschworenen =

nenamts G. 85; Zeugnißverweigerung St. 52. 55; Zuziehung bei Leichenschau und Leicheneröffnung St. 87, bei chemischen Analysen St. 91.

**Altenauslieferung**, wann nicht gestattet St. 96.

**Altenaufsicht** seitens des Staatsanwalts St. 194, des Vertheidigers St. 147, des Privatklägers St. 425.

**Altenkundigmachen** von Anträgen z. G. 47. 48. 54.

**Altenmittheilung** an Gerichte anderer Bundesstaaten G. 169.

**Altengefellschaften**, Zuständigkeit für die nach dem Gesetz vom 11. Juni 1870 strafbaren Handlungen G. 74; Vorstand kann Handelsrichter sein G. 113.

**Alter**, Ablehnung bei Berufung zum Schöffenamte G. 35, zum Geschworenenamte G. 85.

**Amtsanwälte**, Zuständigkeit G. 143. 146; Strafvollstreckung St. 483.

**Amtsbefugnisse**, Ueberschreitung derselben G. E. 11; Ansprüche daraus G. 70.

**Amtsenthebung** der Richter G. 8. G. E. 13, der Mitglieder der Kompetenzbehörden G. 17, der Handelsrichter G. 117, der Mitglieder des Reichsgerichts G. 128. 129.

**Amtsgerichte**, Begriff G. 22; Zuständigkeit G. 23. 24; Bildung der Schöffengerichte G. 25. 40–45, von Strafkammern bei ihnen G. 78; Berufungs- und Beschwerdeinstanz G. 71; Amtsanwälte G. 143; Ersuchen um Rechtshilfe G. 158. 162; Amtshandlungen anderer Gerichte im Amtsgerichtsbezirk G. 167. — Beson-

deres Verfahren in Forst- und Feldbrülsachen St. E. 3. — Anzeige und Anträge auf Strafverfolgung St. 156.

**Amtshandlungen**, Zuständigkeit gegen Reichsbeamte G. 70. G. E. 11; — außerhalb des Gerichtsbezirks G. 167; — des einzelnen Richters außerhalb der Sitzungen G. 182.

**Amtspflichten**, deren Verletzung ein Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens St. 399. 402.

**Amtsrichter** ist Vorsitzender des Schöffengerichts G. 26; stellt die Urliste der zum Schöffenamte Berufenen zusammen G. 39; Vorsitzender des Ausschusses G. 40 ff.; Mitglied der Strafkammer G. 78; wann Vorsitzender der Kammer für Handelsfachen G. 110. — Entscheidung über dessen Ablehnung St. 27; über Ablehnung eines Schöffen St. 31. — Zustellungen und Vollstreckungen St. 36; Maßregeln gegen Zeugen St. 50. 69; Entscheidung bei Beschlagnahme G. 98; Haftbefehle St. 125. 126. 128. 129. 132; Bestellung des Vertheidigers St. 144; Einschreiten auf Anrufen des Staatsanwalts St. 160, ohne solches St. 163; Führung der Voruntersuchung St. 183. 184; wann die Anklageschrift bei demselben einzureichen St. 197; Beweiserhebungen St. 200; Einsetzung der Akten an das Landgericht St. 207; Eröffnung der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht St. 211. — Beschwerde gegen dessen Verfügungen St. 346. 348. Verfahren bei Strafbefehlen desselben

- St. 447 — 452; Entscheidung auf Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung St. 455; Umwandlung von Strafbescheiden der Verwaltungsbehörden St. 463; Strafvollstreckung in Sachen, die vor die Schöffengerichte gehören St. 483, 489.
- Untersiegel**, Verschließung in Beschlagnommener Papiere St. 110.
- Unterschwiegenheit** St. 53.
- Androhung** bei Ladung des Beschuldigten St. 133.
- Angehörige** des Angeklagten, welche als Beistand zuzulassen St. 149; des abwesenden Angeklagten als Vertreter desselben St. 322, 324, 328; des Verurtheilten, welche die Wiederaufnahme des Verfahrens nach dessen Tode zu beantragen befugt sind St. 401.
- Angeklagter**, Begriff St. 155; Ladung desselben zur Hauptverhandlung und Mittheilung des Eröffnungsbeschlusses an ihn St. 214, 215; Ausbleiben und Entbindung vom Erscheinen in der Hauptverhandlung St. 229 — 234; Vernehmung St. 242; Entfernung aus dem Sitzungszimmer St. 246; hat das letzte Wort St. 257; Mittheilung der Spruchliste St. 277; Zuziehung desselben bei Bildung der Geschworenenbank St. 282 ff. 288; bei der Fragestellung St. 290, 291; Ladung vor das Berufungsgericht St. 364, 371.
- Angeschuldigter**, Begriff St. 155; dessen Stellung in der Voruntersuchung St. 199, 176 — 195; Mittheilung der Anklageschrift an ihn St. 199, des Beschlusses über Nichteröffnung des Hauptverfahrens St. 202.
- Anhängige Sachen** bei Inkrafttreten des G.B. G. E. 14, 18; der Str.Pr.O. St. E. 8 — 12.
- Anheften** zuzustellender Schriftstücke an der Gerichtstafel St. 40, 320, 323.
- Anklage**, Erfordernisse derselben bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht St. 211.
- Anklageschrift**, deren Einreichung St. 168, 196, 197; deren Inhalt St. 198; bei der Privatklage St. 421.
- Annahme** des ausgelassenen Geschworenen St. 283; Nichtannahme des Nebenklägers an denselben St. 437.
- Anschlußerklärung** des Nebenklägers ist schriftlich einzureichen St. 436; verliert ihre Wirkung St. 442. — **S. Nebenklage.**
- Antragsdelikte**. Form des Strafantrages St. 156; Verfolgung durch Privatklage St. 414, 435; Verhaftung vor dem Strafantrage St. 127, 130; Einstellung des Verfahrens, wenn der Antrag nicht vorliegt oder zurückgenommen ist St. 259.
- Antragsteller**, Beisehung desselben von der Einstellung des Verfahrens St. 169; dessen Beschwerderecht St. 170 ff.; Sicherheitsleistung St. 174; Kosten 502, 504.
- Anwalt** G. 130. f. Rechtsanwalt.
- Anwaltsprozesse**. Wenn der Vortrag in nichtdeutscher Sprache zu gestatten G. 189.



- Anzeige** strafbarer Handlungen St. 156. 157; Kosten bei falscher — St. 501.
- Apotheker**, Ablehnung des Schöffenamts G. 35.
- Arbeitgeber und Arbeiter**, Zuständigkeit der Streitigkeiten zwischen ihnen G. 23.
- Arbeitsverhältnis**, Zuständigkeit bei Streitigkeiten aus demselben G. 23.
- Armenrecht**, Bewilligung desselben bei der Privatklage St. 419.
- Armenunterstützung** schließt von Schöffen G. 33. und Geschworenenamts aus G. 85.
- Arrest** s. Beislagnahme.
- Arrestsachen** sind Ferienfachen G. 202.
- Aufenthaltort**, Berechnung der Zeugen- und Sachverständigengebühren nach dem Rechte desselben G. 166; Gerichtsstand St. 8. 471; Aufforderung des Abwesenden zur Anzeige desselben St. 330.
- Aufgebotsverfahren**, Zuständigkeit G. 23.
- Aufhebung** des Urtheils in der Berufungsinstanz St. 369, in der Revisionsinstanz St. 393, bei Wiederaufnahme des Verfahrens St. 411.
- Aufsichub** der Vollstreckung eines Urtheils bei der Wiederaufnahme des Verfahrens St. 400; der Vollstreckung der Freiheitsstrafe St. 487. 488. 490.
- Aufsicht**, dienstliche, bei den Amtsgerichten G. 22; bei der Staatsanwaltschaft G. 148. 152.
- Augenschein**, richterlicher St. 86; in der Voruntersuchung St. 185. 191. 193; zur Vorbereitung der Hauptverhandlung St. 224; Verlesung des Protokolls in der Hauptverhandlung St. 248.
- Ausbleiben** des Angeklagten in der Hauptverhandlung St. 229. 235. 370. 371.
- Auseinanderetzungen**, gutheerrlich-bäuerliche, Gerichtsbarkeit G. 14.
- Ausfertigungen** der Urtheile, deren Vollziehung St. 275.
- Ausgrabung** einer Leiche St. 87.
- Aushang** s. Anheften.
- Ausländer**, deren vorläufige Festnahme St. 112. 113.
- Auslagen**, baare, bei der Rechtshilfe G. 165; nothwendige des Verfahrens, Streit über deren Höhe St. 496; Haftung der Mitangeklagten St. 498; Können der Staatskasse auferlegt werden St. 499. 505; — bei der Privatklage St. 503.
- Ausland**, Gerichtsstand für dort begangene strafbare Handlungen St. 9 ff.
- Auslegung** der Urliste G. 36. 85.
- Ausloosung** der Schöffen G. 45. 46. 48. 57; der Geschworenen G. 91 ff. 94 St. 278 ff.; Einfluß auf die Abstimmung der Geschworenen G. 199.
- Ausnahmegerichte** sind unstatthaft G. 16.
- Ausschließung** eines Richters St. 22—24; Schöffen St. 31; Gerichtsschreibers St. 31; Geschworene St. 32. 279; — Revisionsgrund St. 377; — der Deffentlichkeit s. Deffentlichkeit.
- Ausshuh** zur Wahl der Schöffen G. 40 ff. 55. 57. 87.
- Aussetzung** der Verhandlung bei Unzuständigkeit des Schöffengerichts G. 28; beim Man-

gel notwendiger Verteidigung St. 145; beim Nichterhalten der Ladungsfrist St. 216; Anträge auf —, St. 227; zur Einziehung von Erfindungen St. 245; bei veränderter Sachlage St. 264; — der Untersuchung St. 261.

**Austräge** G. E. 7.

**Außerverfolgungsetzen** des Angeeschuldigten St. 196. 202.

**Auswanderung** Wehrpflichtiger, Verfahren St. 470—476.

**Auswanderungsexpediten**, Zuständigkeit für deren Streitigkeiten mit Reisenden G. 23.

**Auszüge** der Urtheile, deren Vollziehung St. 275; aus Kirchenbüchern und Personenstandsregistern, deren Verlesung in der Hauptverhandlung St. 248.

#### A.

**Baukgesetz**, ausschließliche Zuständigkeit bei strafbaren Handlungen gegen das — G. 74.

**Bausachen**, wenn sie Ferien-sachen sind G. 202.

**Beamte**, deren straf- oder civilrechtliche Verfolgung wegen Amtshandlungen G. E. 11; inwieweit sie nicht Schöffen sein können G. 34; Zuständigkeit bei Ansprüchen aus Amts-vergehen G. 70; deren Zeug-nisspflicht St. 49. 53; Pflicht zu einem Gutachten St. 76; zur Herausgabe von Akten St. 96. — E. Reichsbeamte, Staatsbeamte.

**Beauftragter und ersuchter Richter**, Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen St. 222, des Angeklagten St. 232, bei Abwesenheit des An-

geklagten St. 331; bei Wie-deraufnahme des Verfahrens durch denselben St. 409; Ver-fugnisse desselben gegen aus-bleibende Zeugen St. 50, bei Zeugniß- oder Fidesverweige-rung St. 69; Beschwerden über ihn St. 346—348.

**Beerdigung** der Schöffen G. 51, der Handelsrichter G. 115, der Dolmetscher G. 191, der Zeu-gen St. 58 ff., der Sachver-ständigen St. 79, der Geschmo-renen St. 288.

**Beerdigung** eines nicht natür-lichen Todes Verstorbenen oder Unbekannten St. 157.

**Befangenheit** eines Richters, Ablehnung wegen derselben St. 24 ff. — eines Schöffen St. 31; — eines Gerichts-schreibers St. 31; — Nichtbe-rücksichtigung des Ablehnungs-gefuhs ist Revisionsgrund St. 377.

**Begnadigungsrecht** des Kaisers und des Staatsoberhauptes St. 484. 485.

**Begünstiger** der strafbaren That sind unbeeidigt zu ver-nehmen St. 55, der Durchfu-hrung unterworfen St. 97. 102.

**Begünstigung**, Vergehen der, Zuständigkeit G. 27. 75.

**Beschlaf, aufrerheitlicher**, Zu-ständigkeit der Ansprüche aus demselben G. 23.

**Beisitzer** des Ausschusses zur Schöffenwahl G. 40.

**Beitand** des Angeklagten St. 137. 149, des Privatklägers St. 418.

**Beitritt** zur Privatklage St. 415.

**Bekanntmachung** von Ent-scheidungen St. 35 ff., der La-dung Abwesender St. 320, des Beschlusses über Vermögens-

beschlagnahme St. 326. 333.  
334. 335; der Aufhebung eines Urtheils 411.  
**Beleidigungen**, Zuständigkeit, G. 27. 75; Verfahren St. E. 11. St. 414 ff. 500.  
**Belehrung** der zur Zeugnißverweigerung berechtigten Angehörigen St. 51. 57; der Geschworenen St. 300 306.  
**Berathung** G. 194—200.  
**Berathungssammer** der Geschw. renen St. 301 ff.  
**Bergung** f. Senoth.  
**Berichtstatter**, Verhalten bei der Abstimmung G. 139. 199; Vortrag dess. St. 365. 366. 391.  
**Verurteilung** gegen Urtheile der Amtsgerichte G. 71, der Schöffengerichte G. 76, der Landgerichte G. 123; Vorschriften über dieselbe St. 354—373.  
**Verurtheilung** für die Einlegung St. 355. 356, für die Rechtfertigung St. 358; Verspätung St. 360.  
**Verurtheilung**, Befetzung der Strafkammern bei Uebertretungen G. 77; — vor den Landgerichten, Umfang der Beweisaufnahme St. 244.  
**Verurtheilung** über erfolglose Durchsuchung St. 107.  
**Verurtheilung** von Beweismitteln und einzuziehenden Gegenständen St. 94 ff. 98. 100; von Akten St. 96; in militärischen Dienstgebäuden St. 98; von Postsendungen, Briefen und Telegrammen St. 99; von Vermögensstücken Abwesender St. 325. 326. 332; des Vermögens wegen Hochverraths oder Landesverraths St. 480; Zurückgabe in Beschlag genommener Gegenstände St. 111.

**Beschlüsse**, Verkündigung G. 170; — über Ausschließung der Öffentlichkeit G. 175; zur Aufrechterhaltung der Ordnung G. 178; des Gerichts in der Voruntersuchung St. 178 — 183; über Eröffnung des Hauptverfahrens St. 199 — 210; in der Hauptverhandlung St. 242—270; über Beschlagnahmen St. 326. 332. 333; über Verwerfung der Verurteilung St. 363, der Revision St. 386. 388. 389.  
**Beschuldigte**, Ordnungsstrafen gegen sie G. 178 ff.; deren Ablehnungsrecht St. 24. 31. 74. 282. 283; Zuziehung bei der Leichenöffnung St. 88; Ladung und Vernehmung St. 133 — 136. 164; Verkehr mit dem Verteidiger St. 148; Theilnahme an den richterlichen Verhandlungen St. 167; Benachrichtigung von Einstellung des Verfahrens St. 168.  
**Beschwerde**, allgemeine Bestimmungen 346—352; — zu Ordnungsstrafen verurtheilter Schöffen G. 56; Zuständigkeit für Beschw. G. 71. 72. 123. 135. 160. 183; — über Verhaftung St. 114; gegen Bescheide des Staatsanwalts St. 170; über Verwerfung der Revision St. 386; gegen polizeiliche Strafverfügungen St. 453; gegen Strafbescheide der Verwaltungsbehörden St. 459; — sofortige Beschwerde, besondere Bestimmungen St. 353, — gegen Zurückweisung eines Ablehnungsgefuchs St. 28; gegen die das Gesuch um Wiederbereinsetzung verwerfende Entscheidung St. 46; gegen die angeordnete Verhaftung in

einer Irrenanstalt St. 81; gegen das Verfallen einer gestellten Sicherheit St. 122; gegen Geschlüsse in der Voruntersuchung St. 180. 181; gegen die Ablehnung der Eröffnung des Hauptverfahrens St. 209; gegen den Beschluß der Unzuständigkeit St. 270; gegen Unzulässigkeitsklärung der Berufung St. 363; gegen Entscheidungen erster Instanz im Wiederaufnahme-Verfahren St. 412. 455. 461; gegen Umwandlung der Geldstrafe in Freiheitsstrafe St. 463; gegen Verhängung einer Gesamtstrafe St. 494; gegen Auflegung von Kosten wegen falscher Anzeige St. 501.

**Beschwerdegericht** G. 71. 72.

**Bezeugung der Amtsgerichte** G. 22, der Schöffengerichte G. 26; der Landgerichte G. 58, der landgerichtlichen Civil- und Strafkammern G. 77; der Schwurgerichte G. 81; der Kammern für Handelsachen G. 109; der Oberlandesgerichte G. 119. 124; des Reichsgerichts G. 126. 140.

**Besondere Gerichte** G. E. 3. G. 13. 14. St. E. 3.

**Besserungsanstalt**, Unterbringung in solche, Zustellung des Urtheils an den Vertreter St. 268.

**Bestätigung, richterliche**, einer Beschlagnahme St. 98. 100.

**Betheuerungsformel** statt des Eides St. 64. 288.

**Betrug**, Zuständigkeit G. 27. 73. 75.

**Beweisanträge** St. 218; Beschluß über Ablehnung derselben St. 243.

**Beweisaufnahme** in der

Hauptverhandlung St. 243 ff.; Ablehnung St. 245.

**Beweiserhebung** durch die Staatsanwaltschaft St. 158 ff.; auf Anordnung des Gerichts oder des Amtsrichters St. 200; in der Voruntersuchung St. 188; vor dem Hauptverfahren auf Antrag d. Angeeschuldigten St. 206.

**Beweismittel**, Sicherstellung St. 94; Herbeischaffung zur Hauptverhandlung St. 213; Verspätung St. 245; Verlesung St. 248; neue in der Berufungsinstanz zulässig St. 364 und rechtfertigen Wiederaufnahme der Untersuchung St. 399.

**Bodmerei**, Zuständigkeit der Handelskammern G. 101.

**Briefe**, deren Beschlagnahme St. 99 ff.

**Bürgschaft** als Sicherheitsbestellung gegen Befreiung von der Untersuchungshaft St. 118.

**Bundesrath**, G. E. 15—17; Vorschlagsrecht bei Ernennung der Mitglieder des Reichsgerichts G. 127; des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte G. 150; — Mitglieder desselben, Exterritorialität G. 18—20; Vernehmung als Zeugen St. 49.

**Buße**, Antrag auf solche St. 443 ff.; Vollstreckung der Entscheidung St. 495.

# C.

**Civilkammern** der Landgerichte, Zuständigkeit G. 70. 71; Bezeugung G. 77.

**Civilgerichtliches Urtheil**, Abwartung desselben St. 261; Abänderung desselben kann Wiederaufnahme des Verfahrens begründen St. 399.

**Civilklage**, Bestimmung einer Frist zur Erhebung derselben durch den Strafrichter St. 261.  
**Civilprozesse** wegen Beleidigung und Körperverletzung, welche beim Auftreten der Str.Pr.O. anhängig sind St. E. 11.  
**Civilsenate**, Amtsenthebung eines Handelsrichters G. 112., bei den Oberlandesgerichten G. 120; bei dem Reichsgerichte G. 132; Vereinigung der letzteren G. 137. 139.

**D.**

**Deutsche** können nur Schöffen sein G. 31; Gerichtsstand, wenn sie das Recht der Exterritorialität genießen St. 11.  
**Deutsche Sprache** ist Gerichtssprache G. 186.  
**Diebstahl**, Zuständigkeit G. 27. 73. 75.  
**Dienstalter**, Bedeutung bei Vertretungen G. 63. 65; bei der Abstimmung G. 199.  
**Dienstaufsicht** s. Aufsicht.  
**Dienstboten** sind unfähig zum Schöffenamte G. 33. f. Dienstverhältniß.  
**Dienstgebäude**, militärische, Beschlagnahmen in denselben St. 98; Durchsuchungen St. 105.  
**Dienstverhältniß**, Ansprüche der Richter aus demselben G. 9, der Staatsbeamten G. 70; Zuständigkeit für Klagen zwischen Herrschaft und Gefinde G. 23.  
**Dienstzeit** der Mitglieder des Reichsgerichts, Berechnung derselben G. 130.  
**Direktoren** der Landgerichte G. 68. 61. 63. 65. 89.  
**Dolmetscher**, Zuziehung des-

selben G. 187. 188. 192. St. 63. 158; Eid desselben G. 191; Ablehnung G. 193.  
**Durchsuchung**, Verfahren und Grundfälle St. 102—111; Beschränkung St. 104; Zuziehung von Gemeindebeamten zc. St. 105; in militärischen Dienstgebäuden St. 105; Durchsicht von Papieren St. 110.

**E.**

**Ehegatten** können ein Zeugniß St. 51. 54. 55. 57, ein Gutachten verweigern St. 76; ihre Stellung bei der Beschlagnahme St. 95. 97; Befugniß zum Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 401, zur Fortsetzung der Privatklage St. 433. — S. Angehörige, Ehemann.  
**Ehemann**, Ausschließung vom Richteramt St. 22, vom Gerichtsvollzieheramt G. 156; Beistand in der Hauptverhandlung St. 149; Befugniß zur Einlegung von Rechtsmitteln St. 340. — S. Angehörige, Ehegatten.  
**Ehesachen**, Wirkungslosigkeit geistlicher Gerichtsbarkeit G. 15; Ausschließung der Defensivität G. 171.  
**Ehrenamt** ist das Amt des Schöffen G. 31, des Geschworenen G. 84, des Handelsrichters G. 111.  
**Ehrenrechte**, Aberkennung macht unfähig zum Schöffenamte G. 32, zum Geschworenenamte G. 85, kann vom Zutritt zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen ausschließen G. 176.  
**Eid** bei Ablehnungen nicht zulässig St. 26. 74; Versicherung des Zeugen auf den früher ge-

leisteten — St. 66. S. auch Vereidigung.

**Eidesformel** für Zeugen St. 61. 62; für Sachverständige St. 79.

**Eidesleistung** in nichtdeutscher Sprache G. 190; Pflichten des Richters St. 59. 60; Eidesformel St. 61. 62; Zeitpunkt St. 65. 72. 222; Verufung auf früher geleisteten Eid St. 66; Verweigerung St. 69; — von Steuern St. 63, durch Vertheuerungsformel St. 64; — der Landesherren u. St. 71. — S. auch Vereidigung.

**Eidespflicht**, Verletzung derselben St. 399.

**Eigennuß**, strafbarer St. 75.

**Einführungstermin** des GVG. G. E. 1; der Strafprozessordnung St. E. 1.

**Einlassungsfrist** für Handelsfachen G. 102.

**Einregistrirungsgebühren** bleiben bei der Rechtshilfe außer Anschlag G. 165.

**Einsprache** gegen die Urlisten 37 ff. 89.

**Einspruch** gegen einen amtsrichterlichen Strafbefehl, Frist 449; Wirkung 450 ff.

**Einstellung des Verfahrens** durch die Staatsanwaltschaft St. 168 ff.; vorläufige — durch das Gericht St. 203 ff., 208; bei der Privatklage St. 429. 433.

**Einstellungsbeschuß**, Aufhebung desselben auf Antrag der Staatsanwaltschaft St. 209; bei den Antragsdelikten St. 259.

**Einwand** der Unzuständigkeit St. 16; gegen Eröffnung der Voruntersuchung St. 179; gegen die Eröffnung des Haupt-

verfahrens St. 199; gegen die Zulässigkeit der Strafvollstreckung St. 490.

**Eingekerkert** G. 22.

**Eingekerkert**, Verfahren St. 477 ff.; — durch amtsgerichtliche Strafbefehle St. 447, durch polizeiliche Strafverfügung St. 453, durch Strafbefehle der Verwaltungsbehörden St. 459.

**Elbsollgerichte** G. 14.

**Eltern** können die Privatklage nach dem Tode des Kindes fortsetzen St. 433.

**Elbsoll-Lothringen**, Gerichtssprache G. E. 12.

**Endurtheile** der Landgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Zuständigkeit über die Verurteilung G. 123; — der Oberlandesgerichte, Zuständigkeit für die Revision G. 135.

**Entfernung**, große, kann entbinden vom Erscheinen des Zeugen St. 222, des Angeklagten in der Hauptverhandlung St. 232.

**Enthebung vom Amte** f. Amtsenthebung.

**Entwürdigungsverfahren**, inwiefern Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindet G. 172.

**Entscheidungen**, gerichtliche, St. 33 ff.; deren Bekanntmachung St. 35 ff.

**Erben** des Verletzten können Anspruch auf Buße nicht erheben St. 444.

**Ergänzung der Voruntersuchung** St. 200; der Geschworenenbank St. 280.

**Ergänzungsgeschworene**, Zuziehung G. 194; St. 285.

**Ergänzungsrichter**, Zuziehung G. 194.

**Ergänzungsschöffen**, Zuziehung G. 194.

**Ergreifung**, Gerichtsstand St. 9.  
**Eröffnungsitzung** des Schwurgerichts, Ladung der Geschworenen G. 93.

**Erziehungsanstalt**, Unterbringung in solche, Zustellung an den Vertreter St. 268.

**Ersuchter Richter** s. Beauftragter Richter.

**Exterritorialität**, Gerichtsbarkeit G. 18. 19; Gerichtsstand St. 11.

#### 4.

**Fachbehörde**, Gutachten St. 83. 91; — kollegiale, Gutachten und Vertretung desselben durch ein Mitglied St. 255.

**Fähigkeit** zum Richteramte G. 2—5. G. E. 22, beim Reichsgerichte G. 127; zum Schwurgerichte G. 91, zum Geschworenengerichte G. 84; zum Amte des Handelsrichters G. 113. 114.

**Familienglieder** der Landesherren G. E. 5; der Missionen G. 19.

**Feldtrügesachen** St. E. 3.

**Ferien** G. 202—204.

**Ferienkammern** bei den Landesgerichten G. 203.

**Ferriesachen** G. 202. 204.

**Ferienenate** bei den Oberlandesgerichten und dem Reichsgerichte G. 203.

**Fesselung** des Verhafteten St. 116.

**Festnahme**, vorläufige G. 185. St. 127 ff.

**Floßer**, Zuständigkeit der Streitigkeiten derselben mit Reisenden G. 23.

**Floßerei** s. Abgaben.

**Fluchtverbot**, Verhaftung St. 112. 113; Sicherheitsleistung

St. 117. 120; vorläufige Festnahme St. 127; Verhaftung behufs Vollstreckung einer Freiheitsstrafe St. 489.

**Flüchtige** können auf das Gebiet eines anderen Bundesstaats verfolgt und dort ergriffen werden St. 168; Erlaß von Steckbriefen St. 131.

**Forstrügesachen**, St. E. 3.

**Fragestellung** an die Zeugen St. 239—241; an die Geschworenen St. 290 ff.; Revisionsgrund St. 379.

**Freiheitsstrafen**, Rechtshülfe bei deren Vollstreckung G. 163. 164; Vollstreckung St. 487 ff.

**Fuhrleute**, Fuhrlohn, Zuständigkeit bei Streitigkeiten mit Reisenden G. 23.

**Freisprechung** des Angeklagten St. 314. 411.

**Fristen**, Berechnung, Verjährung St. 42. 43; Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Verjährungen St. 44 — 47; F. zur Erhebung der öffentlichen Klage St. 126; für den Antrag auf Bestellung eines Vertheidigers St. 140; für die Beschwerde über die Einstellung des Verfahrens St. 170; für die Sicherheitsleistung St. 174; für die Ladung zur Hauptverhandlung St. 216; zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen in Abwesenheit gesprochene Urtheile St. 234; für Ladungen Abwesender St. 320; für die Anmeldungen von Rechtsmitteln Seitens Verhafteter St. 341; für sofortige Beschwerde St. 353, für die Berufung St. 355. 356. 358. 360; für die Revision St. 381. 382. 385. 387; für die Ladung des

Privatklägers St. 425; für die Wiedereinsetzung des Privatklägers in den vorigen Stand St. 431; für die Fortsetzung der Privatklage wegen Verleumdung Seitens der Eltern z. St. 433; für den Einspruch gegen amtsgerichtliche Strafbefehle St. 449; für die Beschwerde über polizeiliche Strafverfügungen St. 453, 455; für die Beschwerde über Strafbefehle der Verwaltungsbehörden St. 459, 461; für Revisionsanträge und Gegenerklärungen der Verwaltungsbehörden St. 469.

# G.

**Gebrechen**, geistiges u. körperliches, befreit vom Schöffen- und Geschworenennam St. 33, 85; — körperliches, eines Mitgliedes des Reichsgerichts G. 130.

**Gebrechlichkeit** eines Zeugen oder Sachverständigen St. 222.

**Gebühren** beziehen Richter nicht G. 7; für Sachverständige G. 166. St. 84, für den Verteidiger St. 150, für den Anwalt bei der Privatklage St. 503; Zeugengebühren G. 166. St. 70.

**Gebührenordnung** G. E. 1. St. 70, 84, 150.

**Gefährdung** öffentlicher Sicherheit, Einfluß auf den Gerichtsstand St. 15.

**Gefälle** s. Abgaben.

**Gefangenordnung**, Aufrechterhaltung derselben St. 116.

**Gegenerklärung** auf die Beschwerde St. 350, auf die Revision St. 387, auf den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 408, der Verwaltungsbehörde St. 469.

**Gegenüberstellung** von Zeugen oder mit dem Beschuldigten St. 58.

**Gehalt** der Richter G. 7—9, der Mitglieder des Reichsgerichts G. 128—130. Translatortische Bestimmungen G. E. 19, 21.

**Geisteskrankheit** des Angeeschuldigten läßt vorläufige Einstellung des Verfahrens zu St. 203; von Zeugen, Sachverständigen, Mitbeschuldigten gestattete Verlesung des Vernehmungsprotokolls St. 250; des Verurtheilten hindert Vollstreckung der Todes- u. Freiheitsstrafe St. 485, 487. — S. auch G. 172.

**Geisteszustand** des Angeeschuldigten, Beobachtung in einer Irrenanstalt St. 81.

**Geistliche** sind befreit vom Schöffen- u. Geschworenennam G. 34; dürfen ein Zeugniß verweigern St. 52.

**Geistliche Gerichtsbarkeit** ohne bürgerliche Wirkung G. 15.

**Geldstrafe**, Beschlagnahme zur Deckung derselben St. 325; Umwandlung in Freiheitsstrafe St. 463, 491; Vollstreckung St. 495.

**Geltit**, sicheres, St. 337.

**Gemeindebeamter**, Zuziehung bei der Durchsuchung St. 105.

**Gemeindebezirk**, Bedeutung bei Privatklagen wegen Verleumdung St. 420.

**Gemeindedienst** eines Bundesstaats, Berücksichtigung bei Berechnung der Dienstzeit eines Mitgliedes des Reichsgerichts G. 130.

**Gemeinderichte**, inwieweit als besondere Gerichte zuzulassen G. 14.



**Gemeinbediensteter**, Zugehung bei Durchsuchungen St. 105.

**Gemeindevorsteher** Obliegenheiten bei Aufstellung der Urliste G. 36. 38.

**Gemeingefährliche Vergehen**, Verweisung vor die Schöffengerichte G. 75.

**Gerechtigkeiten**, Ablösung von, Zulassung besonderer Gerichte G. 14.

**Gerichte**, unabhängige G. 1; ordentliche G. 12. 13. G. E. 4; besondere G. 14. G. E. 3; sind Staatsgerichte G. 15, entscheiden über Zulässigkeit des Rechtsweges G. 17; haben Rechtshilfe zu leisten G. 157; Öffentlichkeit der Verhandlungen G. 170.

**Gerichtsarzt** muß bei der Leichenöffnung zugezogen werden St. 87.

**Gerichtsbarkheit** G. 12—21. G. E. 3. 4. 10.

**Gerichtsferien** G. 201—204. — S. Ferien.

**Gerichtspersonen**, Ausschließung u. Ablehnung St. 22—32.

**Gerichtsschreiber**, Protokoll über die Ausloosung G. 45, und Beedigung der Schöffen G. 51, über die Ausloosung der Geschworenen G. 91; Mitwirkung bei der Rechtshilfe G. 162; kann Dolmetscher sein G. 192. — Ablehnung desselben St. 31; Zuziehung bei Vorbereitung der öffentl. Klage St. 166, in der Voruntersuchung St. 185, in der Hauptverhandlung St. 225; Ertheilung von Ausfertigungen und Auszügen der Urtheile St. 275; Protokollirung von Erklärungen über Rechtsmittel St. 341, der Pri-

vaiklage St. 421, des Einspruchs gegen amtlicherliche Strafbefehle St. 449, des Antrags auf gerichtliche Entscheidung nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung St. 454.

**Gerichtsschreiberei** G. 154.

**Gerichtssiegel** St. 275.

**Gerichtssprache** G. 186—193; in Elßaß-Lothringen G. E. 12.

**Gerichtsstand**, allgemeine Vorschriften St. 7—21; für Abwesenbe, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben St. 471; binglicher G. 20.

**Gerichtstafel**, Anbesten von Zustellungen St. 40, der Ladung St. 320, eines Urtheils St. 323.

**Gerichtsvollzieher** sollen nicht Schöffen sein G. 34, nicht Geschworene G. 85; Dienstverhältnisse G. 155; Ausschließung G. 156; Beauftragung bei der Rechtshilfe G. 162, mit Zustellung der Ladung St. 38.

**Gesammtstrafe**, nachträgliche Entscheidung auf solche St. 492. 494.

**Geschäftsbeinrichtung** bei dem Reichsgerichte G. 154.

**Geschäftsjahr**, Bestellung der Untersuchungsrichter auf die Dauer desselben G. 60; Bildung der Kammern vor Beginn desselben G. 61. 62. 78; Zueinführung von Untersuchungen nach Ablauf desselben G. 64; Mitwirkung von Geschworenen über dasselbe hinaus G. 95; Einfluß auf das Geschworenen- und Schöffensamt G. 97. — S. auch G. E. 20.

**Geschäftsordnung** bei dem Reichsgerichte G. 141.

**Geschäftspersonal** der Missionen und des Bundesraths, Gerichtsbarkeit G. 18.

**Geschäftsvertheilung** bei den Landgerichten G. 61—68. G. E. 20; bei den Oberlandesgerichten G. 121. G. E. 20; bei den Reichsgerichten G. 133. G. E. 20.

**Geschworene**, Ablehnung des Schöffenamts G. 35; Qualifikation G. 84; Urliste für die Auswahl G. 85; Auswahl G. 86—89; Jahresslisten G. 89; Ausloosung G. 91; Spruchliste G. 92; Ladung G. 93; Entscheidung über Ablehnungs- und Hinderungsgründe, Ergänzung G. 94; Mitwirkung über das Ende des Geschäftsjahrs hinaus G. 95; Reisekosten, Ordnungsstrafen G. 96; Berathung und Abstimmung G. 194. 197. 199. 200; Ausschließung St. 32; Bildung der Geschworenenbank St. 278 ff.; Auscheidung 279; Ausloosung, Ergänzung St. 280; Ablehnung St. 282—285; Beerdigung St. 288; Fragestellung St. 290—298; Belehrung durch den Vorsitzenden St. 300; Berathung und Abstimmung St. 301—303; Wahl des Obmannes St. 304; Wahrspruch St. 305—313; Irrthum St. 317. — Mitwirkung eines ausgeschlossenen G. ist Revisionsgrund St. 377.

**Geschworenenbank**, deren Bildung St. 278 ff.; vorschriftsmäßige Besetzung begründet Revision St. 377. S. Geschworene.

**Gesellschaften** als Privatkläger St. 414.

**Gesetz** im Sinne der Strafpro-

zedordnung St. E. 7; wann es verletzt ist St. 376.

**Gesetzesverletzung** begründet Revision St. 376.

**GesetzgebendeVersammlung**, deutsche Mitglieder dürfen das Schöffenamts ablehnen G. 35.

**Gefinde**, Streitigkeiten mit der Dienstherrschaft, Zuständigkeit G. 23.

**Geständniß** einer strafbaren Handlung, Wiederaufnahme des Verfahrens St. 402.

**Gewerbegerichte** G. 14.

**Gewerbeordnung**, Streitigkeiten aus § 108 derselben, Zuständigkeit G. 23.

**Güterpflege** über in Beschlag genommenes Vermögen St. 334.

**Gutachten** der Sachverständigen G. 75 ff.; über den Geisteszustand des Angeeschuldigten St. 81; einer Fachbehörde G. 83; Verlesung und Vertretung des G. einer Fachbehörde in der Hauptverhandlung G. 255. — Gebühren G. 84.

#### G.

**Gaß** als Mittel der Sitzungspolizei G. 178 ff.; zur Erzwingung eines Zeugnisses St. 69.

**Gaßbefehl** in der Untersuchung St. 114. 124—132; behufs Vorführung in der Hauptverhandlung St. 229. 235; zum Zweck der Strafvollstreckung St. 489.

**Handelsfirma**, Recht zum Gebrauche derselben, Zuständigkeit für Streitigkeiten darüber G. 101.

**Handelsgebräuche** G. 118.

**Handelsgeschäfte**, Zuständigkeit für Streitigkeiten über solche G. 101.

**Handelsgesellschaft**, Zustän-

bigkeit in Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern derselben G. 101.

**Handelskammern** s. Kammern für Handelsachen.

**Handelsmüller**, Zuständigkeit für Streitigkeiten aus den Verurtheilungen desselben G. 101.

**Handelsniederlassung**, Zuständigkeit für Streitigkeiten des Eigentümers mit dem Prokuristen u. G. 101.

**Handelsregister**, Antrag auf Verweisung vor die Handelskammer seitens eines nicht eingetragenen Beklagten G. 104; auch der in dasselbe eingetragene Gewerke kann Handelsrichter sein G. 113.

**Handelsrichter**, Zahl und Stimmrecht G. 109; Ernennung G. 112; Fähigkeit G. 113. 114; Verpflichtung G. 115; Rechte und Pflichten G. 116; Enthebung vom Amte G. 116.

**Handlungsbevollmächtigte**, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit dem Eigentümer der Handelsniederlassung und mit einem Dritten G. 101.

**Handlungsgehilfen**, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit dem Eigentümer der Handelsniederlassung G. 101.

**Handwerker**, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit Reisenden G. 23.

**Hansestädte**, freie, Mitglieder der Senate, Befreiung derselben vom Schöffens- und Geschworenenamte G. 34. 85; Vernehmung als Zeugen St. 49.

**Hauptfrage** an die Geschworenen St. 293.

**Hauptgeschworene** G. 89—92.

**Hauptschöffen** G. 43—45.

**Hauptverfahren**, welche Richter von demselben ausgeschlossen sind St. 23; Entscheidung über die Eröffnung St. 196—211; Anlageschrift St. 196—199. 206; Ergänzung bezw. Eröffnung einer Voruntersuchung St. 200; Beschluß über Nichteröffnung des Verfahrens St. 202; Vorläufige Einstellung des Verfahrens St. 203; Beschluß über die Unterzuchtshaft St. 205; Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses St. 209; Eröffnung vor dem Schöffengerichte und durch den Untersuchungsrichter St. 211, auf die Privatklage St. 423; Verlesung des Eröffnungsbeschlusses in der Hauptverhandlung St. 242. — S. auch G. 75. 129. 137. 138 St. 155.

**Hauptverhandlung**, Rechte der Schöffen in derselben G. 30; Befragung der Strafkammern in derselben G. 77; — Vorbereitung St. 212—224; Anberaumung des Termins St. 212; Ladungen St. 213—221; Vernehmungen durch einen beauftragten oder ersuchten Richter St. 222. 223; Augenscheinnahme St. 224. — Ununterbrochene Gegenwart der Urtheilssinder, der Staatsanwaltschaft und des Gerichtsschreibers St. 225; Entscheidung über Anträge auf Aussetzung St. 227; Unterbrechung St. 227. 228; Verfahren bei Abwesenheit oder Abwesenheit des Angeklagten St. 229 bis 235. 319 ff.; Verbindung mehrerer Strafsachen St. 236; Leitung der Verhandlung, Vernehmung des Angeklagten und

Aufnahme des Beweises St. 237; Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen durch Staatsanwalt und Verteidiger St. 238; Fragen der Richter, der Staatsanwaltschaft, des Angeklagten, Verteidigers, der Geschworenen und Schöffen an Zeugen und Sachverständige St. 239—241; Gang der Verhandlung St. 242 ff.; Vernehmung des Angeklagten St. 242; Beweisaufnahme St. 243 bis 256; Ausführungen d. Staatsanwaltschaft und des Angeklagten St. 257; Erlassung des Urtheils St. 259—270; Protokoll St. 271—274. — Hauptverhandlung vor den Schwurgerichten St. 276 ff.; in der Berufungsinstanz 364—373; in der Revisionsinstanz St. 391; bei der Privatklage St. 427 ff.; nach Erlass eines amtsrichterlichen Strafbefehls St. 451 ff.; bei gerichtlicher Entscheidung auf Strafbefehle der Verwaltungsbehörden St. 462 ff.; im Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige St. 470 ff.

**Hausverfassungen** G. E. 5. St. E. 4.

**Haveret**, Zuständigkeit der Streitigkeiten G. 101.

**Hehl** sind unbeeidigt zu vernehmen St. 56; Durchsuchung St. 102.

**Hehlerei**, Zuständigkeit G. 27. 73. 75.

**Heimathloser** Angeschuldigter, Verhaftung desselben St. 112.

**Hinrichtung** St. 486.

**Hochverrath**, Zuständigkeit G. 136, Vermögensbeschlagnahme St. 480.

**Hohenzollern**, Fürstliche Familie G. E. 5. St. E. 4. St. 71.

**Hülfsfrage** an die Geschworenen St. 294; Ablehnung derselben St. 296.

**Hülfsgeschworene** G. 89. 90; Liste der — G. 98; Ergänzung der Geschworenenbank St. 280.

**Hülfsrichter** bei den Landgerichten G. 69, Oberlandesgerichten G. 122; beim Reichsgericht G. 134.

**Hülfschöffen** G. 42 ff.

**Hülfsenate** beim Reichsgericht G. E. 16.

### I.

**Jahreslisten** der Schöffen G. 44. 49. 52. St. E. 2; der Geschworenen G. 90. 94. St. E. 2.

**Inhaberpapiere** mit Prämien, Zuständigkeit für Zuwiderhandlungen gegen das Gef. vom 8. Juni 1871 G. 74.

**Irenanstalt**, Unterbringung des Angeschuldigten in einer solchen St. 81.

**Irrthum** der Geschworenen St. 317; — in der Bezeichnung des Rechtsmittels St. 342.

**Junge Personen**, Zuständigkeit bei Verbrechen derselben G. 73; Veragung des Zutritts zu den öffentlichen Verhandlungen G. 176; unbeeidigte Vernehmung als Zeugen St. 56.

**Justizbeamte** als Verteidiger St. 144.

**Justizdienst**, Vorbereitung für denselben in einem anderen Bundesstaate G. 3.

**Justizverwaltung**, Uebersetzung von Geschäften derselben an die betr. Landesbehörden G. E. 4. — S. auch Landesjustizverwaltung.

### A.

**Kaiser**, Ernennung der Mit-

glieder des Reichsgerichts G. 127, des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte durch denselben G. 150; Zuständigkeit des Reichsgerichts bei Hochverrath und Landesverrath gegen denselben G. 136; Begnadigungsrecht St. 484. 485.

**Kaiserliche Verordnung** G. E. 3. 15—17.

**Kammern** bei den Landgerichten G. 61 ff. G. E. 20. S. auch Zivilkammern, Strafkammern.

**Kammern für Handelsfachen** G. 100—118; Zuständigkeit G. 101; Antrag auf Verweisung vor dieselben und Entscheidung darüber G. 102—108; Besetzung G. 109, 110; Entscheidung derselben ohne kaufmännische Begutachtung aus eigener Sachkunde St. 118.

**Kauffahrtschiffe**, Nationalität der, Zuständigkeit bei Zuwiderhandlungen gegen das Gef. v. 25. Oktbr. 1867. G. 74.

**Kaufmann**, Zuständigkeit für Klagen aus Handelsgeschäften G. 101, f. auch G. 103. 104. 113.

**Kirchenbücher**, Auszüge aus solchen, Verlesung in der Hauptverhandlung St. 248.

**Kinder** können die Privatklage nach dem Tode des Klägers fortsetzen St. 433. — S. auch Angehörige.

**Klage**, öffentliche f. öffentliche Klage.

**Körperverletzungen**, Zuständigkeit G. 27. 75; Verfolgung im Wege der Privatklage St. 414 ff.; Sühneversuch St. 420; Widerklage St. 428; wechselseitige Körperverletzungen St. 428. 500. — S. auch St. E. 11.

**Kommanditgesellschaften** auf

Aktien, Zuständigkeit bei nach dem Gef. vom 11. Juni 1870 strafbaren Handlungen G. 74.

**Kompetenzbehörden** G. 17. G. E. 17.

**Konkursverfahren**, Ferien sind auf dasselbe ohne Einfluß G. 204.

**Konsolidationen** G. 14.

**Konsulin**, Gerichtsbarkeit G. 21. S. auch Wahlkonsulin.

**Korporationen** als Privatkläger St. 414.

**Korrespondentzeder**, Zuständigkeit der Streitigkeiten aus deren Rechtsverhältnissen G. 101.

**Kosten** bei Ordnungswidrigkeiten der Schöffen G. 56; des Verteidigers St. 145; — der Rechtsanhilfe G. 165; des Verfahrens St. 496 ff.; des Antrags auf Erhebung einer öffentlichen Klage St. 175. 502; Beschlagnahme wegen derselben St. 325; Sicherheitsleistung Seitens des Angeklagten St. 174, Seitens des Privatklägers St. 419.

**Krankenanstalt**, Aufenthalt des Verurtheilten in einer solchen St. 493.

**Krankheit** eines Zeugen oder Sachverständigen St. 222; des Verurtheilten St. 487. 493.

**Kriegsfahrzeuge**, Beschlagnahme auf solchen St. 98.

**Kriegsgerichte** G. 16.

## L.

**Ladung** der Parteien vor die Kompetenzbehörde G. 17; der Geschworenen zur Eröffnungssitzung des Schwurgerichts G. 93. 94; — bei der Rechtsanhilfe G. 161. 166; — der Zeugen St. 48, des Beschuldigten zur

Vernehmung St. 193; vor das Schöffengericht St. 211, vor die Strafkammer G. 213 ff.; des Verteidigers St. 217; der Beweispersonen unmittelbar durch den Angeklagten St. 193, 219, 221; des abwesenden Angeklagten zur Hauptverhandlung St. 320, 321; E. in der Berufungsinstanz St. 364, 371, im Privatklageverfahren St. 425, b. Verfahren auf Strafbescheide der Verwaltungsbehörden St. 465, gegen abwesende Wehrpflichtige St. 473; zum Antritt der Strafe St. 489. — Landesbeamte G. 155; Zustellung der Ladungen St. 38.

**Landesgerichte** G. E. 3. 10. 18. Landesgesetze über Befähigung zur zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte G. 10; über Streitigkeiten zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden G. 17; über nicht zum Schöffenamte zu berufende Verwaltungsbeamte G. 34; über die Wahl der Vertrauensmänner für den Auspruch zur Schöffenvwahl G. 40; über die Zulässigkeit von Hülfserichtern G. 69; über Ansprüche gegen Staatsbeamte und gegen den Staat G. 70. — S. auch G. E. 3—7. 11. 18. St. E. 3. 4. 6. 8.

**Landesherrn, landesherrliche Familien**, Anwendung des Gerichtsverfassungsgesetzes G. E. 5, der Strafprozessordnung St. E. 4; Vernehmung als Zeugen St. 71.

**Landesjustizverwaltung**, Befugnisse bei der ersten Einrichtung der Landgerichte, Oberlandesgerichte und Strafkammern bei einem Amtsgerichte (A. E. 20, in Bezug auf unfrei-

willige Vernehmung eines Richters G. E. 21. G. 8; Uebertragung der Dienstaufsicht bei den Amtsgerichten G. 22; Bestimmung der Schöffenzahl G. 43, des Termins für Aufstellung der Urlisten s. G. 57; Bestellung der Untersuchungsrichter G. 60, von Hülfserichtern G. 69; Bildung einer Strafkammer bei einem Amtsgerichte G. 78; Bestimmung der Geschworenenzahl G. 86, der Schwurgerichtsbezirke G. 99; Bildung von Handelskammern G. 100; Aufsicht über die Staatsanwaltschaft G. 148; Bestimmung der Geschäftseinrichtung der Gerichtsschreiberei bei den Landesgerichten G. 154, der Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher G. 155; — Anordnung betreffs der Jahreslisten der Schöffen und Geschworenen bis zum Inkrafttreten der Str.-Pr.-D. St. E. 2, betreffs der Formen für den Nachweis der Zustellung St. 39; Bezeichnung der Vergleichsbehörde für die Sühne bei Beleidigungen St. 420; Uebertragung der Strafvollstreckung in der die Schöffengerichte gehörigen Sachen an die Amtsrichter St. 483.

**Landespolizeibehörde**, Ueberweisung an die, St. 113, 447.

**Landesregierungen** bezeichnen die Hülfbeamten der Staatsanwaltschaft St. 153.

**Landesverrath** gegen Kaiser und Reich St. 136, 138.

**Landgerichte** G. 12; Besetzung G. 58; Bildung von Civil- u. Strafkammern G. 59; Bestellung von Untersuchungsrichtern G. 60; Vorst. und Ge-

schäftsvertheilung G. 61—69;  
Zuständigkeit der Zivilkammern  
G. 70, 71, der Strafkammern  
G. 72—76; Besetzung der Kam-  
mern G. 77; Staatsanwalt-  
schaft G. 143, 148, 149; Ferien-  
kammern G. 203. — S. auch  
G. E. 20. — Verteidigung vor  
demselben St. 148; Vorunter-  
suchung St. 176; Eröffnung  
des Hauptverfahrens St. 207;  
Anfechtbarkeit der Beschlüsse  
in der Beschwerdeinstanz St.  
352, der Urtheile St. 374, 380.  
**Randstreicher**, Verhaftung St.  
112, 113.  
**Randwehrmänner**, ohne Er-  
laubniß ausgewanderte, Ver-  
fahren gegen sie St. 470.  
**Rebensgefahr**, nahe, begründet  
Aufschub der Freiheitsstrafe  
St. 487.  
**Rebensjahr**, Bedeutung bei Ab-  
rechnung des Schöffenamts G.  
35; des Geschworenenamts G.  
85; bei der Zuständigkeit G.  
73, bei der Zeugenvernehmung  
St. 56, bei der Verteidigung  
St. 140, bei der Fragestellung  
an die Geschworenen St. 298.  
**Lehrer**, öffentlicher, des Rechts  
an einer deutschen Universität  
St. 4, 130.  
**Lehrverhältniß**, Streitigkeiten  
aus demselben, Zuständigkeit  
G. 23.  
**Leichenöffnung** St. 87 ff.  
**Leichenschau** St. 87.  
**Leichnam** eines Unbekannten,  
Beerdigung St. 157.  
**Leumundszeugnisse** dürfen  
nicht verlesen werden St. 255.

**M.**

**Mahnverfahren**, Ferien sind auf  
dasselbe ohne Einfluß G. 204.  
**Marzenschub**, Zuständigkeit für

diesen betreffende Streitigkeiten  
G. 101.  
**Marcksachen** sind Feriensachen  
G. 202.  
**Mehrsachen** sind Feriensachen G.  
202.  
**Miettsstreitigkeiten**, Zustän-  
digkeit G. 23; sind Ferien-  
sachen G. 202.  
**Mildernde Umstände**, Stel-  
lung einer Nebenfrage wegen  
derselben St. 297.  
**Militärbehörde**, deren Mit-  
wirkung bei Ladung von Per-  
sonen des Soldatenstandes als  
Zeugen St. 48, 50, bei Be-  
schlagnahme in militärischen  
Dienstgebäuden St. 98, bei  
Durchsuchungen St. 105.  
**Militärgericht**, Festsetzung und  
Vollstreckung der Strafe gegen  
ausgebliebene Zeugen des Sol-  
datenstandes St. 50; bei Zeug-  
nißverweigerung St. 69; bei  
Verweigerung eines Gutach-  
tens St. 77.  
**Militärgerichtsbarkeit** G. E. 7.  
**Militärpersonen** sind ausge-  
schlossen vom Schöffenamts G.  
34, vom Geschworenenamts G.  
85. S. auch Militärbehörde,  
Militärgericht.  
**Minderjährige** Angeklagte,  
Verhältnisse in der Hauptver-  
handlung St. 149.  
**Minister**, Ausschluß vom Schöf-  
fenamts G. 34, vom Geschwore-  
nenamts G. 85; Vernehmung  
des Zeugen St. 49, 53.  
**Missionen**, Chefs und Mitglie-  
der derselben, Gerichtsbarkeit  
G. 18—20.  
**Mitangeklagte** haften für die  
Auslagen St. 498.  
**Mitbeischuldigter**, Verlesung  
des Protokolls über seine frü-  
here Vernehmung St. 250.

**Modelle**, Zuständigkeit der Streitigkeiten über deren Schutz G. 101.

**Monat** bei der Fristberechnung St. 43.

**Mündliche Verhandlung** bei Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens ausgeschlossen St. 407.

**Münzverbrechen und Münzvergehen**, deren Feststellung St. 92.

**Mutterschutz**, Zuständigkeit für Streitigkeiten betreffs desselben G. 101.

#### n.

**Nachlaß** des Verurtheilten, wann er nicht für die Kosten haftet St. 497.

**Nachtzeit**, Begriff St. 104; Durchsuchung während derselben St. 104.

**Nationalität** der Rauffahrtsschiffe s. Rauffahrtsschiffe.

**Naturereignisse**, Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in Folge derselben St. 44.

**Nebenfragen** an die Geschworenen St. 295 ff.

**Nebenklage** St. 435 — 446; einer Verwaltungsbehörde St. 467.

**Nebenprotokoll** in fremder Sprache G. 187.

**Notar** G. 130.

#### o.

**Oberlandesgerichte** G. 12; Besetzung G. 119; Bildung von Civil- u. Strafsenaten G. 120; Vorsitz u. Geschäftsvertheilung G. 121; Hilfsrichter G. 122; Zuständigkeit G. 123. G. E. 8. 9. St. 170; Besetzung der Senate G. 124; Staatsanwaltschaft G. 143. 146. 148;

Entscheidung über das Ersuchen um Rechtshilfe G. 160, über Ordnungsstrafen in Betreff der Sitzungspolizei G. 183; Ferienenate G. 203.

**Oberreichsanwalt** G. 143. 144. 147 — 150; ist bei Amtsentsetzung eines Mitgliedes des Reichsgerichts zu hören G. 128. 129, ebenso bei ausgesprochener Veretzung eines solchen in den Ruhestand G. 131.

**Oberstes Landesgericht** G. E. 8. 10. 15.

**Obmann** der Geschworenen St. 304. 307. 308.

**Öffentliche Klage** St. 151 — 155; Vorbereitung derselben St. 156 ff.; Erhebung derselben bei Beleidigungen u. Körperverletzungen St. 416; Nebenkläger St. 435 — 446.

**Öffentlichkeit** der Verhandlung G. 170 ff. Ausschließung derselben in Ehefachen G. 171, in Entwürdigungsfachen G. 172, wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder der Sittlichkeit G. 173; Verhandlung und Beschluß wegen der Ausschließung G. 175; Zutritt zu der Verhandlung G. 176; Verletzung der Vorschriften über die Öffentlichkeit begründet Revision St. 377.

**Offiziere** des Beurlaubtenstandes, ohne Erlaubniß ausgewanderte, Verfahren gegen sie St. 470.

**Ordnung, öffentliche**, Zuständigkeit für Vergehen gegen sie G. 75.

**Ordnungsstrafen** gegen Schöffen und Vertrauensmänner G. 56; wegen Verstosses gegen die Sitzungspolizei G. 179 ff. — S. auch St. 36.



**Organisation der Gerichte,**  
Veränderungen in denselben  
G. 8.

**P.**

**Papiere,** Durchsicht derselben  
St. 110.

**Parteien,** Ordnungsstrafen ge-  
gen sie G. 178 ff.

**Patrimonialrichter** G. 130.

**Personenstand,** Beurkundung  
desselben, Zuständigkeit bei  
strafbaren Handlungen gegen  
das Gesetz vom 6. Febr. 1875  
G. 74.

**Personenverein als Privat-**  
kläger St. 414.

**Pfandbestellung als Sicher-**  
heitsleistung gegen Haftfreiheit  
St. 118.

**Plenarbeschluß** des Reichsge-  
richts bei Amtsenthebung eines  
Mitgliedes G. 128, 129, bei  
Versetzung in den Ruhestand  
G. 131.

**Plenarentscheidungen** des  
Reichsgerichts G. 139.

**Plenum** des Landgerichts G.  
61; des Reichsgerichts G. 141.

**Polizeibeamte** sind Hilfsbe-  
amte der Staatsanwaltschaft  
G. 153; Beschlagnahmen St.  
98, Durchsuchungen durch die-  
selben St. 105; Mitwirkung bei  
Vorbereitung der öffentlichen  
Klage St. 159, 161, bei der  
Voruntersuchung St. 187; bei  
Verfolgung eines Flüchtigen  
G. 168.

**Polizeibehörden,** Abführung  
eines Flüchtigen an solche G.  
168; Erlass von Steckbriefen  
Seitens derselben St. 131; An-  
zeigen an die Staatsanwalt-  
schaft St. 157; Festsetzung einer  
Strafe bei Übertretungen St.  
453 ff.

**Polizeiliche Strafverfügung,**  
Verfahren St. 453—458.

**Postfundungen,** Beschlagnahme  
derselben St. 99 ff.

**Prämien,** Inhaberpapiere mit,  
Zuständigkeit bei Zuwiderhand-  
lungen gegen das Gesetz vom  
8. Juni 1871. G. 74.

**Präsentationen** für Anstel-  
lungen bei den Gerichten G.  
15.

**Präsident** des Landgerichts G.  
58, 61, 63—66, 83, 89, 91, 99;  
des Oberlandesgerichts G. 83,  
119; des Reichsgerichts G. 126,  
127.

**Präsidium** des Landgerichts G.  
63, 69, 78; des Oberlandes-  
gerichts G. 121; des Reichs-  
gerichts G. 133.

**Prohvergehen** G. E. 6.

**Privatgerichtsbarkeit,** Aufhe-  
bung derselben G. 15.

**Privatkläger,** Ablehnungsrecht  
derselben St. 24, 74; Antrag  
auf Einziehungen pp. St. 477,  
479.

**Privatklage,** Zuständigkeit der  
Schöffengerichte G. 27; Be-  
setzung der Strafkammern G.  
77. — Verfahren St. 414 bis  
434; Kosten St. 503.

**Privilegien,** Zuständigkeit für  
Ansprüche gegen den Staat  
wegen deren Aufhebung G. 70.

**Prokurist,** Zuständigkeit für  
Streitigkeiten desselben mit  
dem Handelsherrn u. Dritten  
G. 101.

**Protokoll** über Entscheidungen  
auf Einsprachen gegen die Ur-  
liste G. 41; über Beerdigung  
der Schöffen G. 51; über die  
Ausloosung der Geschworenen  
G. 91, 94; über Festsetzung  
einer Ordnungsstrafe wegen  
Ungebühr G. 184, 185; über

Erklärungen in fremder Sprache G. 187; über Einnahme richterlichen Augenscheins St. 86; bei der Vorbereitung der öffentlichen Klage St. 166; in der Voruntersuchung St. 186; über Vernehmungen zur Vorbereitung der Hauptverhandlung St. 223; über die Hauptverhandlung St. 271 bis 274; über die Einlegung von Rechtsmitteln St. 341, der Berufung St. 355, der Revision St. 381, 385; über den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 406; über Erhebung der Privatklage St. 421. Verlesung von Protokollen in der Hauptverhandlung St. 248, 250, 252, 253.

**Prozessrecht** der Reichsgerichte durch die Str.Pr.O. nicht berührt St. E. 5; — der Landesgerichte tritt außer Kraft St. E. 5; Ausnahmen St. E. 5.

**Prüfungen** für den Justizdienst G. 2, 3. G. E. 22.

## R.

**Realkassen**, Besondere Gerichte für Streitigkeiten über deren Ablösung G. 14.

**Rechtsanwälte**, Ordnungsstrafen gegen sie, wegen Ungebühr in der Sitzung G. 180 — 184. — Bedingtes Recht zur Zeugnisverweigerung St. 52, 55, Vertheiligung St. 138, 139, 144, 150; Unterzeichnung des Antrags auf Entscheidung wegen Einstellung des Verfahrens St. 170, der Rectificationschrift bei der Revision St. 385, 430, des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 406, 430; Vertretung des Privatklägers St.

418, 425, des Angeklagten in Privatklagesachen St. 427, der Verwaltungsbehörde St. 464.

**Rechtsbelehrung** der Geschworenen St. 300.

**Rechtshilfe** G. 157—169; Ersuchen darum G. 158; Ablehnung u. Entscheidung darüber G. 159, 160; Form der Vollstreckungen, Ladungen, Zustellungen G. 161, 162; Vollstreckung von Freiheitsstrafen G. 163, 164; Kosten G. 165; Zeugen- u. Sachverständigengebühren G. 166; Amtshandlungen bei Gefahr im Verzuge G. 167; Verfolgung und Ergreifung eines Flüchtigen G. 168; Mittheilung von Akten G. 169.

**Rechtshündiger als Vertheidiger** St. 139

**Rechtslehrer** deutscher Hochschulen befähigt zum Richteramt G. 4, als Vertheidiger St. 138. — S. auch G. 130.

**Rechtsmittel**, Zuständigkeit der Civilkammern G. 71, der Strafkammern G. 72, 76, der Oberlandesgerichte G. 123, des Reichsgerichts G. 135, 136. — allgemeine Bestimmungen St. 338—345; Beschwerde St. 346—353; Berufung G. 354—373; Revision St. 374—398. — **Rechtsmittel** des Privatklägers St. 430, des Nebenklägers St. 435, 441, der Verwaltungsbehörde St. 469; Kosten St. 505.

**Rechtsnorm** St. E. 7, Verletzung derselben, Zurückweisung der Sache in die erste Instanz durch das Revisionsgericht St. 369, ist Revisionsgrund St. 376—380, 384.

**Rechtsweg** wegen Ansprüche der Richter aus ihrem Dienstver-

hältnisse G. 9; gegen Entscheidungen der Gemeindeggerichte G. 14; besondere Behörden über die Zulässigkeit desselben G. 17. **Reich, deutsches, Zuständigkeit** für Hoch- und Landesverrath gegen dasselbe G. 136.

**Reichsanwälte** G. 143; Aufsicht und Leitung hinsichtlich desselben G. 148; Befähigung G. 149; Ernennung, einstweilige Befetzung in den Ruhestand G. 150.

**Reichsanzeiger, Veröffentlichung** von Beschlagnahmen St. 326, 333, 335, von Freisprechungen in Folge der Wiederaufnahme des Verfahrens St. 411.

**Reichsbeamte, Ausschließung** vom Schöffens- und Geschworenennam G. 34, 85; Zuständigkeit für Ansprüche derselben gegen den Reichsfiskus und gegen sie aus ihrem Amtsverhältniß G. 70.

**Reichsbehörden, oberste, Vernehmung** der Vorstände derselben als Zeugen St. 49.

**Reichsfiskus, Zuständigkeit** für Ansprüche der Reichsbeamten gegen ihn G. 70.

**Reichsgericht** G. 12, 125—141; Befetzung G. 126; Ernennung und Fähigkeit der Mitglieder G. 127; Amtsentsetzung eines Mitgliedes G. 128, vorläufige Amtsenthebung G. 129, Befetzung in den Ruhestand G. 130, 131; Bildung der Senate G. 132; Vorsitz u. Geschäftsleitung G. 133. G. E. 20. **Hülfsrichter** unzulässig G. 134; **Zuständigkeit** G. 135—138. G. E. 3, 8, 14, 17; **Plenarentscheidungen** G. 139; **Ferien-senate** G. 203; **Hülfsenate** G.

E. 16; **Befetzung** der Senate G. 140; **Geschäftsordnung** G. 141; **Staatsanwaltschaft** G. 143, 147; **Gerichtsschreiberei** G. 154; **Gerichtsvollzieher** G. 155, **Entscheidung** über Beschwerden wegen Ablehnung der Rechtshilfe G. 160. — **Bestimmung** des zuständigen Gerichts für im Auslande begangene Delikte St. 9. **Vertheidigung** bei demselben St. 140; **Entscheidung** über Anträge des Verlegten wegen Einstellung des Verfahrens in vor dasselbe gehörigen Sachen St. 170; **Voruntersuchung** in den vor dasselbe gehörigen Sachen St. 176; **Bestellung** des Untersuchungsrichters bei demselben St. 184. **Gegen** Beschlüsse und Verfügungen desselben findet keine Beschwerde statt St. 346; **Festsetzung** einer Gesamtstrafe St. 494; **Kosten** St. 506.

**Reichsgesetze** G. E. 8; **prozessrechtliche Vorschriften** St. E. 5.

**Reichskanzler, Bestimmung** der Zahl der Senate beim Reichsgericht G. 132; **Aufsicht** über Oberreichsanwalt und Reichsanwälte G. 148; **Geschäftsrichtung** beim Reichsgericht G. 154; **Bestimmung** der Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher beim Reichsgericht G. 155. — **E. auch** G. E. 20. — **Vernehmung** desselben als Zeuge St. 49, 53.

**Reichskasse** St. 506.

**Reichsoberhandelsgericht, G. E. 8, 14, 19.**

**Reisefkosten** der Schöffen u. Vertrauensmänner G. 55, der Geschworenen G. 96; **der Zeugen** St. 70, 219.

**Reisende, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit Wirthen** x. G. 23.

**Religionsdiener, Ausschließung vom Schöffennamt** G. 34, vom Geschworenennamt G. 85.

**Religionsgesellschaft, Mitglieder einer, Vertheuerungsfornel an Stelle des Eides** St. 64. 288.

**Reservisten, ohne Erlaubniß ausgewanderte, Verfahren gegen sie** St. 470—476.

**Revision, Zuständigkeit der Oberlandesgerichte** G. 123, des Reichsgerichts G. 135. 136. — Bestimmungen über das Rechtsmittel St. 374—398; Revisionsanträge St. 384. 385. 430. 469.

**Rheber, Zuständigkeit der Streitigkeiten über Rechte u. Pflichten desselben** G. 101. 109.

**Rheinschiffahrtsgerichte** G. 14.

**Richter, Ernennung** G. 6; Gehalt G. 7; Amtsentsetzung, Veretzung in eine andere Stelle oder in den Ruhestand G. 8. G. E. 13. 21; Ansprüche aus dem Dienstverhältnisse G. 9; Ausschließung vom Schöffennamt G. 34, vom Geschworenennamt G. 85; nicht ständige Richter bei den Landgerichten G. 69; Hilfsrichter bei den Oberlandesgerichten G. 122; Ausschließung St. 22. 23; Ablehnung St. 24—30; Mitwirkung ausgeschlossener oder abgeleiteter Richter ist Revisionsgrund St. 377.

**Richterliche Gewalt, Ausübung** G. 1.

**Richteramt** G. 1—11. G. E. 13. Rückfall St. 140. 262.

**Ruhegehalt, Ansprüche der**

Richter darauf G. 9; der Mitglieder d. Reichsgerichts G. 130. **Ruhestand, Veretzung der Richter in denselben** G. 8, der Mitglieder des Reichsgerichts G. 130. 131, des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte G. 150. — G. auch G. E. 13. 19.

# A.

**Sachbeischädigung, Zuständigkeit** G. 27. 75.

**Sachkunde, Vernehmung über solche** St. 85.

**Sachverständige, Gebühren derselben bei der Rechtshilfe** G. 166; Ordnungsstrafen gegen sie wegen Ungebühr in der Sitzung G. 178—184. — Allgemeine Bestimmungen St. 72 bis 93; Ablehnung St. 74; Pflicht zur Abgabe des Gutachtens St. 75; Verweigerung des Gutachtens St. 76; Ordnungsstrafen wegen Nichterscheins oder Weigerung St. 77; Eid 79; Vorbereitung des Gutachtens St. 80. 81; neue Begutachtung St. 83; Gebühren St. 84; Schriftvergleichung St. 93; Theilnahme am Augenschein St. 193; Ladung zur Hauptverhandlung St. 218. 219. 426; Vernehmung durch einen beauftragten oder ersuchten Richter St. 222; Pflicht, sich während der Hauptverhandlung nicht von der Gerichtsstelle zu entfernen St. 247; Recht der Beschwerde St. 346.

**Schiffe, Zuständigkeit für Klagen auf Schadenersatz wegen Zusammenstoßens derselben** G. 101; — als Thatort strafbarer Handlungen St. 10.

**Schiffer, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit**

Reisenden G. 23, mit der Schiffsmannschaft G. 109.  
**Schiffahrtskundige** können an Seeplätzen Handelsrichter sein G. 114.  
**Schiffsbesatzung**, Zuständigkeit für Streitigkeiten über Rechte derselben G. 101.  
**Schiffsgläubiger**, Zuständigkeit der Ansprüche derselben G. 101.  
**Schiffsmannschaft**, Streitigkeiten derselben mit Rheber oder Schiffer G. 109.  
**Schlussvorträge** St. 257; Recht zur Erhebung der Widerklage in Privatklagesachen wegen wechselseitiger Beleidigungen u. bis zur Beendigung ders. St. 428.  
**Schöffen**, Richteramt derselben G. 30; Befähigung G. 31; Unfähigkeit G. 32; Ausschließung von der Berufung G. 33. 34; Ablehnung der Berufung G. 35; Urliste G. 36 — 39; Ausschluß G. 40. 41; Auswahl der Haupt- und Hülfschöffen G. 42; Bestimmung der Zahl G. 43; Ausloosung G. 45. 48; Benachrichtigung von der Ausloosung und den Sitzungstagen G. 46; Ausloosung für außerordentliche Sitzungen G. 48; Zuziehung der Hülfschöffen G. 49; Beleidigung G. 51; Streichung von der Jahresliste G. 52; Frist für Geltendmachung der Ablehnungsgründe und Entscheidung über diese G. 53; Reisekosten G. 55; Ordnungsstrafen G. 56; Gleichzeitigkeit des Schöffen- und Geschworenenamts ist unzulässig G. 97; Zuziehung von Ergänzungsschöffen G. 194; Verpflichtung zum Stillschweigen über Beratung und Abstimmung Strafprozessordnung.

G. 200; — Ausschließung und Ablehnung eines Schöffen St. 31; Mitwirkung eines Sch. als Revisionsgrund St. 377, als Grund zur Wiederaufnahme des Verfahrens St. 399.  
**Schöffengerichte** G. 25 — 57; Besetzung G. 26; Zuständigkeit derselben G. 27 — 29. 75, für Beschwerden gegen Entscheidungen derselben G. 72; für Berufung gegen deren Urtheile G. 76; Staatsanwaltschaft bei denselben G. 143; Reihenfolge bei der Abstimmung G. 199; — Unzulässigkeit der Voruntersuchung St. 176; Einreichung der Anklageschrift St. 197, Mittheilung derselben an den Angeeschuldigten unzulässig St. 199; Eröffnung der Hauptverhandlung St. 211; Beweisaufnahme in der Hauptverhandlung St. 244. 264; Antrag auf Beweishebungen bei Unzuständigkeitsklärung St. 270; Unzulässigkeit der Beschlagnahme des Vermögens Abwesender St. 332; Rechtsmittel der Berufung St. 354, der Revision St. 377; Wiederaufnahme des Verfahrens St. 399; Verfahren bei amtserichterlichen Strafbefehlen St. 447 — 452; Verfahren nach vorangegangener polizeilicher Strafverfügung St. 456 ff. — S. auch St. 463 u. St. E. 3.  
**Schriftstücke** als Beweismittel, Verlesung in der Hauptverhandlung St. 248.  
**Schriftvergleich** St. 93.  
**Schuldfrage** G. 81. St. 262. 297. 299.  
**Schwägerchaft**, Ausschließungsgrund für den Gerichtsvollzieher G. 156.

**Schwangere Personen**, Unzulässigkeit der Vollstreckung des Todesurtheils St. 485.

**Schwurgericht** G. 79—99; Zuständigkeit G. 80, G. E. 6; Besetzung G. 81. 99; Vorsitz G. 83; Sitzungen außerhalb des Landgerichtssitzes G. 98; Bildung von Schwurgerichtsbezirken G. 99. — Vertheilung vor demselben St. 140; Voruntersuchung St. 176; Hauptverhandlung St. 276 — 317; Revision gegen Urtheil desselben St. 374. 377. 379; Privatklagesache St. 424. — S. auch Geschworene.

**Schwurgerichtsbezirk** G. 98. 99.

**Seemannsamt**, Verfahren bei Anträgen auf gerichtliche Entscheidung gegen Bescheide desselben St. E. 5.

**Seenoeth**, Hülfsleistung in, Zuständigkeit für Streitigkeiten über dieselbe G. 101.

**Seepläze**, Handelsrichter an denselben G. 114.

**Seerecht**, Zuständigkeit für Streitigkeiten aus Rechtsverhältnissen desselben G. 101.

**Seewehrmänner**, welche sich der Wehrpflicht entzogen, Verfahren gegen sie St. 470 ff.

**Selbstentleibungsversuch** St. 116.

**Senate** der freien Hansestädte, Ausschließung der Mitglieder vom Schöffenamte G. 34; Vernehmung derselben als Zeugen G. 49; — der Oberlandesgerichte G. 120. 124., G. E. 20; des Reichsgerichts G. 132. 137. 140. G. E. 16. 20.

**Senatspräsidenten** G. 119 ff. 126 ff.

**Separationen**, besondere Gerichte für solche G. 14.

**Sicherheitsbeamte** sind Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft G. 153; Recht derselben bei Verfolgung eines Flüchtigen G. 168, zu Beschlagnahmen St. 98 und Durchsuchungen St. 105; Befugniß zur vorläufigen Festnahme St. 127, zu Ermittlungen bei Vorbereitung der öffentlichen Klage St. 156. 157. 159; Verpflichtungen d. Untersuchungsrichter gegenüber St. 187.

**Sicherheitsdienst** s. Sicherheitsbeamte.

**Sicherheitsleistung** des Angeeschuldigten St. 117. 118; des Antragstellers St. 174; des Privatklägers St. 419; des Verurtheilten St. 488.

**Sittlichkeit**, Gefährdung derselben rechtfertigt Ausschluß der Öffentlichkeit G. 173; — Vergehen gegen dieselbe, Zuständigkeit G. 75.

**Sitzung**, in derselben begangene strafbare Handlung G. 185.

**Sitzungsperiode** der Schwurgerichte G. 82—95.

**Sitzungspolizei** G. 177—185.

**Sitzungsprotokoll** s. Protokolle.

**Sitzungstage** der Schöffengerichte 45. 46. 48.

**Sitzungszimmer**, Entfernung aus demselben wegen Ungebühr G. 178; Entfernung des Angeklagten während der Beweisaufnahme St. 246, während der Verathung der Geschworenen St. 301.

**Soldatenstand** s. Militärbehörde.

**Sonntag** bei Berechnung von Fristen St. 43.

**Sprache**, fremde, Nebenprotokoll in derselben unstatthaft G. 187; Eid in derselben G.

190. — E. auch Gerichts-  
sprache.  
**Spruch** der Geschworenen St.  
306—313. 316.  
**Spruchliste** G. 92—94. St. 279.  
280; Zustellung an den Ange-  
klagten St. 277.  
**Staat**, Ansprüche gegen densel-  
ben, Zuständigkeit G. 70.  
**Staatsangehörige** eines Bun-  
desstaates, Gerichtsbarkeit G.  
18.  
**Staatsanwaltschaft**, Vorbe-  
reitungsdiens bei derselben G.  
2; Ausschließung der Beam-  
ten vom Schöffenamnt G. 34;  
Anhörng bei eintretender Un-  
fähigkeit eines Schöffen G. 52,  
bei Ablehnung eines Schöffen  
G. 53, bei Ordnungsstrafen  
gegen solche G. 56; Antrag  
auf Verweisung von der Straf-  
kammer an das Schöffenger-  
richt G. 75; Gegenwart bei  
Ausloosung der Geschworenen  
G. 91; Anhörng über Ab-  
lehnungs- und Hinderungs-  
gründe der Geschworenen G. 94;  
Antrag auf Entscheidung des  
Reichsgerichts bei Zuwider-  
handlungen gegen die Vor-  
schriften über Erhebung öffent-  
licher ic. Abgaben G. 136. —  
Allgem. Vorschriften über die-  
selbe G. 142—153. — Rechts-  
hülfe bei Vollstreckung von  
Freiheitsstrafen G. 162. 164.  
— Ablehnungsrecht St. 24. 74.  
282; Erklärung bei Entschei-  
dungen d. Gerichte St. 33; Zu-  
stellung und Vollstreckung der  
Entscheidungen St. 36; Zustel-  
lungen an dieselben St. 41;  
Ablehnung eines Sachverständi-  
gen St. 74; Beschlagnahmen  
St. 98. 100; Durchsuchungen  
St. 105; Verhaftung und vor-

läufige Festnahme St. 122. 124.  
127. 131; Erhebung der öffent-  
lichen Klage St. 152; Vorbe-  
reitung derselben St. 156—160.  
167—171. 173; Voruntersu-  
chung St. 176. 177. 181. 183.  
189—191. 194. 195; Eröffnung  
des Hauptverfahrens St. 196.  
197. 204. 2. 6—209. 211; Vor-  
bereitung der Hauptverhand-  
lung St. 213. 218. 221. 223.  
224; Hauptverhandlung St.  
225. 226. 232. 238—240. 244.  
245. 247. 254. 257. 258. 265;  
Hauptverhandlung vor den  
Schwurgerichten St. 282. 283  
286. 290. 291. 297. 299. 314.  
— Rechtsmittel auch zu Gun-  
sten des Beschuldigten St. 338.  
343. 344; Anhörng bei Ent-  
scheidung über die Beschwerde  
St. 351; Verufung St. 361.  
362. 364. 367; Revision St.  
377. 378. 379. 387. 388. 391;  
Wiederaufnahme des Verfah-  
rens St. 409. 411. 413; Pri-  
vatklage St. 416. 417. 429. 430;  
Nebenklage St. 436; Verfahren  
bei amtsrichterlichen Straf-  
fehlen St. 447. 448. 451, nach  
vorangegangener polizeilicher  
Strafverfügung St. 454. 457,  
bei Strafbescheiden der Ver-  
waltungsbehörden St. 460. 463  
— 465. 467, bei Einziehungen  
und Vermögensbeschlagnahmen  
St. 477. 479; Strafvollstreckung  
St. 483. 486. 489. 493. 494;  
Antrag auf Verurtheilung des  
Anzeigenden in die Kosten St. 501.  
**Staatsbeamte**, inwieweit aus-  
geschlossen vom Schöffenamnt  
G. 34; vom Geschworenenamnt  
G. 85; Zuständigkeit für An-  
sprüche derselben gegen den  
Staat G. 70.  
**Staatsgerichte** G. 15.

**Staatsgewalt**, Zuständigkeit für Vergehen des Widerstandes gegen sie G. 75.

**Staatskasse**, Verfall einer Sicherheit an dieselbe St. 122; Bezahlung des bestellten Vertheibigers aus derselben St. 150; Bestellung einer Sicherheit für die Kosten der Untersuchung Seitens des Antragstellers St. 174, Seitens des Privatklägers St. 419; Verfügen des Angeeschuldigten über sein Vermögen sind derselben gegenüber nichtig St. 326; Auslagen des freigesprochenen Angeeschuldigten St. 499; Auslagen des Beschuldigten in Folge eines zurückgenommenen oder erfolglosen Rechtsmittels der Staatsanwaltschaft St. 505. — S. auch St. 506.

**Staatsoberhaupt**, Vornadigungsrecht desselben St. 485.

**Staatsverwaltungsbeamter** im Ausschuss für die Schöffenwahl G. 40.

**Standesherrn**, Recht derselben auf Anträge G. E. 7.

**Standrechte** G. 16.

**Stechbriefe** St. 131. 132. 489.

**Stempelgebühren** bleiben bei der Rechtsbülfe außer Ansatz G. 165.

**Stillschweigen** der Schöffen u. Geschworenen über Berathung und Abstimmung G. 200.

**Stimmenmehrheit**, Stimmenungleichheit G. 40. 61. 63. 198. 262. 297. 307.

**Stimmrecht** der Schöffen G. 30, der Handelsrichter G. 109.

**Strafaußschub** St. 487. 488. 490.

**Strafbarkeit** ausschließende St. 262. 266, vermindernde oder erhöhende Umstände St. 295. 297. 307.

**Strafbefehle**, amtstrichterliche, Verfahren bei solchen St. 447—452.

**Strafbescheide** der Verwaltungsbehörden wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Erhebung öffentlicher Abgaben St. 459—469.

**Straffestellungen**, welche der Urtheilssällung vorangehen St. 347.

**Strafgefangene** sollen mit den Verhafteten nicht in demselben Raum verwahrt werden St. 116.

**Strafgesetz**, Anwendung desselben dem Strafantrage gegenüber St. 153; Bezeichnung desselben in dem Eröffnungsbeschluss St. 205, in den Gründen des Strafurtheils St. 266.

**Strafkammern**, Bildung G. 59; Zuständigkeit G. 72—76; Besetzung G. 77; Bildung von Strafkammern außerhalb des Landgerichtsstiftes St. 78; Abhaltung von Schwurgerichtssitzungen außerhalb des Landgerichtsstiftes St. 98; Zuständigkeit der Revision gegen deren Urtheile St. 123. 136, der Beschwerde gegen Entscheidungen derselben in der Beschwerde- und Berufungsinstanz St. 123. — S. auch G. E. 20.

**Straflisten**, Verlesung in der Hauptverhandlung St. 243.

**Strafprozessordnung**, Inkrafttreten St. E. 1. 2; Umfang der Anwendung St. E. 3—12.

**Strafsachen**, Zuständigkeit G. 13. 25. 29. 74. 123. 136; Strittsachen G. 202; Zusammenhängende St. 2—5. 13.

**Straffenate** bei den Oberlandesgerichten G. 120, bei



dem Reichsgericht G. 132.  
137 ff.  
**Estrafumwandlung** St. 463.  
491. 494.  
**Estrafurtheile**, frühere, Verle-  
fung in der Hauptverhandlung  
St. 248.  
**Estrafverbüßung**, Ergreifung  
zum Zweck derselben, Rechts-  
hülfe St. 164.  
**Estrafverfügung**, Verfahren  
nach vorangegangener polizei-  
licher, St. 453—458.  
**Estrafvollstreckung**, Rechts-  
hülfe bei derselben G. 163 --  
165; — nur nach der Rechts-  
kraft zulässig St. 481; An-  
rechnung von Untersuchungs-  
haft St. 482; erfolgt durch die  
Staatsanwaltschaft St. 483,  
nicht durch die Amtsanwälte  
St. 483, kann in Schöffenge-  
richtsfachen den Amtsrichtern  
übertragen werden St. 483;  
Vollstreckung von Todesurthei-  
len St. 485. 486; Aufschiebung  
der Freiheitsstrafe St. 487. 488.  
490; Vorführungs- u. Haft-  
befehl, Steckbrief St. 489;  
Entscheidung über Berechnung  
und Zulässigkeit der Straf-  
vollstreckung St. 490; Umwand-  
lung einer Geld- in Freiheits-  
strafe St. 491; Gesamtstrafe  
St. 492. 494; Anrechnung des  
Aufenthalts in einer Kranken-  
anstalt St. 493; Vollstreckung  
einer Vermögensstrafe oder  
Buße St. 495; Kosten St. 497.  
498. — S. auch St. E. 11 und  
Vollstreckung.  
**Streitgegenstand**, Werth des-  
selben, Zuständigkeit G. 23. 70.  
**Stumme Personen**, Zuziehung  
eines Dolmetschers, G. 188;  
Eidesleistung St. 63; Berthei-  
bigung St. 140.

**Sühneversuch** bei der Privat-  
klage wegen Beleidigung St.  
420.

## T.

**Taube Personen**, Verhandlung  
mit ihnen G. 188. 189; Ver-  
theidigung St. 140; Bekannt-  
machung der Schlußanträge  
St. 258.

**Taubstumme** St. 298. S. auch  
Stumme Personen.

**Telegramme**, Beschlagnahme  
derselben St. 99 ff.

**Theilnehmer**, unbeeidigte Ver-  
nehmung derselben St. 56; Be-  
schlagnahme St. 97; Durch-  
suchung St. 102. — S. auch  
St. 3.

**Tod** des Verurtheilten schließt  
Wiederaufnahme des Verfah-  
rens nicht aus St. 401; des  
Privatklägers hat Einstellung  
des Verfahrens zur Folge St.  
433 und ist dem Beschuldigten  
bekannt zu machen St. 434;  
des Nebenklägers macht die  
Anschlußerklärung wirkungslos  
St. 442.

**Todesstrafe**, Vollstreckung der-  
selben St. 486.

**Todesurtheile** bedürfen der Be-  
stätigung St. 485.

**Trennung** verbundener Straf-  
sachen St. 2. 4. 13.

## U.

**Ueberrfahrtsgeßelder**, Zuständig-  
keit für Streitigkeiten über  
dieselben G. 23.

**Uebersetzungen**, Uebertra-  
gungen durch den Dolmet-  
scher G. 187. 191.

**Uebertretungen**, Zuständigkeit  
der Schöffengerichte G. 27;  
Besetzung der Strafkammern in  
der Berufungsinßanz bei den-

- selben G. 77; Zulässigkeit der Untersuchungshaft St. 113; Hauptverhandlung ohne Schöffen St. 211; Befugniß zu polizeilicher Strafverfügung St. 453. St. E. 6.
- Ueberweisung** von Straffachen durch die Straßammern vor die Schöffengerichte G. 29. 75; des Beschuldigten an die Landespolizeibehörde St. 447.
- Umstände**, erschwerende, St. 295; mildernde St. 297. 307.
- Umwandlung** f. Straßumwandlung.
- Nutzungskosten** bei unfreiwilliger Vernehmung eines Richters G. E. 21.
- Unabhängigkeit** der Gerichte G. 1; der Staatsanwaltschaft von den Gerichten G. 151.
- Unbrauchbarmachung** von Gegenständen, Verfahren St. 477 ff.
- Unfähigkeit** zum Schöffenantritt G. 32. 52, zum Geschworenenantritt G. 85.
- Universitätsstudien** G. 2.
- Unterredungen** des Verhafteten mit dem Vertheidiger St. 148.
- Unterbringung**, Zuständigkeit G. 27. 75.
- Untersuchung**, gerichtliche, St. 151 ff.; Aussetzung derselben St. 261.
- Untersuchungshaft**, Zulässigkeit St. 112. 113. Haftbefehl St. 114; Verhör des Verhafteten St. 115; Absonderung, Beschränkung, Beschäftigung, Fesselung des Verhafteten St. 116; Sicherheitsleistung St. 117—122; Aufhebung des Haftbefehls St. 123; Entscheidungen über die Untersuchungshaft St. 124. 125. 205; Anrechnung auf die Freiheitsstrafe St. 482; Kosten St. 498; Untersuchungshaft gegen ein Mitglied des Reichsgerichts, Folgen G. 129. — S. auch Verhaftung.
- Untersuchungs-Handlungen**, Anträge der Staatsanwaltschaft St. 160; Vornahme schleuniger — St. 161; Gefahr im Verzuge St. 163; — eines unzuständigen Gerichts St. 20.
- Untersuchungsrichter**, Bestellung desselben bei den Landgerichten G. 60. 64; Zuständigkeit für Beschwerden gegen Verfügungen desselben G. 72; — darf nicht Mitglied des erkennenden Gerichts sein St. 23; Entscheidung über Ablehnung desselben St. 27; Zustellungen u. Vollstreckungen desselben St. 36; Strafen gegen Zeugen St. 50. 69; Haftbefehle desselben St. 124; Entscheidung über Verhaftung St. 129; Eröffnung und Führung der Voruntersuchung St. 182 ff. 189; Beschwerden gegen Verfügungen desselben St. 346. 348.
- Unzucht**, Zuständigkeit G. 73.
- Unzuständigkeit** des Schöffengerichts, wann auszusprechen G. 28; Einwand desselben, wann geltend zu machen St. 16; nach Eröffnung des Hauptverfahrens nur auf Einwand des Angeklagten auszusprechen St. 18; Ablehnung des Antrags auf Eröffnung der Voruntersuchung wegen derselben St. 178. 180; Unzuständigkeitsklärung in der Hauptverhandlung St. 269. 270, in der Revisionsinstanz St. 388.
- Urkunden**, Verlesung in der Hauptverhandlung St. 248; Wiederaufnahme des Verfahrens wegen Fälschung derselben St. 399. 402.

**Urliste für Schöffen** G. 36 ff. 57; für Geschworene G. 85.

**Urtheil**, Erlassung desselben St. 259; Gegenstand St. 263. 264; Gründe St. 266; Verkündung St. 267; Zustellung St. 268. 440. 468; Unterzeichnung St. 275; Ausfertigungen u. Auszüge St. 275; Urtheil in Schwurgerichtssachen St. 315 — 317; Rechtsmittel gegen Urtheile: Berufung St. 354 ff.; Revision St. 374 ff.; Urtheilsfällung der Schöffengerichte im Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen St. 451, beim Verfahren nach polizeilicher Strafverfügung St. 457; Versteimung über die Kosten St. 496.

**Urtheilsverkündung** ist öffentlich G. 17. 170. 174. — G. auch Urtheil.

**N.**

**Nater als Beistand** St. 149.

**Verbindung** zusammenhängender Strafsachen St. 2 — 5. 13. 176. 236. 471.

**Verbrechen**, Zuständigkeit G. 73. 80; Vertheidigung St. 140.

**Vereins- u. Versammlungsrecht** St. E. 6.

**Vergehen**, Zuständigkeit G. 27. 73. 75.

**Vergiftung**, Verdacht der, Unterzuchung der verdächtigen Stoffe St. 91.

**Vergleichsbehörde** für den Sühneversuch St. 420.

**Vergütung** der Sachverständigen St. 84.

**Verhaftung** St. 112 — 132; Voraussetzungen St. 112; Haftbefehl St. 114; Verhör des Verhafteten St. 115; Sicherheitsleistung St. 117 — 122; Aufhe-

bung des Haftbefehls St. 123; Entscheidungen über die Haft St. 124; Haftbefehl vor Erhebung der öffentlichen Klage St. 125. 126; vorläufige Festnahme St. 127 — 129; Siedebriefe St. 131; Vorführung St. 132.

**Verhandlung** vor dem erlen-  
nenden Gerichte ist öffentlich G. 170 ff.

**Verhinderung** eines Schöffen G. 54; von Mitgliedern des Landgerichts G. 62. 65. 66; eines Geschworenen G. 94; von Mitgliedern der Oberlandesgerichte G. 121, des Reichsgerichts G. 133.

**Verjährrung** St. 208. 262. 453. 459.

**Verfoppelungen**, besondere Gerichte für, G. 14.

**Verkündung** von Entscheidungen St. 35, Urtheilen St. 267. 315. 373. 396, des Spruchs der Geschworenen St. 308. 313.

**Verlesung** des Protokolls über die Vernehmung der Landesherren pp. als Zeugen St. 71, des abwesenden Angeklagten St. 232, eines verstorbenen oder geisteskrank gewordenen Zeugen St. 250; von Schriftstücken St. 248; einer früheren Vernehmung St. 252; zum Zweck der Beweisaufnahme über ein Geständniß St. 253; von Erklärungen öffentlicher Behörden, ärztlicher Atteste St. 255; — in der Berufungsinstanz St. 366. Fälle der Unzulässigkeit St. 251. 255.

**Verlester**, Recht auf Herausgabe ihm entzogener Gegenstände St. 111; Beschwerde desselben über Einstellung des Verfahrens St. 170; Betheiligung

- desselben bei dem Verfahren St. 414—446.
- Verlobte** sind zur Zeugnißverweigerung berechtigt St. 51. 54. 55. 57.
- Verlöhnnsachen** G. 15.
- Vermögens=Beschlagnahme**, St. 325. 332. 480.
- Vermögensstrafe**, Vollstreckung derselben St. 495.
- Vernichtung** von Gegenständen, Verfahren St. 477—479.
- Versammlungen**, gesetzgebende, Strafverfolgung der Mitglieder während einer Sitzungsperiode St. E. 6; Vernehmung als Zeugen St. 49.
- Verschwägerung** berechtigt zur Zeugnißverweigerung St. 51. 54. 55. 57.
- Versetzung** eines Richters G. 8. G. E. 13. 21. f. auch Ruhestand.
- Versicherung** auf den geleisteten Eid St. 66. 79; eidliche zur Glaubhaftmachung der die Zeugnißverweigerung stützenden Thatsache St. 55.
- Verstandeskreffe**, mangelnde, f. Verstandeschwäche.
- Verstandeschwäche** eines Zeugen St. 56.
- Vertheidiger**, Ordnungsstrafen gegen denselben wegen Ungebühr G. 180 ff. — Berechtigung zur Zeugnißverweigerung St. 52. 55; Anhörung bei Unterbringung des Angeeschuldigten in eine Irrenanstalt St. 81; Bestimmungen über denselben im Allgemeinen St. 137 — 150, betreffs der Vorbereitung der öffentlichen Klage St. 167, der Voruntersuchung St. 190. 191, der Vorbereitung der Hauptverhandlung St. 217. 223. 224, der Hauptverhandlung St. 226. 227. 232. 233. 238. 240. 257, des Verfahrens gegen Abwesende St. 322. 324. 328; Rechtsmittel desselben St. 339. 344, Schlußvortrag in der Berufungsinstanz St. 367; Unterzeichnung der Revisionschrift St. 385; Schlußvortrag in der Revisionsinstanz St. 391; Unterzeichnung des Antrags auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 406; Vertretung im Verfahren bei amtserichterlichem Strafbefehl St. 451, gegen abwesende Wehrpflichtige St. 474.
- Vertheidigung** St. 137—150; unzulässige Beschränkung derselben ist Revisionsgrund St. 377. S. auch Vertheidiger.
- Vertrauensmänner** des Ausschusses für die Schöffenwahl St. 40. 55. 56.
- Vertreter**, gesetzlicher, Befugniß zur Wahl eines Vertheidigers St. 137. 140, zur Einlegung von Rechtsmitteln St. 340, der Privatklage St. 414; Zulassung zur Hauptverhandlung St. 322; — der Verwaltungsbehörde im Verfahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über Abgabenerhebung St. 464. 467. — S. auch Vertheidiger.
- Vertretung** der Mitglieder des Landgerichts G. 62. 66. 69, des Präsidenten desselben G. 65; — bei dem Oberlandesgericht G. 121, beim Reichsgericht G. 133, bei den obersten Landesgerichten G. E. 10. — S. auch G. E. 20.
- Verwaltungsbeamte**, höhere, wenn sie vom Schöffennamt befreit sind G. 35. — S. auch Staatsverwaltungsbeamter.

**Verwaltungsbehörden**, Vorbereitungsdienst zum Richteramt bei denselben G. 2; Zuständigkeit derselben G. 13; Streitigkeiten zwischen denselben und den Gerichten über die Zulässigkeit des Rechtsweges G. 17; Zuständigkeit für Ansprüche an den Staat wegen Verfügungen derselben G. 70; Antrag derselben auf Ueberweisung gewisser Strafsachen an das Schöffengericht G. 75. — Verfahren bei Strafscheiden derselben St. 459 — 469.

**Verwaltungsgerichte**, Zuständigkeit G. 13; Streitigkeiten mit den ordentlichen Gerichten über Zulässigkeit des Rechtsweges G. 17. G. E. 17.

**Verwaltungsgerichtshof**, oberster, eines Bundesstaats G. E. 11.

**Verwandte** sind berechtigt zur Zeugnisverweigerung St. 51. 54. 55. 57, zum Antrage auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 401.

**Verwandschaft** des Gerichtsvollziehers, Ausschließungsgrund G. 156.

**Verzicht** auf die Einlegung eines Rechtsmittels St. 344; auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand St. 356. 382; auf den Einspruch gegen amtserliche Strafbefehle St. 449.

**Wehmängel**, Zuständigkeit für Streitigkeiten wegen derselben G. 23.

**Vollschullehrer** sind ausgeschlossen vom Schöffennam G. 34, vom Geschworenenam G. 85.

**Vollstreckung**, deren Herbeiführung im Wege der Rechtshilfe

G. 161—175; — von Ordnungstrafen wegen Ungebühr in der Sitzung G. 181. 182; — von Entscheidungen St. 36; Beschwerde über Zurückweisung der Berufung wegen Verpätung hemmt die Vollstreckung des Urtheils nicht St. 360, desgl. nicht der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens St. 400; Strafvollstreckung St. 481—495 f. auch Strafvollstreckung.

**Vollstreckungsbeamte** sind ausgeschlossen vom Schöffennam G. 34, vom Geschworenenam G. 85, inwiefern von der Ausübung ihres Amtes G. 156; Bestimmung der Dienstverhältnisse derselben G. 155.

**Vorbereitung der Hauptverhandlung** St. 212—224.

**Vorbereitungsdienst** G. 2. 3. G. E. 22.

**Vorentscheidung** einer besonderen Behörde über Beamtenverfolgung G. E. 11.

**Vorführung** des Beschuldigten nach vorläufiger Festnahme St. 128; Androhung in der Ladung St. 133; sofortige Vorführung St. 134; Vorführungsbefehl St. 134; — des Angeklagten zur Hauptverhandlung St. 229. 235. 370; bei der Privatklage St. 427; behufs der Strafvollstreckung St. 489.

**Vorführungsbefehl** St. 134. 235. 489.

**Vorläufige Festnahme** St. 127 — 132.

**Vormund** des Beschuldigten oder Verletzten ist ausgeschlossen als Richter St. 22, in der Hauptverhandlung als Beisitzer zugelassen St. 149.

**Vorschlagsliste** G. 88. 89.

**Vorführung auf Zeugen** u. Sachverständigengebühren G. 166.

**Vorsitzender des Ausschusses für Schöffenvwahl** G. 40; — des Landgerichts, Vertretung desselben G. 65; Verteilung der Geschäfte durch ihn G. 68; — des Schwurgerichts, Ernennung desselben G. 83, Einladung der Geschworenen durch ihn G. 93, Entscheidung über Ablehnungs- und Hinderungsgründe der Geschworenen G. 94; — der Kammer für Handelsachen, Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Rheber und Schiffer durch ihn allein G. 109; — der Oberlandesgerichte G. 121; — des Reichsgerichts G. 133. Dem V. liegt die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Sitzung ob G. 177, er vollstreckt die Ordnungstrafen G. 181, leitet die Berathung G. 196, stimmt zuletzt G. 199, bezeichnet gewisse Sachen als Feriensachen G. 202. — Haftbefehl durch denselben St. 124; Auswahl des Verteidigers St. 144; Mittheilung der Anklageschrift St. 199, Bestimmung des Termins zur Hauptverhandlung St. 212, 364; Ladung von Zeugen u. St. 220, 364; Leitung der Verhandlung St. 237; Entscheidung über den Antrag auf Beweiserhebungen St. 270; Entwerfung der Fragen an die Geschworenen St. 290; Belehrung der Geschworenen St. 300, 306.

**Vorstand einer Aktiengesellschaft** kann Handelsrichter sein G. 113.

**Voruntersuchung**, gerichtliche, Zulässigkeit der Beeidigung von

Zeugen in derselben St. 65, Haftbefehle durch den Untersuchungsrichter und den Vorsitzenden St. 124; Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung derselben St. 168; Verfahren St. 176—195; Eröffnung derselben St. 177 — 181, Führung durch den Untersuchungsrichter St. 182—195; Anordnung der Ergänzung derselben St. 200.

**Vorverfahren**, Gegenüberstellung von Zeugen in demselben St. 58; Beeidigung von Zeugen St. 65; Vernehmung von Sachverständigen St. 82; Bestellung des Verteidigers während desselben St. 142, 144; Zulassung von Beiständen St. 149.

### III.

**Wahlkonsuln**, Gerichtsstand derselben St. 11.

**Warnung** in der Ladung des nicht verhafteten St. 215, des abwesenden Angeklagten St. 321

**Wartegeld**, Rechtsweg bei Ansprüchen der Richter nicht ausgeschlossen G. 9; — des Oberreichsanwalts und der Reichsanwälte G. 150.

**Wechselsachen**, Zuständigkeit G. 101; sind Feriensachen G. 202.

**Wehrpflicht**, Verfahren gegen Abwesende, welche sich derselben entzogen haben St. 470 — 476.

**Widerklage** in Handelsachen G. 104, 105; in Privatklagen bei wechselseitigen Beleidigungen St. 428.

**Widerruf des Nebenklägers** St. 442.

**Widerspruch** mit der früheren

Aussage, Verlesung des Protokolls St. 252.  
**Widerstand** gegen die Staatsgewalt G. 75.  
**Wiederaufnahme des Verfahrens** zu Gunsten des Verurtheilten St. 399—401; zu Ungunsten des Angeklagten St. 402. — Antrag und Entscheidung darauf St. 404—413. Antrag des Privatklägers St. 430. Kosten St. 505. — S. auch St. E. 10.  
**Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** gegen Versäumung einer Frist St. 44—47. 452. 455. 461, gegen das Urtheil, wenn die Hauptverhandlung ohne Anwesenheit des Angeklagten stattgefunden St. 234. 356. 382, in der Berufungseinstanz St. 370, in Privatklagesachen St. 431, im Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen St. 452.  
**Wildschaden**, Zuständigkeit für Streitigkeiten wegen desselben G. 23.  
**Wirth**, Zuständigkeit für Streitigkeiten derselben mit Reisenden G. 23.  
**Woche** bei der Fristberechnung St. 43.  
**Wohnsitz**, Gerichtsstand desselben G. 8. 11. 471.  
**Wohnung**, Durchsuchung derselben St. 102 ff.; zur Nachtzeit St. 104.

### A.

**Zeugen**, Ordnungsstrafen wegen Ungebühr in der Sitzung G. 178 ff. — Ladung St. 38. 48. 49. 213. 218—221; Folgen des Ausbleibens St. 50; Weisung zur Zeugnisverweigerung St. 51—55; unbeeidigte

Vernehmung St. 56. 57; getrennte Vernehmung, Gegenüberstellung St. 58; Beeidigung St. 59—65. 328; Versicherung auf den geleisteten Eid St. 66; Vernehmung St. 67. 68, durch beauftragten oder ersuchten Richter St. 222; durch Staatsanwalt und Angeklagten St. 238. 240. 241; Folgen unbeeidigter Zeugnisverweigerung St. 69; Zeugengebühren und Reisekosten St. 70; Vernehmung des Landesherrn u. St. 71; Genehmigung zur Entfernung der Z. durch den Vorsitzenden St. 247; Beschwerderecht St. 346.  
**Zeugengebühren** G. 166. St. 70.  
**Zufälle**, unabwendbare, sind Grund zur Wiedereinsetzung in den vorigen Stand St. 44.  
**Zurückhaltung** vom Miether eingebrachter Sachen, Zuständigkeit für Streitigkeiten darüber G. 23; diese sind Fehrsachen G. 202.  
**Zurücknahme** der öffentlichen Klage St. 154; eines Rechtsmittels St. 344. 345; der Privatklage St. 428. 431. 432. 434; des Antrags auf Zuerkennung einer Buße St. 444; des Einspruchs gegen amtsrichterliche Strafbefehle St. 451; des Antrags auf gerichtliche Entscheidung nach polizeilicher Strafverfügung St. 456, nach Strafbefehlen der Verwaltungsbehörden St. 462.  
**Zurückverweisung** durch das Berufungsgericht St. 369, durch das Revisionsgericht St. 394.  
**Zusammenhängende Strafsachen** St. 2—5. 13. 236.  
**Zuständigkeit** der Amtsgerichte G. 23. 24; der Schöffengerichte

G. 27. 28. 29. 75; der Civilkammern G. 70. 71; der Strafkammern G. 72 — 76; der Schwurgerichte G. 80. G. E. 6; der Kammer für Handelsfachen G. 70. 101; der Oberlandesgerichte G. 123. 160. 183. G. E. 9; des Reichsgerichts G. 135. 136. G. E. 15. 17; der Beamten der Staatsanwaltschaft G. 143 — 146; der ordentlichen Landesgerichte G. E. 3, anderer Landesbehörden G. E. 4, des obersten Landesgerichts G. E. 8. — Sachliche Zuständigkeit St. 1 — 6; Entscheidungen über die Zuständigkeit G. 9 — 17; beim Verfahren gegen abwesende Wehrpflichtige St. 471, für Eingehungen und Vermögensbeschlagnahmen St. 477; für Festsetzung einer Gesamtstrafe St. 494.  
**Zustellung** auf Ersuchen um Rechtshilfe G. 161. 162; — von Entscheidungen und Urtheilen St. 35 — 41; Unkennt-

niss von der Zustellung begründet Wiedereinsetzung in den vorigen Stand St. 44; Bevollmächtigung z. Empfangnahme von Zustellungen St. 119; — an den gesetzlichen Vertreter St. 268; — des Urtheils an Abwesende St. 323, nach Einlegung der Berufung St. 357, der Revision St. 383; — an den Rechtsanwalt in Privatklagesachen St. 418; der Berufungs- und Revisionschriften in Privatklagesachen St. 430.

**Zustellungsbeamte** G. 155.

**Zwangsmassregeln** gegen nicht erschienenen Zeugen St. 50; bei Verweigerung des Zeugnisses oder der Eidesleistung G. 69, behufs Auslieferung in Verwahrung zu nehmender Gegenstände St. 95.

**Zwangsvollstreckungsverfahren**, Ferien sind auf dasselbe ohne Einfluß G. 204.



In demselben Verlage erschien:

### **Strafgesetzbuch.**

**Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.** Mit Einleitung u. Kommentar von **Hans Kdörff**, Geh. Ober-Finanzrath. 2. Auflage. 1877. 10 Mark.

### **Pressegesetz.**

**Das Reichsgesetz über die Presse** vom 7. Mai 1874. Mit Einleitung und Kommentar von Dr. **H. Marquardsen**, ord. Professor der Rechte in Erlangen, Mitglied des Reichstags. Octav. 1875. Cartonnirt 5 Mark.

### **Handelsgesetzbuch.**

**Das allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch** herausgegeben mit Kommentar in Anmerkungen von **H. Makower**, Rechtsanwalt und Notar. 7. Aufl. 1875. 15 Mark, gebunden Mark 16,25.

### **Haftpflichtgesetz.**

**Die Haftpflicht der Eisenbahnen, Bergwerke u. für die bei deren Betriebe herbeigeführten Tödtungen und Körperverletzungen.** Erläuterungen des Reichsgesetzes vom 7. Juni 1871 von Dr. **W. Endemann**, ordentlicher Professor an der Universität zu Bonn. gr. 8°. 2. Aufl. 1876. 2 Mark.

### **Personenstandsgesetz.**

**Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung** vom 6. Februar 1875. Mit Kommentar in Anmerkungen sowie sämmtlichen für das Reich und die einzelnen Bundesstaaten ergangenen Ausführungsbestimmungen herausgegeben von Dr. **P. Hinshius**, ord. Professor der Rechte an der Universität Berlin, Mitglied des Reichstags. 2. Auflage. 1876. Cartonnirt 7 Mark.

### **Landrecht.**

**Dr. C. F. Koch. Allgem. Landrecht für die Preussischen Staaten** mit Kommentar in Anmerkungen. 6./5. Ausgabe. Nach des Verfassers Tode bearbeitet von **Hörster, Johow, Hinshius, Achilles und Walke**. 4 Bände. 1874—1876. 78 Mark.

### **Stempelgesetzgebung.**

**Die Preussische Stempelgesetzgebung** für die alten und neuen Landestheile. Kommentar für den praktischen Gebrauch von **Hoyer, Regierungsrath und Provinzial-Stempelkassal**. Zweite, umgearbeitete Auflage. 1875. Preis 15 Mark.

## Kirchengesetze.

**Die Preussischen Kirchengesetze der Jahre 1874 und 1875** nebst dem Reichsgesetze vom 4. Mai 1874 herausgegeben mit Einleitung und Kommentar von Dr. P. Hinschius, ord. Professor des Kirchenrechts an der Universität Berlin. Preis 5 Mark.

**Die Preussischen Kirchengesetze des Jahres 1873** herausgegeben mit Einleitung und Kommentar von Dr. P. Hinschius. Preis M. 5,50.

## Vormundschaftsrecht.

**Das Vormundschaftsrecht der Preuss. Monarchie** nach der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 von Dr. H. Dernburg, ord. Prof. der Rechte an der Universität Berlin. 2. Auflage. 6 Mark.

**Die Vormundschaftsordnung** vom 5. Juli 1875 für die Preussische Monarchie, bearbeitet von O. Antqn, Stadtgerichts-Direktor. Octav. Cartonnirt M. 1,60.

**Das Amt des Vormundes**, Gegenvormundes, Pflegers, Waisenraths. Eine populäre Darstellung der Preuss. Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 v. E. Christiani, Amtsrichter. 2. Auflage. Octav. Cartonnirt 2 Mark.

## Expropriationsgesetz.

**Das Gesetz über die Enteignung von Grundeigenthum** vom 11. Juni 1874. Aus den Materialien und der Rechtslehre erläutert von A. Dalcke, Ober-Staatsanwalt. Octav. 1874. Cartonnirt M. 2,40.

## Grundbuchrecht.

**Die Preuss. Gesetze über Grundeigenthum und Hypothekenrecht** vom 5. Mai 1872 herausgegeben mit Kommentar in Anmerkungen von Alex. Achilles, Stadtgerichts-Rath in Berlin. Zweite, verb. u. vermehrte Ausgabe. 1873. Lex.-Octav. 6 M., geb. 7 M. [mit commentirtem Einföhrungsgesetz für die Provinzen Hannover, Schleswig-Holstein oder den Bezirk des Appellationsgerichts zu Cassel 60 Pf. mehr.]

**Erläuterungen zur Grundbuch-Ordnung** vom 5. Mai 1872 für das mit Grundbuchsachen befaßte Publikum. Von W. Neubauer, Kreisgerichts-Rath. 1874. Octav. 1 M.

**Sammlung von Erörterungen über das Preuss. Grundbuchrecht.**

Nr. 1.: John, Kreisgerichts-Rath, Erörterung einiger praktischen Fragen. 1873. M. 1,80.

Nr. 2.: Neubauer, Kreisgerichtsrath, Controversen aus dem Preuss. Grundbucheht. 1874. M. 1,50.

Nr. 3.: Die Grundbuchordnung im Lichte und Dunkel der Praxis. Griesgrämliche Herzensergießungen eines alten Praktikers. 1874. M. 1,20.

Nr. 4.: Koebell, Kreisgerichts-Rath, Studien zur Grundbuch-Ordnung. 1875. 1 M.

---

# Civilprozeßordnung

nebst den

auf den Civilprozeß bezüglichen Bestimmungen  
des

**Gerichtsverfassungsgesetzes u. den Einführungsgeetzen**

erläutert von

**J. Struckmann,**

und

**R. Koch,**

**Rgl. Preuß. Ober-Tribunals-Rath,  
Mitglied des Reichstags**

**Kaiserl. Geheimer Ober-Finanzrath,  
Reichsbankjustitiarius.**

**Erste bis dritte Lieferung 9 Mark.**

Die Verfasser sind durch ihre wissenschaftliche und praktische Thätigkeit, sowie durch die Theilnahme an den Vorarbeiten für diese Aufgabe der Ausarbeitung eines Kommentars besonders befähigt. Herr Ober-Tribunalsrath Struckmann hat zudem als Mitglied der Justizkommission des Reichstags an der schließlichen Gestalt des Gesetzes erheblichen Antheil. Die Kommentatoren haben den Stoff gleichmäßig unter sich getheilt, ihre Arbeiten aber stets einander mitgetheilt und das Ganze in solcher Gemeinschaft durchgearbeitet, daß ein jeder für Alles die volle Verantwortlichkeit übernimmt.

In der Hauptsache stützt sich der Kommentar selbstverständlich auf die Materialien. Zu diesen gehören aber nicht nur die verschiedenen Entwürfe und deren Motive mit den Protokollen der Kommissionen und des Reichstags, sondern auch das bestehende Recht, an welches — unter besonderer Berücksichtigung des innerhalb Preußens geltenden — überall unter Hervorhebung wesentlicher Abweichungen angeknüpft ist. Auch die Verbindung mit der Prozeßrechts-Wissenschaft der verschiedenen Rechtsgebiete ist stets beachtet.

Der Preis des ganzen Werkes, welches im Juni 1877 vollständig vorliegen soll, wird etwa 12–15 Mark betragen.

**Strafprozeßordnung**  
nebst dem  
**Gerichtsverfassungsgesetz**  
und den  
das Strafverfahren betreffenden Bestimmungen  
der  
übrigen Reichsgesetze.  
**Mit Kommentar**  
von  
**C. Löwe,**  
Appellationsgerichtsrath in Frankfurt a. d. D.

**Erste Lieferung 2 Mark.**

Das Werk giebt in der Form von Anmerkungen zu dem Gesetz eine eingehende Erläuterung der Strafprozeßordnung und aller das Strafverfahren betreffenden reichsgesetzlichen Vorschriften, unter Berücksichtigung der Motive und der Verhandlungen der Reichstagskommission und des Reichstages.

Der Strafprozeßordnung vorausgeschickt wird das Gerichtsverfassungsgesetz; dasselbe wird insofern erläutert, als seine Bestimmungen eine Bedeutung für das Strafverfahren haben.

Das Werk wird in 5—6 Lieferungen à 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—2 Mark erscheinen und voraussichtlich schon längere Zeit vor dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze zum Abschluß kommen.

Eine die Entstehungsgeschichte der Strafprozeßordnung und die Prinzipien derselben behandelnde Einleitung wird der Schlußlieferung beigelegt werden.

Der Verfasser hat an der Ausarbeitung des Entwurfs der Strafprozeßordnung Theil genommen.

---

In Vorbereitung befindet sich:

**Konkursordnung nebst den auf das Konkursverfahren bezüglichen Bestimmungen der Zivilprozeßordnung. Mit Kommentar von C. Hagens, Geh. Regierungs- und vortragendem Rathe im Reichs-Justizamt.**